

15. Bundeskongress

der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
und zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den
Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen





15. Bundeskongress

der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen
und zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den
Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen



Programmablauf

FREITAG | 27. MAI 2011

15.00–18.00 Uhr Anreise zum Hotel Fürst Leopold in Dessau – Kaffee und Gebäck werden gereicht

19.00 Uhr

- Begrüßung:**
- Christoph Koch, Stellvertreter des Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt
 - Klemens Koschig, Oberbürgermeister Dessau-Roßlau
 - Grußworte: Dr. Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt
Joachim Liebig, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts
 - Empfang durch Oberbürgermeister Klemens Koschig
 - Eröffnungsvortrag Mauer – Staatsgrenze –
»Antifaschistischer Schutzwall«
Dr. Stefan Wolle, Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

20.00 Uhr • Abendessen im Hotel

SAMSTAG | 28. MAI 2011

- 9.00 Uhr**
- Podium: Das Grenzregime der DDR
 - Dr. Jürgen Emmrich, Zeitzeuge
 - Dr. Sascha Möbius, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
 - Marie-Luise Tröbs, Zeitzeugin, Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.
 - Achim Walther, Zeitzeuge
 - Moderation Hildigund Neubert, LStU Thüringen

10.30 Uhr • Kaffeepause

- 11.00 Uhr**
- Podium: Flucht und Ausreise
 - Volker Heinz, Zeitzeuge
 - Joachim Heise, Zeitzeuge
 - Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
 - Sibylle Schönemann, Zeitzeugin
Moderation: Ulrike Poppe, LAKD Brandenburg



Programmablauf

- 12.30 Uhr** • Mittagessen
- 14.00 Uhr** • Grußwort Roland Jahn, BStU
- 14.15 Uhr** • Berichte aus den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen
Moderation Marita Pagels-Heineking, LStU Mecklenburg-Vorpommern
- 15.30 Uhr** • Kaffeepause
- ab 16.00 Uhr** • Stadtrundfahrten, parallel Filmvorführung »Verriegelte Zeit«
von Sibylle Schönemann
- 18.00 Uhr** • Abendessen im Hotel
- ab 19.00 Uhr** • Transfer zur Marienkirche Dessau (Schlossplatz)
- 20.00 Uhr** • Theatervorstellung in der Marienkirche Dessau »Das Leben der Anderen«

SONNTAG | 29. MAI 2011

- 9.00 Uhr** • Podium: Anerkennung gesundheitlicher Schäden politischer Verfolgung
 - Winfried Reckers, Abteilungsleiter im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt
 - Hartmut Richter, Zeitzeuge
 - Dr. Stefan Trobisch-Lütge, Beratungsstelle Gegenwind, BerlinModeration: Jens Planer-Friedrich, LStU Berlin
- 10.15 Uhr** • Pause
- 10.30 Uhr** • Podium: Das Urteil über die Mauer. Ist nach 20 Jahren schon alles aufgearbeitet?
 - Michael Cramer, MdEP, Projekt Iron Curtain Trail
 - Prof. Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg
 - Gerald Praschl, Chefreporter der SUPERillu
 - Dr. Joachim Riedel, ehem. Zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungs- und VereinigungskriminalitätModeration: Dr. Jens Hüttmann, Bundesstiftung Aufarbeitung
- 12.00 Uhr** • Ausgabe der Lunchpakete
- ab 12.00 Uhr** • Transfer zur Friedensglocke neben dem Rathaus (Zerbster Str., Parkmöglichkeit Schlossplatz)
- 13.00 Uhr** • Gedenkveranstaltung und Andacht mit Frau Landesbischöfin Ilse Junkermann an der Friedensglocke



Fürst Leopold Hotel in Dessau-Roßlau Begrüßung

Christoph Koch:

Herzlich willkommen im Radison Blu Fürst Leopold Hotel in Dessau-Roßlau, herzlich willkommen zum 15. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Schön, dass Sie da sind!



Eröffnungsrede 15. Bundeskongress
Herr Christoph Koch

Eigentlich wollten wir uns heute Abend mit Ihnen im Technikmuseum Hugo Junkers treffen und unter den Flügeln der JU 52, der Tante JU, das Buffet einnehmen, aber, wie wir leider erst am Dienstag dieser Woche erfahren haben, findet heute Abend in unmittelbarer Nähe ein Heavy-Metal-Konzert mit erwarteten 8.000 Fans statt und da haben wir kurzfristig – und ich bin an dieser Stelle dem Hotel namentlich Frau Woche, dem Technikverein namentlich Frau Dietrich und dem Büro des Oberbürgermeisters, Frau Ziemba sehr dankbar, dass sie alle vertragsmäßig so entgegenkommend waren, – haben wir kurzfristig alles umgeändert und sind nun hier.

Die Sicherheit und der ungestörte Verlauf dieser Eröffnung des Kongresses hatten für uns oberste Priorität und so bin ich jetzt doch sehr erleichtert, dass wir alles noch so gut hinbekommen haben.

Ich begrüße ganz herzlich den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haseloff mit seiner Ehefrau. Vielen Dank, dass Sie es einrichten konnten zu kommen, geben Sie doch mit Ihrer Anwesenheit dem Kongress die landesweite und bundespolitische Bedeutung, die dieser Kongress auch verdient.

Neben Ihnen hat Landtagsvizepräsident, Herr Dr. Gerhard Miesterfeldt Platz genommen, er ist zugleich auch hier in Vertretung der Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag Frau Kathrin Budde. Herzlich willkommen.

Ich begrüße weiter den Vorsitzenden der Fraktion die Linke im Landtag, Herrn Wulf Gallert. Herzlichen willkommen in unsere Runde. Außerdem begrüße ich ganz herzlich den Staatssekretär im Justizministerium, Herrn Dr. Eberhard Schmidt-Elsaëber. Sie vertreten heute die Justizministerin, herzlichen Dank für Ihr Kommen und richten Sie Grüße an die Ministerin aus. Herzlich begrüße ich auch den Abteilungsleiter 3 im Sozialministerium Winfried Reckers, der den Sozialminister vertritt. Ich weiß, Herr Reckers, Sie nehmen am ganzen Kongress teil und es wird be-



stimmt genug Zeit geben, über die Begutachtung von Haftfolgeschäden und die Auswahl der Gutachter und über die niederschwellige Langzeitberatung und vieles andere zu reden.

Mit Ihnen am Tisch sitzt in Vertretung des Leiters des Landesverwaltungsamtes in Dessau-Roßlau, Herr Wilfried Nickels, er ist zugleich Referatsleiter im Referat 210 und für die Rehabilitierung nach dem 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz zuständig. Er wird auch alle 3 Tage am Kongress teilnehmen als Tagesgast, er wohnt hier in Dessau. Herzlich willkommen und auch da, denke ich, wird es eine ganze Menge Gespräche geben.

Ganz besonders herzlich begrüße ich den Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, Herrn Klemens Koschig. Ihm verdanken wir den anschließenden Sektempfang und ihm verdanken wir eine sehr gute Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Kongresses. Herzlichen Dank für den Willkommenssekt und vor allem für Ihr Kommen. An Ihrer Seite sitzt der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalt, Herr Joachim Liebig, herzlichen Dank das Sie hier sind und ich freue mich auch schon auf Ihr Grußwort.

Als Mit-Veranstalter begrüße ich am Tisch die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, aus Brandenburg Frau Ulrike Poppe, aus Schwerin Frau Marita Pagels-Heineking, aus Erfurt Frau Hildigund Neubert, aus Berlin Herrn Martin Gutzeit und aus Sachsen vorab schon mal Herrn Lutz Rathenow, der Morgen anreisen wird. Und dann begrüße ich ganz besonders für die Bundesstiftung Aufarbeitung die Geschäftsführerin Frau Dr. Anna Kaminsky und Ihren Stellvertreter Herrn Dr. Robert Grünbaum.

Das Thema des Kongresses lautet, „Der lange Schatten der Mauer“ und er hebt ab auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus, den wir in diesem Jahr begehen. 50 Jahre Mauerbau, das ist weiß Gott kein Grund zum feiern, aber ganz sicher ein Grund, um sich auf die Suche nach der historischen Wahrheit zu machen.



Blick ins Plenum

Manche Historiker geraten dabei geradezu in Verzückung und behaupten steif und fest, sie hätten genau die historische Wahrheit gefunden und der größte Feind sei lediglich der Zeitzeuge, der alles viel genauer weiß und davon überzeugt ist, dass alles genauso war, wie er es erlebt hat und beschreibt ohne sich von den Aussagen des Historikers beeinflussen zu lassen.

Dagegen spricht dann der Zeitzeuge von unerlaubten Methoden mit dem die Geschichte analysiert und seziiert wird, gleichsam mit dem Skalpell zerschnitten, wo dann nichts mehr bleibt, woran man sich festhalten oder aufrichten kann. Wo Zahlen und Fakten regieren und die Erlebnisse auf der Strecke bleiben, Leiderfahrung und biografische Umbrüche keine

Rolle mehr spielen. Bei solch einem Kongress – und das ist das Spannende – treffen Zeitzeugen und Historiker aufeinander und reden miteinander und das ist das Tolle und mir fiel ein Satz dazu ein:

„Geschichten sind Orte in denen die Wahrheit wohnt“.

Das ist nicht der Anspruch dass an einer erzählt Geschichte alles wahr ist, denn wir sind Menschen, unterliegen Sinnestäuschungen und haben manchmal auch Erinnerungslücken.

Fragen Sie einen Gehirnspezialisten und Psychologen, der wird Ihnen Erstaunliches über Ihr Gehirn erzählen und wie wenig verlässlich es eigentlich ist, wenn es darum geht, sich genau zu erinnern. Andererseits sind Geschichten aber auch keine reinen Erfindungen, in ihnen wohnt Wahrheit nämlich die Wahrheit dessen, der sie erzählt.

Lassen Sie uns in diesen Tagen die Wahrheit in der Vergangenheit gemeinsam suchen und gemeinsam als Zeitzeugen und als Historiker entdecken, wie das war vor 50 Jahren und in der Zeit danach, eingesperrt wie ein Tier im Käfig, unfrei im Reden, Handeln und Reisen.

Ich wünsche uns gute Gespräche, aufschlussreiche Vorträge und ein harmonisches Miteinander an diesem Wochenende und beginnen wollen wir deshalb gleich mit den Grüßworten unserer Ehrengäste:

Herr Oberbürgermeister, ich gestatte mir, Sie einzuladen, dass Sie uns in Ihrer Stadt begrüßen

Oberbürgermeister Klemens Koschig:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sehr geehrter Herr Staatssekretär, verehrte Mitglieder des Landtages Sachsen-Anhalt, sehr geehrter Herr Koch, Herr Dr. Wolle, meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich darf Sie alle recht herzlich hier in Dessau-Roßlau willkommen heißen. Herzlich willkommen in der Bauhausstadt im Gartenreich!

Zunächst will ich aber auf den Hinweis mit dem Neuen Forum zurück kommen. Ich bin noch heute Mitglied



Klemens Koschig, Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau



des Neuen Forums, das ist also tatsächlich etwas sehr außergewöhnliches. Es gibt eine Ortsgruppe in unserer Stadt, die kommunalpolitisch noch recht aktiv ist. Wie ich dorthin gekommen bin, bin ich auf jemanden gestoßen, der den Fall der Mauer vorausgesagt hat. Es war 1989 am Frohenleichnamswochenende. An diesem Wochenende habe ich ein Seminar für Priesteramtskandidaten gegeben, die sich auf der Huysburg auf die Priesterweihe vorbereitet haben. Als ehrenamtlicher Denkmalpfleger hatte ich etwas Einblick in den Staatsapparat. Aus diesem Grund habe ich das Thema für die jungen Diakone „Wie lebt ein Christ – aktiv sein – Christentum in dieser DDR“ gewählt. Nicht gerade kirchenfreundlich und nach meinem Vortrag baute sich der Regens Christian vor mir auf, „Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR geht diese DDR unter, was machen Sie dann?“, Ich erwiderte: „Also die DDR geht schon ganz schön lange den Bach runter, wirtschaftlich wird es immer komplizierter, aber diese Diktatur ist sehr stark in sich vernetzt. Ich hab bis vor kurzem gar nicht gewusst, dass ich Mitglied der Zivilverteidigung bin, die haben mich einfach mitgeführt. Das Spinnennetz war so dicht, dass wir Deutschen, die wir ohnehin keine Revolutionäre, wie die Franzosen oder andere Völker sind, noch sehr, sehr lange dies erdulden werden. Wahrscheinlich muss die ganze Wirtschaft noch viel weiter abdriften. Also ich glaube nicht, dass der 7. Oktober das Ende der DDR ist und damit auch der Fall der Mauer.“

Regens Christian betonte wiederum: „Nein, am 7. Oktober geht die DDR zu Ende, was machen Sie dann?“ Daraufhin habe ich ihm versprochen, dass ich das Gleiche tun werde, was mein Großvater 1945 gemacht hat. Er hat mit Freunden und zum ersten Mal in der Geschichte unserer Stadt, mit Evangelischen und Katholischen Bürgern zusammen die CDU gegründet. Ein Unternehmerfreund hat die Liberale Partei gegründet. Dann haben sie sich auf den Weg gemacht, den demokratischen Neuaufbau in unserer Stadt zu organisieren. Das ging eine ganze Weile, einige Monate, gut. Dann hat die russische Besatzung schon dafür gesorgt, dass das die in deren Augen richtige Richtung kriegt. Genau das werde ich auch tun: Ich werde mich engagieren und für den Neuaufbau, für die Demokratisierung in unserer Stadt und in unsere Gesellschaft einsetzen.“

Drei Jahre später auf einer Weihfahrt auf der Huysburg habe ich ihn daran erinnert: „Wissen Sie eigentlich, dass Sie Schuld sind, dass ich jetzt Bürgermeister bin?“, er konnte sich selber an diese Szene nicht mehr erinnern. Für mich war sie Lebens prägend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie Willkommen in der Bauhausstadt im Gartenreich. Eine Stadt, die reich ist an Traditionen, die aber auch ein besonderes Kapitel in der Wende-geschichte geschrieben hat. Und so dürfen wir Sie am Sonntag zu einer ökumenischen Andacht an die Friedensglocke einladen. Insofern erzähle ich heute nicht viel darüber, aber diese Glocke und ihre Geschichte ist etwas ganz Besonderes. Wir sind sehr stolz, dass diese Friedensbewegung der Evangelischen Kirche hier in der ehemaligen DDR, „Schwerter zu Pflugscharen“ und die Friedensdekaden, materielle Gestalt gewonnen hat.



Aus Waffenschrott ist eine Glocke entstanden. Dessau-Roßlau ist die Stadt der Reformen und Innovationen; ich möchte Ihnen 3 besondere Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt kurz vorstellen, auf die wir zu Recht, denke ich, sehr stolz sind. Da ist zunächst die nur knapp 40 km von hier entfernte Lutherstadt Wittenberg, von der aus die Reformation hervorging. Unser Ministerpräsident wohnt dort und wir Anhalter, Sie befinden sich hier in der ehemaligen Landes- und Residenzhauptstadt des Fürstentums, später Freistaat Anhalt, sind besonders stolz auf den Beitrag den Anhalt dabei lieferte. Fürst Wolfgang verlor im Kampf für seinen Glauben zeitweilig sogar sein Land, musste es vom Kaiser zurückkaufen. Fürst Georg III. wird der Gottselige genannt, war der erste Evangelische Bischof, der von Martin Luther in Merseburg ins Amt eingeführt wurde.

Wir konnten erst jüngst den ersten Band der großen und prächtigen Cranach-Bibel zurückbekommen. Das Land Sachsen-Anhalt hat sich hier hervorragend engagiert und die beiden verschollenen Bände der dreibändigen Cranach-Bibel von Fürst Georg III. zurückerworben. Jetzt können wir alle drei Prachtbände mit herrlichen Illustrationen aus der Cranach-Werkstatt und eben auch Miniaturen von Cranach selbst, wieder komplett in unserer Stadt präsentieren. Ein besonderes Zeichen der Bedeutung Anhalts in der Reformation ist vielleicht die Würdigung des in der Schlosskirche hinter dem Hauptaltar befindlichen Wappens des Fürstentums von Anhalt, das Wappen befindet sich an herausragender Stelle.

Die Stadt Dessau ist eine Stadt der Aufklärung. Christoph Martin Wieland sprach einmal von Anhalt als der Zierde und dem Inbegriff des 18. Jahrhunderts. Im Jahre 1729 wurde in Dessau Moses Mendelssohn geboren, der sich nach seiner Bar Mizwa 14-jährig auf den Weg nach Berlin gemacht hat, seinem Lehrer David Fraenkel zu folgen. Er wurde zum großartigen Philosoph der jüdischen Aufklärung weltweit. Wir haben in unserer Stadt ein Moses-Mendelssohn-Zentrum und konnten im vergangenen Jahr, aus Anlass des 200. Geburtstages von Moses Mendelssohn, die Moses-Mendelssohn-Stiftung wieder neubeleben. Sie dient zur Förderung der Geisteswissenschaften. Wir hoffen, dass wir die nötigen Mittel in Kürze zusammen haben, um einen ersten Wettbewerb an den deutschen und internationalen Universitäten, im Sinne der Aufklärung Moses Mendelssohns, ausloben zu können. Aber in Anhalt-Dessau, dem kleinen Fürstentum im 18. Jahrhundert, wirkte ein aufgeklärter Fürst, der so an Ausstrahlung gewann, dass Goethe elf Mal in unserer Stadt weilte, dagegen aber nur einmal in Berlin. An Berlin hatte er nur unangenehme Erinnerungen. Christoph Stölzl nannte das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich, in einem Vortrag vor einigen Monaten, den Chat-Room des 18. Jahrhunderts. Eine sehr schöne moderne Erklärung, was bei uns passierte. An dieser Stelle einen Hinweis auf den berühmten Hugo Junkers, auf den ich auch noch zurückkommen werde.

Ich danke für das Verständnis, das wir in das Hotel Fürst Leopold umziehen mussten, denn es ist jetzt schon sehr laut auf dem Junkerschen Flugplatz.

Hugo Junkers sagte einmal: „Hätte Anhalt nur den Fürsten Franz als Persönlichkeit hervorgebracht, der in seiner geistigen Weitsicht die-



sen Erdstrich in einen pädagogischen Garten vollendeter Harmonie verwandelte, so wäre das kleine Anhalt es trotzdem Wert im Kanon der deutschen Länder, als eines der ersten genannt zu werden". Soweit zu diesem Kapitel der Aufklärung des Gartenreiches Dessau-Wörlitz, das inzwischen zum Welterbe gehört – nun möchte ich zur Stadt der klassischen Moderne kommen. In unserer Stadt wurde im Jahre 1900 der Sohn des jüdischen Kantors Kurt Weill geboren, der über Berlin zunächst nach Paris flüchtete und dann nach New York ging und dort weltberühmter Komponist wurde. Wir ehren ihn alljährlich mit dem Kurt-Weill-Fest um seinen Geburtstag Ende Februar/Anfang März, er hat am 2. März Geburtstag. Ich glaube, es ist das größte internationale Musikfestival in Deutschland, welches sich der klassischen Moderne widmet. Wir sind den vielen Förderern und für die Unterstützung des Landes sehr dankbar. Das Musikfestival wird zu mehr als 50% aus privaten Mitteln finanziert. Es findet eine sehr hohe Anerkennung. Wir sind mit dem neuen Intendanten Prof. Kaufmann auf dem Weg, es zu einem noch breiteren Festival der klassischen Moderne zu machen. Daneben ist aber unsere Stadt, und sie befinden sich im mitteldeutschen Industrieviertel, eine Industriestadt, aus der zahlreiche Erfindungen und Innovationen hervorgingen. Berühmt ist unsere Stadt durch die Junkers Motoren- und Flugzeugwerke, was viele vielleicht nicht wissen. Junkers hat zunächst viel Geld durch die Erfindung des Gasbadeofens und des Kalorimeters verdient. Diese Mittel, die er erwirtschaften konnte, hat er dann in die Forschung gesteckt. Er ist der Konstrukteur des ersten Ganzmetallflugzeuges und natürlich der JU 52, die von uns sehr liebevoll „Tante JU“ genannt wird.

Aus unserer Stadt sind auch weitere Erfindungen hervorgegangen, die mit dem Verkehrswesen zu tun haben. Die Automobile von Friedrich Lutzmann, einem Schlossermeister aus unserer Stadt, wurden von ihm an eine Familie namens Opel verkauft und bildeten den Grundstein für die Opel AG. Heute ein weltweit agierender Automobilkonzern. Auf der Roßblauer Seite wirkte die Familie Sachsenberg in der Binnenschiffahrt. Um 1900 war in Roßlau die größte Binnenwerft Europas. Die Schaufelräder, die in unserer Stadt vom Oberingenieur Dietze erfunden wurden, sorgten dafür, dass die Binnenschiffe effektiver fahren konnten. Ein Drittel mehr Leistung konnte auf das Wasser umgesetzt oder umgekehrt bis zu einem Drittel Energieeinsatz dabei eingespart werden. Das führte zu dieser Expansion und zur Größe der Werft, wobei man noch anmerken muss, dass durch eine sehr geschickte Heirat mit einem Duisburger Reeder auch die Rheinschiffahrt geknackt werden konnte. Auf der Werft der Gebrüder Sachsenberg wurden die Tragflächenboote entwickelt, die Produktion wurde später von den Russen gestoppt. Wer schon einmal in der Sowjetunion war: die Raketas, die dort auf der Wolga und anderen größeren Flüssen unterwegs sind, sind die Weiterentwicklungen der Roßblauer Tragflächenboote. Schließlich konnten wir in diesem Jahr schon das Jubiläum „100 Jahre Elektrifizierung der ersten Eisenbahnstrecke in Deutschland“ feiern. Zwischen Dessau und Bitterfeld wurde vor 100 Jahren die erste Strecke elektrifiziert und das führte dazu, dass 1929 in unserer Stadt ein Reichsbahnausbesserungswerk errichtet wurde, um elektrobetriebene Lokomotiven zu reparieren.



Heute ist es der größte Industriebetrieb in unserer Stadt, 1.200 Mitarbeiter, Tendenz steigend. Ich glaube, es gibt keine elektrobetriebene Lokomotive der Deutschen Bahn AG, die nicht in unserer Stadt repariert wird. Momentan verdienen wir viel Geld mit den kaputten S-Bahnen aus Berlin.

Und natürlich ist auch das Bauhaus zu nennen, das 1925 in unsere Stadt kam, weil in Weimar die Luft zu dünn geworden war. Ich möchte einfach um jetzt nicht zulange zu reden, Nina Kandinsky zitieren:

„Natürlich hatte Dessau im Vergleich zu Weimar auch seine besonderen Vorzüge, so war die Bevölkerung wesentlich offener und toleranter als in Weimar. Hier wehte der Wind des 20. Jahrhunderts, hier war Industrie angesiedelt und hier produzierte Junkers seine Flugzeuge. Die Bevölkerung dachte modern und ihrer Aufgeschlossenheit verdankte das Bauhaus seine neue Heimat, denn die Ideen des Bauhauses entsprachen der neuen Zeit, die in Dessau angebrochen war.“

Viele berühmte Architekten und Künstler wirkten und lebten hier in unserer Stadt. So lebten zum Beispiel in den Meisterhäusern Klee, Kandinsky, Feininger, Gropius, Mies van der Rohe, um nur einige zu nennen. Die Fülle der weltberühmten Persönlichkeiten, die in unserer Stadt tätig waren, erklärt möglicherweise, dass es in unserer Stadt keine Kleestraße und keine Kandinskystraße gibt. Es gibt eine Gropiusallee - aber keinen Feiningerweg. Das heißt also, es war offensichtlich völlig selbstverständlich. Jede andere Stadt hätte längst diesen weltberühmten Persönlichkeiten eine Straße gewidmet. Ich habe es als eine der Aufgaben für unsere jetzige Zeit mitgenommen, leider reißen wir zurzeit mehr Häuser ab, als dass wir neue Straßen errichten, die zu benennen wären.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss natürlich an dieser Stelle auch einmal auf die Schattenseiten zu sprechen kommen. Wir haben im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen, Gottlob, überstanden, es muss auch erwähnt werden, dass hier in Anhalt die NSDAP schon 1932 durch Wahlen an die Macht gekommen war. Das Ganze führte natürlich dazu, dass die Stadt Dessau am 7. März 1945 beim 19. Bombenangriff von insgesamt 20 in Schutt und Asche ging. 85% der Innenstadt wurden völlig zerstört. Das 1932 schon die Nazis hier an die Macht kamen führte unter anderem dazu, dass es bei uns keine Bücherverbrennungen gab, aber das ist kein Grund stolz zu sein. Hier in unserer Zuckerraffinerie wurde unter anderem das Zyklon B hergestellt.

Die Arbeiter der „Fine“, wie sie bei uns im Volksmund genannt wird, wussten nicht, dass dieses Unkrautvernichtungsmittel/Schädlingsvernichtungsmittel für den Holocaust verwendet wurde. Wir erinnern mit einem außergewöhnlichen Denkmal daran - an der Brücke gegenüber der Gärungschemie sind Rollen angebracht, die eine Größe wie die Zyklon B-Dosen hatten. Uns fehlt dort noch die Tafel mit den Erklärungen. Was die folgende Jahre der Sowjetischen Besatzungsmacht und die SED-Diktatur betrifft, so ist unsere Stadt leider durch die Dessauer Schauprozesse bekannt geworden.



Ich danke sehr für den Band 13 [Sachbeiträge], der das aufgearbeitet hat, denn hier nahm die industrielle Entwicklung unserer Stadt ihren Abschluss. Die Deutsche Continental Gas Gesellschaft wäre heute einer der großen Global Player in der Energiewirtschaft neben RWE und E-ON. 1855 hier gegründet, um 1900 in der Tat der größte Energiekonzern auf dem europäischen Festland, möglicherweise auch von England. Wir hätten heute wesentlich weniger finanzielle Probleme in unserem städtischen Haushalt mit einem solchen Energiekonzern. Und wären dann nicht von den Russen auch die Junkers Werke demontiert worden, wären wir heute möglicherweise der Sitz von EADS. Durch diese Brüche des 2. Weltkrieges, der Nazizeit und der dann folgenden Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone hat es eben diesen Bruch gegeben und wir haben heute große Probleme wirtschaftlich wieder Fuß zu fassen.

Wir sind aber sehr optimistisch! Wir haben eine Reihe von guten Maschinenbaubetrieben, die aus den alten Betrieben hervorgegangen sind, setzen aber in unserer wirtschaftlichen Zukunft vor allem auf die Pharmaindustrie. In unserer Stadt haben wir mehrere Pharmafirmen, mit ca. 1.000 Beschäftigten. Auch die Gesundheitsindustrie ein Wachstumssektor ohnegleichen.

Ihnen allen danke ich für Ihre Arbeit und das eben die Stasi-Unterlagen nicht verschwinden, dass sie nicht vernichtet werden, dass sie zugänglich sind. Damit wir aus der Geschichte die notwendigen Lehren ziehen können. Ich glaube, wir sind da weltweit vorbildlich, wie wir dies hier in der Bundesrepublik Deutschland tun - und dass Sie es tun und wie Sie es tun. An dieser Stelle einfach mal ein herzliches Dankeschön.

Ich halte die Aufarbeitung für sehr wichtig, weil sich mit der Zeit eine gewisse Verklärung der Vergangenheit einstellt. Es war allerdings erstaunlich, als die Kommunisten-Debatte geführt wurde, wie unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aufmerksam wurden und sich unter diesem Stichwort an bestimmte Dinge erinnerten.

Ihnen wünsche ich für die 3 Tage in der Stadt Dessau-Roßlau eine gute Arbeit und viel Erfolg.

Lyonel Feininger sprach aus, als es beschlossene Sache war, nach Dessau umzuziehen. „Meine Herren jetzt wird gedessauert“. Ich wünsche Ihnen also 3 Tage feines „dessauern“. Möchte Ihnen aber in dem Jubiläumsjahr von Moses Mendelssohn, der in Berlin vor 225 Jahren im Januar 1786 verstorben ist, das Motiv mit auf den Weg geben, für Ihre Arbeit im Dienste der Aufarbeitung der Vergangenheit: „Nach Wahrheit forschen, Schönheit lieben, Gutes wollen, das Beste tun“. Ich wünsche uns einen guten Abend.



Blick ins Plenum; v.l.n.r.: Fr. Dr. Kaminsky, Hr. Dr. Schmidt-Elsaßer, Hr. Ministerpräsident Dr. Haseloff, Hr. Dr. Miesterfeldt, Fr. Neubert, Hr. Reckers, Hr. Koschig, Hr. Liebig

Herr Koch:

Vielen Dank Herr Oberbürgermeister und jetzt gehört das Mikrofon Ihnen Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff:

Lieber Herr Koch, Herr Staatssekretär, meine Herren Abgeordneten, lieber Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist wichtig, dass Sie sich regelmäßig treffen, dass Sie sich im Netzwerk der Landesbeauftragten der neuen Bundesländer wissenschaftlich und fachlich austauschen und Menschen helfen, die Ihre Unterstützung brauchen. Die Geschichte der deutschen Teilung darf nicht in Vergessenheit geraten. In bin heute in Berlin wieder an den Gedenkkreuzen für die Mauropfer entlang gefahren. Ich frage mich dann, was weiß man heute noch über die Opfer, die DDR und die Berliner Mauer? Gerät Geschichte nicht allzu schnell in Vergessenheit, wenn sie nicht Teil des eigenen Erlebens war?

Je mehr Schülerinnen und Schüler über die DDR wissen, umso kritischer sind deren Einstellungen gegenüber der DDR. Das ist das Ergebnis einer 2008 veröffentlichten Studie der Sozialwissenschaftler Monika Deutz-Schröder und Klaus Schröder. Hier gibt es noch Nachholbedarf in Ost wie in West. Auch das ist ein Ergebnis dieser Studie. Diese Wissensdefizite müssen dringend behoben werden. Sie betreffen vor allem, aber nicht nur die heranwachsenden Generationen. Wer kennt noch den Befehl von Erich Mielke aus dem Jahr 1967, Internierungslager einzurichten? Wer weiß noch, dass in Reinharz oder in Seeburg für den Bezirk Halle solche Internierungslager eingerichtet wurden? Wer weiß noch, dass jährlich die Liquidierungsliste vom ersten Kreissekretär mit dem Stasi-Chef festgelegt und immer wieder aktualisiert wurde? Historiker streiten heute darüber, was mit „liquidieren“ an dieser Stelle gemeint war. Aber so steht es im Befehl. Wer weiß das eigentlich noch? Deswegen ist Ihre Arbeit so enorm wichtig. Recherchieren Sie weiter, publizieren Sie emsig und vernetzen Sie

sich effektiv. Die DDR-Geschichte darf nicht zu einer anonymisierten Epoche werden.

Ich möchte noch auf einen zweiten Aspekt zu sprechen kommen. Die Erinnerung muss an unsere Kinder und Enkelkinder weiter gegeben werden. Wir sind froh und dankbar, dass die DDR Geschichte ist. Die Mauer und ihre Folgen betrafen fast jede Familie und jede Biografie. Ich selbst habe zwei gute Freunde durch diese Mauer verloren. Der eine wollte nach dem Abitur zu seinem Vater in den Westen flüchten. Er wurde gefangen genommen, gefoltert und musste im Stickstoffwerk als Russarbeiter arbeiten. Studieren durfte er nicht mehr. Er ist physisch und psychisch daran kaputt gegangen und nicht einmal 50 Jahre alt geworden.



Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff

Mit dem zweiten Freund war ich zusammen in Prora. Er war evangelischer Pastor und litt an einer Blutkrankheit. Sie war heilbar. Die notwendigen Medikamente hätten beschafft werden können, wenn es der zuständige Kreisarzt gewollt hätte. Er entschied, wer für das System wichtig war und wer nicht. Mein Freund war es nicht, und so wurde ihm die notwendige medikamentöse Behandlung verweigert. Sein Sohn Martin hat seinen Vater nie kennen gelernt. Auch diese Geschichten gehören zur Wirklichkeit der Mauer. Doch wer kennt diese Opfer? Auch für deren Schicksale sollte sich die Geschichtswissenschaft interessieren. Auch weil uns dadurch immer wieder aufs Neue bewusst wird, dass Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben Paul Christian angesprochen. Paul Christian hat den Untergang der DDR prognostiziert. Er hat mir erst vor wenigen Tagen gesagt: „Die friedliche Revolution, die muss weiter gehen, die ist nicht zu Ende, die muss weiter gehen, weil auch soviel noch abzarbeiten ist.“ Und in dieser Verantwortung sehe ich uns alle. Zwar kann niemand einmal geschehenes Unrecht wieder gut machen. Aber wir müssen die Erinnerung aufrecht erhalten und an künftige Generationen weitergeben. Wir müssen diese Diskussionen führen schon um einer besseren Zukunft willen. Das Leben kann nur vorwärts gelebt werden, aber verstanden werden kann es nur in der Rückschau. So ähnlich hat es Kierkegaard formuliert. Und das heißt: Wir müssen uns zu unserer Verantwortung bekennen, und dazu gehört die Beschäftigung mit unserer Geschichte: Wir dürfen nichts verschweigen, aber auch nichts hinzufügen. Und wir sollten, wo immer es möglich ist, verzeihen und auch auf jene Menschen zu gehen, die schuldig geworden sind und ihnen eine zweite Chance geben. Wir müssen unsere Zukunft im Bewusstsein unserer Geschichte gestalten. Es lohnt sich in Deutschland zu leben. Trotz der tiefen Zäsuren der deutschen Geschichte können wir stolz und froh sein, in unserem Vaterland zu leben. Aber wir müssen

auch wachsam bleiben. Es gilt, den Anfängen zu wehren. Den schrecklichen Vereinfachern von links und rechts müssen wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Auch das ist eine Lektion aus unserer Geschichte und ganz bestimmt nicht die unwichtigste.

Herzlichen Dank und eine gute Tagung.

Herr Koch:

Vielen Dank Herr Ministerpräsident, wir fühlen uns mit unserem Anliegen bei Ihnen gut aufgehoben und wir erlauben uns, gelegentlich auch Sie um Hilfe zu bitten, wenn wir die brauchen. Schönen Dank, dass Sie kommen konnten.

Herr Kirchenpräsident ich darf Sie bitten, das Wort an uns zu richten:

Kirchenpräsident Liebig:

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Gäste, ich freue mich, als Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts das Wort an Sie richten zu dürfen – als Vertreter einer Kirche also, deren Wurzeln bis in die Reformation zurückreichen und deren Grenzen das historische Fürstentum, Herzogtum und den Freistaat Anhalt bis heute abbilden. Im kommenden Jahr 2012 erinnern wir gemeinsam mit Land, Kreisen, Kommunen und vielen anderen Einrichtungen an die Gründung dieses geschichtsträchtigen Landes vor 800 Jahren.

Bereits vor über 10 Jahren hat die Evangelische Landeskirche Anhalt unter dem Titel „Gebet und Aufbruch“ eine Schrift herausgegeben, die die Kirchengemeinden hier in Anhalt in ihrer vielfältigen Situation im Herbst 1989 beschreibt. In einer Wiederauflage im Jahr 2009, anlässlich einer Tagung zum Thema, wurden noch einmal aktualisierte Informationen ausgetauscht. Vor wenigen Monaten nun sollte der nachfolgende Tagungsband erscheinen, doch einer der vorgesehenen Vorträge – den ein sehr kenntnisreicher Kollege von mir gehalten hatte – fand in der schriftlichen Form Anstoß. Warum? Für den einen Zeitzeugen war das Referat in seiner Darstellung zu anschiemig an die damalige staatliche Situation, für den anderen war es zu kritisch und revolutionär, so sei alles gar nicht gewesen. Dieser Beitrag, der mündlich nur auf wenig Widerspruch gestoßen war, löste eine sehr grundsätzliche Debatte aus, die meiner Überzeugung nach eigentlich in der Tagung Platz gehabt hätte. Doch nein, das hatte sie nicht, denn es ging um etwas sehr viel tiefer Gehendes – ich erlaube mir an dieser Stelle das Stichwort von der Versöhnung einzubringen.

Sie alle werden zur Kenntnis genommen haben, dass meine geschätzte Amtskollegin, Bischöfin Ilse Junker-



Kirchenpräsident Liebig



mann von der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, diesen Begriff vor einiger Zeit benutzt hat. Sie werden dazu keinen Kommentar von mir erwarten, vielmehr will ich kurz beschreiben, wie die Diskussion bei uns in Anhalt zu dieser sehr speziellen Frage verlaufen ist. Es gab Menschen aus dem Zentrum der Kirche, die sagten: „Es fällt mir auch über 20 Jahre nach der Wende noch schwer, mit jenen ins Gespräch zu kommen, die keinerlei Schuldbewusstsein zeigen oder zumindest anerkennen, da ist etwas nicht so gewesen, wie es hätte sein sollen.“ Anders ausgedrückt: Selbst mit dem ganzen Hintergrund des sehr christlich-kirchlich geprägten Begriffes von der Versöhnung war und ist es in Einzelfällen nicht möglich, zu einer solchen Versöhnung zu kommen. Als Pfarrer mit langer seelsorgerlicher Erfahrung unterbrach ich die Diskussion und sagte: „Ich muss feststellen, dass aus ganz verschiedenen Gründen eine Versöhnung – die nie erzwungen werden kann – auch für uns im Zentrum der Kirche nicht möglich ist.“ Es war eine bittere Erfahrung für mich und auch eine bittere Erfahrung für unsere Landeskirche. Das wage ich mit dem Selbstbewusstsein, hinter dem eine solche Erfahrung steht, zu sagen. Die Aufgabe, die Sie haben, ist von überragender Bedeutung nicht für Einzelne, sondern für uns alle. Sie ist verbunden mit der Hoffnung, eine Versöhnung könnte irgendwann doch möglich sein. Sie wissen, welches Aufeinander-Zugehen zwingend nötig ist, um eine versöhnte Auseinandersetzung zu erzielen. Doch wenn das nicht geht, dann geht es nicht. Wir haben es hier mit schmerzhaften Prozessen zu tun, mit schmerzenden Wunden, die nur mit Mühe vernarben. Ich weiß aus eigener Erfahrung und aus vielfältigen Gesprächen: Solche Wunden, die kaum vernarben, die gibt es. Wir haben einige sehr persönliche Beispiele schon gehört. Am kommenden Sonntag werden wir uns, wenn Sie mögen, noch einmal an der Friedensglocke treffen, einem öffentlichen Ort für solche Auseinandersetzungen – mit all seinen Chancen und Schwierigkeiten. Anhalter von Geburt und Geblüt bin ich nicht, doch abschließend erlaube ich mir gewissermaßen als Rechtsnachfolger (ich bin neulich auf diesen Gedanken gekommen und finde ihn zunehmend angenehm) des Fürsten Georg III., der seinerzeit Bischof dieser Region war, Sie nun herzlich willkommen zu heißen in Anhalt. Herzlichen Dank.

Herr Koch:

Das ist Dr. Stefan Wolle, er ist 1950 in Halle geboren, studierte Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin, wurde 1972 aus politischen Gründen relegiert und musste sich in einem Produktionsbetrieb „bewähren“. Von 1976 bis 1989 war er Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, promovierte 1984 zum Thema „Der Beitrag deutscher Historiker zur Erforschung der altrussischen Geschichte zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1801–1815)“ und war 1989/1990 im Komitee zur Auflösung des MfS, danach Mitarbeiter in der Behörde des Bundesbeauftragten, wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität und bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, zuletzt Mitarbeiter des Forschungsverbundes SED-Staat der FU Berlin. Soeben ist sein Buch „Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971“ erschienen. Er hat außerdem zahlreiche weitere Veröffentlichungen verfasst, die ich jetzt hier nicht alle aufzählen möchte, denn wir wollen Ihnen zuhören. Bitteschön, Herr Dr. Wolle, Sie haben das Wort.

Herr Dr. Wolle:

Auch von meiner Seite einen schönen guten Abend. Ich habe hier eine Menge Zettel mit vielen Zitaten, aber ich will aus der Not eine Tugend machen und das ein kleines bisschen abkürzen.

„Mauer, Staatsgrenze, antifaschistischer Schutzwall“. Diese drei Begriffe stehen für drei Sichtweisen auf die Ereignisse des 13. August 1961 und auch das, was dem folgte. „Mauer“ war in der DDR der landläufige Begriff aber er war strengstens verpönt, man konnte es nicht wagen, irgendwo in der Schule oder in der Öffentlichkeit den Begriff der „Mauer“ zu verwenden, obwohl er doch eigentlich von Walter Ulbricht geprägt worden ist. Nämlich in jener legendären Pressekonferenz am 15. Juni 1961 als Walter Ulbricht meinte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“. Ich lass jetzt mal die komplizierte Frage offen, ob Ulbricht am 15. Juni 61 schon diese Absicht hatte oder ob er andere Absichten hatte. Darüber wird vielleicht noch zu diskutieren sein. Auf jeden Fall hat er damals diesen Begriff der „Mauer“, der ja zunächst mal auch rein metaphorisch war, in die politische Sprache eingebracht. Er ist also nicht nur ein großartiger Dialektkomiker gewesen, sondern auf seine Weise auch ein Sprachschöpfer. Der Mauerbegriff hat etwas unabänderliches, die Mauer hat etwas starres, etwas unverrückbares. Man sprach damals von der Zeit vor der Mauer, nach der Mauer, seit der Mauer. Die Mauer war eben da und sie hat an jenem 13. August 1961 sehr vieles verändert. Es ist wahrscheinlich das entscheidende Datum der deutschen Geschichte zwischen 1949 und 1989.

Zur Reaktion der Bevölkerung, die natürlich „Mauer“ sagte. Die Reaktion war Erschrecken, obwohl es in der Luft gelegen hatte, dass irgendetwas passieren wird und irgendetwas passieren muss. Dennoch gab es ein großes Erschrecken, als in den Nachtstunden vom 12. zum 13. August schließlich das passierte, was in irgendeiner Form alle erwartet hatten. Die Reaktion war Wut, man kann auch sagen Hass, Hass auch gegen die Person Ulbricht ganz direkt, und eine große Angst. Ich will die Brücke oder den Widerspruch überwinden zwischen dem Zeitzeugen und der historischen Quelle, indem ich mal was zitiere aus einem





Roman oder genauer gesagt aus einer Erzählung von Klaus Schlesinger, 1973 veröffentlicht „Am Ende der Jugend“, eine Erzählung die am 13. August 1961 handelt:

In einer Berliner Kneipe – da gehen zwei Leute in eine Kneipe die sehr dezidiert auf der Seite der SED stehen und werden da von den Arbeitern angesprochen die da sitzen
,Dreiundzwanzig Jahre', sagte der Mann zu ihm, ,dreiundzwanzig Jahre war ich da.
Fritz Lenk, Bauunternehmen, Charlottenburg. Kennst du sicher?'

Martin schüttelte den Kopf. Ich dachte noch, das war ein Fehler.

,Nein', sagte Martin, ,kenn ich nicht.'

,Polier war ich', sagte der Mann. 'Das kennst du aber? Stunde viersiebzig!'

Martin blieb stumm, sah dem Mann aber in die Augen.

,Kongresshalle, kennst du doch, ja? Hab ich gebaut', sagte der Mann und stieß seinen Zeigefinger auf das schweißnasse Hemd.

Martin nickte.

,Ach', sagte der Mann und ließ seinen hageren, sonnengebräunten Arm abwehrend durch die Luft sausen: ,Ich sag dir, alles Verbrecher ...!'

,Wen meinen Sie denn?' fragte Martin.

Ich verstand ihn nicht. Was hatte es für einen Zweck, in einer Kneipe ein Gespräch anzufangen, und dann noch mit einem Angetrunkenen?

,Na, du machst mir Spaß', sagte der Mann und schüttelte verständnislos den Kopf.

,Hör auf!' sagte ich Martin, ,das hat doch keinen Zweck. Du kannst doch jetzt keine Diskussion anfangen!'

Martin hörte nicht. Er sah aufmerksam auf den Mann. Ich hatte das Gefühl, er nahm ihn ernst.

,Polier war ich, hörst du. Dreiundzwanzig Jahre. Und jetzt zerhaun sie die Stadt!'

,Hören Sie', sagte Martin, ,so können Sie das nicht sehen ...!'

Der Mann fiel ihm ins Wort.

,Wo kommst du denn her, Mann, wo bist du denn her? Bist du denn überhaupt Berliner, du, bist du Berliner?'

,Das hat doch nichts mit der Sache zu tun', sagte Martin geduldig, ,ob ich Berliner bin'

,Doch!" schrie der Mann, „doch!'

,Aber diese Stadt", sagte Martin eindringlich und ernst, „war schon seit fünfzehn Jahren geteilt, seit wir diesen beschissenen Krieg verloren haben uns ...!'

,Hör auf mit dem Krieg!' sagte der Mann laut. „Ich hab dich gefragt, ob du Berliner bist!'

,Nein', sagte Martin, ,wenn Sie es genau wissen wollen, ich bin kein Berliner."

,Dann halt Deine Fresse', sagte der Mann trocken. ,Die haben die Stadt zerhaun, die Verbrecher, und wenn Du wissen willst, wen ich meine, dann kann ich's Dir auch sagen. Das sag ich ganz laut, hörst Du, das ist scheißegal!'

,Hör uff, Kalle, sagte eine Stimme am Nebentisch. ,Du redest dir um Kopf und Kragen!'

,Quatsch', sagte der Mann, der Kalle hieß, ,das kann jeder hören. Den Spitzbart meine ich, den Spitzbart!'



In der Kneipe war es ganz still. Alle sahen zu uns herüber. Der Mann stand jetzt kerzengerade vor Martin, und ich fand er sah gar nicht betrunken aus. ...

Wahrscheinlich wäre alles noch gut gegangen, hätte nicht die Stimme am Nebentisch gesagt: ‚Pass uff, Kalle, das is'n Hundertfuffzichprozentiger!‘ und der Mann, irritiert durch den Einwurf, plötzlich abwinkte und ‚Ach leck mir die Bollen‘, schrie, und ein anderer, ich weiß nicht wer, Martin, der gerade zum Glas griff anstieß, dass das Bier sich breit und gelb über das Tischtuch ergoss, und das Glas herab fiel und mit klirrendem Geräusch zersprang. Wir sprangen auf, sahen uns im gleiche Moment umringt, wütende, hasserfüllte Gesichter, die bedrohlich näher rückten, jemand stieß mich von hinten, ich fiel gegen Martin, der sich nur mit Mühe halten konnte, aber dann rief eine Stimme: ‚Hört auf, verdammt!‘ Es war der Wirt, der nun vor uns stand und ‚Raus hier!‘ sagte, ‚wenn ihr Streit anfangen wollt, dann nicht in meinem Lokal, und jetzt wird gezahlt und dann ab!‘“

Soweit eine literarische Beschreibung, die in gewisser Weise besser ist als viele Berichte aus den Akten. Trotzdem noch mal dasselbe auch aus Akten untermauert, in einem ganz kurzen Zitat und ein paar Zahlen. Einblick in die Stimmungslage der Menschen hinter dem Stacheldraht gab eine Postanalyse des MfS und zwar aus dem Bezirk Frankfurt/Oder. Da heißt es „Am 17. August 1961 in der Zeit von 8 bis 20 Uhr wurden insgesamt 697 Sendungen zensiert und zwar 562 Sendungen DDR Post, 117 Sendungen WD und WB Post“. Dabei wurden 27 Äußerungen von der Bevölkerung der DDR festgestellt, die sich wie folgt aufgliedern: Negativ 27, Positiv 0. Also das zeigt auch von einer gewissen Dämlichkeit des Genossen, der da am Werke war. Der hätte wenigstens eine positive Stimme zitieren müssen, und wenn er es hätte selber schreiben müssen.

Das ist die Stimmung der Bevölkerung die sich aus folgenden Komponenten zusammensetzt, ich sagte Angst und zwar noch mal speziell, und das kommt in allen Berichten auch in den Quellen immer wieder zum Ausdruck, auch Kriegsangst. Sie war in dieser Generation ständig präsent. Immer wenn es irgendwo krachte in der Welt, hieß es: Es gibt Krieg, Krieg, Krieg. Und in gewisser Weise waren die Leute dann auch irgendwie froh und glücklich wenn die Situation sich irgendwie wieder beruhigte. Das ist überhaupt nicht zu verkennen.

Das dritte was eine große Rolle spielte neben der elementaren Angst angesichts der bedrohlichen und elementaren Gewalt und des großen Aufmarsches an Panzern, war auch die Enttäuschung über die Haltung des Westens. In diesen Tagen wurde auch jedem klar, dass der Westen nichts tun würde und im Grunde auch nichts tun konnte. Im Grunde waren die Weichen durch die Politik der amerikanischen Administration unter Kennedy gestellt.

Und dazu im Gegensatz eine vierte Komponente, die auch immer wieder in den Stimmungsberichten, dass viele Leute meinten es kommt bald anders, das SED-Regime hält sich nicht mehr lange. Die sind so sehr am Ende, der Bau der Mauer ist ein derartiger moralischer politischer und ökonomischer Bankrott, das kann sich nicht mehr lange halten. Warum hat es dennoch keinen Volksaufstand gegeben, was befürchtet wurde seitens der SED, womit die SED sogar gerechnet hat und ihre Truppen bereitgestellt hat, diesen Aufstand niederzuschlagen? Es gab in der DDR eine Minderheit, eine sehr



entschlossene, hoch motivierte und aktive Minderheit, die die DDR wollte. Und wer die DDR damals wollte, musste auch die Mauer wollen und wer die Mauer wollte, musste auch die Todesschüsse an der Mauer wollen, damit diese Mauer mit der elementaren Todesdrohung verbunden ist. Aus dieser Logik gab es kein Entrinnen. Die SED-Agitatoren sprachen vom antifaschistischen Schutzwall. Was soll dieses Wortmonster bedeuten? Es tauchte in dieser speziellen Konstellation „antifaschistischer Schutzwall“ zum ersten Jahrestag der Ereignisse, in einer Rede von Albert Nordens zum 13. August 1962, auf. Man muss hier erinnern, dass sich die DDR, da ihr die demokratische Legitimation fehlte aus der Geschichte legitimierte, und in den Ereignissen vom 13. August die Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes sah. Im Westen herrschen im Grunde die gleichen Leute wie vor 1945, unter neuem Mäntelchen, etwas getarnt und gestützt durch die rechte SPD-Führung unter Willy Brandt – das war immer eine ganz besondere Zielscheibe nach der SED-Propaganda. Im Grunde die gleichen gesellschaftlichen Kräfte wie unter Hitler. Wenn wir die nicht mehr zur Macht kommen lassen wollen, dann müssen wir eben diese Mauer bauen, so traurig das vielleicht auch sein mag. So dachten ziemlich viele in der DDR. Wenn Sie sich die Stellungnahmen der Schriftsteller Christa Wolf, Stephan Hermlin, Stefan Heym und wie sie alle heißen anschauen, werden sie diesen Grundgedanken, diese antifaschistische Legitimation des Mauerbaus immer wieder hören. Es liegt in der gleichen Logik wie die Definition des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 als faschistischer Putsch. So grauenvoll wie sich das anhört, die es sagten glaubten irgendwie daran.

Nach dem 13. August gab es auf östlicher Seite ein großes Triumphgeheul. Man fühlte sich stark, man hatte irgendwie das Gefühl einen großen Sieg errungen zu haben. Die große Niederlage wurde als Sieg gefeiert. Insbesondere der Überraschungseffekt wurde immer sehr betont, wie toll das gewesen sei, dass der Gegner nichts davon gemerkt hätte. Als die Frontstadtpolitiker am 13. August früh aus dem Bett krochen, da war auf einmal die Mausefalle zugeschnappt. Das waren so die Redensarten. Interessant ist bei den Dokumenten, und darunter sind eben eine ganze Menge sehr interessanter Tondokumente, die sich auch sehr für die politische Bildung eignen, dass mit einigen Schlüsselbegriffen argumentiert wird, insbesondere mit dem Begriff des Friedens natürlich. Damals sei der Frieden gerettet worden, -es gibt ja Leute die sagen dass heute noch, aber auf die ich nicht weiter eingehen möchte – das ist jetzt unfruchtbar auf diese Debatten einzugehen.

Aber der Frieden war damals der Topos Nummer Eins. Man hätte die Bundeswehr gehindert, mit „klingendem Spiel durchs Brandenburger Tor zu ziehen“ Bis zum Überdruß wurde diese Floskel, ein Zitat aus irgendeiner drittrangigen westdeutschen Zeitschrift, wiederholt. Und zu dem Friedensbegriff gab es immer den Komplementärbegriff, also Krieg in diesem Fall. Zweitens war das der Begriff der Sicherheit. Der Westen sei krisengeschüttelt, der Kapitalismus stolpere von einer Krise in die andere. Bei uns in der DDR hätte die soziale Sicherheit die ganz neuen Dimensionen erreicht durch den antifaschistischen Schutzwall, der Ruhe, Ordnung und Sauberkeit garantiere. Das ist ganz merkwürdig wie zentral dieser Begriff der Sauberkeit war. Damit ist natürlich nicht gemeint gewesen das es auch die Straßen und Parkanlagen



sauber gewesen wären und die Mülltonnen regelmäßig geleert wurden. Sondern sie meinen damit eine Art moralische, ethische Sauberkeit und komplementär dagegen im Westen, sei der Schmutz vor dem man die Menschen der DDR, insbesondere die Jugend bewahren müsse. Die jungen Leute, die Männer müsse man davor bewahren, abenteuerlustig in den Westen zu ziehen und da in die Fänge der französischen Fremdenlegion zu geraten. Wir erinnern daran, es war die Zeit des Algerienkrieges. Oder die jungen Frauen die im Westen im Bordell landen würden. Das waren zentrale Argumente. Westberlin sei nicht nur die Frontstadt, ein Nest des Kalten Krieges und der Geheimdienste, sondern ein ganz besonders schlimmer Auswuchs von moralischem Schmutz. Damit sei seit dem 13. August vorbei. Dazu ein Gedicht aus dem Neuen Deutschland vom 14. August 1961, in dem das alles beispielhaft zum Ausdruck kommt.

Die Menschenhändler hört man lauthals lamentieren,
weil ihr Gewerbe nun den Aufwand nicht mehr lohnt.
Nur eins bleibt ihnen: Hilflös rasonieren.
Wir fliegen hin – sie schauen in den Mond!

Und unsre Mütter werden künftig ruhig schlafen,
und keines ihrer Kinder Gangsterbeute sein.
Die Kindesräuber, deren Existenz wir trafen,
die werden nunmehr ohne Prämienchancen sein.

Agenten, Wechsler und diverse andre ‚Helden‘
von Gehlen, CIC und Ostbüro –
für sie heißt es nunmehr Konkurs zu melden,
und ruhig wird’s am ‚Brunnen‘ und am Zoo.

Das war der Duktus jener Monate nach dem Mauerbau: Aggressiv, hämisch und lauthals triumphierend über die Schwäche des Westens. Es gab auch einen DEFA-Film, der 1967 gedreht wurde, „Geschichten jener Nacht“. In ihm versuchte einige Jahre nach dem Mauerbau die SED noch mal die zentralen Argumente zusammenzutragen und da kommt es zu einem Dialog zwischen den beiden Protagonisten, der eine aus dem Osten und der andere aus dem Westen. Eberhard Esche spielt so einen arroganten Westschnösel und Dieter Mann ist der Gute aus dem Osten. Und der Westschnösel fängt nun mit der Menschenwürde an, daraufhin der Genosse aus dem Osten: „Was verstehen sie unter Menschenwürde? Ärzte von den Kranken wegkaufen, Lehrer von den Schülern wegkaufen, Eltern von den Kindern wegkaufen. Mit den billigsten Mitteln für ein Linsengericht“. Und so in dem Stil geht das weiter, interessanterweise taucht hier mit dem Linsengericht wieder mal ein biblisches Bild auf. Ich werde immer wieder gefragt: „Haben die das eigentlich geglaubt, was die da erzählt haben?“ Man muss wahrscheinlich ziemlich tief in die Psychologie dieser Menschen einsteigen um das irgendwie darzustellen und glaubhaft zu machen. Im Grunde meine ich „ja“, nach all meinen Erfahrungen die ich in den vielen Jahren gemacht habe, im



Gründe haben die das auf eine bestimmte verdrehte und perverse Art irgendwie wirklich geglaubt, dass sie in der Tradition des Kampfes der fortschrittlichen Klassen und Schichten der deutschen Bevölkerung stehen, um diesen Sieg im Klassenkampf zu erringen. Und sie waren stolz auf diesen Sieg und meinten aus dieser Legitimation heraus, die Menschenwürde und den normalen menschlichen Anstand mit Füßen treten zu können und sich über diese moralischen Kriterien sozusagen in dem Sinne einer höheren Notwendigkeit, hinweg setzen zu können.

Zum dritten der im Titel meines Vortrages genannten Begriffe, nämlich „Staatsgrenze“. Das war ja nun die Frage: „War es denn überhaupt eine Staatsgrenze? War es denn ein Staat?“, damit musste man sich im Westen auseinander setzen. Sie werden sich alle erinnern, dass die Bundesrepublik damals die DDR natürlich nicht als Staat anerkannte. Es war damals klar, wer die DDR anerkannte, begeht aus Sicht der Bundesrepublik einen unfreundlichen Akt, der mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet werde. Das war der konkrete Inhalt der sogenannten Hallstein-Doktrin. Es ist nun kein Zufall, dass die neue Ostpolitik gerade von Willy Brandt und seinem damaligen Mitarbeiter Egon Bahr konzipiert wurde, um die Starre innerhalb Deutschlands zu überwinden. Am 16. August 1961 hat keiner energischer und emotionaler gegen diese Mauer protestiert als Willy Brandt. Es ist wirklich eine der großen Reden der deutschen Geschichte, die er da vor dem Schöneberger Rathaus gehalten hat. Natürlich auch ein Balanceakt auf der einen Seite eine deutliche Kritik an den Alliierten, an den Westalliierten, auch an die CDU-Regierung in Bonn. Auf der anderen Seite aber auch der Versuch, kein Öl ins Feuer zu gießen, das heißt, die Berliner in Ost und West von unbedachten Maßnahmen abzuhalten.

Es war Willy Brandt, der am energischsten und am deutlichsten, auch zum Ärger von Kennedy übrigens, gegen diese Mauer protestierte. Gleichzeitig aber konnte man gerade in Berlin sehen, dass die Proteste und die großen Worte und das Pathos nur mit Häme und Bösartigkeit beantwortet wurden. Und da habe ich auch eine Menge Beispiele für die Art und Weise der damaligen Rundfunkpropaganda, wie die Appelle zur Menschlichkeit vom Osten in den Dreck getreten wurden. Die schossen eben einfach auf die Menschen, und ich sagte schon, die Mauer ist die Mauer nur gewesen, weil da scharf geschossen wurde, sonst wäre die Mauer sinnlos gewesen. Wer das wollte, musste das gutheißen, das da Menschen erschossen wurden, und es wurde gutgeheißen. Die Propaganda war außerordentlich martialisch in jener Zeit. Und auch Albert Norden, den ich ja schon mal zitierte, sagte ausdrücklich: „Das sind nicht unsere Brüder und Schwestern, die da weglaufen, die verdienen da eine Kugel in den Rücken und fertig“. Solche Reden wurden damals gehalten. Gut, wie wird man damit fertig? Wie geht man im Westen damit um? Da hat am 15. Juli 1963 Egon Bahr in Tutzing in der Evangelischen Akademie eine berühmte Rede gehalten, die später die Überschrift von der Presseagentur erhielt, die sie verbreitet hat „Wandel durch Annäherung“. Doch der Vortrag schildert mit äußerster Stringenz die Situation vollkommen illusionslos. Jede Politik, meint Egon Bahr, die zum direkten Sturz des Regimes in der DDR führe, sei aussichtslos, und diese Einsicht bedeutet eben auch, dass jede Änderung nur mit Zustimmung der dortigen Machthaber zu erreichen sei.



Auch der Versuch, durch den Abbruch sämtlicher politischer und wirtschaftlicher Verbindungen oder durch bewusste Verschärfung der Situation einen Zusammenbruch zu bewirken, habe sich in der Vergangenheit als der falsche Weg erwiesen. Da Ulbricht aus Krisen immer wieder gestärkt hervorgegangen sei, ist der einzige Erfolg versprechende Weg derjenige Kennedys. Bahr meinte „Dass soviel Handel mit den Ländern des Ostblocks betrieben werden soll wie möglich ist, ohne unsere Sicherheit zu gefährden. Dabei kann das Ziel nicht sein, die Zonen zu erpressen sondern es müsse das sowjetische Herrschaftssystem von innen aufgelöst werden, durch verstärkte Handelsbeziehungen und da würde das allmählich zu einem erhöhten Lebensstandard und eben zu diesem Prozess, des Wandels durch Annäherung führen.“ Es war wie gesagt damals noch nicht die offizielle Politik der SPD, sondern eine Art Versuchsballon. Auch Willy Brandt hat sich kurz nach der Rede mehr oder weniger davon distanziert. Ich glaube, dass dies damals der einzig richtige Weg gewesen ist, dass die DDR nicht gescheitert ist und die Mauer nicht gescheitert ist an den Protesten und Protestnoten des Westens oder gar der Alliierten, sondern an diesem allmählichen Prozess der Normalisierung der Beziehungen, der dann in der Regierungszeit von Willy Brandt seinen innerdeutschen Höhepunkt gefunden hat, und durch den Abschluss des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 seinen Abschluss fand. Im Inneren der DDR war die Lage noch viel komplizierter. Man muss natürlich fragen – und die Frage muss erlaubt sein –, wie trotz dieses moralischen, ökonomischen und politischen Bankrotts vom 13. August 1961 noch 28 Jahre einer relativen Stabilität der DDR möglich sein konnten. Keine Frage, dass diese Scheinstabilität nur durch Repressionen und Unterdrückung, und durch ein sehr martiales Auftreten durch ein tief gestaffeltes System von Unterdrückung möglich war. Aber bald schon merkte die Ulbricht-Führung, dass sich auf Dauer die DDR mit diesen Mitteln nicht zu einem modernen Staat entwickeln kann und begann etwa 2 Jahre nach dem Mauerbau eine Phase von inneren Reformversuchen, insbesondere wirtschaftlicher, aber auch kultureller Art, die dann allerdings schon im Dezember 1965 endeten. Waren alle diese Hoffnungen trügerisch? Man wird heute wahrscheinlich sagen müssen: „Ja.“ Das beantwortet aber nicht die Frage, ob es damals Anlass gegeben hätte auf eine Hoffnung, innerhalb des Systems eine evolutionäre Entwicklung zum Besseren zu bewirken. Protagonisten dieser Meinung sind all die berühmten und bekannten Dissidenten gewesen, nicht zuletzt auch Wolf Biermann, der heute eine ganz andere Meinung vertritt. Der sagt ja auch: „Nur wer sich ändert bleibt sich treu“, womit er recht hat. Biermann reimte damals: „Die DDR auf Dauer braucht weder Knast noch Mauer“. Und genau das war der zentrale Irrtum. Die DDR war nur durch die Mauer und mit der Mauer denkbar. Die Mauer war das stählerne und aus Beton gegossene Instrument, die Klammer die die DDR zusammenhielt. Ohne die Mauer und ohne den Schießbefehl an der Mauer hätte es keine DDR gegeben. Das wurde letztendlich im November 1989 klar, als mit dem Fall dieser Mauer und mit der Auflösung dieser Klammer auch die DDR zur Disposition stand und als Folge der demokratischen Revolution nicht nur die Mauer beseitigt wurde, sondern die gesamte DDR, die auf dieser Mauer ruhte. Und mit ihm das bipolare Weltsystem, die geteilte Welt zwischen Ost und West, deren Schlussstein 28 Jahre lang die Mauer gewesen ist. An der Stelle will ich Schluss machen, ich freu mich auf die Debatten



und Diskussionen die wir vielleicht auch zu diesen Themen haben werden. Ich bedanke mich für die Geduld. Dankeschön!

Herr Koch:

Vielen Dank Herr Dr. Wolle, vielen Dank Herr Ministerpräsident, Herr Oberbürgermeister und Herr Kirchenpräsident für Ihre Grußworte. Das ist jetzt der Moment, wo die Aufregung nachlässt, wo wir zum entspannten Teil übergehen können. Ich möchte Sie bitten sitzen zu bleiben, weil Ihnen jetzt gleich der Sekt des Oberbürgermeisters serviert wird, den wir mit Ihnen gemeinsam genießen wollen. Danach lade ich Sie ein, im Namen der Veranstalter, das Buffet zu genießen, was draußen aufgebaut ist. Die Damen und Herren von den etwas preiswerteren Plätzen am Rand dürfen dann draußen an den Tischen Platz nehmen und können dann auch ordentlich essen. Es gibt ein Kaltgetränk und die weiteren Getränke im Laufe des Abends dürfen Sie selber bezahlen. Das ist in Ordnung so. An dieser Stelle möchte ich schon mal Dankeschön sagen meinem Team, dem Dr. Laßleben, der Frau Fritzke, der Frau Rygiel und der Frau Blaszczyk für die Aufregung der letzten Wochen.

Jetzt können wir uns alle ein bisschen zurücklehnen, entspannen und den Abend genießen. Morgen früh um 9 Uhr geht es dann in der Runde weiter, mit Podiumsdiskussion hier in dem Raum und dem Programm, das haben Sie alles mitbekommen, die letzten Änderungen auch. Ich wünsche Ihnen einfach noch einen schönen Abend.



von links: Herr Walther, Frau Tröbs, Frau Neubert, Herr Dr. Emmerich, Herr Dr. Möbius



28. Mai 2011

Frau Neubert:

Wir steigen mit dem Vortrag von Herrn Dr. Möbius ein, anschließend werden die drei Menschen, die hier rechts und links neben mir sitzen berichten, wie ihr Leben mit der Grenze verlaufen ist. Und am Ende der Runde sind auch Sie eingeladen selber noch Beiträge beizutragen, dafür gibt es dann Saalmikrofone. Bitte sprechen Sie auch immer ins Mikrofon, damit eben alles aufgezeichnet werden kann für spätere Aufbewahrung. Ich bitte jetzt Dr. Sascha Möbius um seinen Einführungsvortrag:

Herr Dr. Möbius:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank für die freundlichen Worte, Frau Neubert.

Ich werde sie etwas unhöflich beantworten, nämlich mit einer Unart von Referenten erstmal zu erklären dass man nicht zu dem Thema spricht, mit dem man in der Tagungsmappe drin steht. Natürlich hatten wir es vorher abgesprochen. Ich denke zur Frage der Grenzsicherung, zum Schutzstreifen und den verschiedenen Phasen des Ausbaus des Grenzregimes brauchen wir hier in diesem Saal nicht noch einmal zu diskutieren. Das wissen viele von Ihnen besser als ich. Ich möchte daher, um für die Diskussion anzuregen, auf zwei Punkte eingehen die mit der aktuellen Diskussion zu tun haben, so wie ich sie in der Basisarbeit in der Gedenkstätte wahrnehme. Der erste Punkt ist die Frage, mit was für Argumenten rechtfertigt man heute noch die Grenze, das ist natürlich eng verknüpft mit der wissenschaftlichen Forschung zur Wahrnehmung der Grenze, wie sie sich zum Beispiel in der von Rainer Potratz für die Gedenkstätte Marienborn und der Universität Hannover organisierten Tagung zur Grenzwaehrung niedergeschlagen hat. Und der zweite Punkt ist die Grenzsicherung, das Grenzregime der DDR: nicht als eine Frage von einigen Kilometern um die innerdeutsche Grenze, sondern als eine Frage der gesamten Gesellschaft der DDR, die sie bis in den innersten Kern durchdringt, zu verstehen. Das ist eng verknüpft mit einigen Forschungen die u. a. am Moritzplatz durchgeführt wurden zum politisch-operativen Zusammenwirken. In diesem Zusammenhang möchte ich hier für die Zahlen die ich Ihnen nennen werde Herrn Dr. Sperg und Herrn Bohse, zwei Forschern aus Halle und Frau Dr. Dietzel aus Magdeburg danken. Die Interpretation nehme ich auf meine Kappe, wenn Sie dort Kritik haben richten Sie sich an mich, für die Zahlen bedanke ich mich bei den entsprechenden Forschern.

Die Grenze, die Grenzsicherung und das Grenzregime waren ein „antifaschistischer Schutzwall“. Diese zentrale These der SED ist praktisch mit dem Mauerfall verschwunden, fast niemand vertritt sie heute mehr. Es gibt einige Ewiggestrige wie z. B. den Herausgeber der Zeitschrift „Rotfuchs“, die einige von Ihnen kennen, ein unsägliches stalinistisches Machwerk, die wirklich noch daran festhalten. Aber diese Idee, es sei ein Schutz gegen einen Angriff aus dem Westen, ist heute praktisch nicht mehr existent. Kann uns das beruhigen? Ein wenig schon, weil das System gefallen ist, was diese These vertreten hat. Aber wir sollten gerade, wenn dies zum Beispiel auch in der Dis-



kussion aus Kreisen der PDS-Linkspartei-Linke vertreten wird, eine Sache immer bedenken und ich finde es auch als Argument wichtig: auch vor 1989 hat im Prinzip, außer einigen ganz dummen, niemand geglaubt, dass die Errichtung der Grenze, des Grenzregimes eine antifaschistische Abwehrmaßnahme gegen die Bundesrepublik ist, gegen eindringende Spione oder einen Angriff der Truppen der NATO. Und ich denke, das wäre meine erste These an diesen Punkt, diese Art der Lüge zeigt ganz bedeutsam und zugespitzt in aller Form, dass das gesamte System der DDR von einer Kultur der Lüge durchdrungen war. Ulbricht wusste hundertprozentig wofür er die Grenze gebaut hat. Die SED-Führung wusste das, auch die Führung der Grenztruppen wusste worum es geht. Nichtsdestotrotz wurde diese Theorie nach Außen vertreten und – das sollte man hinzufügen –, wohl wissend, dass es eine Lüge ist, bestrafen aber die Staatsorgane der DDR Menschen, die dies gewagt haben offen zu sagen, oft drakonisch. Wir haben zwei Fälle am Moritzplatz, wo Mensch im Oktober 1961 allein wegen Kritik an der Grenze zu über 8 Jahren Haft verurteilt wurden und das durchzieht, das wissen Sie alle besser als ich, die gesamte Geschichte der DDR. Das ist der eine Punkt, das andere Argument wo ich sagen muss: „Ja, es fasst mich auch heute noch an, wenn ich das zu hören bekomme“, ist für uns wesentlich komplizierter, ich sage es auch ganz offen, sicherlich verletzender und problematischer.

Nämlich das Argument „Natürlich war das nicht toll mit der Grenze auch mit der Stasi, all das wollte man ja nicht aber es wusste doch jeder was ihm passiert“. Da muss man ganz klar sagen, auf den ersten Blick, ja man wusste das es gefährlich ist zu versuchen über die gesicherte Grenze in den Westen zu fliehen, da hört aber der Wahrheitsgehalt dieser Aussage schon auf. Wenn wir Grenzsicherung nicht nur als die eigentlichen Grenzbesetzungen verstehen kommen uns natürlich sofort die Zwangsaussiedlungen vom Mai/Juni 1952 und Oktober 1961 in den Kopf. Die Menschen die damals deportiert wurden, über 11.000, bei Nacht und Nebel abgeholt, die Angst, nicht zu wissen wohin man deportiert wird, eventuell sogar misshandelt oder gar erschossen zu werden, von diesen Menschen wusste niemand was ihm passiert. Hinzukommt ein anderer Punkt, die Forschung, die ich auch selber mit durchgeführt habe anhand von Zeitzeugeninterviews mit Menschen, die aufgrund von versuchten Grenzdurchbrüchen verhaftet wurden, hat gezeigt: ja sie wussten es ist nicht ungefährlich über die Grenze zu gehen aber auch da hört es schon auf.

Nehmen wir zum Beispiel, was oft vergessen wird, die Verurteilung durch sowjetische Militärtribunale wegen illegalen Überschreitens der Demarkationslinie, bis zu drei Jahren Haft deswegen. Das wusste niemand, dass man dafür drei Jahre Haft bekommen konnte. Man wusste noch weniger, dass aus einem illegalen Überschreitens der Demarkationslinie, und ich denke Sie kennen das Schicksal von Melanie Kollatzsch, durch entsprechende Verhöre auf einmal ein Spionagevorwurf und 15 Jahre Haft werden konnten. Auch das wusste man nicht vorher. Und viele Leute berichten uns zum Beispiel bei der Behandlung, wenn jemand angeschossen wurde von einem Grenzer, dass die Leute erst liegen gelassen wurden. Dass ein Arzt 30 Minuten, 45 Minuten später geholt wurde, dass die Menschen dann schon verhört wurden und einer solch unmenschlichen Behandlung ausgesetzt waren. Das konnten sich die



allermeisten Leute auch nicht vorstellen. Und das was in der Untersuchungshaft der Staatssicherheit passierte, einem zentralen Element der Grenzsicherung, das konnten sich selbst die Menschen, die sich Ende der 80er Jahre in den Oppositionsgruppen auf solche Situationen vorbereitet haben auch nicht vorstellen, diese Unmenschlichkeit, diese Art der „weißen Folter“. Insofern muss man sagen, aufgrund der neueren Forschungen, der Wahrnehmung und des Wissens um das Grenzregime, stimmt dieses Argument ganz klar nicht. Ich möchte noch einen Punkt hinzufügen, weil ich denke das auch gerade in den Bereich unserer wichtigen Arbeit der Demokratiebildung hineinfällt – man sollte mit Menschen die mit diesem Argument kommen, sehr intensiv diskutieren –: Ich erinnere mich noch gut an eine Freundin, eine Westdeutsche, die wegen Unterstützung der Solidarnosc mehrere Wochen in Haft in Hohenschönhausen war, einem Mitglied der deutschen kommunistischen Partei in Hamburg erzählte: „Ja was willst du denn hier mit den Verhaftungen von Grenzverletzern, das sind nun mal die Gesetze in der DDR“. Das war Anfang der 80er Jahre und sie hat dem geantwortet: „Ja und wenn du als Weißer in Südafrika eine Beziehung mit einer schwarzen Frau hast, dann wirst du bestraft und das sind doch auch die Gesetze in Südafrika. Findest du das richtig?“

Diese Denkweise zu sagen, wer die Macht hat, hat das Recht, wer die Macht hat die Grenze zu bauen, wer die Macht hat anzuordnen, dass dort Menschen erschossen und getötet werden, der kann das einfach vorgeben weil er die Staatsführung hat ohne jede demokratische Legitimation, diese Art des Rechtspositivismus, die ja nebenbei auch das Unrechtsdenken der Nationalsozialisten durchzogen hat, die darf man nicht anerkennen. Und der Spruch, wenn auch gedankenlos daher gesagt: „Die wussten doch was ihnen passiert“, ist nicht nur falsch, er ist daher auch unmenschlich und das sollte man auch, höflich aber klar entsprechend diskutieren. Ich möchte nun zu dem zweiten Punkt kommen. Die DDR brauchte die Grenze, die Aussage ist banal, das wissen wir alle hier im Saal. Die Grenze brauchte auch die DDR und man kann es sogar zuspitzen, die DDR war die Grenze und sie war ein Regime, was aus vielen Grenzen bestand. Sie kennen die Grenzsicherungsmaßnahmen, aber das gesamte Regime war durchdrungen, ich habe es bereits angesprochen. Die Kultur der Lüge, um die Aussage „es ist ein antifaschistischer Schutzwall“, schlimmer noch die Kultur des Schweigens. Wenn ich weiß da ist eine Lüge, dann kann ich auf sie eingehen und rede sie einfach nach nur um meine Ruhe zu haben.

Aber am Besten schwieg man auch über die Grenze. Das andere war natürlich die ideologische Grenzsicherung. Ich habe selber gesehen, bei der Auswertung von Schulungsbüchern von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes, wenn Sie sich das angucken was die Herrschaften über den so hoch gelobten Marxismus-Leninismus wissen, bzw. das muss man so sagen, was sie auch einfach nicht verstanden haben. Das waren keine hoch geschulten Kader die alle drei Bände des Kapitals von hinten bis vorne gelesen hatten. Aber was sie hundertprozentig verinnerlicht haben, das ist immer wieder „Auf der anderen Seite steht der Feind“. Auch wenn sie nicht glaubten, das es ein antifaschistischer Schutzwall ist, so glaubten sie doch, das der Erhalt der DDR dadurch gerechtfertigt ist, dass auf der anderen Seite des Eiser-



nen Vorhangs ein System steht, was durch und durch schlecht und zu bekämpfen ist. Das „imperialistische System der BRD und der USA“ und darüber wurde alles gerechtfertigt. Der eigentlich jeder demokratischen Auffassung zugrunde liegende Spruch, den Kant dann philosophisch aufbereitet hat „Was du nicht willst, dass man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu!“, wurde dort in sein Gegenteil pervertiert „Was du nicht willst, dass man Dir tu, das füg auch recht dem anderen zu.“ Das heißt die Logik die dahinter stand, wir dürfen in diesem System weil das andere System immer noch tausendmal schlimmer ist, alles tun, Menschen wegen geringster Vergehen, wegen Dingen die im Rechtsstaat zu keinerlei Verfolgung führen würden ins Gefängnis werfen, „weißer Folter“ aussetzen, an der Grenze erschießen. Das ist die hauptsächlich ideologische Sicherung und das merken Sie auch immer wieder in Diskussionen, wenn Sie heute zum Beispiel mit ehemaligen hochrangigen Grenztruppenoffizieren oder zum Beispiel auch MfS-Mitarbeitern reden, die werden nie sagen, die DDR war ja gut, sie werden immer sagen aber der Westen, der hat den Krieg angezettelt und die Arbeitslosigkeit und die alten Faschisten und, und, und.

Und damit wird gerechtfertigt, dass man selber noch zehnmal schlimmer diese Methoden anwendet. Wie gesagt eine Aussage die durchaus nicht ganz unumstritten ist aber ich denke, aufgrund der entsprechenden Forschungen zu Schulungsunterlagen, Zeitzeugeninterviews kann man das entsprechend festhalten. Der zweite Punkt betrifft das politisch-operative Zusammenwirken. Wenn wir über Repressionen in der DDR sprechen, sprechen wir meistens über die Staatssicherheit. Wir hier im Saal dehnen das natürlich schon aus, aber in der allgemeinen gesellschaftlichen Diskussion ist Unterdrückung in der DDR „Stasi“ und man hat im Grunde genommen dann auch bei Menschen die dem durchaus kritisch gegenüber stehen oft die Aussage: „Na ja die Staatssicherheit und auch das Schießen auf Flüchtlinge und die fehlende Reisefreiheit, das war ja nicht gut aber ansonsten war doch in der DDR usw.“, und dann kommt eine ganze Reihe von entsprechenden Argumenten.

Ja, da muss man allerdings sagen, so funktioniert es nicht. Der eine Punkt ist der, dass wir erstmal ganz klar sagen müssen, die Sicherung der Grenze im Sinne der Verfolgung von Kritik oder Fluchtversuchen ist der zentrale Bestandteil auch der politischen Haft ab den 70er Jahren. Wir konnten das zum Beispiel durch die Forschung der genannten Hallenser Kollegen am Moritzplatz nachweisen, ab Mitte der 70er Jahre sind 65 % der Menschen die in der UHA am Moritzplatz inhaftiert sind, inhaftiert wegen Fluchtversuchen. Das wird dann noch wesentlich mehr gegen Ende der DDR, d. h. also das lässt sich gar nicht trennen. Und jetzt kommt der interessante Punkt, wer ist denn beteiligt an der Flucht? Das Bild sag ich mal, was ohne bösen Willen in Teilen der Gesellschaft vorhanden ist, es gibt die Grenze da sind die Grenztruppen die müssen auf jemanden schießen, manchmal tun sie es, manchmal nicht, dann wird der gefangen und wer politisch irgendwas tut, was der SED-Führung nicht passt, der wird von der Staatssicherheit inhaftiert. Nein hier haben die Forschungen ganz deutlich gezeigt, dass es ein weites Netz ist. Dazu möchte ich einen Forschungspunkt anführen und dann noch einige Zahlen nennen. Erstmal und das wissen Sie sicher besser als ich, war die Repression im Sinne von: Man macht einen



kritischen Spruch im Betrieb zur Grenze und wird erstmal zum Parteisekretär einbestellt oder zum Vorgesetzten der auch in der Partei ist, d. h. die Unterdrückung auf der ersten Ebene lief gar nicht über die Staatssicherheit.

Und wenn ich von hauptamtlichen Parteifunktionären rede dann konnte man sich sogar relativ sicher sein, das die keine IM waren weil in den höheren Parteietagen hatte das MfS keine IM ohne ausdrückliche Bestätigung der höchsten Parteiführung anzuwerben. Sie sind aber Teil des Repressionsapparates und wenn sie dann noch zur Staatssicherheit hingehen und jemanden verraten, dann können sie zwar heute unproblematisch leben weil sie waren ja keine IM, sie waren nur Parteimitglied. Aber sie haben mehr angerichtet, als zum Beispiel die Menschen, die unter unmenschlichen Bedingungen in der Haft gezwungen wurden, IM-Erklärungen zu unterschreiben. Dann stellen wir z. B. fest, dass die Volkspolizei weitaus mehr an der Unterdrückung von Flüchtlingen beteiligt war, als lange gedacht und da nenne ich Ihnen mal einige Zahlen vom Moritzplatz, z. B. in der Zeit von Anfang Dezember 1970 bis Ende Oktober 1971, werden 660 Menschen – man muss das bedenken, in einem knappen Jahr 660 Menschen – wegen Republikflucht in die Untersuchungshaftanstalt am Moritzplatz gebracht, was nicht bedeutet dass sie direkt im Grenzgebiet verhaftet wurden.

Meistens geschieht das schon weitaus vorher allein wegen des Versuchs. 334 davon, also mehr als die Hälfte werden von der Volkspolizei verhaftet, dann kommen noch mal 186 über die Transportpolizei z. B. meistens dann im Zug und dann erst 111 über die Grenztruppen, d. h. der weitaus größere Teil wird mit hoher Wahrscheinlichkeit, gewiss das kann ich bisher nicht genau sagen aufgrund der Zahlen, schon vor dem Sperrgebiet inhaftiert und deutlich wird hier ist dieses politisch-operative Zusammenwirken ganz klar. Noch deutlicher wird dies in den letzten drei Jahren der DDR, 1987 und 88 behandelt die Staatssicherheit 25 % der Fälle von Republikflucht, die Volkspolizei 65 %. Im letzten Jahr der DDR sieht es noch anders aus, da sind nämlich 74 % bei der Volkspolizei und nur 14 % bei der Staatssicherheit. Jetzt möchte natürlich der Historiker und vielleicht auch der DDR-Sympathisant, wo ich darauf hinweise es gibt nur eine sehr geringe Schnittmenge, sagen: „Na ja aber wahrscheinlich hatte ja die Volkspolizei dann Jugendliche die irgendwie nach dem Bockbieranstich nicht mehr genau wussten was sie machten und versuchten dann eben Richtung Grenze zu gehen“.

Nein ich muss erstmals sagen, der Befund und wir haben es intensiv in den Arbeitsgruppen diskutiert, ist noch nicht klar, wer wen abgibt. Warum gibt das MfS Leute ab? Im Gegenteil von der ersten Aktenlage ist es überhaupt nicht festzustellen das eine Kategorisierung geht, zu sagen das MfS nimmt die als wirklich politisch erkannten Fälle und die Volkspolizei die anderen. Es sind oft genau die gleichen Profile die sich dort zeigen, d. h. also, man muss klar sagen, dieses Zusammenwirken mit der Volkspolizei ist integraler Bestandteil der Grenzsicherung und ich nenne es hier nur als ein deutliches Beispiel, weil wir hier eben wirklich solide Forschungsergebnisse haben für dieses weitverzweigte politisch-operative Zusammenwirken des gesamten Staatsapparates. Eine reine dem Frontdenken verpflichtete Ideologie und einer Kultur der Lüge als Grenzsicherung außerhalb des Sperrgebietes. Einige Vorschläge noch zu dem was wir machen können oder was mir auch wichtige Punkte



sind. Zunächst sei noch einmal daran erinnert, so problematisch die jetzige Opferrentenregelung ist und wir arbeiten ja alle daran das hier noch Dinge verbessert werden, sollten wir aber auch nicht vergessen, das z. B. die Zwangsausgesiedelten praktisch überhaupt keine entsprechenden Anerkennungen bekommen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, das in die Öffentlichkeit zu tragen und ich glaube ich übertreibe da auch nicht, den Leuten mal klar zu machen, es ging nicht darum dass man irgendwann einen Brief gekriegt hat wo drin stand „Ja in 3 Monaten wäre es nett, wenn Sie irgendwie nach Thüringen ziehen“, sondern dass diese Art der Deportation bei den Menschen tiefgreifende Wunden hinterlassen hat und das die teilweise um ihr Eigentum zurückzubekommen noch Prozesse führen müssen und, und, und. Hier ist also dringend eine Anerkennung der Opfer notwendig um ins Bewusstsein hineinzubringen, das Grenzregime sind nicht Mauerschützen, sondern das Grenzregime ist die DDR. Das wäre der 2. Punkt „Der Alltag vor dem Hintergrund der Grenze“. Ich hab bereits diese Konferenz genannt, das ist ein Punkt der auch an Detailstudien – Herr Walther hat ja eine entsprechend zu Hötenleben vorgelegt –, weitergetrieben werden sollte und der letzte Punkt der mir für die Gedenkstättenarbeit wo viele von Ihnen natürlich als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen nicht nur ein wichtiger, sondern der wichtigste Bestandteil sind. Gegen diese schändliche Ideologie, zu sagen „weil der andere so böse ist dürfen wir dies und jenes machen“ das sehr deutlich offen zu legen was dabei rausgekommen, ist die Frage. Dass das irgendwie vielleicht in guter Absicht war weil man das Heil der Menschheit wollte ist mir dabei vollkommen egal. Gerade diese Ideologie ist es und das ist natürlich auch etwas was in den Bereich der Demokratieerziehung für heute wichtig ist, weil genau diese Einstellung – „der ist böse und deswegen darf man es ihm antun“ – immer wieder dazu führen wird am Ende, dass Apparate unkontrolliert Menschen verfolgen weil sie einfach Menschenrechte wahrnehmen. Wie das Menschenrecht auf freie Wahl des Wohnortes oder freie Meinungsäußerung. Dankeschön!

Frau Neubert:

Vielen Dank Herr Dr. Möbius für diese Einführung die für viele, die ja hier auch als Zeitzeugen unterwegs sind glaube ich auch wichtige Argumentationsmuster in die Hand gegeben hat, die Logik der Grenze, die Logik der Lüge zu durchbrechen. Die DDR ist das Grenzregime – das ist glaube ich ein guter Merksatz den man da mitnehmen kann.

Wir kommen jetzt zu den Berichten der 3 Zeitzeugen die hier links und rechts neben mir sitzen.

Wir beginnen mit Marie-Luise Tröbs, geb. Wagner, sie stammt aus Geisa nicht weit vom heutigen Grenzmuseum Point Alpha und die Familie ist zwangsausgesiedelt worden als sie noch ein Kind war.

Frau Tröbs:

Ja, Sie sehen ich bin schon bereits bei der Vorstellung sehr bewegt wenn durch andere von meinem Schicksal, das ich am 3. Oktober 1961 erlebt habe gesprochen wird. Bevor ich auf mein Schicksal eingehe möchte



ich aber auch deutlich machen, dass es für mich jetzt schon ein bewegender Moment ist zu Ihnen als Zeitzeugin zu sprechen. Welche Opfergruppen ich vertreten möchte ich auch noch rüberbringen: ich bin die Präsidentin des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten und deshalb weiß ich es schon zu schätzen, dass heute in diesem Podium auch über dieses Thema gesprochen wird, das bis zum 9. November 1989 in der DDR totgeschwiegen wurde und auch totgeschwiegen werden musste. Ich spreche heute aber auch in Gedenken an alle Zwangsausgesiedelten die schon von uns gegangen sind und die den Kampf für eine gerechte Rehabilitierung und Entschädigung begonnen haben, dazu gehört auch mein Vater. Wir Kinder und Kindeskin-



Frau Tröbs, Zeitzeugin, Bund der in der DDR Zwangsausgesiedelten e.V.

der sind es diesen Menschen einfach schuldig diesen Kampf fortzusetzen und auch dazu beizutragen, dass dieses Unrecht immer wieder öffentlich gemacht wird, das Unrecht der 2. Diktatur in Deutschland. Wie erlebt und geht ein Kind mit solch einem Schicksal um, wenn es beschämt wird? Es lernt sich schuldig zu fühlen wenn es verspottet wird, es lernt schüchtern zu sein. Ich habe schon gesagt ich war damals 10 Jahre und ich habe erlebt, ich wurde beschämt und auch verspottet, aber nicht nur ich sondern auch meine Familie. Aber wie gesagt ich spreche immer auch wenn ich heute auf mein persönliches Schicksal eingehe spreche ich aber immer, stellvertretend für alle Zwangsausgesiedelten, weil es hat sich nach der Wiedervereinigung gezeigt dass das ja staatsmäßig vorbereitete Aktionen waren und die sind alle nach dem gleichen Schema abgelaufen so das es jetzt nicht so ist, das was der Familie Wagner widerfahren ist, ist nicht bei der Familie Müller gewesen. Nein es ist allen Zwangsausgesiedelten so ergangen. Also ich habe in einem einzigen Moment mein Zuhause, meine Freunde und mein bis dahin gelebtes Leben verloren. Wir wurden überfallartig aufgesucht in den frühen Morgenstunden und es hat sich dabei rausgestellt dass unser Haus schon die ganze Nacht bewacht wurde als es dann an die Tür klopfte und meine Mutti die Tür auf machte und gefragt wurde: „Wo ist denn ihr Mann?“ und sie sagte: „Der ist bereits zur Arbeit gegangen“ waren die erstmal Kopflos, weil die dachten mein Vater fährt mit dem privaten Pkw an die Arbeit, an diesen Morgen hat er aber mit den öffentlichen Verkehrsmitteln die Arbeit aufgesucht. Wie gesagt das Haus wurde schon die ganze Nacht bewacht und man hatte sich auf ein Motorgeräusch eben verlassen und dieses Geräusch fehlte und deshalb waren sie verblüfft als die Tür geöffnet wurde und mein Vater war nicht da. Also wir sind 3 Kinder, ich bin das älteste Kind und 2 von den 3 Kindern waren schulpflichtig, mein Bruder und ich gingen also schon zur Schule und in der Rhön ist es so gewesen, das zweimal in der Woche bevor man zur Schule gegangen ist, ging man erst zur Kirche. An diesem Dienstag, am 3. Oktober war es so, wir gingen in die Kirche und



natürlich haben die das auch schon beobachtet und als wir aus der Kirche kamen, wollten unsere Schultaschen holen und zur Schule gehen, wurden wir dann auch von einer Polizistin in Empfang genommen und die hat gesagt: „Ihr geht heute nicht in die Schule.“ Dann wie gesagt war nur noch Chaos. Ich habe meine Mutti weinen gesehen und diese Befehle: „Ihr bleibt heute hier“, wie die mit uns gesprochen haben, die haben auch uns Kindern das Verlassen des Hauses verboten. Ich möchte jetzt nur auf die allerschlimmsten Dinge eingehen, denn sonst reicht die Zeit nicht. Was mich am allerallermeisten belastet hat, wie fremde Leute sich über diesen persönlichen Besitz ..., die sind in die Räume gegangen, die Frau die hat die Schränke geöffnet, sie hat einen Bettbezug herausgenommen, in diesen Bettbezug wurde die ganze Wäsche hineingeschmissen, auf Deutsch gesagt. Meine Mutti hat dann irgendwann zu mir gesagt: „Ja was ist denn hier los. Ja wir müssen weg, wir müssen weg, wir müssen ... bis heute Mittag um 12 Uhr müssen wir Geisa verlassen haben.“ Als wir aus der Kirche kamen haben wir natürlich gesehen dass die Straße voller Lkws stand, 6 Lkws standen vor der Straße und es hieß aber: nur das was auf die Lkws passt, das darf mitgenommen werden. Alles andere bleibt hier. Ja wir hatten damals ein Haus, wir hatten überhaupt keine Kontrolle. Es waren fremde Menschen die darüber entschieden haben was auf die Lkws kommt, was da bleibt und meine Mutti hat dann immer versucht mich mal auf die Seite zu nehmen und hat gesagt: „Versuch mal das, versuch mal jenes.“ Ich sollte mich aus dem Haus schleichen und sollte zu anderen Verwandten im Ort gehen, das die anrufen und die anderen Verwandten benachrichtigen und das die uns zur Hilfe kommen und selbst das konnte nicht verheimlicht werden. Diese Frau war so schlimm und dann hat sich meine Mutti rausgeredet und hat gesagt: „Wir haben nichts zu Essen, unsere Tochter muss jetzt mal zum Bäcker gehen und ein paar Brötchen holen“ aber der Bäcker, das waren Verwandte von uns. Und da hat die gesagt: „Ich gehe mit“ und dann kamen wir dort an und dann fragte meine dortige Tante: „Ja, habt ihr denn Besuch, wer ist denn das?“ und da hat die Frau sich wirklich als meine neue Tante ausgegeben. Natürlich hat meine richtige Tante gedacht, hier haut doch irgendwas nicht hin, dann hat sich das aber auch schon in dem Ort rumgesprachen und es dauerte nicht lange und die Verwandten aus den umliegenden Orten kamen zu uns, auf dem Fahrrad kamen sie angefahren usw.

Also wie gesagt dieses Bestimmen der fremden Leute über unser Eigentum, das war so schlimm. Das nächste, ich durfte nicht aus dem Haus gehen aber mein sehnlichster Wunsch, ich hatte ja das Gefühl du verlierst alle deine Freunde - du siehst die nie wieder, ich wollte einfach noch mal in die Schule gehen und wollte mich von meinen Klassenkameraden verabschieden. Und es ist mir auch gelungen, wie ich es geschafft habe, ich weiß es nicht. Man mobilisiert dann Kräfte und irgendwie habe ich es dann auch geschafft. Und als ich dann in die Schule kam, ich war ja froh meine Klassenkameraden noch mal zu sehen aber was auch schlimm war, wie die Lehrerin damit umgegangen ist. Die hat das alles beschwichtigt, es ist ja nicht schlimm, ich habe nur geweint „Ach du kommst bestimmt an einen schönen Ort usw.“. Sie hat das bagatellisiert und ich weiß es ja aus der vorangegangenen Zeit, wenn plötzlich Kinder verschwunden waren weil die Eltern über die Grenze gegangen sind, geflüchtet sind, man hat auch dieses Thema totgeschwiegen, man hat in der Schule nicht



erfahren was mit diesen Kindern ist. Und ich wusste genau, wenn ich nicht noch mal in die Schule gegangen wäre und nicht selbst gesagt hätte, dass wir Geisa verlassen müssen, wäre auch das in der Schule totgeschwiegen worden. Wie gesagt, um 12 Uhr sollte der Abtransport los gehen, es wurde uns nicht gesagt wohin wir kommen, es wurde noch mal verlängert. Der private Pkw sollte nicht mitgenommen werden. Mein Vater hat gesagt: „Wenn wir den Pkw nicht mitnehmen dürfen, dann zerhacke ich den mit der Axt, irgendwo werde ich hier ja noch eine Axt finden.“ Auf jeden Fall war dann aber wieder etwas ganz, ganz schlimmes, meine bettlägerige Oma von 66 Jahren die durfte nicht mit und jetzt mussten wir uns von dieser kranken Frau verabschieden. Wir konnten ja nichts sagen, wir wussten ja nicht wohin. Wo wir hingekommen sind haben wir erst an dem Ort erfahren, wo wir hingebraucht wurden. Meine Eltern dachten wir kommen nach Sibirien. Diese Verabschiedung von meiner Oma die war so herzerzerrend und dann als wir aus dem Haus kamen und die Straße betraten, dann hieß es ja: „Herr Wagner sie mit ihren beiden Söhnen gehen zu ihrem privaten Pkw“, der ist von der Polizei gefahren worden, mein Vater war mit Handschellen an der Handbremse festgemacht, meine beiden Brüder waren mit in dem Auto. Meine Mutti und mich haben die durch die Straße geführt an diesen ganzen Menschen vorbei, natürlich waren auch viele Menschen dabei



Blick ins Plenum. Erste Reihe: Fr. Schönemann

die geweint haben und sich von uns auch verabschieden wollten aber sicherlich waren auch viele dabei, die es sehen wollten und sich davon überzeugen wollten, ob wir auch wirklich Geisa verlassen. Und das war für mich so demütigend, so niederschmetternd. Meine Mutti in der Schürze, wie sie war. Wir haben nichts zu Essen gehabt. Ich hab mich nur an meine Mutti geschmiegt und dann haben die uns in das Auto transportiert das diese Kolonne angeführt hat. Wir saßen die ganze Zeit mit diesen Polizisten in einem Auto, nicht weit entfernt von unserer Stadt wurden die dann gepflegt, uns hat man nichts zu Essen gegeben. Wir Kinder haben Fallobst aufgelesen und haben da an diesen Birnen oder Pflaumen was es war, rumgenagt. Diese Unsicherheit, die Ängste wo kommen wir jetzt hin und die haben ja diese Kolonnen



über Umwege transportiert, es war ja festgelegt, dass man an dem neuen Standort erst bei Dunkelheit ankommen sollte weil die andere Bevölkerung das ja nicht mitbekommen sollte. Und so war es auch, es war schon dunkel und wir kamen dann in Ilmenau an, die Kolonne hielt an und es wurde uns dort gesagt: „Das ist der neue Bestimmungsort, hier werden Sie zukünftig leben.“ Ilmenau hatte ja damals schon eine Technische Hochschule, es waren Studenten organisiert die dann unsere Möbel von den Lkws abladen sollten und eine nette Familie in der Nachbarschaft, die hatte sich dann erkundigt ob auch Kinder dabei sind und wir 3 Kinder durften dann zu dieser Familie. Als dann später meine Eltern kamen, ich war damals 10 Jahre - aber ich habe schon gehört und auch verstanden über was sich die Erwachsenen unterhalten haben und ich musste mit anhören, wie diese Leute zu meinen Eltern sagten: „Ja wir wussten das hier in den nächsten Tagen Leute aus dem Grenzgebiet herziehen, uns wurde aber untersagt Kontakt zu ihnen aufzunehmen. Sie wurden uns als Schwerverbrecher von der Grenze angekündigt“. Also so eine Beschämung und so müssen Sie sich das vorstellen, es hat sich auch keiner getraut mit uns zu reden, die Staatssicherheit hat uns auch dort bewacht und hat uns vorgeschrieben, wie man sich zu verhalten hat. Meine Eltern, die haben also auch dafür gesorgt, das meine Eltern uns in der Schule anmelden. Dort bin ich auch verhöhnt worden, ich hab anders gesprochen. Ich dachte immer in der DDR gab es ein einheitliches Bildungssystem, nein ich hatte Bücher von der Landschule und brauchte jetzt Bücher von der Stadtschule. Wissen Sie wie demütigend das ist? Man durfte nicht sagen wo man herkommt. „Ja wie sprichst du denn, wie heißt du denn?“ Man wurde nur gehänselt. Und dass man da sein Selbstvertrauen verliert und wie schwer das immer im Leben war, dieses wieder zu bekommen, das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Wenn Sie mich fragen ob man so ein Schicksal verarbeitet, kann ich nur sagen: „Das verarbeitet man nicht, das wird man sein ganzes Leben nicht los.“ Das habe ich auch bei meinem Vater gesehen, als er im Sterben lag 2007, die letzten 14 Tage ging es immer nur darum „guck da sind die Unterlagen, da die Unterlagen musst du aufheben, das musst du bewahren, daran musst du denken.“ Ja wie geht es denn mit unserem Verein weiter, mein Vater war damals Präsident des Bundes der in der DDR Zwangsausgesiedelten. Er hat mich immer wieder gefragt: „Wie soll es denn nur weiter gehen?“ Er hat sicherlich gedacht ich sage ihm: „Ich trete deine Nachfolge an.“ Ich hatte damals noch nicht die Kraft, ich habe immer nur gesagt: „Alles wird gut Papa, du kannst in Ruhe und Frieden einschlafen.“ Er hat sich trotz des hohen Alters immer für die Belange der Zwangsausgesiedelten eingesetzt und das was für die Zwangsausgesiedelten auch erreicht wurde, ist auch nur dem zu schulden, dass wir immer den Mund aufgemacht haben. Aber dass die Opfer von sich aus diesen Kampf durchführen müssen und immer wieder darauf aufmerksam machen müssen, das es sich hier um Unrecht handelt, um staatliche Willkür, anstatt das das von außen gemacht wird, nein man wird immer wieder mit diesem Schicksal konfrontiert und hat aber das Gefühl der andere will es gar nicht hören, der will es gar nicht wahrnehmen. Und so lange wie wir Opfer spüren, also auch nicht ernst genommenen werden in diesen Gesprächen und auch von den Politikern keine Verlässlichkeit spüren, werden wir diese Traumata auch gar nicht los. Diese psychische Belastung kommt immer wieder



hoch. Diese Schuldgefühle obwohl wir wissen, wir sind unschuldig weggekommen, aber diese Schuldgefühle, diese Alpträume, diese Ängste ...

Bevor ich damit abschließe, möchte ich nur noch mal was ganz interessantes vorlesen, was auch in dem Eingangsreferat zur Sprache gekommen ist. Wir Zwangsausgesiedelten haben immer wieder versucht in der DDR Eingaben zu machen, immer herauszufinden warum haben wir dieses Schicksal erleiden müssen, was war die Ursache. Darauf wurde geantwortet:

Zum Zeitpunkt der Zwangsaussiedlungen hat man gesagt: „Das dient zu ihrer eigenen Sicherheit und wenn die Bonner Ultras geschlagen sind, dürfen Sie in Ihre Heimat wieder zurück.“ Meine Mutti hat gefragt: „Wie lange kann das dauern?“, „Ein Jahr, es kann aber auch 5 Jahre dauern“. Aber das bestätigt das was in dem Eingangsreferat gesagt wurde. Hier steht geschrieben von der Bezirksbehörde der deutschen Volkspolizei:

„Ihr an den Minister des Innern der DDR gerichtete Schreiben wurde an unsere Dienststelle zur Prüfung und abschließenden Bearbeitung übersandt. Wie Ihnen bekannt ist, war es 1961 notwendig Sicherheitsmaßnahmen an der Staatsgrenze West der DDR zu treffen. In diesem Zusammenhang machte es sich erforderlich auch Umsiedlungen aus den Grenzgebieten vorzunehmen. Wenn Sie in Ihrem Schreiben von einer Schuldfrage sprechen, so kann sie nur den westdeutschen Imperialisten und Militaristen gegeben werden, die nichts unversucht lassen, ihre feindseligen Aktionen gegen die DDR zu verstärken, mit dem Ziel sie gewaltsam an Westdeutschland anzugliedern. Diesen Machenschaften musste im Interesse der Erhaltung des Friedens Einhalt geboten werden. Aus diesem Grund waren eine feste Ordnung in den Grenzgebieten und geeignete Schutzmaßnahmen an der Staatsgrenze West unerlässlich. Wenn für unsere Bürger hier und da persönliche Härten auftraten, so sollten Sie bitte bedenken, dass die damals getroffene Entscheidung trotz allem auch in Ihrem Interesse und zu Ihrer eigenen Sicherheit erfolgte.“

Danke!

Frau Neubert:

Das Zitat zeigt, das sich die Genossen in ihrer eigenen Sprache immer noch am besten selbst entlarven.

Herr Dr. Emmrich, Sie haben gar nicht im Grenzgebiet gelebt. Sie waren ein erfolgreicher Arzt in einem Krankenhaus in Magdeburg, nicht weit weg von der Grenze aber doch immerhin ein ganzes Stück. Aber offenbar war für Sie diese Mauer und Grenze so unerträglich, das Sie sie überwinden mussten.

Herr Dr. Emmrich:

Was ich hier berichte ist stellvertretend auch für jene, die hunderttausendfach ähnliches erlebt haben. Ich bin aufgewachsen in einem antikommunistisch geprägten Elternhaus. Meine Mutter stammte aus Düsseldorf, geboren wurde sie in Duisburg. Sie hatte nach dem 1. Weltkrieg die kommunistische Revolution im Ruhrgebiet miterlebt, sie hat uns berichtet wie die roten Horden wie die Vandalen durch die Lande gezogen sind und auch



vor Morden nicht zurückschreckten. Später hat sie dann erlebt wie die roten Horden sich mit den braunen auf der Straße prügeln. Mein Vater stammte aus dem Saarland, er war 2 1/2 Jahre in der Sowjetunion und hat dort den Sozialismus kennengelernt und war demzufolge auch ein eingefleischter Antikommunist. In diesem Sinne sind wir, meine 2 Schwestern und ich, erzogen wurden. Mein



Herr Dr. Möbius, Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Vater hat es am Beginn des 2. Weltkrieges von Hamburg aus nach Halle verschlagen, dort bin ich auch geboren. 1950 zogen wir nach Magdeburg. Die Älteren werden sich vielleicht erinnern, dass es damals noch diese Interzonenpässe gab, das waren so weiße Blättchen, da kam ein Passbild drauf und mit diesem konnte man dann in den Westen reisen. Es war für uns Normalität dass wir jede Schulferien im Westen verbrachten. Meine Mutter hatte dort ein Haus in der Nähe von ihren Eltern, wir mussten also keinem Verband zur Last fallen. Meine Großeltern lebten dort, sämtliche anderen Verwandten.

Wir waren also die Einzigen die nach Mitteldeutschland gingen, alle anderen sind dort in der alten Heimat verblieben. Demzufolge war es für uns Normalität das wir die Osterferien, Pfingstferien und die Sommerferien in Westdeutschland verbrachten, was bis 1961 auch kein Problem war. Nun erhielt man die Pässe nicht immer ohne weiteres aber durch Beziehungen und Bestechungen ging das meistens relativ flott, auch dass wir auch mit dem Auto ausreisen konnten, was auch viele nicht durften. Manche durften dann nur mit dem Zug fahren. Aber es war ja für uns auch klar, dass eine Tür immer offen stand und das war die Tür nach Westberlin. Ich erinnere mich, dass meine Eltern einmal im Monat nach Westberlin fahren, um Dinge einzukaufen die es in Magdeburg, wo wir später lebten, nicht gab. Und so kam es, das wir auch im August 61 noch in Westdeutschland bei Verwandten weilten und fatalerweise am 12. August 1961 zurück nach Magdeburg gefahren sind. Ich erinnere mich, dass der ostdeutsche Grenzer in Marienborn zu uns sagte: „Haben Sie sich das gut überlegt?“, wir wussten damals aber nichts damit anzufangen. Nun haben wir den Mauerbau dann natürlich im Fernsehen beobachtet. Mein Vater stand auf dem Standpunkt, dass die Amerikaner und die Westmächte sich das nicht bieten lassen würden, dass Berlin abgeriegelt wird. Berlin war ja kein Teil der Bundesrepublik und auch nicht ein Teil der DDR, Berlin war ein Sonderstatus und es war eigentlich ein Rechtsbruch und auch Bruch des Potsdamer Abkommens, dass Ostberlin nun als Hauptstadt der DDR erklärt wurde und wir wissen ja heute, dass das Ziel der Machthaber war ganz Berlin einzunehmen. Das war letztlich auch damit verbunden das man Westdeutschland auch irgendwann militärisch erobern wollte, diese Pläne sind ja heute bekannt.



Mein Vater war also der festen Überzeugung dass sich nach einem Jahr, nach zwei Jahren die Sache wieder normalisiert und die Mauer und die Grenzbefestigung so nicht Bestand haben könnten, weil das im Grunde in der Welt einmalig war, das war undenkbar, dass das weiter so andauern sollte. Er hat uns immer wieder vertröstet und hatte seine Hoffnung darauf gelegt, dass da noch mal eine Normalisierung zustande käme, was aber nicht der Fall war. Ich weiß dass er furchtbar dran gelitten hat, dass diese Möglichkeit, das Land zu verlassen, nun nicht mehr gegeben war. Wir haben dann in der Schule erlebt – ich war damals im 10. Schuljahr –, wie unsere Lehrer instruiert wurden sind uns Schülern klar zu machen, dass diese Grenzbefestigung eine Notwendigkeit war. Es gab natürlich Lehrer die so verbohrt waren, dass sie daran glaubten, an den Unsinn den sie erzählt haben, anderen hat man angemerkt dass sie mit süßsaurer Miene gezwungenermaßen uns irgendwas vom „antifaschistischen Schutzwall“ erzählen mussten. Geglaubt hat das bis auf ein paar Deppen eigentlich niemand, es war uns allen klar welche Zielrichtung damit verfolgt wurde. Wir haben ja erlebt wie viel Tausende geflüchtet waren, allein in der Straße in der ich wohnte war die Hälfte der Bevölkerung im Laufe der Jahre weggegangen und nach Westdeutschland übergesiedelt. Wir haben erlebt, dass nach dem 17. Juni 53 die Verhaftungswelle einsetzte im Bekanntenkreis, jeder kannte mindestens 3 bis 4 Leute die verhaftet wurden.

Wir haben die Prozesse erlebt die Frau Benjamin in der Art des Volksrichters Freisler führte, es gab ja Filme darüber, Propagandafilme, es waren ja Schauprozesse veranstaltet worden, d. h. man konnte uns Schülern den Kommunismus eigentlich nicht nahe bringen zumal man uns ja die Nazizeit auch immer breit dargestellt hat mit Filmmaterial. Wir sahen wie die Hitlerjugend aufmarschierte, wir sahen wie die Militärparaden abliefen, die Reichsparteitage in Nürnberg und dergleichen. Und plötzlich haben wir erkannt, das ist ja alles so ähnlich was hier läuft. Die Leute zogen das blaue Hemd an, es gab Aufmärsche, Trommelwirbel, es gab Militärparaden, das waren doch genau die gleichen Bilder nur durfte man das nicht sagen. Aber das sind eben die Wesenszüge der Diktatur dass die sich mit solchen Äußerlichkeiten schmücken müssen und sich immer wieder selbst feiern, das war im Dritten Reich nicht anders.

Der Druck der auf uns als Schüler ausgeübt wurde, nahm natürlich nach dem 13. August, nach der Grenzschließung zu. Die Machthaber wussten nun, die Fluchttür ist geschlossen, jetzt können wir das durchsetzen, was wir immer schon durchsetzen wollten aber nicht konnten weil die Gefahr bestand, dass die Leute dem Druck nach dem Westen ausweichen. Das ging dann so weiter, dass man versucht hat mich in die FDJ hineinzupressen, ich bin nie Mitglied gewesen. Dann habe ich erlebt wie in anderen Orten – in Magdeburg übrigens war das nicht der Fall, weil wir hatten das Glück das der Fernsehsender West und Ost in der gleichen Himmelsrichtung stand, der Östliche war auf dem Brocken und der andere in Torfhaus, das war genau dahinter, d. h. an unseren Fernsehantennen konnte man nicht ablesen, welchen Sender man sieht –, in anderen Gegenden wo dann die Antennen die falsche Richtung hatten dann Trupps organisiert worden sind, von Jugendlichen im FDJ-Hemd, die zu den Leuten in die Wohnungen rein sind, und denen die Antennen umgedreht haben, wenn nicht gar abmontiert haben. Das müssen Sie sich mal vorstellen, man hat uns in der Schu-



le immer beigebracht, dass es im Dritten Reich verboten war den Feindsender zu hören und das gleiche haben wir erlebt. Es war verboten Westfernsehen zu sehen, es ist zwar kein Gesetz gewesen was dieses unter Strafe stellte aber es wurde einem negativ angerechnet und registriert. Wie ich heute aus meinen Stasiakten weiß sind diese Dinge alle berichtet und niedergeschrieben worden und gerieten einem später hin dann zum Nachteil. Als ich die Schule beendet hatte bekam ich keinen Studienplatz obwohl ich als Bester den Eignungstest abgeschlossen hatte. Unsere Familie war bei der Stasi und in Magdeburg bei den Parteigrößen bekannt als antikommunistisch eingestellt. Das war schon ein Makel. Sie brauchten aber meinen Vater wegen seiner beruflichen Tätigkeit, deswegen haben sie ihn relativ in Ruhe gelassen. Er ist aber 1963 verstorben, dann nahm der Druck auf unsere Familie zu. Ich kriegte also keinen Studienplatz und bin in die Fabrik gegangen und habe eine Dreherlehre absolviert, damit bin ich zum Proletarier geworden, habe mich dann noch mal nach dem Facharbeiterbrief beworben und wieder die Eignungsprüfung als Bester abgeschlossen, man hat mich dann zum Studium zugelassen. Ich habe dann in Magdeburg Medizin studiert und ich erinnere mich, das wir in den Ernteeinsätzen die wir jeweils im Herbst machen mussten, in der Gegend von Salzwedel, drei meiner Kommilitonen während dieser Ernteeinsätze dort über die grüne Grenze geflüchtet sind. Und zwar, die Bauern die dort ihre Felder bis zur Grenze liegen hatten, wussten genau wo Minen liegen und wo keine sind, weil dort oben Sumpfgebiet nach Lüchow rüber war und es gab also Streifen wo keine Minen gelegen haben. Ich hatte damals schon überlegt, ob ich mich nicht mit Ortsansässigen unterhalten sollte und mal fragen sollte, was es für Möglichkeiten gäbe.

Das hat man auch so etwas verdeckt getan, man musste ja immer die Angst haben das man verraten wird und allein solche Vorbereitungshandlungen waren schon Grund für eine Zuchthausstrafe. Im Studium wurde der politische Druck noch größer, wir hatten ja zwangsweise diese gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen, wir nannten das immer Rotlichtbestrahlung, jede Woche musste dann aus den kommunistischen Werken zitiert werden und dergleichen mehr. Das war dermaßen widerlich und verlogen, zudem hat sich unser Leben dadurch, dass wir in unsere Bewegungsfreiheit eingeschränkt waren dermaßen verändert, von dieser früheren Normalität, hin zu fahren wo man wollte, war nichts mehr zu spüren. Wir fühlten uns eingekesselt, eingemauert wie in einem großen Ghetto. Man konnte ja selbst in die sogenannten befreundeten sozialistischen Länder nicht so ohne Weiteres fahren. Man konnte nicht ohne Weiteres an die Ostseeküste, die Ostseeküste galt als Grenzgebiet und man konnte nicht das Zelt nehmen und einfach dort auf den Zeltplatz fahren, das ging nicht.

Das kann sich heute gar keiner mehr unter den jungen Leuten vorstellen. Und dieses eingemauert und abgeschlossen sein, dann kam hinzu, dass uns vorge-schrieben wurde was wir zu lesen hatten oder nicht zu lesen hatten. Ich hatte bei einem Krankenhausaufenthalt, ich hatte mich mit Gelbsucht angesteckt auf der Infektionsstation bei meiner ärztlichen Tätigkeit, hatte ich west-deutsche Bücher bei mir, ich musste 28 Tage in Quarantäne liegen. Ich musste anschließend meine Sachen dort lassen zur Desinfektion, wor-aufhin ein Stasi-Mitarbeiter der dort als Arzt tätig war, meine Bücher



nahm und zur Stasi brachte und ich musste anschließend bei der Staatsanwaltschaft im Beisein der Staatssicherheit mich rechtfertigen, woher ich diese Bücher hätte und wie ich dazu käme, solche Bücher zu lesen. Auch das hat uns wieder sehr an die Nazizeit erinnert, dort wurden die Bücher verbrannt, hier wurden sie einem verboten. All diese Dinge haben dazu geführt, dass ich im Lauf der Jahre zu dem festen Entschluss kam in diesem Staat nicht bleiben zu wollen. Viele meiner Freunde sind geflüchtet, wie die das angestellt haben wusste nun keiner. Man konnte hinterher nur schwerlich mit denen Verbindung aufnehmen, schon gar nicht telefonisch. Brieflich war das auch ein Problem, weil wir wussten dass unsere Post geöffnet wird, die war manchmal 6 Wochen unterwegs, man sah auch wie dilettantisch die wieder zugeklebt war. Es war uns klar, dass wir auch abgehört wurden, wir hatten im Telefon Mikrofone, wie ich auch aus unserer Stasiakte weiß. Meine Eltern waren aber so clever die Telefone auszutauschen, es gab zwar keine zu kaufen aber meine Mutter hatte noch von früher welche und hat nachdem ein Fernmeldearbeiter bei uns war, sofort die Telefonapparate verschwinden lassen und hat ihre eigenen angesteckt so das die da nicht mithören konnten. Aber dass die Post geöffnet wurde war jedem klar, jedes Paket wurde aufgerissen. Und diese Art zu leben hat für mich keinen Sinn gemacht. Ich hatte mich dann 1970 mit einem Freund unterhalten der mir gebeichtet hat, dass die Flucht für ihn kurz bevor steht, über Fluchthelfer, den hatte ich gebeten, wenn ihm die Flucht gelinge, sich zu erkundigen, ob er auch mich ausschleusen lassen könnte. Meine Schwester und deren Mann haben dann, als ich ihnen das eröffnet habe gesagt: „Wenn dir die Flucht gelingt, versuch doch uns dann später irgendwann auch raus zu holen.“ Was ich nicht wusste ist, dass die Fluchthelfer mit Kurieren arbeiteten die zu oft nach Ostberlin reisten und damit auffällig wurden, das waren meist Studentinnen die aus Idealismus für ein paar Mark in den Osten fuhren um sich mit den Fluchtwilligen zu treffen. Man hatte die Kurierin in meinem Falle, mit der ich mich zweimal in Ostberlin getroffen habe, schon unter Beobachtung, man hat sie fotografiert, man hat auch unser Treffen von der Stasi schon gefilmt. Ich war also wie gesagt zweimal im Mai 71 in Ostberlin um mit dieser Frau zu sprechen, das war alles was ich verbochen habe. Ich bin dann Ende Mai auf den Weg zur Arbeit verhaftet worden, auf der Landstraße von Stasi-Leuten kurz vor Halberstadt und kam in das Untersuchungsgefängnis hier nach Magdeburg, Umfassungsstraße in die Moritzburg [Moritzplatz]. Was ich zu dem Zeitpunkt nicht wusste: dass sie auch meine Mutter verhaftet haben, meine Schwester und meinen Schwager, das habe ich später erst herausbekommen. Meine Mutter hatte lediglich einmal ein Telefonat, was ich erhalten habe um einen Treffpunkt mitzuteilen, entgegengenommen, weil ich nicht zu Hause war und hat mir das ausgerichtet. Meine Schwester hat nur ihre Fluchtabsicht geäußert, sonst gar nichts. Sie bekam 2 ½ Jahre Zuchthaus, meine Mutter 2 ½, mein Schwager 3 Jahre und ich 3 ½ Jahre für diese Vorbereitungshandlung. Wir sind dann nach einem Jahr Untersuchungshaft in Magdeburg ins Zuchthaus Cottbus bzw. die Frauen nach Hoheneck gekommen. Man muss sich vorstellen, dass diese hohen Zuchthausstrafen natürlich auch immer abschreckenden Charakter haben sollten. Wir waren in Magdeburg eine bekannte Familie und das war schon Stadtgespräch dass wir diese hohen Strafen erhalten haben. Die Stasi hat dann auch noch perfider Weise Legenden ausgestreut,



wir hätten mit Gold und Devisen gehandelt und solche Dinge. Man wollte uns also noch zusätzlich kriminalisieren, das hat aber auch niemand geglaubt, jeder der uns kannte, wusste dass das nicht der Fall sein konnte. Unsere Autos wurden beschlagnahmt, Vermögen wurde eingezogen und wir sind dann durch die Amnestie 1972 in den Westen gekommen. Als „politische Gefangene“, von denen übrigens zum ersten Mal die Rede war, es gab ja sonst in Ostdeutschland keine politischen Gefangenen, so was gab es ja nur im Kapitalismus. Aber ich weiß, dass dieser Amnestieerlass 1972 auch den Ausdruck politische Gefangene benutzt hat von höchster Stelle her, das hat mich schon verwundert. Als ich dann im Zuchthaus war, war ich doch erschüttert wie viele junge Menschen da waren, es waren ja fast alles junge Menschen im Zuchthaus Cottbus, wir waren ungefähr 1.200 Gefangene, 100 Kriminelle ca., der Rest waren alles politische Häftlinge.

Es waren alte Männer die über 70 waren da, die wegen Erzählens politischer Witze verhaftet worden sind, die haben 2 Jahre Strafe bekommen weil sie in der Kneipe einen Witz erzählt haben. Ich habe junge Männer erlebt die sich kritisch geäußert haben zum Einmarsch der Armeen, die Volksarmee war ja wie wir heute wissen nicht dabei 1968 in der Tschechei, die haben in der Kneipe sich kritisch dazu geäußert, die verschwanden für 3 Jahre hinter Zuchthausgittern. Das sind alles Dinge die man sich damals gar nicht hätte vorstellen können, so wie wir auch nicht wussten, dass das Gefängnis in Magdeburg in der Moritzstraße [in der Umfassungsstraße am Moritzplatz] ein reines Staatssicherheitsgefängnis war. Das war nicht bekannt. Da fällt mir immer so dieser Vergleich ein, wenn man früher die Leute in Weimar fragte: „Wusstet ihr nicht das da oben auf dem Berg ein Konzentrationslager ist“, da haben viele Leute gesagt: „Nee das haben wir nicht gewusst was da oben los war.“ Und genauso wussten die in Magdeburg, die in der Umgebung dieses Stasigefängnisses saßen, ich kannte Leute die dort wohnten, die wussten das nicht.

Die wussten zwar das ist eine Haftanstalt aber das das ein reines Stasigefängnis war und das da ausschließlich politische Häftlinge drin waren, das war unbekannt, selbst denen die 100 Meter davon wohnten. Wie gesagt die Häftlinge in Cottbus das waren ausnahmslos Menschen zwischen 16 und 70 Jahren, wobei der größte Teil zwischen 16 und 30 Jahren waren. Das waren alles junge Menschen die diesem System den Rücken kehren wollten und was ich so schlimm finde, dass die Machthaber sich das so einfach gemacht haben eine Mauer und einen Zaun und Minenfelder um die Menschen Drumherum zu ziehen, ohne sich mal die Frage zu stellen „Was machen wird denn falsch, dass diese Leute alle weg wollen?“, das waren ja nicht alles Deppen die da weg wollten, weil die vielleicht mehr Bananen essen wollten oder dergleichen wie teilweise vermutet wurde. Die Frage haben die Machthaber sich nicht gestellt, die haben sich das leicht gemacht, eingezäunt denn schließlich brauchten sie ja ihr Volk um selbst zu leben, wenn man sieht wie die in Wandlitz gelebt haben, Honecker musste ja seine Volvo-Limousine bezahlt kriegen, dafür brauchten sie diese Menschen. Diese Kurierin hat 6 Jahre Zuchthaus bekommen und der Fluchtfahrer der über die Transitstrecke die Leute raus fuhr hat 15 Jahre bekommen.

**Frau Neubert:**

Vielen Herzlichen Dank, vielleicht noch am Rande, außer den genannten von ihrer Familie, wurden ja auch große Teile dieser Fluchthelferorganisationen verhaftet und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Zu den Fragen kommen wir gleich. Ich denke wir sollten erst noch Herrn Achim Walther hören.

Herr Achim Walther ist der Gründer und spiritus rector des Grenzdenkmals Hötensleben. Wie kommt man dazu so ein Grenzdenkmal zu machen? Sie gehören also was die Grenze betrifft, sozusagen zu den letzten die da angekommen sind aus dieser Runde 1973 in den verschärften Knast ins Grenzgebiet hineingewandert.

Herr Walther:

Ja, also ich wohne in Hötensleben, weil meine Frau von da stammt. Ich komme eigentlich aus Leipzig sonst. Meine erste Begegnung mit Hötensleben die war 1957, bin ich dort gewesen und da möchte ich mal etwas sagen zudem was Frau Tröbs so ergreifend berichtet hat auch. Also es war damals so, noch zu merken 1957, ganz eindeutig dieser Schock den die Zwangsaussiedlungen 1952 hervorgerufen hatten. Ich weiß noch wie mein Schwiegervater mir, natürlich mehr oder weniger hinter vorgehaltener Hand erzählt hat: „Junge du kannst dir gar nicht vorstellen, wenn du früh auf Arbeit gehst, auf einmal steht das Dorf voll Möbelwagen und Lastwagen usw. und die Leute, du hörst sie schreien in den Wohnungen und bist du auch mit dran“. Er hatte ja immer ein schlechtes Gewissen, oder was heißt schlechtes Gewissen, er hatte immer Angst weil er ja Offizier bei der Wehrmacht gewesen ist und na ja einfach so nach Hause gehen war auch nicht drin, denn die erwarteten ihn sicher irgendwie auf Arbeit. Er hatte verräterisches Material, wir haben heute noch so Hefte von 1938 „Volk und Welt“ nennen die sich mit wunderschönen Fotos drin, guck ich mir jetzt noch gerne an. Aber das war natürlich gefährlich und verbrennen konnte man so was auch nicht, denn das hätte ja dann Rauch oben aus dem Schornstein gegeben usw. Also der andere Aspekt dieser Zwangsaussiedlungen, diese Einschüchterung der Bevölkerung.

Denn denen die zurückgeblieben sind, war ja überhaupt nicht klar, warum Meier deportiert wurde aber Schulze nicht z. B. und das war so 'ne Überraschungsaktion, das Volk wie einen militärischen Feind behandelt, dass man nicht wusste, kommen die morgen wieder oder bin ich dann dran. Die kamen aber nicht am nächsten Tag wieder, sondern 10 Tage später noch mal so eine Aktion. Und das hat also eine solche Einschüchterung hinterlassen, daran möchte ich mal dran erinnern. 1953, ein Jahr später, da gibt es ja diese Karte vom 17. Juni mit den Orten in denen Unruhen ausgebrochen waren, von der Großstadt bis zum Dorf aber im ganzen Grenzgebiet war relativ Ruhe. Wenn ich die Leute in Hötensleben gefragt habe: „Was war denn 1952 los?“, da konnten die viel erzählen und „Was war am 17. Juni los?“, dann sagen die Alle: „Am 17. Juni, kann ich mich nicht erinnern, na ja im Jahr zuvor war doch die Zwangsaussiedlung, da hat sich doch keiner was gewagt“. Also diese Angst, das war so 'n Trauma, was das Lebensgefühl im Sperrgebiet, will ich mal so sagen, wirklich bestimmt hat, bis zum Schluss. Ich kenne einen der in meiner Straße wohnt und ihm gehört das Haus oder das Haus indem er wohnt gehört seiner Mutter und die Mutter hat



bis zum Schluss der DDR gesagt: „Wir machen an dem Haus keine Instandhaltung, denn wir wissen noch nicht ob wir deportiert werden und dann war alles umsonst.“ Das haben sie mir vielleicht vor 2 Jahren noch erzählt. Also so ist das im Prinzip da schon gewesen, dieses Gefühl hat sich natürlich auch auf die Kinder schon weitervererbt. Das war also so eine Haltung die man hatte, man wusste du darfst ja nichts sagen, es gibt sicherlich jede Menge Spitzel oder Denunzianten, kennen wir aber nicht oder wer das nun ist. Und wie gesagt, das hat also dann schon die Haltung der Bevölkerung bestimmt. Beispielsweise, wenn jemand gewinkt hat nach 'm Westen oder auf Winken von drüben geantwortet hat, dann war das schon eine Sache die beobachtet wurde. Also die hatten richtig Leute auf den Beobachtungstürmen, die dann mit Fernglas sofort geguckt haben, wenn auf der Westseite jemand gewinkt hat oder ob da jemand stand und so. Dann kam Polizei usw. Es gibt da eine ganze Menge Dinge die man berichten kann. Ich wollte dann noch, weil die Zeit schon etwas fortgeschritten ist, aber noch mal auf Folgendes hinweisen auch. Also ich habe den 17. Juni in Leipzig erlebt in der Innenstadt, da stand die Stadt voll Russenpanzer, das waren die Einzigen die den Aufstand niedergeschlagen haben. Das war so mein Erlebnis damals. Dann habe ich den 12. August in Westberlin erlebt, ich bin abends 21 Uhr durchs Brandenburger Tor zurückgekommen, am nächsten Tag war zu. Wenn man so was erlebt hat, das sind schon historische Ereignisse gewesen, das war mir klar und dann traut man denen natürlich auch alles zu. Ich kann mich an Folgendes erinnern, wir sitzen, es war schon dunkel, es war also November - das ist mir zweimal so passiert, vorm Fernseher und denken uns nichts weiter und plötzlich hört man von draußen immer so ein Detonationsgeräusch und ob sie es glauben oder nicht, da hatte ich ein flaes Gefühl im Magen. Man denkt, die haben jetzt den nächsten Krieg vom Zaun gebrochen, denen hat man doch alles zugetraut. Warum nicht gerade hier, dann sind wir zum Fenster gegangen und konnten nun nach Westen, nach Schöningen gucken, in die kleine Stadt Schöningen und was haben wir gesehen, es war ein Feuerwerk. Das ist mir zweimal so passiert. Oder eine andere Sache, es war ja nicht bloß die Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern die Grenze zwischen dem sowjetischen Imperium und dem Westen und da lagen sich ja die Militärapparate unmittelbar ganz hart gegenüber. Folgendes ist mir mal geschehen, ich gehe nach Hause, man hat im Ort ja öfter mal das Hubschraubergeräusch gehört wenn auf der Westseite Hubschrauber landeten. Und das war also wieder an dem Nachmittag so, ein ganz lautes Gegröle, in dem Dorf hat man das schon gar nicht mehr beachtet, es waren ja jeden Tag Hubschrauber die Patrouillen flogen.

Aber das waren dann eindeutig wieder Besucher und ich hatte Feierabend, gehe nach Hause - das war so 15 Uhr ungefähr - und wollte noch in die Sparkasse rein, dann hörte man plötzlich so ein ganz hartes Geräusch ziemlich nah, das hat man aber nicht lokalisieren können, weil es in so einem Ort zwischen den Häusern viel Echo gibt. Jedenfalls ich stand an der Sparkasse und gucke nach oben und da stand über mir vielleicht so - kann man schlecht schätzen - 50 oder 100 Meter ein Kampfhubschrauber. War ja bekannt aus dem Fernsehen wie die russischen Kampfhubschrauber aussehen, man hat richtig die Raketen unten gesehen und die zeigten nach Westen, wo das andere Hubschraubergeräusch war. Da habe ich mir auch so gedacht,



wenn du jetzt so einen Feuerstrahl siehst, geht's dann los? Mit solchen Gedanken hat man schon dort gelebt und dann natürlich war das so, der Blick nach Westen den man immer hatte. Man sah drüben die Stadt, die Lichter, die Straßenlampen dieser Stadt, das war wie so eine ferne Milchstraße die man da so gesehen hat, vollkommen geräuschlos, manchmal fuhr da ein Autoscheinwerfer lang und manchmal hat man das Glockenläuten gehört wenn es abends 18 Uhr war und das war natürlich immer so eine Sache. Oder wenn auf der Westseite, Hötensleben liegt ja nur 100 Meter ..., also die Grundstücksgrenzen sind 100 Meter vom Westen entfernt, da ist ein Grenzbach und auf dem Westufer standen dann öfter mal Verwandte von uns z. B., und es gab mal eine Zeit da konnte man winken ohne dass das irgendwelche unangenehmen Auswirkungen hatte. Also solche Sachen gab es natürlich auch. Die haben gesungen zu Weihnachten, immer am 4. Advent war Weihnachtssingen für die Hötensleber und das ging einem ja schon ein bisschen nah. Die andere Sache waren die Westbesuche die nicht möglich waren, wo man sich dann immer außerhalb des Sperrgebietes getroffen hat. Und eine Sache, die muss ich vielleicht noch berichten. Wir haben mal den Kirchturm, die Turmhaube wurde mal repariert, da brauchte man Kupferblech, das hatten wir, Kupfernägeln hatten wir auch und ein Gerüst hatten wir dann sogar auch und da wurde das also gemacht und oben drauf war eine Kugel und in dieser Kugel waren sehr gut erhaltene Nachrichten, die Älteste von 1774 und der hatte damals geschrieben, also ne gewisse Kritik geäußert an der Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen.

Na ja da haben wir uns dann gesagt, wenn der das sich erlauben kann, dann müssten wir eigentlich auch ein bisschen was schreiben. Das haben wir gemacht, der jetzige Bürgermeister hat über Landwirtschaft, der Pfarrer hat über die Kirche geschrieben und ich über die allgemeine und politische Geschichte. Wir haben gesagt: „Wir schreiben jetzt aber nicht das rein, was in der Zeitung steht das wird kein kommunistischer Bericht, sondern wir wollen das reinschreiben was wir wissen, wie es wirklich gewesen ist auch über die Zwangsaussiedlung“, was man damals schon wusste.

Zum Schluss habe ich dann Folgendes geschrieben, das wurde dann natürlich beraten mit dem Pfarrer aber nicht in seiner Wohnung, sondern da sind wir extra in den Holzschuppen gegangen, weil man da die relative Gewissheit hatte, dass dort nun keine Wanze sich befindet. Und dann habe ich zum Schluss Folgendes geschrieben: „Unser Dorf, in der Mitte Deutschlands, liegt nun eigentlich am Ende der Welt. Wenn wir jemals geahnt hätten, dass ausgerechnet in unserem kleinen Dorf diese Grenze kommen würde, sagen die Älteren. Inzwischen sind wir an die Grenze gewöhnt worden, die Kinder wachsen mit ihr auf, man hat sich den unveränderbaren Verhältnissen angepasst. Nur die älteren Menschen erzählen manchmal noch von den tausend Fäden, die unseren Ort mit Schöningen verbanden. Von Wanderungen und Ausflügen in den Elm, von Helmstedt und Braunschweig die näher sind als Magdeburg“. Oschersleben, also die Kreisstadt damals hat doch gar keiner gekannt, haben die dann gesagt. „An schönen Tagen wenn Regen angekündigt ist sind die Türme der Lorenzkirche von Schöningen zum Greifen nahe. Wir wünschen unseren Nachbarn Frieden, eine lebenswerte Welt und ein geeintes demokratisches Deutschland“. Das war 1986 und drei Jahre später war es soweit.

**Frau Neubert**

Herr Walther könnte jetzt noch zum Grenzmuseum was erzählen. Ich erinnere aber daran dass wir, als wir in Königslutter waren und da waren ja doch viele von Ihnen dabei, mit da gewesen sind in Hötenleben. Da hatten wir dort unsere Gedenkveranstaltung, Sie erinnern sich. Und das Bild zierte ja auch die Papiere unserer Tagung, das ist ein Bild von dieser Mauer die da eben, weil das Dorf so nahe war, errichtet worden ist und mit den Panzersperren. Deswegen würde ich Sie jetzt an der Stelle vielleicht ausbremsen, weil ich schon eine Wortmeldung hier gesehen hab. Was für die ganze Tagung gilt soll auch jetzt gelten. Sie wissen das ja, hier wollen immer viele reden, deswegen wäre es schön, wenn sich die Redner alle schön kurz fassen. Sprechen Sie einfach los der Tontechniker schraubt Sie hoch.

Herr Jablonski:

Herr Emmrich das geht vor allem an Sie, ich war zu der Zeit, etwa ein paar Tage vorher in „Kost und Logis“ wie es die Stasi ausdrückte, in Zelle 13, Sie auf Zelle 4. Sie waren Medizinstudent und ich war Maschinenbauer. Da sehen Sie nach knapp 38 Jahren wer neben Ihnen Ihre Nachbarn waren.

Frau Jablonski:

Darf ich Sie um etwas bitten, ich hatte Sie mal in Magdeburg angesprochen und da hatten Sie erzählt, das bei Ihrer Mutter Krebs entdeckt wurde und man sie operieren wollte. Wenn Sie das noch mal erzählen, das hat mich sehr erschüttert.

Herr Emmrich:

Ja meine Mutter war in Stollberg im Zuchthaus und kam eines Tages zur ärztlichen Untersuchung, woraufhin der dortige Zuchthausarzt bei ihr einen Kehlkopfkrebs diagnostizierte und sie nach Leipzig Meusdorf gegen ihren Willen verfrachtete. Man wollte ihr den Kehlkopf herausoperieren. Sie wurde mit Handschellen dort hingebacht und nun war es aber ein glücklicher Zufall, dass ein dortiger Gynäkologe der sie dort auch untersuchen musste vor der Operation, seinen Einfluss geltend machte, weil er meinen Vater kannte und erreicht hat, das sie meine Mutter dann 2 Wochen später wieder zurückgebracht haben nach Hoheneck und nicht operiert worden ist. Meine Mutter ist jetzt 97 Jahre und erfreut sich bester Gesundheit.

Frau Neubert:

Bitte Frau Bennewitz hier in der vorderen Hälfte auf der rechten Seite.

Frau Bennewitz:

Wenn ich mich recht erinnere, ist das das erste Mal, dass das Thema „Zwangsaussiedlung“ auf dem Podium thematisiert wird und da für den Veranstalter meinen herzlichen Dank. Mich hat der Bericht von Frau Tröbs natürlich auch sehr aufgewühlt. Herr Möbius hat schon gesagt die Zwangsaussiedelten haben bis heute keine Anerkennung bekommen. Der damalige Landesbeauftragte Jörn Mothes hat ungefähr 2006 oder so mal eine



Studie machen lassen oder angeregt das die gemacht wird. Ich wurde auch angefragt, ob ich mich daran beteiligen würde. Ich habe auch ja gesagt und als ich die Fragen dann kriegte, die waren gar nicht schlimm. Aber ich war nicht in der Lage diesen Fragebogen auszufüllen, ich musste das einfach sein lassen. Und einige Jahre später erinnerte ich mich daran und hab mich dann gefragt, was ist eigentlich aus dieser Studie geworden. Hab da angerufen, hab mir das Ergebnis schicken lassen, hab Kontakt mit den Wissenschaftlern, daran waren also Psychologen und Psychiater beteiligt, hab mit denen Kontakt aufgenommen, die Berichte in den jeweiligen Fachzeitschriften gelesen und darüber geschrieben im Deutschlandarchiv und im Stacheldraht, haben vielleicht einige



von ihnen gelesen. Und die Wissenschaftler fordern darin, dass nicht nur im Interesse der Zwangsausgesiedelten eine Anerkennung erfolgen muss, sondern auch im Interesse der inneren Einheit weil das ist ein Bestandteil des Grenzregimes und es ist Bestandteil unserer Geschichte. Ich war neulich wieder in Halberstadt in einer Ausstellung über das Grenzregime, zum Grenzregime gehören die Zwangsaussiedlungen aber die kamen da auch nicht vor. Also ganz herzlichen Dank noch mal an die Veranstalter.

Frau Tröbs:

An dieser Stelle möchte ich jetzt doch noch mal ganz kurz zusammenfassen, warum die Zwangsaussiedlungen erfolgten. Ich versuche es mit drei Punkten zu konkretisieren. Der ausschlaggebende Punkt war, dieses verbrecherische SED-Regime wollte ja die Macht erhalten. Und was Herr Walther schon gesagt hat, dadurch dass das Grenzgebiet eingeführt wurde – man konnte ja nicht das gesamte Grenzgebiet leer räumen –, man hat punktuell Menschen herausgegriffen, die für diese Einschüchterung der Bevölkerung die zurückbleiben durften ja dienten. Also, zur Einschüchterung, zur Machterhaltung und der letzte Punkt der sich auch heute auf unsere Rehabilitation und Entschädigung gravierend auswirkt – ich hoffe das ich nachher noch mal ganz kurz was dazu sagen darf –, die Enteignung. Die haben ja den Zwangsausgesiedelten das



gesamte Vermögen weggenommen, also nicht nur die Häuser, die Betriebe die die besaßen, die landwirtschaftlichen Betriebe alles wurde denen weggenommen, das Geld wurde beschlagnahmt. Als wir nach Ilmenau kamen hatten wir kein Geld, meine Eltern hatten keinen Zugriff zu ihrem Konto, es war gesperrt. Also die drei Punkte Machterhaltung, Einschüchterung und Enteignung das diente in dieses Wirtschaftssystem der DDR, in diese zentralistische Planwirtschaft. Das private Eigentum sollte zerschlagen werden, es sollte nur noch ein Volkseigentum geben.

Man hat die LPG eingerichtet und dafür hat man auch das Eigentum der Zwangsausgesiedelten genutzt. Es war eine günstige Kapitaldeckung für diesen Start. Das wollte ich jetzt noch mal ganz kurz sagen. Und was Frau Bennewitz gesagt hat, klar unterliegen wir nicht dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aber überlegen Sie sich bitte, was man mit uns gemacht hat. Man hat uns zwangsausgesiedelt, man hat uns die Heimat genommen, man hat uns enteignet. Mein Vater war arbeitslos, er musste sich eine neue Arbeit suchen. Die Leute die einen Betrieb besaßen, selbstständig tätig waren, eine wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit hatten, die waren plötzlich Hilfsarbeiter. Die Leute die ein privates Haus hatten mussten plötzlich zur Miete wohnen, dass lassen Sie sich bitte mal auf der Zunge zergehen. Und mit diesem Eigentum hat sich die DDR bereichert und auch heute die Bundesregierung, das was Volkseigentum war das ist heute in Besitz der Bundesregierung.

Ich muss auch sagen, nicht nur die Bundesregierung, auch staatsnahe Leute durften das Eigentum käuflich erwerben. Aber wie gesagt, weil das Eigentum „redlich erworben“ wurde haben wir Zwangsausgesiedelten heute diese gravierenden Probleme. Danke!

Frau Prötz:

Also mein Name ist Heidemarie Prötz und das Wort und der Gedanke „Zwangsausiedlung“ hat auch mich bewegt. Ich gehöre zu der Generation, die aus der Familie zwangsausgesiedelt worden und zwar zu den Kindern von politisch auffälligen Erwachsenen, die zwangsausgesiedelt in Heime der DDR verbracht wurden. Denen nicht nur die Familie genommen wurde, sondern auch ihre Kindheit und die durch Verhaltensauffälligkeiten dann auch unter haftähnlichen Bedingungen in den Heimen der Diktatur ihre Kindheit verbringen mussten.

Ich habe alle Heimarten des DDR-Systems kennengelernt und spreche hier



stellvertretend für Tausende Heimkinder die um ihre Rehabilitierung kämpfen müssen. Und weil wir hier auch von Mauern sprechen die abgebaut werden sollten, sich aber jetzt gerade im Zuge des Runden Tisches wieder aufbauen, nämlich das Heimkinder BRD und DDR getrennt behandelt



Herr Krüger

werden. Das wollte ich einfach mal an dieser Stelle los werden und auch einfach mal auf uns Minderjährige aufmerksam machen, die in dieser Diktatur als Kriminelle stigmatisiert wurden, dem war bei weitem nicht so.

Frau Neubert:

Vielen Dank Frau Prötz.

Wortmeldung:

Also ich möchte einen Vorschlag machen. Auf Grund der erschütterten Darstellungen über das Unrecht was noch heute den Zwangsausgesiedelten geschieht das sie keinerlei Anerkennung finden, das von unserem 15. Bundeskongress aus ein Antrag, nun weiß ich ja nicht wo die Stelle ist die das am Besten zu entscheiden hat, eigentlich an den Bundestag, das diesem Unrecht aber sofort abgeholfen wird. Denn Geld hat unsere Bundesrepublik genug. Das war mein Vorschlag.

Herr Dobrinski:

Ja, Reinhard Dobrinski vom Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. Den 13. August 1961 habe ich erlebt zwischen den Gemeinden Limlingeroode, Mackenrode mit Blick auf Tettenborn und Bad Sachsa. Bilder als 18-Jähriger damals, erinnere mich bloß wie die Dame sagte: „Es gräbt sich ein“, das ist das eine. Ich habe einen Vorschlag an die Veranstalter, nämlich wir sprechen über das größte Verbrechen des Kommunismus in Nachkriegsdeutschland. Und es gibt ja den Beschluss, das Urteil



Herr Dobrinski



des Europäischen Gerichtshofes vom 22. März 2001 in der Strafsache Krenz, Strelitz, Kessler und diese Begründung, die ist so herausragend und ich bitte Sie diese Begründung als Anhang [Anm. d. Red.: dies wäre über 50 Seiten] dem Tagungsband beizufügen. Dort ist nämlich nachgewiesen, es ist der Bruch der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die so gründlich vollzogen wurde, obwohl die Verfassung der DDR ja auch die Staatsorgane an das Völkerrecht gebunden haben. Es ist darüber hinaus der Bruch der Verfassung der DDR unter eigener Gesetzlichkeit und wenn einer Staatsführung von einem Gericht nachgesagt wird, dass sie die eigene Verfassung und Gesetzlichkeit nicht kennen, dann muss man sich nicht wundern, dass man mit dem Volk so umgesprungen ist. Herr Emmrich sagte: „Man hat die 17.000.000 ja praktisch in ein Staatsgefängnis gesteckt.“ Dankeschön!

Frau Neubert:

Dankeschön! Wir haben es jetzt fast 10:30 Uhr, ich schlage vor dass Frau Korn noch spricht und das dann hier gleich ganz kurz die Diskutanten noch reagieren können und wir dann in die Kaffeepause gehen.

Frau Korn:

Mein Name ist Korn. Ich möchte hier für eine vergessene Gruppe sprechen und zwar die Gruppe der im Ausland verurteilten, die dort versucht haben die DDR zu verlassen, auch die gehören zu den Opfern von Stacheldraht und Mauer. Ich wurde 65 in Bulgarien verurteilt. Habe vor einigen Jahren erfahren, ein Professor Appellius [Prof. Dr. Stefan Appellius, Berlin] hat etwas geforscht in dieser Richtung, dass es gerade auch in Bulgarien an der Grenze sehr viele Opfer gegeben hat, die heute noch zum Teil nicht identifiziert sind. Er ist auch mit Eltern dort unten gewesen und hat dort versucht zu klären, wie ihre Kinder umgekommen sind und in dieser Richtung sollte eigentlich auch noch viel geforscht werden aber man hört nichts davon. Ich habe immer wieder Probleme wenn ich irgendwelche Ämter anschreibe das



Frau Korn zum Thema
"im Ausland verurteilte"

man dort mit den Schultern zuckt: „Tja im Ausland das geht uns nichts an“, aber man sollte die nicht vergessen, es ist unheimlich wichtig finde ich. Und man hat selbst Probleme anerkannt zu werden als politischer Häftling. Ich hatte an Bonn geschrieben, um Unterstützung gebeten, mir wurde zurück geschrieben: „Sie sind kein politischer Häftling“, da habe ich zurück geschrieben: „Das gibt's doch wohl nicht, in der DDR wurde ich



entlassen, politisch motiviert unter Straftat und jetzt werde ich kriminalisiert“, das kann doch wohl nicht sein.

Frau Neubert:

Vielen Dank, das ist wirklich noch ein offenes Problem. Freya Klier macht zu dem Thema gerade einen Film zu dem Thema der Verhaftungen in Bulgarien. Meine Herren, Frau Tröbs noch eine kurze Zeit zur Reaktion auf das was Sie gehört haben. Ich danke Ihnen für die kurzen Beiträge.

Frau Tröbs:

Ich danke Ihnen, also allen die gesprochen haben und erkannt haben und sich dahingehend geäußert haben, das es wirklich an der Zeit ist etwas für die Zwangsausgesiedelten zu tun und das auch dieser 15. Bundeskongress diesen Beschluss fasst. Ich will es nur ganz kurz noch mal sagen, weil viele Politiker denken das die Zwangsausgesiedelten alles zurückbekommen, was wir denn nur hätten, wir sollten doch hier nicht so ein Geschrei machen, das stimmt nicht. Nach der Wiedervereinigung wurde die Rehabilitierung und Entschädigung der Zwangsausgesiedelten zeitlich verschleppt und juristisch verkompliziert. Wir mussten bis 1994 warten, bis das 2. SED-Unrechtbereinigungsgesetz erlassen worden ist, zur Beseitigung des SED Unrechts und ab da steht erst fest, dass die Zwangsausgesiedelten mit tragenden Grundätzen eines Rechtsstaates nicht vereinbar sind. Und dann ging es aber erstmal los. Nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz konnten wir rehabilitiert werden und das war auch die Basis entschädigungsrechtliche Ansprüche geltend zu machen. Aber um die geltend zu machen mussten weitere Gesetze erlassen werden, nämlich das Entschädigungsgesetz für die Fallkonstellation, wenn das Eigentum nach dem Vermögensgesetz nicht zurückgegeben werden kann. In den meisten Fällen kann es nicht zurückgegeben werden, weil es „redlich erworben“ wurde, so heißt es im Sprachgebrauch, es wurde „redlich erworben“ von staatsnahen Leuten weil es Volkseigentum geworden ist und, und, und. Ich will mich nicht wiederholen. Und jetzt geht das Dilemma los, mit diesem Entschädigungsgesetz wurde aber auch festgelegt, dass die Zwangsausgesiedelten die DDR-Entschädigung zurückzahlen mussten, die ja aber auch nicht den Tatsachen entsprach, manche haben keine bekommen. Sie wurde gar nicht objektiv ermittelt, die Finanzämter haben falsche Angaben gemacht und, und, und.

Auch das will ich jetzt hier nicht ausbreiten. Nein ich muss das jetzt noch ganz kurz zu Ende führen, damit die Anwesenden das hier sehen warum wir immer heute noch wollen, dass wir endlich die gesellschaftliche Anerkennung ..., dass die uns widerfährt. Wie gesagt das meiste Eigentum können wir nicht mehr zurückbekommen, also unterliegt das dem Entschädigungsgesetz und die Berechnungsmodalität nach dem Entschädigungsgesetz tragen aber auch nicht dazu bei, das man eine Entschädigung bekommt. Viele Zwangsausgesiedelte die landwirtschaftliche Betriebe hatten bekommen einen Bescheid in die Hand woraus hervorgeht, die Entschädigung beträgt „0“, weil man nämlich bei der Entschädigung das berücksichtigt was man zurückbekommen konnte und was man zurückbekommen konnte wird nach dem



heutigen Verkehrswert berechnet. Jetzt frag ich Sie, wie gehen Sie als Opfer damit um, wenn Sie einen Bescheid in der Hand halten, Sie haben ihre DDR-Entschädigung an den Entschädigungsfonds zurückgezahlt und da steht jetzt „0“. Ich setze noch eins drauf, es geht ein Minusbetrag hervor, wie -30.000, -50.000 das müsste das Opfer an die Bundesregierung zahlen aber weil ja die Bundesregierung so großzügig ist und so nett wird dieser Bescheid auf „0“ gesetzt aber trotzdem bekommt das Opfer nichts. Danke!

Herr Walther:

Ja, ich hab die Gelegenheit bekommen noch mal kurz etwas zum Grenzdenkmal in Hötenleben zu sagen. Man muss dazu sagen dass Hötenleben also doch ein besonderer Ort an der innerdeutschen Grenze ist, soviel ich weiß gibt es zwischen der Lübecker Bucht und Höhe Kassel [südlich war die US-Zone] nur eine einzige Stelle an der innerdeutschen Grenze die zwei Mauern hintereinander hat und das ist Hötenleben. Das hat mir der Chef des British Frontier Service mal gesagt, der da immer lang geflogen ist. Wir haben damals gleich nach der Grenzöffnung gedacht, da müsste man doch vielleicht ein Denkmal draus machen und damals stand ja noch alles. In Hötenleben wurde also auch so ein Grenzübergang geöffnet, dass war eine so bewegende Geschichte, da könnte ich Ihnen alleine eine ganze Weile von erzählen.

Das war das Größte, was ich in meinem Leben erlebt habe, diese Grenzöffnung, der Zusammenbruch dieses Regimes im Herbst schon und dann die Öffnung. Im Januar 1990 haben wir erreicht das das unter Denkmalschutz gestellt wurde und das nach DDR-Recht noch. Dann war es ein schwieriger Kampf das durchzubringen, wir dachten damals: „Es ist ja nur ein Stück ungeheurer Ortsgeschichte.“ Aber es stellte sich dann doch heraus, dass an vielen anderen Stellen ähnliche Initiativen entstanden waren, die aber von der Bevölkerung abgewürgt wurden. Wir haben gesagt: „Das darf uns nicht passieren, wir müssen das durchstehen.“ Es war eine schwierige Zeit. Und jetzt ist das Grenzdenkmal Hötenleben inzwischen Bestandteil der Gedenkstätte Deutsche Teilung, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist ja ein Grenzübergang aber durch diese Grenzübergänge ist praktisch nie einer aus der DDR gekommen, ein einfacher Bürger! Und das betraf vor allem die Westdeutschen, kann man mal so vereinfacht sagen. In Hötenleben ist also das zu sehen, was uns gefangen gehalten hat. Das ist nun endlich auch zusammengeführt und wir haben im Auftrag des Landes Sachsen-Anhalt und der Gedenkstättenstiftung heute den Auftrag dort Öffentlichkeitsarbeit zu machen, so will ich das mal sagen.

Wir machen Führungen und Veröffentlichungen, es sind jetzt auch zwei Bücher vorhanden die die Grenzgeschichte unseres Raumes beschreiben, mit ziemlich vielen Zeitzeugenberichten, über 200 Zeitzeugen sind da drin und 10.000 Blätter Archivmaterial usw. verarbeitet. Ich muss sagen es macht auch Spaß, es kommen doch immer mehr Leute im Laufe der Zeit zu uns hin, so ist mein Eindruck, Einzelne Reisende, Busreisende, Schüler, Ausländer und so.

Merkwürdig ist natürlich, das z. B. Berliner mir gesagt haben: „Also das haben sie überhaupt nicht gewusst das 1952 schon die innerdeutsche Grenze geschlossen worden ist“, die haben gedacht das ist erst 1961



von links: Herr Heinz, Herr Heise, Frau Poppe, Frau Schönemann, Herr Dr. Hertle

passiert. Und Ausländer habe ich sogar die sich dann gewundert haben „Also das Berlin geteilt war, das haben sie ja gewusst, aber dass Deutschland auch geteilt war“, das hat die Schottin überhaupt nicht gewusst. Mit solchen Sachen muss man also da umgehen und im nächsten Jahr ist dann der 60. Jahrestag der Schließung der innerdeutschen Grenze, da wird hoffentlich mehr ins Bewusstsein der Menschen, dieser 26. August gebracht, denn bis jetzt ist das Gedenken an die Mauer schlechthin einfach nur auf Berlin konzentriert, nämlich auf 1961.

Frau Neubert:

Gut, daran werden wir arbeiten. Jetzt gehen wir in die Kaffeepause. Um 11 Uhr geht es hier weiter, also bitte 3 Minuten vor 11 Uhr wieder hier hereinströmen zum nächsten Podium.

Frau Poppe:

Auch ich will Sie sehr herzlich begrüßen zu der Fortsetzung unserer Veranstaltung, also zu unserem 2. Podium, was die Überschrift trägt „Flucht und Ausreise“, also ein Gespräch über Fluchthilfe, Verhaftung und Freikauf. Und ich möchte sehr herzlich begrüßen, die Teilnehmerinnen und die Teilnehmer hier auf diesem Podium. Aber ich will auch nicht versäumen einen Gast von vielen die jetzt neu dazugekommen sind, hier herzlich willkommen zu heißen und zwar ist das unser frisch gekürter neuer Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn – herzlich willkommen. Sehr schön, dass Du dir die Zeit genommen hast und uns allen die Ehre gibst, an dieser, wie ich meine so wichtigen Veranstaltung die einmal im Jahr stattfindet, dass Du daran teilnimmst und am Nachmittag wirst du ja auch zu Wort kommen. Wenn nicht die letzte Schlupfmöglichkeit nach Westberlin Anfang der 60er Jahre abgeriegelt worden wäre, hätte sich dieses System mit Sicherheit nicht so lange halten können. Die DDR blutete aus, die Menschen liefen in Scharen weg aber anstatt die Ursachen zu beseitigen, also weshalb viele Menschen nicht mehr bereit waren län-



ger in der DDR zu leben, hat man die DDR eben abgeriegelt, die Leute eingesperrt. Das System war eben nicht reformfähig und die Machtverhältnisse waren dem Recht übergeordnet. Aber mit dem Mauerbau versiegte keineswegs die Freiheitssehnsucht und die Menschen riskierten Gefängnis oder gar ihren Tod, wenn sie die Flucht wagten. Jeder wusste aber das scharf geschossen wurde an der Grenze aber viele hielt das nicht ab, weil sie das Gefühl hatten in der DDR unter den Verhältnissen keine Luft mehr zu bekommen. Und es ist manchmal, Herr Möbius hatte das vorhin schon angedeutet, für die nachfolgenden Generationen sehr schwer nachvollziehbar, weshalb Menschen ihr Leben riskierten weil sie nicht mehr in der DDR leben konnten und das lässt Rückschlüsse auf das DDR-Bild zu. Sie können sich eben nicht vorstellen wie ein Leben in Unfreiheit ausgesehen hat. Später war es dann möglich einen Ausreiseantrag zu stellen, das war durchaus nicht verboten, das war an sich legal, dennoch mussten viele Menschen Diskriminierungen z. B. im Beruf hinnehmen oder gar mit Verhaftung rechnen. Auch dies wird hier auf dem Podium zur Sprache kommen. Ich begrüße sehr herzlich drei Zeitzeugen und einen Wissenschaftler hier auf diesem Podium und möchte gerne mit Herrn Dr. Hans-Hermann Hertle beginnen.

Hans-Hermann Hertle ist Politikwissenschaftler vor allem am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte haben im Fach immer mit Grenze zu tun. Sein wichtigstes Werk ist die „Chronik des Mauerfalls.“ Also ursprünglich hieß das, 1996 zum ersten Mal herausgekommen, „Der Fall der Mauer - die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates“ und es hat nun, ich glaube schon über 10 Auflagen als „Chronik des Mauerfalls“ gegeben. Aber er hat auch über Flucht, Fluchtursachen und auch Mauertote geforscht und er wird uns jetzt in Kürze eine Übersicht zum Thema geben. Bitteschön Herr Hertle.

Herr Dr. Hertle:

Ja vielen herzlichen Dank Frau Poppe, vielen Dank für die Einladung hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren.

In Abwandlung des Ausspruchs „Preußen ist kein Staat mit einer Armee, sondern eine Armee mit einem Staat gewesen“, hat Stefan Wolle – den wir gestern Abend gehört haben – über die DDR geschrieben und dieses Bonmot hat er gestern weggelassen, er hat über die DDR geschrieben „Sie sei kein Staat mit einer Grenze, sondern eine Grenze mit einem Staat gewesen“, soviel vielleicht noch zur Ergänzung der Aperçus, die Sascha Möbius hier schon geboten hat.

Unbestreitbar war die Mauer eine der Existenzbedingungen der DDR, ich würde stärker formulieren wollen, sie war zusammen mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen die wichtigste Existenzbedingung der DDR. Hätten



Herr Dr. Hertle, ZZF Potsdam



1953 die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR den Volksaufstand nicht niedergeschlagen, dann müssten wir uns heute mit diesem Thema nicht beschäftigen, dann wäre uns viel Unrecht erspart geblieben, viele Schicksale über die berichtet werden wird, wären möglicherweise positiver verlaufen und wir würden heute eventuell den 60. Jahrestag der Deutschen Einheit im Jahr 2013 vorbereiten. Ich will vielleicht das Stichwort Bindekräfte nicht auslassen, natürlich hat es unterhalb dieser wichtigsten Existenzbedingung auch Bindekräfte gegeben, das ist doch völlig klar, dass, wenn eine Diktatur das Bürgertum und den Mittelstand praktisch enteignet, ausraubt, vertreibt, die Landwirtschaft zwangskollektiviert, dass dann Mittel zur Verfügung stehen für Systemanhänger, sozusagen günstige Voraussetzungen zu schaffen. Und wenn ein Regime sämtliche Aufstiegsmöglichkeiten, Karrieremöglichkeiten usw. bestimmen kann, dann ist es auch hier möglich sich eine Anhängerschaft zu sichern.

Aber diese Anhängerschaft hat nie ausgereicht um den Staat DDR am Leben zu erhalten. Von Ulbricht und später von Honecker ist es offen ausgesprochen worden und deshalb sollte man doch in den Diskussionen, die sozusagen auch in meinem Fach an den Universitäten stattfinden, darauf hinweisen, das es hier eine gewisse reine Rangfolge gibt, was denn nun für die Stabilität der DDR über die Zeit bis 1989 gesorgt hat. Kein anderer Staat in Mitteleuropa erfuhr in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts einen vergleichbaren menschlichen Aderlass, etwa 3 1/2 Millionen Menschen hatten dem SED-Staat den Rücken gekehrt, als die Massenflucht durch den Bau der „Berliner Mauer“ im August 1961 gestoppt wurde. Neben schwer überwindbaren Sperranlagen, der Absicherung der Grenze durch Volkspolizei, Staatssicherheit und deren ehrenamtlichen Helfern und inoffiziellen Mitarbeitern an der sogenannten freundwärtigen, also der DDR zugewandten Seite, sowie dicht gestaffelten Grenzposten an der feindwärtigen Seite waren Schüsse auf Flüchtlinge seit dem 13. August 1961 der dritte und Stefan Wolle hat gestern Abend schon daraufhingewiesen, der entscheidende Eckpfeiler des Grenzregimes. Denn Sperranlagen, so lautet ein militärischer Grundsatz, sind erst dann vollständig wirksam, wenn sie durch Posten und Gewehrfeuer gesichert werden.

Nach Ansicht der SED-Führung war nur durch die Androhung des Todes, und in letzter Konsequenz dann auch die Tötung, eine ausreichend abschreckende Wirkung zu erzielen um die massenhafte Flucht der Bevölkerung dauerhaft zu unterbinden, um so den Fortbestand des Regimes zu sichern. Ihr Leben verloren allein an der „Berliner Mauer“ 98 DDR-Flüchtlinge, die beim Versuch die Sperranlagen zu überwinden erschossen worden, verunglückten oder sich, weil der Fluchtversuch entdeckt wurde das Leben nahmen, weil er aussichtslos geworden war. 30 Menschen aus Ost und West wurden getötet, die keine Fluchtabsichten hatten und im Dienst wurden 8 Grenzsoldaten getötet. Für die innerdeutsche Grenze, die Ostsee und die osteuropäischen Grenzen liegen keine gesicherten Angaben bis zum heutigen Tage vor, Schätzungen zufolge gab es dort 600 bis 800 Todesopfer und jeder wurde daraufhingewiesen, das wir z. B. für Bulgarien immer noch nicht wissen wie viel Menschen dort an der Grenze getötet wurden.

Prof. Appelius [Prof. Dr. Stefan Appelius] hat sich mit diesem Thema beschäftigt, es liegen meines Wissens zurzeit Anträge beim BKM vor, die Todesopfer an der innerdeutschen Grenze und an den außerdeutschen



Grenzen der DDR und in der Ostsee so zu erforschen, wie wir das in einem Projekt zusammen mit der Gedenkstätte „Berliner Mauer“ gemacht haben und ich hoffe dass diese Projekte dann auch bald bewilligt werden. Viele Menschen wurden darüber hinaus bei einem Fluchtversuch zum Teil schwer verletzt, wie viele genau wissen wir bis heute nicht. Durch Zwangsaussiedlung aus dem Grenzgebiet verloren Zehntausende ihre Heimat. Zwischen Mauerbau und Mauerfall gelang insgesamt etwa 40.000 DDR Bürgern, auf zum Teil abenteuerlichen Wegen und unter Inkaufnahme lebensbedrohender Risiken die Flucht durch die Sperranlagen, davon gut 5.000 in Berlin. Über Ostblockstaaten flohen in diesem Zeitraum zwischen 7.000 und 8.000 Bürger und es fällt mir etwas schwer Ihnen jetzt nur diese Zahlen hier vorzustellen. Hinter jeder dieser Zahlen stecken Tausende von Schicksalen und Erfahrungen über die man berichten müsste, ich tue das hier nicht, weil wir dafür dann gleich am Podium auch Berufener haben. Die genaue Zahl der entdeckten bzw. verratenen und dadurch gescheiterten Fluchten ist bis heute ebenfalls nicht bekannt, [Dr.] Maria Nooke hat jüngst von 75.000 misslungenen Fluchtversuchen und 60.000 aufgedeckten Fluchtplänen berichtet. Solange das Absperr- und Kontrollsystem in der Zeit nach dem 13. August noch provisorisch war, gelang es immer wieder einzelne Schlupflöcher im Stacheldraht zu finden, doch mit dem Ausbau der Sperranlagen wurden Fluchten schwieriger und risikoreicher. In Westberlin bildeten sich zahlreiche Fluchthelfergruppen, häufig waren es ehemalige Flüchtlinge die ihre Familienangehörigen, Freunde oder Bekannte in den Westen nachholen wollten. Viele Fluchthelfer stammten in der Anfangszeit aus dem Umfeld der West-Berliner Universitäten. Für Kommilitonen, die durch den Mauerbau von ihren Studienplätzen im Westen abgeschnitten waren, suchten sie undichte Stellen in den Sperranlagen. Sie suchten Wege durch die unterirdische Kanalisation, spürten Lücken im Kontrollsystem der Grenzübergänge auf, fälschten Pässe, bauten Verstecke in Fahrzeugen und gruben Tunnel unter der Sektorengrenze. Insgesamt rund 70 Tunnelprojekte sind bis heute bekannt von denen jedoch nur etwa $\frac{1}{4}$ erfolgreich genutzt werden konnte. Es sind ungefähr durch Tunnel vielleicht annähernd 600 bis 1.000 Fluchten gelungen. Dietmar Arnold und Sven Felix Kellerhoff haben darüber ein sehr schönes Buch geschrieben, wie ich meine. Der Ausbau der Sperranlagen und des Kontrollsystems an den Übergängen erzwang die ständige Entwicklung neuer und immer aufwendigerer Fluchtwege und mit dem Aufwand stiegen natürlich auch die Kosten.

Schon 1962/63 wurden Fluchtwilligen nicht selten zwischen 3 und 5.000 DM in Rechnung gestellt. Bemerkenswert ist der Wandel den die Fluchthilfe in der Stimmung der Bevölkerung unterlag, anfangs stieß Fluchthilfe auf begeisterte Zustimmung, sowohl in der Bevölkerung als auch in der Politik, die West-Berliner Polizei, sogar der Verfassungsschutz haben Fluchthelfer unterstützt. Aber dann, mit dem Einsetzen der Entspannungspolitik nach der Rede von Egon Bahr und dem Beginn der Verhandlungen über Passierscheine, wurde Fluchthilfe immer mehr als Störfaktor für das Verhandlungsklima zwischen Ost und West empfunden und es wurde dann weniger.

Ein neuerlicher Aufschwung erfolgte dann mit dem Abschluss des Transitabkommens 1971/72 und zwar über die Transitwege, über Verstecke in Fahrzeugen, allerdings war diese Fluchthilfe dann überwiegend



kommerziell. Doch mit der immer lückenloseren Überwachung der Transitwege und dem Ausbau der Staatssicherheit zur flächendeckenden Krake in der DDR – es erfolgte in den Jahren zwischen 1970 und 80 der Anstieg von 40.000 auf 80.000 hauptamtliche Mitarbeiter –, wurde es schwieriger. Es wurden Spitzel in die Fluchthilfegruppen eingeschleust, was natürlich auch schon in den 60er Jahren der Fall war. Es gab sogar Mordanschläge auf Fluchthelfer und dann mit der Installation von radioaktiven Messgeräten an den Grenzübergängen, die auf Monitoren sozusagen Schatten in den Wagen abbildeten, gelang der Stasi schließlich die Eindämmung der organisierten Fluchthilfe. Zurück noch einmal zur Zahl der gescheiterten Fluchten: Statistiken der Generalstaatsanwaltschaft der DDR weisen von 1961 bis 1988 rund 110.000 Verfahren wegen Republikflucht bzw. ungesetzlichem Grenzübertritt aus. Einer Studie über politische Gefangene zufolge, die allerdings nur auf Stichproben aus DDR-Kriminalitätsstatistiken beruhte, wurden zwischen 1960 und 1988 DDR weit in mehr als 71.000 Fällen Freiheitsstrafen wegen Republikflucht verhängt, in der Regel zwischen 7 und 22 Monate, in sogenannten schweren Fällen mehr als 3 Jahre Gefängnis. In den 80er Jahren war das Netz der Überwachung und Bespitzelung so dicht, das von den jährlich 1.000 bis 2.000 Fluchtversuchen über 90% im Planungsstadium verraten und vereitelt wurden, lediglich 5 bis 8% aller Fluchten verliefen noch erfolgreich. Um das am Beispiel für Berlin einmal konkret zu machen, es waren dann also in den Jahren 1982 noch 44 gelungene Fluchten, 83: 38 und es bewegt sich auf dem Pegel und sinkt dann 1985, 86 auf 24 bzw. 10 gelungene Fluchten. So perfekt war dieses System der Grenzsicherung im Vorfeld und im Todesstreifen selbst mittlerweile geworden. Insbesondere in den 70er und 80er Jahren, Ulrike Poppe hat darauf hingewiesen, wurden DDR Bürger die einen Ausreiseantrag stellten in der Regel ausgegrenzt, diskriminiert und kriminalisiert. Und es hat natürlich auch der Rückgang der Fluchtversuche damit zu tun, dass mit dem Abschluss der Helsinki-Konferenzen, des KSZE-Abkommens 1975 eine ungefährlichere Option mit einer Ausreiseantragstellung existierte, die einen doch vor dem Risiko an der Grenze getötet zu werden wenigstens bewahrte, auch wenn sie vielen Gefängnis nicht erspart hat. Denn wer einen Ausreiseantrag stellte wurde in aller Regel ausgegrenzt, diskriminiert und häufig auch kriminalisiert. Zehntausende wurden wegen Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit (§ 214 des Strafgesetzbuches der DDR), wegen ungesetzlicher Verbindungsaufnahme, landesverräterischer Nachrichtenübermittlung oder Agententätigkeit und öffentlicher Herabwürdigungen zu Gefängnisstrafen verurteilt, nur weil sie das Recht auf Freizügigkeit für sich beanspruchten. Aus ihrem politischen Strafrecht schlug die DDR Gewinn für Gegenleistungen im Wert von annähernd 3,5 Milliarden DM – der Bundesrepublik „gewährte“ das SED-Regime zwischen 1964 und 1989 die Übersiedlung von 2.000 Kindern zu ihren Eltern, 250.000 Familienzusammenführungen und die vorzeitige Entlassung von rund 35.000 Häftlingen. Es gibt eine Dissertation die in unserem Institut zurzeit entsteht, von Jan Philipp Wölbern, den einige von Ihnen vielleicht schon kennengelernt haben, er hat auch viele Zeitzeugeninterviews gemacht, die sich mit dem Häftlingsfreikauf beschäftigt haben und diese Arbeit wird zum einen ein Ergebnis sicher haben, dass im Verlauf der 80er Jahre der Verdacht besteht, dass verhaftet wurde



um zu verkaufen. Also dass dann ganz gezielt Ausreiseantragsteller festgenommen wurden, fast wie am Fließband zu einem Jahr Gefängnisstrafe verurteilt wurden, um sie dann verkaufen zu können. Ob der Häftlingsfreikauf eine humanitäre Aktion oder ein verwerflicher Menschenhandel war, ist bis heute umstritten auch unter den Betroffenen und ich bin auch gespannt, wie Sie das sehen. Um abschließend zusammenzufassen die Ausgrenzung, Inhaftierung, Verletzung oder Tötung von Menschen die ihr Land verlassen wollten, war wesentlicher Bestandteil einer Diktatur, die ohne Mauer nicht existieren konnte und die mit ihrem Fall unterging.
Herzlichen Dank!

Frau Poppe:

Vielen Dank auch von mir Herr Hertle für diese Übersicht. Sie haben gesagt, das sind Zahlen aber hinter jeder dieser Zahl steckt ein Schicksal und deshalb ist es uns auch so wichtig, hier beispielhaft Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was im Einzelnen so ein Schicksal bedeutet hatte. Wir wollen beginnen mit einem Fluchthelfer, das ist Volker Heinz der hier ganz rechts sitzt. Aufgewachsen ist er in Wuppertal, hat an der FU in Berlin später in Bonn studiert. Er war einer der erfolgreichsten Fluchthelfer, hat immerhin 63 Menschen zur Flucht verholfen in Zusammenarbeit meistens oder auch immer – weiß ich jetzt nicht genau – mit Wolfgang Fuchs dem so genannten Tunnelfuchs, ist dann irgendwann doch geschnappt und verhaftet worden und zu 12 Jahren Haft verurteilt, wurde dann freigekauft. Herr Heinz, wie kommt ein junger Student der im Westen aufgewachsen ist, dazu Fluchthilfe zu leisten und soviel zu riskieren?

Herr Heinz:

Frau Poppe, ich bin in Westdeutschland glücklich aufgewachsen. Als ich Abitur hatte gehörte mir wie allen meinen Kommilitonen die Welt. Berlin hat mich damals fasziniert und angezogen, einmal wegen der politischen Situation aber auch wegen der kulturellen Situation. Bin dann im Jahr



Herr Heinz

65 nach Berlin gekommen, mit einem kleinen Volkswagen und meinem ganzen Gepäck zusammen und habe mir dann eine Wohnung gemietet. Ich war vorher in Heidelberg gewesen und war Mitglied einer studentischen Verbindung und habe dann eine Schwesterverbindung in



Westberlin aufgesucht. Auf dieser Verbindung habe ich als Erstes einen Mann kennengelernt, der auch in einem Buch was gerade frisch veröffentlicht wurde erwähnt ist, Hartmut Horst, inzwischen Arzt in Hamburg, mit dem ich mich angefreundet habe. Eines Tages, wir saßen in seinem Studentenzimmer, ich las den „Stern“ und da sah ich einen Bericht von einer Fluchthilfe mit einer Leiter die darüber geworfen wurde und Leute wurden über die Grenze gezogen und ich sagte: „Hartmut das bist du!“, weil ich ihn erkannt habe auf dem Foto. Er hat sich zuerst gewehrt aber das konnte er nicht lange. Und über diese Freundschaft und diesen Bericht im „Stern“ ist bei mir ein unstillbarer Wunsch groß geworden, nun auch zu helfen.

Ich hatte keinerlei Beziehung zur DDR, weder Verwandte noch Freunde aber natürlich in den Jahren 1965/66 war ja genau die Mitte zwischen dem Bau der Mauer und den Verträgen von 1971/72, also der Höhepunkt des Kalten Krieges mit russischen Militärflugzeugen die bewusst die Schallmauer durchbrachen, um die Bevölkerung zu terrorisieren und das ganze auch in Ostberlin zum Teil mitbekommen haben. Mit einer unruhigen Studentenschaft, ich erinnere mich als ich noch zu meinen Fluchten hin nach Ostberlin eilte, dann gelegentlich zu schnell an studentischen Versammlungen vorbeigelaufen bin, wo Rudi Dutschke seine Reden hielt und ich dachte so im Stillen: „Na ja rede du mal, ich handle.“ Und das war auch wirklich ein Wunsch der Gruppe um Wolfgang Fuchs, den man in dem Punkt gar nicht hoch genug loben kann. Wolfgang Fuchs war ein glänzender Motivator, Sie müssen sich vorstellen, wenn Sie da, wie in meinem Falle allein in die DDR einreisen, um Flüchtlinge aufzunehmen und in ein Fluchtfahrzeug zu verbringen dann haben Sie, ich war damals 22, 23 Jahre alt, eine enorme Verantwortung. Sie haben selber enorme Angst, Sie haben die Angst der Flüchtlinge zu kompensieren und das ist etwas was an einem zehrt. Das zehrt soweit dass ich zwischendurch einfach krank wurde, kein Arzt wusste was ich hatte, meine Mutter wusste es nicht, mein Vater nicht. Ich wusste genau was es war, ich war einfach erschöpft, psychisch erschöpft von den Anstrengungen.

Und diese Erschöpfung konnte ein Mann wie Wolfgang Fuchs beseitigen. Ich erinnere mich sehr genau an eine Szene, wo ich von einer Flucht zurückkehrte, die ich abgebrochen habe weil ich quasi sicher war, dass wir beobachtet wurden. Ich kam sehr deprimiert zurück, ich hatte auch so sehr befürchtet das ich damit verbrannt sei, nicht mehr einsetzbar wäre und nach 3 Stunden des Zuredens und des Zuhörens von Wolfgang Fuchs ging ich nach draußen und dachte: „Wo ist die Mauer“? Ja er war jemand, der einen wirklich aufbauen konnte und diese eigene Geschichte Wolfgang Fuchs, er hat ja seine eigene Frau, seine eigenen Kinder über die Grenze geholt, Wolfgang Fuchs war immer unmittelbar und vor allem emotional involviert und das ist auch der Grund und der Hintergrund, weshalb Leute die mit Wolfgang Fuchs zusammengearbeitet haben, ihn in hohen Ehren halten, weil er sich eben selbst auch immer im hohen Maße eingesetzt hat. Und Hartmut Horst, den ich vorhin erwähnt habe war befreundet, wie ich auch, mit Klaus-Michael von Keussler und Peter Schulenburg, die dieses Buch [Fluchthelfer: Die Gruppe um Wolfgang Fuchs] gerade vor wenigen Tagen veröffentlicht haben. Wer sich also für die Fluchthilfe um die Gruppe von Wolfgang Fuchs interessiert, mag das lesen.



Meine eigene Geschichte ist da nicht drin, das liegt daran, dass das Buch thematisch begrenzt ist bis 1965. Als der letzte Tunnel 1957 aufgefliegen war, haben wir dann gemeinsam nach anderen Möglichkeiten gesucht und hier geht es um Tunnel und andere Fluchten davor. Danach musste man sich was einfallen lassen. Letzten Endes, mein Tunnel war sozusagen der dunkle Kofferraum eines Diplomatenfahrzeuges, es war uns gelungen in gemeinsamer Anstrengung und über einen syrischen Teppichhändler auf dem Kurfürstendamm, der befreundet war mit dem syrischen Konsul der in der DDR akkreditiert war, Kontakt zu diesem Konsulat herzustellen.

Die waren schlecht bezahlt, der interessierte sich brennend für einen dicken Mercedes, wir dachten das sei das ideale Fluchtfahrzeug. Wir verstärkten die Hinterachse um zu verhindern, dass das optisch gleich erkennbar war. Und auf die Art und Weise, es klingt alles furchtbar einfach, musste man „eigentlich“ nur noch die Flüchtlinge in den Kofferraum verbringen und dann über Checkpoint Charlie ohne Grenzkontrolle wegen des diplomatischen Passes ausreisen. Das ist in der Tat in 63 Fällen gelungen, ich selbst war nicht an allen Fällen, jedoch an der überwiegenden Überzahl beteiligt. Es gab sogenannte Vertreter, nämlich bei dem Versuch nach 4 Jahren des erfolglosen Studierens endlich mal auch akademisch Fuß zu fassen, hatte ich Herrn Wolfgang Fuchs gebeten, sich um Ersatzpersonen zu bemühen und deswegen sind also zum Schluss bevor die Sache aufzog auch 2, 3 Fluchten mit anderen Personen, als quasi Verbindungsoffiziere im Osten durchgeführt wurden. Meine Aufgabe bestand eben einfach darin, diese Flüchtlinge zu treffen und zu versuchen, zu verhindern oder zu erkennen, das die nicht verfolgt wurden und versuchen zu erkennen, das ich nicht beobachtet wurde. Das habe ich dann so gelöst das ich mich immer wieder neu verabredet habe, ich habe die z. B. mittags um 13 Uhr getroffen aber bevor wir uns sozusagen wirklich zu dem Fahrzeug begaben vergingen Stunden, weil ich immer wieder neue Verabredungspunkte machte um einschätzen zu können, ob wir beobachtet wurden. Die Übergabepunkte habe ich selber ausgesucht, es war meistens im noch östlichen Stadtgebiet Marzahn, es musste ja überschaubar sein, es musste dunkel sein. Die Flüchtlinge sollten das Fahrzeug nicht erkennen, die sollten das Nummernschild nicht erkennen. Auch der Konsul sollte eigentlich nicht allzu viel wissen. Und das war praktisch nur in der Dunkelheit möglich, es war gleichzeitig notwendig dass es einsehbar war, dass ich also beobachten konnte was passiert.

Die Verständigung mit dem Diplomaten erfolgte über Autolichtzeichen, bestimmte Zeichen hätten so bedeutet „er fährt weiter, er ist sich nicht sicher“ oder ich hätte eben durch bestimmte Handzeichen signalisiert, dass ich nicht mehr gewillt bin weiter zu machen. Aber wenn es dann gelungen war die Person in den Kofferraum zu expedieren, fuhr ich in dem Fahrzeug bis zur nächsten öffentlichen Verkehrsmittelhaltestelle mit und er fuhr dann direkt zum Checkpoint Charlie und ich eben über die Einreisestelle die ich gewählt hatte. Natürlich hatte ich immer andere gewählt, es waren Heinrich-Heine-Straße, Bornholmer Straße, Friedrichstraße usw. Ich hab ja später dann natürlich auch meine Akten eingesehen und die Ermittlungen, die die DDR angestellt hatte, um rauszufinden wer das war, waren zum Teil „bewundernswert.“ Die haben dann irgendwie das Gefühl gehabt: „Am Checkpoint Charlie da passiert enorm viel und da sind so viele Leute in kurzer Zeit rausgekommen“



und haben dann optische Geräte an der Grenze eingebaut, die einerseits den Abstand zwischen Chassis und Boden maßen, Einreise, Ausreise, großer Abstand, kleiner Abstand je nachdem wie stark und wie schwer die Personen eben waren.

Und außerdem haben sie eine 2. optische Einrichtung gebaut, die sozusagen den Achswinkel hinten maß, beladen, schräg, leer, geradeaus, vertikal. Damals gab es keine Computer, die Offiziere haben in einem Zeitraum von 3 oder 4 Monaten jedes Fahrzeug in dieser Weise vermessen und handschriftlich aufgezeichnet, ich habe die Aufzeichnungen gesehen. Da ist ihnen dann nach 3 bis 4 Monaten deutlich geworden, es kamen 3 Fahrzeuge noch in Frage, darunter war unseres natürlich und das war die eine Quelle. Die andere Quelle war das es ihnen gelungen war, über den mit Wolfgang Fuchs befreundeten Herrn Hildebrandt, der diese Ausstellung am Checkpoint Charlie hat oder hatte, ist ja inzwischen verstorben das macht seine Frau jetzt weiter, war es der Stasi gelungen einen Mann einzuschleusen, erst bei Hildebrandt, der wiederum wandte sich an Wolfgang Fuchs weil er angeblich ausreisewillige Bürger im Osten hatte. Und da der auf Empfehlung von Hildebrandt kam, schien der Wolfgang Fuchs sauber und ohne dass ich ihm das jemals vorgeworfen habe oder auch heute vorwerfen möchte, ich hab dann die Äußerungen dieses Maulwurfs gelesen die er aus Gesprächen mit Wolfgang Fuchs nach hinten berichtet hat und entgegen seiner sehr konspirativen Art und Weise, war Wolfgang Fuchs eine Idee unvorsichtig, weil er hat einige Bemerkungen fallen lassen, die dann doch den Kreis derer, die in Frage kamen, relativ eng eingrenzten.

Natürlich hat er nichts gesagt und keine Namen genannt aber das ist ja ein Mosaik, was man dann baut und in der Tat ist es dann der Stasi gelungen, uns zu identifizieren. Nun war das natürlich so, die DDR hatte ja ganz wenige diplomatische Beziehungen und fürchtete, die Wenigen die sie hatte, noch einzubüßen. Und als ihr nun klar wurde, dass der syrische Konsul da beteiligt war, waren die natürlich äußerst beunruhigt und wussten, wenn sie den angreifen und aufgreifen, verhaften dann müssen sie sich 100%ig sicher sein. Deswegen ist die letzte erfolgreiche Flucht unter deren Augen abgelaufen und ich muss gestehen, trotz all meiner Talente - das habe ich nicht bemerkt - sonst wäre ich das nächste Mal natürlich nicht wieder eingereist, als ich dann verhaftet wurde. Das war dann das Ende, sowohl dieser Flucht, als auch das Ende meiner Freiheit. Ich bin dann bis zu einem knappen Jahr in Hohenschönhausen gewesen, ich habe alle Schönheiten und Hässlichkeiten dieses Ortes kennengelernt und bin dann im Juni 1967, verhaftet wurde ich im September 66, zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Allerdings, jetzt werden Sie fragen: „Wie lange haben Sie denn gesessen“?

13 Tage nach dem Urteil war ich auf freiem Fuß, von der Stasi höchstpersönlich in einem großen westdeutschen BMW an die Grenze nach Herleshausen gefahren. Dann werden Sie natürlich fragen: „Wie kommt es, dass sie so nach 13 Tagen wieder raus gingen?“ Auch das ist relativ einfach erklärt, Freunde meines Vaters waren befreundet mit dem lange schon verstorbenen Herrn Knieper, Herr Knieper war Staatssekretär im Bundeskanzleramt und der Freund ging zu dem Herrn Knieper und sagte: „Der Volker Heinz muss raus“ und da sagte er: „Aha, dann setzen wir den mal auf die Austauschliste Platz 1“ und so kam Heinz auf 1. Auf die Art und Weise bin ich, für mich



völlig überraschend sehr, sehr schnell freigekommen und habe diese Zeit ohne, wie ich meine, nachhaltige Blessuren überstanden. Die beiden Flüchtlinge sind natürlich auch an der Grenze zu Checkpoint Charlie verhaftet worden. Ich hab die dann Jahre später in Nürnberg, wohin sie ausgewandert waren, die wurden dann auch freigekauft, getroffen und die sind glaube ich jeweils zu 3 oder 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Konsul selbst sollte in Begleitung eines Stasioffiziers auf dem schnellsten Weg nach Damaskus verbracht werden, damals gab es aber noch keine Direktverbindung zwischen Ostberlin und Damaskus per Flugzeug. In Zypern ist es ihm gelungen auszubüchsen und nach Deutschland zurückzufliegen, insofern schließt sich der Kreis. Der Teppichhändler ist dann Teppichhändler in Bonn geworden. Wenige Monate später wurde in Damaskus ein Prozess gegen ihn in Abwesenheit geführt, indem er in der Tat zum Tode verurteilt wurde. Es war also sinnvoll nicht mehr dahin zurückzukehren.

Einer der vielen etwas ungewöhnlichen Aspekte, also zunächst vielleicht mal ganz allgemein – die die im Gefängnis gesessen haben, werden das verstehen, ich jedenfalls habe sehr deprimierende und depressive Phasen durchlaufen: Nach den ersten 3 Wochen, wenn sozusagen die klassische Urlaubszeit vorbei ist, denkt man: „Oh Gott, das sind nur 3 Wochen gewesen, das ist ja unendlich“ und das zweite Mal war so nach 3 Monaten und man muss sich um zu überleben, einfach für sich die Entscheidung treffen, will ich mich fallen lassen oder will ich kämpfen und das ist nicht leicht. Das Kämpfen beginnt natürlich mit der ersten Vernehmung, wo man sich fragen muss, was man sagen kann und was man nicht sagen kann. Ich hatte in gewisser Weise das Glück im Unglück, das ich an so vielen Fluchten beteiligt war, das jeder Mensch versteht, dass man da vielleicht auch mal was verwechseln kann und man vielleicht mal was aus lässt. So fotografisch ist das Gedächtnis dann doch nicht. Deswegen habe ich mich also bemüht bei den Personen, von denen ich wusste sie waren nicht gefährdet, waren in Westberlin oder in Westdeutschland, da habe ich keine große Sorgfalt drauf verwandt nun Dinge zu verschweigen. Eine Bekanntschaft mit jemanden zu verschweigen, von dem ich wusste, der würde nie durch die DDR fahren, wie z. B. mein Freund Hartmut Horst, da fand ich es nicht sonderlich bedenklich nun so eine Bekanntschaft und mit einigen Details bekannt zu geben. Aber es gab andere Personen, wo ich nicht wusste, was mit ihnen geschehen war und insbesondere eine Person, er war einer meiner so genannten Vertreter, die ich vorhin erwähnt habe, und dessen Bild wurde mir mit Penetranz über Monate – werde ich auch nie vergessen –, ich bin etwa 3 bis 4 Monate täglich für mehrere Stunden vernommen wurden und dann in größeren Abständen bis zu etwa noch 6 bis 7 Monaten und mir wurde mit großer Penetranz immer sein Foto vorgelegt und ich habe mit der gleichen Penetranz immer gesagt: „Ich kenne ihn nicht.“ Als es dann zum Verfahren vor dem Stadtgericht Berlin kam, zeigte mir der Vorsitzende Richter dieses Foto wieder und fragte: „Kennen Sie diesen Mann?“ und ich sagte: „Herr Vorsitzender, dieses Foto habe ich glaube 100 Mal gesehen, ich kann nur wiederholen, was ich immer gesagt habe, ich kenne diesen Mann nicht.“ Daraufhin sagte der Richter: „Herr Wachtmeister bringen Sie den Zeugen herein“, die Tür öffnet sich, der Mann auf dem Foto betrat den Saal. Der Richter fragte ihn: „Kennen Sie den Angeklagten“, sagte er: „Ja“, „Und was sagen Sie jetzt?“ fragte der Vorsitzende, „Ja,

nichts mehr" sagte ich. Also ich habe natürlich nicht gelächelt, das dürfen Sie mir glauben. Aber in der Substanz war es so, dass ich dann eben keinen Ausweg mehr sah, als das einzuräumen. Vielleicht noch ein Satz zur Höhe der Strafe, ich persönlich bin überzeugt, dass zwei Faktoren eine Rolle gespielt haben. Das erste ist der Ärger der DDR über die Gefährdung der diplomatischen Beziehungen, wofür ich keinen dokumentarischen Beweis habe, das zweite ist, wovon ich etwas mehr weiß weil ich mit den beiden Anwälten die diese Familienzusammenführung organisierten gut bekannt war, Wolfgang Vogel, inzwischen verstorben, auf der Ostseite und Jürgen Stange, inzwischen auch verstorben, auf der Westseite, ich war juristischer Referendar bei Jürgen Stange übrigens, weil die ja diese Höhe auch mit ausgehandelt haben. Man darf nicht vergessen das war zum Teil ein Kuhhandel, je nachdem wie stark das Interesse des Westens an einer bestimmten Person war, umso höher stieg der Kaufpreis und es ist für mich naheliegend, wenn auch erneut nicht dokumentarisch erwiesen, das die Höhe der Gefängnisstrafe genau so festgesetzt wurde von der Staatssicherheit, wie auch die Höhe des Geldbetrages. Und in meinem Falle, weil eben durch das Bundeskanzleramt so ein enormes Interesse an meiner Person geweckt worden war, war es eine Kombination aus einer heftigen Zahlung und dem Austausch von zwei Agenten, die ich persönlich natürlich nicht kennengelernt habe. Aber so erklärt sich das Strafmaß. Vielleicht noch ein letzter Punkt – das wird Sie vielleicht auch interessieren – in dem DDR-Strafgesetzbuch gab es eine Bestimmung, dass Strafen nur bis zu max. 6 Monaten auf Bewährung [nicht überprüft] ausgesetzt werden konnten. Und die DDR legte großen Wert darauf das juristisch formal korrekt abzuwickeln und um mich aus dem Gefängnis rauszulassen, musste also jemand mir 6 Jahre wegnehmen, auf dem Wege der Begnadigung. Und deswegen wurde auch der gute Walter Ulbricht damals eingeschaltet, der hat dann einen begrenzten Gnadenerlass ausgesprochen über 6 Jahre, damit blieben 6 Jahre übrig, von denen hatte ich quasi eins abgessen, so dass ich dann die restlichen 5 Jahre auf Bewährung gesetzt wurde. Und mit diesem Passierschein habe ich dann die DDR verlassen.

Frau Poppe:

Vielen Dank Herr Heinz für diesen doch sehr interessanten Einblick in so ein Fluchthelferleben. Neben mir sitzt Joachim Heise, Herr Heise Sie waren Dipl.-Ing. auch für Werkstoffkunde, lebten in Nordhausen, wie heute auch wieder, hatten Kinder und doch eigentlich ein gutes Leben. Was hat Sie veranlasst 1980 einen Ausreisantrag zu stellen und damit all diese Risiken auf sich zu nehmen, die sich nachher auch bewahrheitet haben?

Herr Heise:

Ich habe in der Zeit bis dahin angepasst gelebt, das muss ich so sagen, obwohl ich immer sehr viel Kritik gegenüber dem täglichen



Frau Poppe



Leben hatte. Diese Erlebnisse die man aus der Kinderzeit hat und die sich dann auch im weiteren Leben fortsetzen, die prägen sich ein. Sie kennen sicher noch alle die Klassenbücher aus der DDR, da gab es eine Rubrik „Soziale Zugehörigkeit“ und da gab es ein „A“ oder ein „I“ oder was auch immer und auf Grund dieser Bezeichnungen gab es freie Schulspeisung, gab es Freixemplare und alle möglichen anderen Vergünstigungen. Da mein Vater Architekt war, gehörte ich zu der Gruppe wo ein „I“ stand und ich wurde immer benachteiligt, ich meine ich habe das damals gut wegstecken können aber die Zweifel an der Richtigkeit dieser Sache, die prägen sich ein. Des Weiteren bin ich, die Stasi hat das dann in der Anklageschrift als kleinbürgerliche Verhältnisse bezeichnet, so bin ich aufgewachsen, ich bin christlich erzogen worden, habe die Christenlehre besucht und bin 1958 konfirmiert worden. In der Zeit ging eigentlich, vielleicht 1 oder 2 Jahre vorher, das Bemühen der DDR hin auf die Teilnahme an der Jugendweihe. Jugendweihe und soziale Herkunft waren Voraussetzungen, um an eine weiterführende Schule zu kommen.

Ich war kein sehr guter Schüler, ich war ein guter Schüler, hatte so immer einen Schnitt 1,8 bis 2,0, hätte also unter normalen Voraussetzungen an eine weiterführende Schule gehen können. Wurde erst abgelehnt aber ich bin sportlich sehr aktiv gewesen und in Nordhausen gab es eine Kinder- und Jugendsportschule, diese Kinder- und Jugendsportschulen haben auch das Abitur angeboten und auf diese Weise konnte ich das Abitur machen. Nach der Oberschule habe ich mich zum Studium beworben und da gingen eigentlich schon die Schwierigkeiten etwas los, mir wurde gesagt: „Du musst erstmal einen Beruf erlernen“ und wenn ich das im Nachhinein sehe, war das an sich eine gute Voraussetzung für ein Studium, hat aber 2 Jahre Verzögerung in der Entwicklung gebracht. Während dieser Oberschulzeit wurde man immer wieder reglementiert, ich brauch das sicherlich in dieser Runde nicht zu sagen, das ist allgemein bekannt. Ich möchte aber noch mal ganz kurz auf eine Äußerung von Herrn Dr. Emmrich zurückkommen, wir wurden als ich in der 11. Klasse war in die Stadt geschickt, wir bekamen Straßenzüge genannt, mussten bei den Leuten mit einer Unterschriftenliste klingeln und mussten die Leute überzeugen die Fernsehantennen die nach Westen gerichtet waren abzubauen und auch zu unterschreiben das kein Westfernsehen mehr gesehen wird. Das war ein sehr einschneidendes Erlebnis, denn es gab durchaus Leute die uns als „Rote Büttel“ beschimpften und richtig diffamierten aber die Meisten nahmen das mit stoischer Ruhe hin, unterschrieben und dachten sich: „Gut deine Unterschrift haste, gehst wieder weg.“ Das war für mich sehr demütigend, deswegen ist das auch im Hinterkopf und ich glaube das sollte



Herr Heise



man auch immer wieder ansprechen, so eine Reglementierung darf man einfach nicht hinnehmen. Das Studium an der Bergakademie Freiberg das verlief, ja ich bin in der normalen Zeit fertig geworden, habe an den gesellschaftswissenschaftlichen Vorlesungen, Seminaren teilgenommen, da zwar nicht mit Herzblut aber das gehörte zum Vordiplom und das musste eben einfach gemacht werden. Ich habe dann auch die Diplomprüfung gut bestanden und bin in den Betrieb zurück, der mich delegiert hatte, wo ich den Beruf gelernt habe.

Beim Eintritt in den Betrieb, war das Erste was mir gesagt wurde: „Ja, schön das du wieder da bist, hier hast du einen Aufnahmeantrag für die DSF“, also bevor der Arbeitsvertrag unterschrieben wurde, wurde man schon genötigt irgendwo beizutreten. In die DSF bin ich damals reingegangen und war auch in der Gewerkschaft und habe mich aktiv am gewerkschaftlichen Leben beteiligt. Ich war in dem Betrieb wo ich war, „IFA Motorenwerke Nordhausen“ ein Betrieb von ca. 4.000 Mitarbeitern, als BGL Mitglied für Kultur zuständig das habe ich gerne gemacht und da gab es auch relativ viel Gestaltungsmöglichkeiten, die Interessierten mit Finanzmitteln zu versorgen oder auch mit anderen Möglichkeiten oder auch Kontakte herzustellen. In der betrieblichen Entwicklung gab es immer wieder Rückschläge für mich, weil ich nicht in die SED eingetreten bin. Ich bewarb mich für Stellen, wo ich eine Ablehnung bekam und aus befreundeten Kreisen dann erfuhr „SED-Mitgliedschaft.“ Das war sowohl im Betrieb, als auch im Ausland, der Betrieb hatte im Ausland Dependancen. Und eine weitere Sache war, ich fasse mich kurz, ich bin 1962 zum Abitur gekommen, da war gerade das Wehrpflichtgesetz ein Jahr und ich hatte mich zwar freiwillig verpflichtet für 2 Jahre, um zum Studium zu kommen, das fiel aber aus, weil erstmal die alten Jahrgänge gezogen wurden und Studium, dann war ich zu alt und bin nicht mehr dazu gekommen.

Als ich in den Betrieb kam, wurde mir gesagt: „Wenn du in die Kampfgruppe eintrittst brauchst du nicht zu Reservistendiensten“, blauäugig hab ich das geglaubt und als ich dann 35 war bekam ich einen Musterungsbefehl, musste mich mustern lassen und bin für ein Vierteljahr eingezogen worden, also Reservistenzeit. Als ich diese Zeit hinter mich gebracht hatte, habe ich meinen Austritt aus der Kampfgruppe erklärt, dass war so eigentlich nicht gang und gäbe und da ging das Spießrutenlaufen los, ich wurde diskriminiert, das war unerträglich. Und dann gab es noch ein Erlebnis, dass meine Frau einen Antrag auf besuchsweise Ausreise in den Westen stellte, weil ihre Großmutter, meine Frau ist bei ihrer Großmutter aufgewachsen weil die Mutter früh verstorben ist, einen Schlaganfall hatte: da wollte sie hin und da ist sie bei der Deutschen Volkspolizei so richtig niedergemacht worden und da haben wir uns gesagt: „Jetzt ist Schluss.“ Wenn es auch klischeehaft klingt überlegten wir uns: „Woher nahmen sich diese Menschen das Recht den Leuten vorzuschreiben was sie hören durften, was sie sehen durften, wohin sie reisen durften, was sie lesen durften“, Sie hatten es vorhin schon mal gesagt und das war für mich auch wichtig, und wir haben uns gesagt: „Diese Leute haben nicht das Recht und jetzt ist Schluss.“ Wir haben dann unseren Ausreiseantrag vorbereitet, ich lebte in Thüringen, wo anders konnte man das machen, ich bin nach Jena gefahren habe dort Kommilitonen meiner Frau gehabt die Informationen hatten, wie so was abläuft und dann habe ich einen Ausreis-



trag gestellt. Na ja und dann ging es richtig los. In Gesprächen in Nordhausen war die Ausreisewelle sehr minimal, d. h. wir waren insgesamt 4 Ehepaare, wir sprachen miteinander ab und 2 dieser Ehepaare, darunter auch wir gingen in die ständige Vertretung, weil wir uns erhofften das wir dort Hilfe bekämen. Ideelle Hilfe haben wir bekommen, es wurde immer wieder beruhigt, besänftigt und wir kümmern uns usw. aber aktiv konnte keine Hilfe gewährt werden, weil das ja Einmischung in die inneren Angelegenheiten wäre und als dann weitere 1 ½ Jahre vergangen waren und Sie wissen das eventuell, 1983 war der NATO-Doppelbeschluss, dann kühlten sich die Beziehungen ab, da kriegt man es mit der Angst zu tun und da haben wir in der Familie abgesprochen: „Jetzt wird ein Hungerstreik gemacht, jetzt wird richtig Druck gemacht.“

Da bin ich noch mal in die ständige Vertretung gefahren habe dort eine Erklärung abgegeben, bin in das in der Shadowstraße akkreditierte ARD-Büro gegangen, habe dort auch eine Erklärung abgegeben, bin nach Hause gefahren, bin nicht mehr arbeiten gegangen auf Grund des Hungerstreiks und nach 4 Tagen bin ich verhaftet worden. Meine Kinder waren 6 und 13 als wir ausreisten, den kleinen, der Sohn ist der jüngere, der hat das nicht so richtig mitbekommen aber die Tochter hat das, man kann sagen schon schmerzlich mitbekommenen, wie mit uns dann umgesprungen wurde, denn wir wurden ja in unseren Freiheiten weiter eingeschränkt. Ich habe nach 1 ½ Jahren einen PM12 bekommen, also wir konnten uns überhaupt nicht mehr bewegen und die Tochter wurde von der Feriengestaltung ausgeschlossen und, und, und. Also wir mussten viele Diskriminierungen hinnehmen aber wir waren uns sicher, wir haben diesen Weg einmal eingeschlagen und den wieder zu verlassen das war unmöglich, weil man, wenn man dann in der DDR geblieben wäre, unter gegangen wäre.

Frau Poppe:

Noch zwei kleine Fragen zum Abschluss, 1. Wann durfte Ihre Frau mit den Kindern nachkommen und die 2. Frage, in der langen Zeit, also über 3 Jahre als Sie den Ausreisantrag laufen hatten, wie hat da Ihr Umfeld reagiert? Gab es Verständnis, gab es Solidarität oder gab es überwiegend Ablehnung?

Herr Heise:

Ja, zum 1. also ich bin am 14. Juni 84 ausgereist, freigekauft und meine Familie ist am 3. August 84 nachgekommen und genau das hatte mir Dr. Vogel im Bus zum Chemnitzer Abschiebe-Gefängnis gesagt und das war auch das, was eingehalten wurde. Zum 2. ich habe Solidarität während dieser Zeit erfahren aber mehr im Verborgenen, im Offiziellen hatten wir 2 Freunde noch von einem großen Freundeskreis, also das war schon beschämend und wie ich dann im Nachhinein in den Stasi-Akten gelesen hatte, die ganze Nachbarschaft war da irgendwie mit beteiligt. Wir hatten im Nebenhaus die Chefin vom Nordbrand, das ist die große Schnapsdistille in Nordhausen, die hätte das überhaupt nicht nötig gehabt und die hat so gehässig über uns berichtet und auch falsch berichtet „Ich wäre morgens zur Arbeit gegangen, hätte gestochen wäre dann wieder nach Hause gekommen und hätte abends das Gleiche noch mal gemacht.“ Ich weiß gar nicht woher die Frau das nimmt. Und mit



solchem Blödsinn hat die die Stasi gefüttert also wie gesagt, Freunde sind dann rar gewesen. Aber das hat uns bis heute fest verbunden.

Frau Poppe:

Sehr vielen Dank Herr Heise für diese Darstellung. Ich wende mich jetzt an die links neben mir sitzende Sybille Schönemann. Sybille Schönemann lebt in Potsdam, war zu DDR-Zeiten Regisseurin bei der DEFA seit 1980, hat dann aber 1984 zusammen mit Ihrem Mann einen Ausreiseantrag gestellt. Beide sind auf Grund dieses Ausreiseantrages verhaftet worden und nach dem Freikauf lebte sie zunächst in Hamburg und jetzt wieder in Potsdam. Sie ist bekannt geworden und vielen auch sicherlich hier im Saal bekannt durch ihren Film „Verriegelte Zeit“, in welchem sie die Ereignisse um Ihren Ausreiseantrag, die Verhaftung und die Ausreise und auch die Wiederbegegnung mit Ihrem alten Richter schildert. Vor ein paar Tagen ist in einer Sendung im rbb im Klartext diese Sache noch mal beschrieben worden, da kam auch Sybille Schönemann zu Wort. Sie hat ihren alten Richter wieder getroffen, der Sie damals ganz zweifellos DDR gesetzwidrig verurteilt hat und der heute noch Richter in Brandenburg ist. Vielleicht kommen wir darüber nachher zu sprechen. Zunächst würde ich gerne von Sybille Schönemann Ihre Geschichte hören. Bitte Sybille!

Frau Schönemann:

Ich fasse mich jetzt ein bisschen kurz. Also ich würde mich freuen, wenn der Eine oder Andere heute Nachmittag in den Film mit reinkommt, weil viele Sachen da erzählt und dargestellt werden – ich möchte mich da nicht wiederholen. Ich beschreibe mal kurz den Ablauf im Zusammenhang mit unserer Inhaftierung. Das war so, das wir im Jahre 1984 in einer Situation waren wo also uns, das heißt mein Mann und ich – wir haben beide Regie studiert wir waren beide fertig mit dem Studium und konnten aber nicht arbeiten, es war so das man im DEFA Studio nicht gleich als Regisseur arbeiten konnte sondern erst als Regieassistentin und ich hab in der Dramaturgie gearbeitet als Dramaturgieassistentin, man musste sich erstmal bewähren; es ging gar nicht so sehr um das Bewähren, denn die wussten aus der Studienzeit schon wie man dachte und da war dann schon entschieden worden, wer überhaupt was machen kann und wer was nicht machen kann von den Studenten –; wir haben also nachdem wir unser Studium abgeschlossen haben mein Mann und ich im Jahr 84, als dann definitiv für uns klar war, dass wir die Art von Filmen die wir machen wollten, diese Art von Weltsicht und das Menschenbild was wir hatten eben in der DDR nicht gefragt war und dass es klar war das mein Mann in der DDR nie einen Film machen würde, einen Ausreiseantrag gestellt. Diese Entscheidung muss ich dazu sagen, ist uns nicht leicht gefallen, weil wir bei allem was wir kritisch gesehen haben ja doch auch gerne in unsere Heimat gelebt haben, wir kannten ja nichts anders also wir haben nicht zu der Gruppe gehört die immer schon verzweifelt weg wollte, sondern wir wollten eigentlich da bleiben und hatten ja nur auf Grund unserer beruflichen Befähigung hätten wir ja auch die Möglichkeit gehabt mit einzugreifen und Dinge zu verändern, Dinge bewusst zu machen. Also ich wollte eigentlich immer gerne lieber mitmischen als weglaufen. Wir haben also diesen ersten Antrag 84 gestellt, den wir also ziemlich präzise mit unserer



beruflichen Situation begründet haben und vielleicht sogar heimlich noch erhofft haben dass die dann einen Schreck kriegen würden und sagen: „Ach so ernst ist das ja nicht gemeint, wir brauchen euch schon“ aber es war natürlich nicht so. Wir haben nie eine Reaktion von denen bekommen und haben den zweiten Ausreiseantrag dann, weil wir unsere Familie schützen wollten wir hatten zwei kleine Mädchen, zwei kleine Töchter in der Zeit, haben wir die Formulierungen mit der beruflichen Diskriminierung also mit dem Berufsverbot letzten Endes nicht weiter geführt, sondern den Antrag auf Familienzusammenführung gestellt. Der kranke Vater meines Mannes lebte im Westen und ohne weiteres hätten die die Entscheidung treffen können uns im Rahmen dieser Familienzusammenführung ausreisen zu lassen. Wir haben auch auf diese Anträge keinerlei Antwort bekommen und unser Hauptanliegen muss ich sagen, war um vorsichtig zu sein, nicht zu provozieren sondern einfach wegen der Kinder nicht zu riskieren das uns irgendwas passiert also wir z. B. hätten keinen Fluchtversuch riskiert sondern wir haben einfach gesagt: „Wir warten ab und wenn es 2 Jahre dauert oder 3 Jahre dauert, also wir bleiben einfach ruhig und warten, hier wird es nix mehr aber wir warten.“ Unsere kleine Tochter war damals 6, die war gerade zur Schule gekommen, also im März haben wir den Antrag gestellt, im Sommer kam sie zur Schule und die ältere Tochter war 10, da habe ich sehr als Frau Tröbs von ihren Erlebnissen erzählt hat natürlich auch an das Seelenleben meiner Kinder gedacht und an das Bewusstsein und die bewusste Wahrnehmung von meiner größeren Tochter die damals 10 war, ist mir Ihre Geschichte sehr nahe gegangen von der ich auch nicht viel wusste. Dankeschön dafür.

Wir haben u. a. einen Brief an den Filmminister geschrieben wo wir unsere Situation geschildert haben darauf kam aber eine Antwort: „Damit hat er nichts zu tun, das sind andere Behörden“ und im November wurden wir plötzlich und ich muss mal sagen unerwartet dann doch verhaftet, an unterschiedlichen Orten. Mein Mann und ich alle beide, mein Mann im Beisein der Kinder. Es wurde den Kindern gesagt, dass wir Nachmittag wieder kämen und dass es nur um ein Gespräch ginge, es gab damals so dieses Gerücht wenn man einen Ausreiseantrag gestellt hat, dann wird man irgendwie kurz vorher, bevor man dann raus darf noch mal genau befragt, so auf Herz und Nieren geprüft ob man denn auch wirklich weg will, ob man denn nicht doch lieber bleiben möchte und so. Und ich bin dann davon ausgegangen dass das bei uns der Fall sein würde, dass es also jetzt um dieses Gespräch ginge. Man wurde dann in dieses Haus geholt und sehr lange verhört, es wurde dann also zu einem Verhör es ging nicht zu einem Gespräch sondern es wurde zu einem Verhör und es ging dann konkret um einen Brief den wir geschrieben haben, wo wir geschrieben haben: „Wir werden der weiteren unwürdigen Behandlungsweise unserer Angelegenheit nicht tatenlos zusehen“ und da hat der Vernehmer mich dann gefragt: „Wollten sie Bomben schmeißen oder was?“ und da hab ich gesagt:

„Wie kommen sie darauf? Aber ich gehe mal davon aus, dass Sie uns zur Genüge kennengelernt haben, bevor Sie uns hierher geholt haben. Sie wissen, dass das nicht unsere Absicht gewesen wäre“, „Na ja hätte ja sein können“ sagte er „Weil bei der DEFA gibt es ja so Pyrotechnik und so was, hätte ja sein können“ da habe ich gesagt: „Natürlich nicht“ und da sagte er: „Also war es mehr so wie eine Drohung gemeint“ und das habe ich



nachher unterschrieben, in der Meinung ich hätte gesagt was ich sagen wollte. Aber ich habe unterschrieben was die hören wollten, nämlich das wir gedroht haben und damit haben die was gefunden woraufhin am nächsten Morgen ein Haftrichter, ein Herr [Lutz] Weide, das ist der, der jetzt noch im Amt ist, den Haftbefehl unterschrieben hat. Erst den über meinen Mann, eine halbe Stunde später dann meinen und der hat gewusst dass wir nichts gemacht haben, er hat gewusst dass wir 2 Kinder draußen haben, er hat gewusst wohin das Ganze führen würde und hat diese Haftbefehle einfach unterschrieben. Von dem Moment an waren wir Häftlinge. Die Haft selbst glaube ich muss ich jetzt nicht so intensiv beschreiben wie es meinen Kindern gegangen ist usw. auch nicht, dafür gibt es genug Erfahrungswerte hier in der Runde.

Frau Poppe:

„Nur ganz kurz: Was ist mit den Kindern?“

Frau Schönemann:

Meine Kinder sind dann erstmal von dieser Stasi-Frau, meine kleine Tochter war krank sie ist dann von dieser Stasi-Frau beobachtet worden, die ist da also geblieben bis meine Mutter geholt wurde und meine große Tochter, die 10-jährige die eben wie Sie auch versucht haben die Familie zusammenzutrommeln, hatte sie von uns noch den Auftrag meine Mutter anzurufen. Ging also mit der Telefonnummer in die Telefonzelle, wir hatten ja alle keine Telefone zu Hause und versuchte meine Mutter zu erreichen und gerade als sie wählte legte sich eine schwere Hand auf ihre Schulter und so wurde sie gehindert uns zu helfen. Ich glaube sie ist dann zur Schule gegangen oder war zu Hause, jedenfalls nachmittags kam meine Mutter und sie hat dann die Kinder mitgenommen. Sie waren von da an dann auch nicht mehr zu Hause, also auch nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung. Sie sind dann gleich in den Ort, wo meine Eltern wohnten eingeschult worden, was ich überhaupt nicht verstehen konnte weil ich davon ausgegangen bin, das diese ganze Geschichte jetzt nicht weitergehen kann, also dass die uns ja rauslassen müssen weil wir gar nichts gemacht haben. Das war nur ein Irrglaube! Meine Kinder sind erst bei meinen Eltern gewesen und dann später zu der Schwester von meinem Mann nach Berlin gekommen, was uns sehr viel besser gefallen hat, weil die auch Kinder hatte und weil mein Vater sehr gegen diese Ausreiseantragstellung gewesen ist und wir dachten das es schwierig für die Kinder wäre in dieser Atmosphäre zu sein. Wir sind dann erstmal verurteilt worden, wir waren 3 Monate in Untersuchungshaft in Potsdam bis zur Verurteilung die da erfolgt hat in der Lindenstraße. Und dann sind wir da mit Handschellen und in einem kleinen Bus in dem 6 Zellen waren, das kann man sich überhaupt nicht vorstellen also in dem kleinen Bus waren wir mit Handschellen und in kleinen Zellen eingeschlossen, so sind wir dann zur Verhandlung gefahren worden. Bei der Verhandlung waren dann am Anfang wenigstens 2 Leute die wir sehen konnten, meine Mutter und eine Freundin die sind noch mit reingekommen in diesen Verhandlungssaal, sind aber dann gleich ausgeschlossen worden. Also diese Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und ich erinnere mich noch was vielleicht interessant ist, dass der An-



walt dem ich einmal begegnet bin in der Haft mir gesagt hat, dass ich am besten bei der Verhandlung gar nichts sage; weil es kann alles nur noch schlimmer werden. Also ich kann mit nichts was ich sage es besser machen, am besten ich sage gar nichts, das ist mir dann leider nicht gelungen, weil dieser ganze Schwachsinn der da erzählt wurde das konnte ich einfach nicht so stehen lassen. Ich bin dann zu einem Jahr und mein Mann zu 1 Jahr und 2 Monaten verurteilt worden, wir sind dann in unterschiedliche Gefängnisse gebracht worden, er nach Bützow nach Mecklenburg und ich nach Hohenleuben. Wir sind dann irgendwann wieder von da rausgeholt worden unerwartet, man weiß ja immer alles überhaupt nicht, man weiß nicht wann man wohin kommt also diese Ungewissheit ist auch belastend, irgendwann aus dem normalen Gefängnis dann plötzlich aus der Arbeit, wir haben da ja im 3 Schichtsystem gearbeitet also Tag und Nacht von der Arbeit weggeholt, die paar eigenen privaten Sachen die ich hatte eingepackt und wieder in so einen Zellenbus mit Handschellen. Dann bin ich nach Karl-Marx-Stadt gefahren worden wo der Abschiebeknast war und da gab es noch ein Gespräch mit einem Vernehmer. Ach so vielleicht noch eine kleine nette Begebenheit, da war so eine Kleiderstange mit Hemden und Jacken von Häftlingen also mit privater Häftlingskleidung und da habe ich ein Hemd von meinem Mann erkannt, was ich selbst mal umgenäht hatte deshalb konnte ich das erkennen und wusste deshalb das mein Mann da war, was ich ja sonst gar nicht gewusst hätte.

Und dann kam ich zu einem Vernehmer und der sagte: „Hm und wo ist Ihr Mann?“ ich hab gesagt: „Na in Bützow“ und er: „Ach in Bützow na das werden wir wohl nicht mehr hinbekommen also ist ja ganz schön weit weg.“ Also wenn ich nicht gewusst hätte, wenn ich dieses Hemd nicht gesehen hätte und da habe ich ihn nur so angeguckt und hab gesagt: „Na Sie werden das schon hinbekommen“, also sie haben im Prinzip immer und bei jeder Gelegenheit versucht einen zu quälen, einem Weh zu tun und einen zu verunsichern. Und diese ganzen Methoden wenn man die erlebt hat, da bleibt einfach was zurück. Wir sind dann im Westen angekommen in Hamburg und darüber habe ich einen Film gemacht.

5 Jahre später ging die Grenze auf da bin ich mit einem Filmteam zurückgegangen an diese Orte und habe die Richter gesucht, die Vernehmer gesucht und dadurch dass das eben in diesem kurzen Zeitraum kurz nach der Wende vor der Vereinigung so eine Art rechtsfreien Raum gegeben hat und die nicht wussten wie man über ihr Handeln urteilen würde, ist es mir also gelungen die doch bis zu einem gewissen Maß vor die Kamera zu kriegen. Heute wäre das alles nicht mehr möglich also der Film ist dann ganz schön spannend geworden. Leider gab es keine Art von Reue. Gestern Abend bei den Vorträgen, die ich sehr spannend fand, ist mir eine Information oder ein Gedanke besonders hängen geblieben von dem Herrn Kirchenpräsidenten der sagte: „Versöhnung ist nicht immer möglich, das ist bitter und wir müssen es sogar in Kirchenkreisen erkennen.“

Dieser Gedanke, den fand ich so spannend mal von jemanden zu hören, der sich offensichtlich intensiver damit beschäftigt hat, was in der Psyche von Opfern und von Tätern vor sich geht, dass also eine wirkliche Versöhnung wirklich nur im Ausnahmefall stattfinden kann. Und ich glaube, wenn man das mal festschreiben würde, dann würde vielleicht auch



ein bisschen mehr Frieden einkehren, weil dieses ständige Versuchen und Drängen und „ihr müsst doch und jetzt ist doch langsam genug und ist immer noch nicht gut, immer noch nicht genug getrauert und jetzt muss doch mal vorbei sein“, dass diese Debatte damit vielleicht beendet werden könnte.

Frau Poppe:

Ich habe noch eine abschließende Frage und zwar das Urteil war ja offensichtlich konstruiert, was glauben Sie, was für ein Motiv die Staatsmacht bzw. die Justiz als deren Vollstrecker gehabt hat, dass Ehepaar Schönemann zu inhaftieren?

Frau Schönemann:

Damals hatte ich nur eine Vermutung, inzwischen weiß ich das lange, weil wir ja die Akten-einsicht hatten und diesen ganzen Ablauf nachvollziehen konnten. Das war also alles instruiert, die haben über Monate versucht einen Paragraphen für uns zu finden, weil sie uns einsperren wollten um andere Regiekollegen, die Jungen von denen viele mit dem Gedanken spielten, die DDR zu verlassen, um die davon abzuhalten. Also wir waren sozusagen ein abschreckendes Beispielt, das war der Grund.

Frau Poppe:

Vielen Dank Frau Schönemann!

Ich will vielleicht noch kurz anknüpfen, also dieser Film wird heute Nachmittag gezeigt. Er ist sehr empfehlenswert und hat auch eine ganze Reihe von Preisen bekommen, u. a. die Silberne Taube, den Bundesfilmpreis Filmband in Silber und vieles andere. Es ist wirklich ein ausgezeichnete Film und aktuell wie eh und je, obwohl er schon 20 Jahre alt ist.

Frau Schönemann:

Vielleicht ergänze ich noch worauf ich besonders stolz bin, er hat vor 3 Wochen in Zittau den Publikumspreis bekommen, da ist dieser 21 Jahre alte Film eingeladen worden und hat einen Publikumspreis bekommen. Das fand ich eigentlich total toll.

Frau Poppe:

Vielen Dank! Meine Damen und Herren Sie haben jetzt noch 10 Minuten Zeit für Rückfragen und Meinungsäußerungen. Herr Emmrich!

Herr Dr. Emmrich:

Zum Thema „Versöhnen und Verzeihen“, wissen Sie, ich kann jemandem nur verzeihen, wenn er seine Schuld eingesteht und ich habe nach dem Zusammenbruch 1989 verschiedene Leute aufgesucht die als IMs arbeiteten, ich habe Stasi-Offiziere aufgesucht die ich kannte. Ich habe einen Einzigen getroffen, das war ein Major der in Berlin lebt, der dann auch im Fernsehen mit mir war und mit mir die Haftanstalt Moritzburg[Moritzplatz] in Magdeburg besucht hat. Dieser Mann hat sich vor die Kamera gesetzt und hat gesagt: „Ich übernehme die Verantwortung für das Verbrecherische was wir hier gemacht haben“, diesem Mann kann ich verzeihen. Aber die anderen IMs



die sich immer wieder damit rausreden „Ja wir haben doch niemanden geschadet“, haben sie jemanden genützt, sie wussten doch genau das diese Mosaiksteinchen die sie liefern letztlich zur Vernichtung der beobachteten Person dienten, das haben alle gewusst. Es musste niemand IM sein, ich habe genug Beispiele dafür, dass diejenigen die die Mitarbeit abgelehnt haben oder sich nach Jahren auch der Mitarbeit entzogen haben, das denen überhaupt nichts passierte. Aber alle die ich getroffen habe bis heute, leugnen obwohl ich deren schriftliche Verpflichtungserklärung auf den Tisch lege, sie bekennen ihre Schuld nicht, sie können deswegen auch nicht um Verzeihung bitten und dann können sie sie auch nicht haben. Und meine zweite Frage dieser Richter von dem Sie sprachen, haben Sie mal dessen Arbeitgeber darüber informiert was der Mann für eine Vergangenheit hat?

Frau Schönemann:

Das war hinlänglich bekannt, der ist ja durch die Richterwahlausschüsse überprüft worden und als Richter bestätigt worden. Im Zusammenhang zu dem was Sie jetzt gesagt haben, fällt mir noch der Hinweis darauf ein, was Herr Dr. Möbius gesagt hat, dass das ja nicht nur die Stasi war sondern das es ein ganzes System war zu dem unterschiedlichste Menschen gehört haben. Der ist glaube ich ganz wichtig und der wird auch zu wenig besprochen; weil es kann manchmal sein, das jemand der nicht bei der Stasi war und nicht für die Stasi-IM war, größeren Schaden angerichtet hat als ein IM. Also es ist nicht die einzige Wertkategorie und ich glaube, da zu lernen zu differenzieren, ist irgendwie wirklich eine wichtige Aufgabe d. h. aber auch, das noch andere schuldig sind die nicht bei der Stasi waren.

Frau Poppe:

Insbesondere das DDR-Justizpersonal und die Polizei.
Jetzt war hier eine Wortmeldung.

Herr Krüger:

Ich gehöre mit zu denen, die der letzte amtierende Staatsratsvorsitzende der DDR Herr Dr. Manfred Gerlach, an den sowjetischen Geheimdienst verraten hat. Es kam damals zum Prozess, der wurde hingezögert, er hatte einen ausgezeichneten Verteidiger, der ehemals Oberleutnant bei der Staatssicherheit war, mit hohen Auszeichnungen und ihm ist es gelungen das Verfahren soweit hinauszuzögern bis die Verjährung eintrat. Aber weil der Verjährungsbeschluss eine Klausel enthielt, weil er alle die ihm zur Last gelegten Straftaten begangen hat, nämlich 7-mal war es damals noch nachzuweisen, dass er Beihilfe für den sowjetischen Geheimdienst geleistet hat, musste er alle Kosten die ihm selbst entstanden sind, selbst bezahlen. Nun hatte der ehemalige Staatsratsvorsitzende vor einigen Jahren Geburtstag und irgendwelche Reporter von ausgesuchten Zeitungen hatten ihn interviewt und einer sagte: „Sie hatten ja nun allerhand mit den Gerichten zu tun“, da sagt er: „Ja das ist aber alles erledigt, wegen fehlender Beweise“, es war aber alles genau bewiesen. Wir sind mit der Presse dagegen vorgegangen, es gibt da zum Glück auch recht aufge-



schlossene Journalisten für uns und da hat er ein Pamphlet vorbereitet aus Wut, dass ich ihm seine Geburtstagsparty verdorben hatte „Es geht wieder die Dreckschleuderei los, Herr Horst Krüger arbeitet wieder mit seinen Dreckschleudern“, ich meine, ich habe darauf nichts weiter erwidert, das ist ja selbstverständlich. Ich weiß nur nicht, ob er die meint, die er ausgeliefert hat – zu 25 Jahren verurteilt meistens – oder ob er die vielen Zeugen meint, die sich schon angemeldet hatten für den großen Verhandlungssaal im jetzigen Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, früher Reichsgericht. Jedenfalls das zum Thema Versöhnung, der hat auch, weil einer in Bautzen umgekommen ist, es nicht einmal für nötig gehalten, sich dann bei den Eltern zu entschuldigen. Versöhnung ist wirklich ein sehr schwieriges Kapitel.

Frau Poppe:

Vielen Dank!

Herr Wenzel:

Ja, Jürgen Kurt Wenzel mal wieder. Die Frage Versöhnung, mich treibt es um und mich zerreißt es fast, wie können wir etwas versöhnen wo wir begreifen müssen, dass dieser Totalitarismus die Geschichte eigentlich 1917 begonnen hat. Dass wir das vergessen, dass all diese Verbrechen die wir erlebt haben oder die die Welt in den letzten 80 Jahren oder 100 Jahren erlebt hat oder seit 1917 erlebt hat, unter der gleichen Fahne geschehen sind, mit ihren eigenen Götzen die sie dann immer ergänzt haben. Ich kann nicht versöhnen oder verzeihen, weil ich vor 1 ½ Jahren meinen Sohn dadurch noch verloren habe. Ich bin nach 6 Jahren Zuchthaus in eine Nische gerutscht und hab versucht „Verhalten Sie sich still“, weil ich von den „Helfenden Händen“ Hamburg wusste, weil ich dachte auf der anderen Seite ist ein System, welches das tut was es nach außen publiziert. Mir ist nachdem ich eine kleine Familie gegründet habe mein Kind genommen worden, weil man bei der Geburt die Wehen abgebrochen hat, weil der Plan erfüllt war. Wir sind dann 74 über die „Helfenden Hände“ raus, das Kind ist mit 10 Jahren das erste Mal umgefallen, Epileptische Anfälle und ist vor 1 ½ Jahren mit 37 Jahren gestorben. Ich zerreiße mich seit Jahren mit der Geschichte Benkowitz, mit dem Tantchen einer guten Freundin von mir, Erika Benkowitz, 15 Jahre Zuchthaus, ihrem Mann hat man 55 den Kopf abgehackt. Ich pflege das Grab in Hamburg und ich muss mit der Unwilligkeit auch unter uns kämpfen und der Institutionen und ihr wisst, dass ich immer eine große Klappe habe irgendwo ringsherum und was tue. Ich hab das Zwangsarbeiterverfahren auf Grund meiner Biografie mitgeführt und ich kann nicht verzeihen, weil ich weiß, was ich in einem Land erlebe, in dem die Schweine sich am Trog getroffen haben. Ich habe vor 4 Wochen in Hamburg gegen die Preisverleihung des „Stern“ gegen Henry Nannen demonstriert. Henry Nannen hat sich gewagt seine Geschichte als Zwiebel zu verleugnen, wie dieser andere mit der Zwiebel der SS-Offizier im 3. Reich gewesen ist, der Gerd Löwenthal angegriffen hat bis zum geht nicht mehr, der danach auch irgendwann seine Sendung eingestellt hat. Wir haben es mit einer Denkweise zu tun, mit den gleichen Tätern zu tun die sich Ismus nennt, die nach Macht gieren und denen das sch...egal ist, was mit unserem Schicksal ist, wie wir es geschafft haben in den letzten 20 Jahren die Täter der unterschied-



lichen Farbe. Lesen wir das Braunbuch der DDR von Olaf Kappelt, G. Schabowski sagt: „Man kann gar nicht soweit kotzen, wenn man weiß was hinter diesen Leuten gestanden hat an Biografien.“

Frau Poppe:
Dankeschön!

Herr Wenzel:

Ich wollte eigentlich nur noch mal sagen, man kann eigentlich nicht genug betonen, das nicht die Stasi alleine die Ursache oder die Täter sind. Die Stasi ist Schwert und Schild der Partei gewesen und letztlich ist die Partei verantwortlich und da der ganze Zorn des Umbruchs auf die Stasi gelenkt wurde, haben natürlich genau die SED-Leute die Möglichkeit gehabt, hervorragende Gesellschaften zu bilden und weiter ihr Spiel zu spielen.

Frau Poppe

Ich glaube damit haben Sie vielen aus dem Herzen gesprochen und ich glaube das ist auch ein grundsätzliches Defizit, was sich über 20 Jahre durchzieht, dass allzu sehr auf Staatssicherheit fokussiert worden ist und die eigentlichen politisch Verantwortlichen damit in den Hintergrund geraten sind. Und das ist schwer wieder aufzuholen, das muss ich auch sagen und da ist natürlich auch viel schwerer dort Schuld festzustellen, weil man die Möglichkeiten, wie jetzt die Einsichtnahme in die Stasi-Akten bietet, was die Parteifunktionäre betrifft nicht hat. Aber ich glaube uns ist das Problem allen bewusst. Vielen Dank!

Ich denke jetzt ist Zeit für das Mittagessen und für eine wohlverdiente Pause. Ich möchte Ihnen hier auf dem Podium sehr herzlich für Ihre Beiträge danken, Herrn Heinz, Herrn Heise, Frau Schönemann, Herrn Hertle und Ihnen meine Damen und Herren für das Mitmachen, für die Aufmerksamkeit, für die Beteiligung.

28. Mai 2011 nachmittags

Frau Pagels-Heineking:

Nach vielen Jahren haben Sie hier die Möglichkeit sich ganz offiziell zu äußern und aus Ihren Verbänden zu berichten, da sind wir auch alle gespannt. Ich begrüße ganz herzlich Roland Jahn, er ist ja schon mal von Ulrike Poppe begrüßt worden. Roland Jahn wird uns jetzt ein Grußwort halten und danach werde ich Ihnen einiges Organisatorisches mitteilen müssen, was immer zu einem Kongress dazugehört und dann gehen wir in die 12 angemeldeten Berichte der Verbände.

Bitte Roland Jahn!



Herr Jahn

Herr Jahn:

Ja, schönen guten Tag, ich freue mich, dass ich hier sein kann. Mir ist es wichtig, dass ich hier bin, ich habe hier kein Grußwort vorbereitet was ich gegengelesen und ausgearbeitet habe, sondern ich will einfach mal sagen was mich bewegt, wenn ich hier bin. Ich bin hauptsächlich hier um zuzuhören, zu lernen, zu verstehen, was Sie bewegt, was Sie empfinden, denn das ist für mich ganz, ganz wichtig. Als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen will ich auch in der Öffentlichkeit immer wieder verdeutlichen, dass die Akten Papier sind aber das hinter jeder Akte ein Menschenschicksal steckt – das denke ich, muss man immer wieder in dieser Öffentlichkeit deutlich machen –, dass hier erlebtes Leid in jeder Akte steckt, bei jedem Dokument was wir lesen, was wir herausgeben an Wissenschaftler, an Forscher, dass hier Ihre Biografien alle aufgeschrieben sind und dokumentiert ist, wie eingegriffen worden ist in Ihre Biografien. Und ich glaube das ist in den letzten Jahren sehr gut dargestellt worden, da ist eine sehr gute Aufarbeitung geleistet worden durch die Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Ich kann aufbauen auf eine sehr gute Arbeit die Joachim Gauck geleistet hat, ich kann aufbauen auf eine sehr gute Arbeit die Marianne Birthler geleistet hat und das ganze Team, das sind ja viele, viele Menschen. Ich sehe mich immer als Teamplayer, der gemeinsam mit vielen anderen diese Arbeit leistet. In diesem Sinne möchte ich auch auf Kooperationen, auf Kooperationen mit den Landesbeauftragten, auf Kooperationen mit den Opferverbänden, auf Kooperationen mit all denen, die gesellschaftliche Aufarbeitung leisten, setzen, denn nur gemeinsam können wir wirklich diese schwierige Aufgabe leisten, nur miteinander und nicht gegeneinander. Unser Streiten um irgendwelche Gelder, das kann es nicht sein, sondern wir müssen genau schauen wie und wo wir kooperieren, denn nur so können wir wirklich das schaffen, was uns wichtig ist, nämlich eine wirklich umfassende Aufarbeitung der Diktatur und vor allem in der Aufklärung der Diktatur, die wirklich in einer Art und Weise stattfindet, dass die Menschen was davon haben. Es gibt da durchaus auch Punkte wo man sagen kann, das kann alles noch besser laufen, es ist vorhin schon angesprochen worden, es klingt ein bisschen komisch aber ich als Beauftragter für die Stasi-



Unterlagen betone es noch mal, es ist sich in den letzten 20 Jahren zu sehr auf Stasi fixiert worden. Dadurch ist abgelenkt worden von vielen anderen Dingen, nämlich von der Verantwortung des Auftraggebers, der SED, aber auch von vielen anderen Institutionen die es in der DDR gab, die dazu beigetragen haben das Menschen Repressionen ausgesetzt waren, die Volksbildung, die Räte der Bezirke, Räte der Kreise, dort wo konkret Politik umgesetzt worden ist. Das war alles doch eine Struktur die zusammengewirkt hat und deswegen gibt es für mich auch keine Trennung, wir sollen nur Staatssicherheit betrachten und die anderen machen mal so die Diktatur, nein, die Stasi war überall und selbst wo sie nicht war, hat sie noch gewirkt. Ich glaube da ist auch der Ansatz für die Kooperationen, da ist auch die Möglichkeit, dass wir als Behörde für Sie als Dienstleister fungieren, die Landesbeauftragten auch als Dienstleister fungieren und vor allem auch als Dienstleister für Einrichtungen wie Universitäten usw. fungieren, wenn sie bei uns Akteneinsicht nehmen wollen. Das ist ganz, ganz wichtig damit wir wegkommen von einer Fixierung, die sich nur konzentriert auf „da ist der Stasi-IM, da ist das Stasi-Schwein“, weil das bringt uns nicht weiter. Natürlich ist es wichtig, dass wir individuelle Verantwortung benennen, natürlich ist es wichtig, dass wir den Tätern einen Namen geben, denn es war nicht anonym, es waren immer konkrete Menschen die als Täter gewirkt haben. Täter haben einen Namen, aber noch wichtiger fast ist, wir müssen begreifen wie die Mechanismen der Diktatur funktioniert haben. Da ist glaube ich noch sehr, sehr viel zu tun und da ist die gesamte Gesellschaft herausgefordert mitzuwirken und Sie alle sowieso, weil gerade was ich vorhin auch wieder gehört habe von den Zeitzeugenberichten, mir geht es jedes Mal unter die Haut, ich kenne dass in jedem Zeitzeugenbericht soviel Details noch mal kommen, die so eine Kraft haben der man sich nicht entziehen kann und ich würde mir wünschen das auf solchen Veranstaltungen auch mal die Politiker da sind, die immer wettern und sagen: „Diese Aufarbeitung muss ein Ende haben“ und einen Schlussstrich ziehen wollen.

Das ist ein Punkt, gerade auch die Diskussionen in den letzten Wochen die deutlich gemacht haben, man kann an den Empfindungen der Opfer nicht vorbeigehen. Versöhnung ist nur möglich, wenn die Empfindungen der Opfer beachtet werden, Versöhnung ist nur möglich, wenn die Verletzungen geheilt werden. Den Zeitpunkt der Versöhnung kann immer nur das Opfer bestimmen. Ich bin für Versöhnung! Ich denke eine Gesellschaft, die einen friedfertigen Umgang miteinander will, die ist für Versöhnung und viele von Ihnen saßen im Gefängnis, weil sie eine friedfertige Gesellschaft haben wollten, weil sie sich gewehrt haben gegen eine Diktatur. Und deswegen finde ich es immer eine Unterstellung das Menschen die irgendwo was erlitten haben im Gefängnis oder sonst wo, dass das alles Racheengel wären. Nein, das Gegenteil ist der Fall, wir saßen dafür im Gefängnis und haben diese Grundhaltung nicht aufgegeben, genauso wie wir die andere Grundhaltung nicht aufgegeben haben, nämlich dass wir einen Rechtsstaat wollen und weil wir einen Rechtsstaat wollten und dafür im Gefängnis saßen, wollen wir auch das dieser Rechtsstaat jetzt gegenüber denen angewandt wird, die uns gepeinigt haben. Wir haben uns nicht nur selbst befreit, wir haben auch unsere Peiniger befreit und ich glaube das macht uns aus, wenn wir sagen: „Wir gönnen euch den Rechtsstaat, wir zeigen euch



wie es funktionieren kann" und davon sollte immer unser Handeln auch bestimmt sein. Als Bundesbeauftragter arbeite ich auf der Grundlage von Recht und Gesetz, darauf habe ich einen Eid geschworen, deswegen ist es für mich selbstverständlich, dass alles nach Recht und Gesetz abläuft, dass wir hier wirklich ein Vorgehen haben wo keiner aber auch keiner uns angreifen kann, wie diese BStU keine Behörde ist, die dafür sorgte, dass Menschen schikaniert werden, Menschen gejagt werden. Nein wir jagen keine Menschen, sondern wir wollen aufklären und wir klären auf, nur wenn wir aufklären auch dann kann wieder Versöhnung möglich sein. Mein Freund Walter Schilling aus Thüringen, der Pfarrer, hat es mir mit auf den Weg gegeben: „Barmherzigkeit führt nur über den bitteren Weg der Erkenntnis" und diese müssen wir leisten als Behörde indem wir die Akten zur Verfügung stellen. Aber, und da geht es weiter, das was wir benennen, nämlich die Aufklärung die wir betreiben, in dem Moment wo wir auch aufzeigen, wer ist verantwortlich für was gewesen, fordern wir ein, dass sich die Menschen auch zu ihrer Verantwortung bekennen. Das geschieht viel zu wenig, kaum einer bekennt sich zu seiner Verantwortung, gesteht die Schuld ein und arbeitet sie ab. Da ist ein notwendiger Weg, dass wir da weitergehen, deswegen bin ich für eine weitere Möglichkeit der Überprüfung im öffentlichen Dienst. Ich stehe für eine differenzierte Bewertung von DDR-Biografien aber differenzieren kann ich erst, wenn ich weiß was war, es gibt keinen Generalverdacht – im Gegenteil eine Überprüfung, eine Aufklärung ist etwas gegen den Generalverdacht. Und ich glaube das sollte auch mal in Brandenburg ankommen.

Es kann nicht sein dass die belohnt werden, die 20 Jahre gelogen haben, deswegen Klarheit, Offenheit und das kann auch eine Chance sein für einen Neuanfang für diejenigen, die früher einen anderen Weg gegangen sind. Ich bin für eine zweite Chance für jemanden der auf einem Irrweg war, weil es wichtig ist, das zeichnet auch unsere Gesellschaft aus, dass man wirklich die Taten verurteilt und nicht den Menschen. Das denke ich ist ein Menschenbild was wir immer, für uns selbst auch immer, eingefordert haben und deswegen gönnen wir auch den anderen diese zweite Chance aber und da sind wir wieder bei den Fragen der Versöhnung, da muss etwas vorausgehen, es müssen deutliche glaubhafte Zeichen da sein, dass Menschen bereut haben und es kann nicht sein, dass dann gesagt wird: „Ich hab doch nur Schmiere gestanden, ich war doch nur Objektschutz oder Personenschutz", sondern man muss es sich noch mal klar werden, es war ein System der Staatssicherheit oder es war ein System der Diktatur. Und jeder muss sich die Frage stellen, wo hat er dazu beigetragen in dieser Diktatur mitzuwirken? Ich fand es hier sehr beeindruckend von Herrn Heise wie er gesagt hat: „Auch ich war in diesen Bahnen der DDR, auch ich habe mich angepasst gehabt" und so kann sich jeder von uns fragen wie hat er noch eine Zeit lang mitgemacht. Auch ich war in der FDJ, auch ich habe Grundwehrdienst geleistet und in dem Moment wo ich das getan habe, war auch ich jemand der die Diktatur stabilisiert hat, das muss ich mir eingestehen.

Ich habe natürlich den Bruch irgendwann vollzogen aber wichtig ist, dass ich mir diesen Bruch eingestehe, dass ich vorher in diesen Bahnen war und damit einen Baustein für die Gefängnismauer derer geliefert habe, die zu dieser Zeit schon ihren Kopf rausgehalten haben und vorneweg waren. Und in dem Moment wo ich jemanden treffe, der im Jahre 1968, als ich



noch im Blauhemd an der 1. Mai-Parade mitmarschiert bin, wenn ich den treffe, werde ich um Entschuldigung bitten, dass ich dies damals gemacht habe und diese Entschuldigung darum zu bitten, das würde ich mir von vielen anderen Menschen wünschen, die sich die Frage stellen, was habe ich damals gemacht. Es gab immer die Chance nein zu sagen, jeder hatte die Chance nein zu sagen, nur viel zu wenig haben es gemacht und deswegen war es möglich die Wenigen, die schon einen Schritt voraus waren, auch mit Repressionen einzuschüchtern, kaltzumachen. Ich merke schon mich wühlt das auf wenn ich hier bin, weil ich immer in die Gesichter schaue. Ich war vor 14 Tagen in Hoheneck und das war so beeindruckend, wie die Frauen dort wirklich mit dem Glas Sekt auf dem Hof standen und das Gefühl hatte es ist vorbei.

Diese Genugtuung auf dem Hof, wo sie immer im Kreis laufen mussten, standen sie plötzlich und tranken mit dem Bundespräsidenten Sekt, das war so ein Gefühl und ich glaube solche Momente muss es viel, viel öfter geben. Auch in den konkreten praktischen Dingen. Und deswegen müssen solche Fragen wie Haftfolgenentschädigung, wie Opferrente, das muss geklärt werden, als Zeichen, die von unschätzbarem Wert sind. Warum lädt man nicht diejenigen die rehabilitiert werden, weil sie im Knast saßen, warum lädt man die nicht mal zu einer Feierstunde ein, stattdessen schickt man ihnen so einen Papierwisch. Warum kehrt man die Beweislast nicht um, wenn jemand gesund ins Gefängnis gekommen ist und krank wieder raus kann es nicht sein, dass er noch nachweisen muss, dass er sich die Krankheit in dieser Zelle geholt hat.

Es darf auch nicht sein, dass eine Opferrente nur derjenige bekommt, der hilfebedürftig ist, der muss sich offenbaren, der muss sich nackt machen, der muss alle Einkünfte offenlegen, das kann nicht sein. Eine Opferrente ist auch eine Ehrenrente und deswegen sollen sie alle bekommen. Ein Gedanke noch zu Hoheneck, weil mich das die 14 Tage lang beschäftigt hat.

Da wurde ein Film gezeigt und da ist Familie Laban aufgetreten, ich muss daran denken weil der Titel der Veranstaltung heißt „Der lange Schatten der Mauer.“ Familie Laban wurde eingesperrt weil sie einen Ausreiseantrag gestellt haben, die Kinder kamen ins Heim, dann wurde Familie Laban in den Westen verkauft und mit dem Tag des Mauerfalls sind sie zurück ins Kinderheim und haben ihre Kinder geholt, und dass heute noch, im Jahre 2011 der Sohn zu den Eltern sagt: „Ihr wolltet damals in den goldenen Westen und habt mich im Stich gelassen“, das ist das wo ich sage: „Die Wunden sind noch nicht geheilt.“ Und ich glaube deswegen sitzen wir hier und ich kann Sie nur ermutigen erzählen Sie Ihre Geschichte überall wo es nur geht, es ist wichtig. Die Akten sind das eine, aber ohne Ihre Geschichten sind die Akten nicht soviel wert.

Frau Pagels-Heineking:

Ja vielen Dank Roland Jahn, Sie sind in einer verantwortungsvollen politischen Position, wir Landesbeauftragten ebenfalls. Es gibt viel zu tun aber wichtig ist, das fand ich eben was rüber kam, Roland ist einer von euch. Das fällt natürlich unwahrscheinlich schwer bei so emotionalen Reden dann auch sofort wieder auf etwas zu kommen, was eigentlich einen Kongress auch ausmacht, es muss organisiert werden und noch mal



vielen, vielen Dank dem Landesbeauftragten und seinen Mitarbeitern in Sachsen-Anhalt, dass das hier wirklich alles so ganz toll funktioniert. Ich glaube sagen zu können wir haben noch nie so ein gutes Hotel gehabt, das ist wirklich so. Ich will Sie noch ein bisschen belästigen mit ein paar organisatorischen Mitteilungen und dann gehen wir in die 12 Berichterstattungen der Aufarbeitungsinitiativen. Ich werde einzeln aufrufen und Sie haben die Möglichkeit einmal am Stehpult zu reden oder bei mir zu sitzen, falls Sie überziehen und das darf nicht länger als 6 Minuten sein, dann werde ich dieses schöne Ding (Glocke) hier benutzen aber ich hoffe wir kriegen das ganz gut in Griff. Nach den Berichten können Sie in die wohlverdiente Kaffeepause gehen und dann ab 16 Uhr sind die Stadtrundfahrten geplant und Sie haben sich ja alle in den Listen hoffentlich eingetragen. Die Busse stehen auf jeden Fall vor dem Hotel, Sie brauchen wirklich nur aus dem Hotel raustreten und in die Busse rein und dann geht es los. Abendessen ist dann um 18 Uhr und ab 19 Uhr gibt es einen Transfer zur Marienkirche, wo das Theaterstück aufgeführt wird aber es können auch, diejenigen die Lust haben zu Fuß zu gehen, das sind ungefähr 1 km habe ich gehört also 15 Minuten wenn man langsam geht. Vor dem Hotel werden die netten Damen und Herren mit den gelben Namensschildern stehen, die Sie auf jeden Fall begleiten werden. Genauso wird das sein wenn das Theaterstück zu Ende ist, das wird ungefähr gegen 21:30 Uhr sein, da wird der Bus Sie zurück zum Hotel bringen und dann haben Sie natürlich die Möglichkeit mit vielen noch ins Gespräch zu kommen, natürlich auch noch mit Roland Jahn und er hat mir gesagt bis 24 Uhr ist er auf jeden Fall ansprechbar. Morgen früh müssen Sie um 9 Uhr das Zimmer räumen. Von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind die Busse vor der Tür, d. h. das Gepäck kann dort abgestellt werden. Für alle anderen gibt es neben der Rezeption einen Raum, bis 14 Uhr können dann die Gepäckstücke dort abgestellt werden. So ist das glaube ich richtig. So erstmal vielen Dank das Sie jetzt für eine Weile zugehört haben, falls es noch Nachfragen gibt, es gibt ein Organisationsbüro, wo Sie sich dann noch informieren können. Ich komme jetzt zu den einzelnen Berichten und ich bitte als Erstes, Siegmund Faust vom Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. um seinen Redebeitrag.



Frau Pagels-Heineking

Herr Faust:

Ja mal was Positives insofern, wir als relativ junger und kleiner Verein, vor 3 1/2 Jahren gegründet, da hat man „unser“ Gefängnis versteigert und da hat die Stadt dann ganz schnell noch in letzter Sekunde uns ein Verwaltungsgebäude außerhalb der Zuchthausmauern für 1 € symbolisch übergeben. Wir wollten dann die Zellen reinbauen und ein Museum, also eine Ausstellung, da wollten wir Fördermittel haben und da sagt dann der Bund: „Das geht nicht, das ist kein authentischer Ort.“ Der Besitzer wollte da ein Erleb-



Herr Faust

nishotel drin machen, das hat die Stadt natürlich nie gestattet und wir Häftlinge auch nicht, das lag dann also brach ist immer mehr verfallen, ist heute ruinös und da wollten wir ein Gebäude hinter der Mauer tauschen damit wir einen authentischen Ort haben, da hat der gesagt: „Nee entweder alles oder nichts“, ja alles bedeutet 430.000 € auftreiben und wir haben es geschafft. Die Ironie der Geschichte ist das sind hauptsächlich die sogenannten PMO-Mittel, d. h. Parteien und Massenorganisationen, das sind die verschobenen Gelder des Volksvermögens was die PDS/SED ins Ausland verschoben hat und wo ein Bruchteil davon wieder zurück kommt über Österreich und die Schweiz. Also so ein kleiner Sieg, dass die Gefangenen jetzt selber die Besitzer ihres ehemaligen Zuchthauses sind. Wir wollen dort kein Altersheim errichten und auch kein Erlebnishotel sondern eine Gedenk-, Begegnungs- und Bildungsstätte, was für Südbrandenburg oder für die Volksrepublik Brandenburg wie wir immer sagen, verdammt notwendig ist. Cottbus hatte die höchste Dichte an Stasi-Mitarbeitern, offiziell und inoffiziell, das ist absoluter Weltrekord, wollte man ja immer, Weltniveau, dort hatten wir es. Wir haben kein Findbuch gefunden, d. h. wir wissen nicht wer dort alles gesessen hat. Sie wissen vielleicht dass das vergleichbar mit Bautzen II ist von der Prozentzahl, 80% politische, 20% kriminelle aber da wir viel größer waren als Bautzen II war Cottbus ab Mitte der 60er Jahre das größte politische Gefängnis der DDR, die meisten Freigekauften kommen prozentual sozusagen aus Cottbus. Und deshalb ist das eine würdige Stätte, um gerade diese Thematik, die wir hier haben, dort nun umzusetzen und wir haben natürlich ein bisschen aus dem Knatsch gelernt den es gibt in der Leistikowstraße (Potsdam), in Erfurt, Andreasstraße, immer der Klinsch mit den Historiker das wurde ja auch gestern gesagt: „Historiker sehen in Zeitzeugen immer so eine Art Feind“. Wir lassen die Wissenschaftler draußen, die dürfen uns zuarbeiten, ansonsten wird das von den Opfern her gestaltet. Und da bin ich Kurator geworden und das soll auch mal ein bisschen, nichts gegen die Wissenschaftler also wir brauchen sie aber wie gesagt, die Wissenschaftler wissen eben alles, wir wollen es ganz konkret aus der Perspektive der Opfer gestalten, Schicksale und deshalb brauchen wir viele Biografien, viele die vielleicht hier im Raum sitzen, bitte sich melden, damit wir so viel

wie möglich aus der Sicht der Opfer dort umsetzen können und deshalb auch Belege brauchen. Mancher hat was rausgeschmuggelt, mancher hat den und den Namen noch im Kopf, das wir uns ausbreiten können und vor allem auch die Erzählung über die Wärter, über die Offiziere und Sie wissen ja nur zwei Wärter von vielen Hundert die angezeigt worden, mussten wirklich ins Gefängnis und das waren zwei aus Cottbus „roter Terror“ und „Arafat“, der Name sagt es ja schon bei dem Ersten. So und das war also ein kleiner Erfolg und da muss ich sagen die Stadt aus schlechtem Gewissen heraus und auch das Land und vor allem auch der Bund, Kulturstaatsminister Neumann haben uns großartig unterstützt jetzt erstmal am Anfang. Dass dieses Geld immer zu knapp ist das wissen wir aber das erfordert Kreativität. Solange wir einigermaßen noch klar im Kopf sind, können wir das auf eine gute Schiene bringen und noch ein kleiner Erfolg, die große internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt/Main mit tausenden Mitgliedern für die ja viele auch ins Gefängnis gekommen sind weil sie staatsfeindliche Verbindung aufgenommen haben oder die auch vielen von uns geholfen hat, die macht ihren 40. Bundeskongress nächstes Jahr im April in Cottbus.

Frau Pagels-Heineking:

Ja vielen Dank Siegmund Faust. Also Siegmund Faust war Vorbild, hat knapp 5 Minuten benötigt, also wenn das so weiter geht dann kommen wir auf jeden Fall ganz gut durch. Ich bitte jetzt Frau Christiane Gumpert vom Forum zur Aufklärung und Erneuerung um Ihren Redebeitrag

Frau Gumpert:

Ja, was ich hier habe das hat mir Reinhard Dobrinski der unser Forum für Aufklärung und Erneuerung leitet in die Hand gedrückt, weil er aus familiären Gründen plötzlich weggehen musste. Wir sind ein Verein der ehrenamtlich arbeitet und sich natürlich in erster Linie um Opfer kümmert aber dem auch sehr viel an Aufklärung gelegen ist. Nun ist ja einiges schon zur Mauer gestern gesagt worden, heute wieder, aber ich möchte doch noch auf einige Dinge die uns am Herzen liegen hinweisen.

Natürlich kommt am 13. August diesem berühmten 50. Jahrestag keiner vorbei, gleichgültig welcher Denkrichtung er unterliegt. Aus unserer Sicht haben wir es mit einem herausragenden Verbrechen



Frau Gumpert

des Kommunismus unter dem Vorzeichen des proletarischen Internationalismus in der europäischen Nachkriegsgeschichte zu tun, dem Bau der Berliner Mauer und der Errichtung der Befestigungsanlagen an der



innerdeutschen Grenze. Die Denkfabriken der SED, angefangen vom Zentralinstitut für Marxismus-Leninismus, über die Akademie für Gesellschaftswissenschaften bis hin zum Institut für Staats- und Rechtstheorie, versahen die DDR mit dem Heiligenschein des Antifaschismus – haben wir gestern auch gehört –, um sie als alleinige Alternative zur Bundesrepublik Deutschland, die sie des Neofaschismus bezichtigten, zu präsentieren. Die diesbezüglichen Denkansätze und -strategien der Koryphäen der Geisteswissenschaften in der DDR füllen Bände.

Es sei hier nur aus einer Arbeit von Prof. Dr. Peter Alfons Steiniger, damals Direktor des Instituts für Staats- und Rechtstheorie und Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin, zitiert. Diese Arbeit liefert die theoretische Vorlage für das antifaschistische Handlungsgebot der DDR, die die Teilung einer Stadt – und in innerdeutscher Dimension eines Volkes – rechtfertigen sollte. In jedem Fall war Prof. Dr. Steiniger unfehlbar, wenn er sich (und das gehörte zum Credo der DDR-Gesellschaftswissenschaften) auf Walter Ulbricht bezog. Und er tat es mit üblicher Hingabe:

„Bei der Beantwortung von Fragen im Dresdner Forum erklärte Walter Ulbricht am 26. Juni 1959: ‚Bonn besitzt ein eigenes Patent der Faschisierung. Es handelt sich um ein Gemisch von Militarismus und politischem Klerikalismus. Dieses Bündnis des Militarismus mit dem politischen Klerikalismus wurde für den deutschen Militarismus notwendig, weil der Nazismus in den Augen der Völker der Welt und des deutschen Volkes durch seine ungeheuerlichen Verbrechen diskreditiert ist und Bankrott gemacht hat. Über den Klerikalismus bestand nach 45 für den deutschen Imperialismus noch die einzige Möglichkeit, eine bestimmte Massenbasis zu erlangen. Von dieser Stelle her erwarten die Millionen Gläubigen in Westdeutschland am wenigsten den Faschismus.“

Da denk ich wieder an Stefan Wolle von gestern, ob die das alles geglaubt haben? Den eigenen politisch ideologischen Wahnvorstellungen entsprang dann auch die entsprechende Verkündung, dass es sich bei der Berliner Mauer um einen „antifaschistischen Schutzwall“ handle.

Die heutigen Vertreter der Politik- und historischen Wissenschaften haben sich in der Frage, wer denn nun für den Bau der Berliner Mauer verantwortlich sei, entzweit. Zu gern jedenfalls wird aus unserer Sicht auf Moskau verwiesen. Den SED-Eliten kommt das natürlich entgegen, weil sie damit für sich auf einen politischen „Befehlsnotstand“ verweisen können.

Das Gegenteil belegen andere Quellen und die möchte ich doch mal kurz benennen, weil ich schon bemerkt habe, dass da doch Zweifel bestehen. Selbst der Dietz-Geschichtskalender 1986 verweist auf die geistige Urheberschaft Walter Ulbrichts für die DDR-Grenzsicherungsmaßnahmen und die Erich Honecker obliegende Verantwortung für die Organisation:

„Anfang August 61 beschlossen auf Vorschlag der DDR die Warschauer Vertragsstaaten die Durchführung erforderlicher Sicherungsmaßnahmen. Die Ministerien des Inneren und für Verkehrswesen sowie der Oberbürgermeister von Groß-Berlin, Friedrich Ebert, erließen die entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Am 12. August, 16.00 Uhr, unterzeichne-



te Walter Ulbricht die Einsatzbefehle. Die Organisation übernahm der Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Erich Honecker. In der Nacht zum 13. August liefen blitzartig und mit äußerster Präzision die Schutzmaßnahmen an:

0:00 Uhr Veröffentlichung der Moskauer Erklärung der Warschauer Vertragsstaaten und des DDR-Ministerratsbeschlusses. Beginn der Grenzsicherungsaktion mit Alarmauslösung für die bewaffneten Kräfte der DDR. ..."

... soweit aus diesem Kalender vom Dietz-Verlag ...

„Der Traum der kalten Krieger, die Bundeswehr mit klingendem Spiel und fliegenden Fahnen durch das Brandenburger Tor einmarschieren zu lassen, ist geplatzt.“ ... nun weiß man nicht, gestern hat das ja auch Stefan Wolle dem Schlesinger zugeschrieben ...

„Für alle diejenigen, die die DDR als Provisorium betrachtet haben, schlug am 13. August 1961 die Stunde der Wahrheit.“

Wir reden hier über eine Staatsgrenze eines Landes, das sich der fortschrittlichsten Welt zurechnete, aber den Bruch vollzog mit der in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 48 und dem Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte, die ja letztendlich die DDR 74 auch ratifiziert hat. Die dort verankerten Grund- und Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person wurden einem menschenverachtenden Grenzregime geopfert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Straßburg, hat mit seinem Urteil vom 22. März 2001 in Sachen Streletz, Kessler und Krenz gegen Deutschland, den Bruch mit den völkerrechtlichen Normen bestätigt und zugleich darauf verwiesen, dass seitens der Straftäter gegen die DDR-Verfassung und Gesetzlichkeit verstoßen wurde. Sie haben also gegen ihre eigenen Gesetze verstoßen. Ein Armutszeugnis für die SED-Eliten, denn ihnen wurde damit Unkenntnis der eigenen Verfassungs- und Rechtslage nachgewiesen.

Die Grenzsicherungssysteme will ich jetzt weglassen, aber dieser Tage, das ist Ihnen ja sicher nicht entgangen, waren die Straftäter Streletz und Kessler bemüht, mit ihrem literarischen Lebenswerk, die Wahrheit um diese Geschehen zu Tage zu fördern, dazu gehört das auch Sie Verantwortung für Mauer und Befestigungsanlagen an der deutsch-deutschen Grenze auf Moskau auszulagern versuchen. Warten wir also geduldig auf das, was die Archive noch verborgen halten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Frau Gumpert.

Als nächstes bitte ich Klaus Gronau vom VOS Berlin.



Herr Gronau:

Guten Tag liebe Kameraden, mein Name ist Klaus Gronau. Ich bin aktiver Zeitzeuge des 17. Juni und komme heute mit einer Bitte hierher, bzw. ich möchte einen Aufruf machen, gegebenenfalls auch zwei. Das Wichtigste liegt mir jetzt als Erstes vor, dass ist, dass wir keine Kalendereintragungen des 17. Juni mehr vorfinden, in den seltensten Fällen erwischt man noch mal einen Kalender wo der Tag gekennzeichnet ist, leider sind seit Jahren viele Sachen nicht mehr erkennbar. Ich weiß nicht ob das politisch gewollt ist, ich weiß es nicht.

Das muss sich ändern, ich fordere deutliche Benennung und Kennzeichnung in den laufenden Jahreskalendern jeder Art, um nachfolgenden Menschen besonders Jugendliche daran zu erinnern, an den Tag, der damals einschneidete. Ich kann nur einmal wieder sagen, CSD oder Fest der Kulturen und solche

Sachen erscheinen in jedem Kalender reichlich aber die Sache vom 17. Juni versucht man totzuschweigen, worüber ich sehr erschüttert bin. In der zweiten Sache geht es mir um den Platz vor dem Finanzministerium, Leipziger Ecke Wilhelmstraße, den wir gerne benannt haben möchten als „Platz des 17. Juni“, weil es die einzige originäre Stelle im Ostteil der Stadt ist die damals den Verlauf mit beeinflusste. Auch ich hätte dort dran teilnehmen können, ich war 16 Jahre alt und stand dort im Abstand zu den Kundgebungsteilnehmern und hörte den Aufrufen zu: „Morgen früh 7 Uhr Strausberger Platz zum Generalstreik“ wir hatten auch noch unsere Slogan selber ausgerufen: „Nein es hat keinen Zweck, der Spitzbart der muss weg. Wir brauchen keine Volksarmee, wir brauchen Butter“, das waren unsere Slogans. Nun habe ich mich die ganzen Jahre darum bemüht das dieser Platz einen Namen bekommt, es ist einfach nicht möglich die Regierenden unserer Stadt, obwohl wir in der Opferverbandsrunde im „Roten Rathaus“ die Möglichkeit hatten, auch mit Klaus Wowereit darüber zu sprechen, hat er in seinen letzten Protokollen noch einen Hinweis mit rein gegeben, dass er dann dafür wäre, es tut sich nichts. Die Geschehnisse liegen in den Händen von [Bezirks-]Stadtrat [Ephraim] Gothe aus Mitte und der hat die alleinige Entscheidungsgewalt. Wir haben jetzt vor kurzem ein Schreiben wieder bekommen und zwar die erneute Ablehnung, man beruft sich auf 2008, weil wir dort sehr massiv in der Hinsicht aufgetreten sind und er weist daraufhin, dass inzwischen vier Stelen aufgestellt werden und in den Stadtführern wird eine Platzbenennung in dieser Form des 17. Juni, also eine Denkmalsbenennung vorkommen. Ich halte das für zu wenig, wenn wir auch die Straße des 17. Juni haben, ist es doch die Straße



Herr Gronau



die eigentlich im Westteil der Stadt liegt. Sie ist zwar sehr, sehr bekannt und ich freue mich darüber aber ich wünschte doch, dass diese originäre Sache, dort wo jedes Jahr Kranzniederlegungen stattfinden, dass die in dieser Richtung doch einen offiziellen Namen bekommen und ich möchte Sie bitten mich darin zu unterstützen. Solange ich lebe kämpfe ich darum, denn es war einmal sehr prägend in meinem Leben. Dankeschön!

Frau Pagels-Heineking:

Ja vielen Dank Herr Gronau. Sie haben seinen Appell gehört, wenn Sie ihn unterstützen wollen, gehen Sie bitte auf ihn zu, denn er hat schon nicht unrecht. Den 17. Juni im Kalender finde ich nur in dem Kalender der Stiftung „Aufarbeitung“, aber sonst ist er nirgends zu finden. Ich bitte jetzt Dr. Henning Pitsch von der Geschichtswerkstatt Jena für seinen nächsten Redebeitrag.

Herr Pietzsch:

Schönen guten Tag meine Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit dass wir als, wie auch immer genannte Aufarbeitungsinitiative, auch noch mal die Gelegenheit haben uns hier kurz vorzustellen. Ich denke ich werde das Ganze etwas abkürzen aus dem Grund, weil die Meisten die Geschichtswerkstatt Jena, von der ich komme kennen. Als Erstes darf ich Sie ganz herzlich von meinem Vorstand Jürgen Haschke grüßen, ehemaliger Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen in Thüringen, und natürlich auch von Manfred Wagner. Einige haben mich auch schon nach ihm gefragt, eigentlich hätte er heut hier sein wollen, ich habe vor 3 Tagen zuletzt mit ihm auf dem Krankenbett in Saalfeld telefoniert und es sieht schlecht aus.



Herr Pietzsch

Also Herr Wagner ist schwer erkrankt, die Wahrscheinlichkeit dass er wieder auf die Beine kommt, ist höchstwahrscheinlich nicht gegeben. Das ist nicht nur für ihn als Mensch eine schwierige Situation, sondern auch für den Verein, den ich hier quasi heute repräsentieren darf, die Geschichtswerkstatt Jena. Herr Wagner den viele von Ihnen kennen hat ja seit vielen, vielen Jahren sich aktiv für die Aufarbeitung der SED-Diktatur eingesetzt in unserem Verein, für den Verein, war sehr bekannt in Thüringen und auch sehr viel darüber hinaus. Mit ihm werden wir einen sehr, sehr wichtigen Mitstreiter verlieren was sehr zu bedauern ist, weil auch in absehbarer Zeit kein Ersatz dafür da sein wird, d. h. also unsere geringen Ressourcen die wir als Verein haben werden damit erheblich kleiner, die Arbeit wird schwieriger. Trotzdem haben wir in den letzten 3 Jahren seit ich dort in der Geschichtswerkstatt als Projektleiter und Redakteur der Zeitschrift „Gerbergasse 18“ arbeite – die den



Meisten bekannt sein dürfte –, doch eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen gehabt, auch in der öffentlichen Wahrnehmung in der Region und darüber hinaus. Ich kann Sie auch nur noch mal herzlich bitten, zumindest wer Interesse und die Möglichkeit für sich hat, Ihre Geschichten uns mitzuteilen, uns zu präsentieren, zu schreiben oder wie auch immer miteinander ins Gespräch zu kommen. Die „Gerbergasse 18“, die neben dem Deutschlandarchiv und der „Horch und Guck“ in Berlin das dritte Forum ist, wo die Möglichkeit besteht auch solche Biografien wie Sie hier heute haben vorzustellen und in der Öffentlichkeit zu präsentieren, also ich darf Sie auffordern und bitten geben Sie uns Ihre Geschichten, denn so können wir Ihnen in die Öffentlichkeit verhelfen. Zur Geschichtswerkstatt und der Geschichte selber werde ich jetzt nicht mehr viel erzählen, das kann man in einem dieser Hefte hier aus dem letzten Jahr, wer Interesse hat, nachvollziehen.

Die Geschichtswerkstatt ist jetzt im 16. Jahr der Existenz, die Bedeutung Jenas als Stadt der Oppositionen ist ja an verschiedenen Stellen immer wieder herausgehoben worden, es gibt aber auch starke Stimmen insbesondere im regionalen Raum in Jena von führenden Professoren an der Universität insbesondere, was mir sehr an die Nieren gegangen ist, die die Arbeit der Geschichtswerkstatt im erheblichen Maße diffamiert haben in den letzten Jahren, angefangen davon dass man in einer Veröffentlichung 2009 behauptet hat die Geschichtswerkstatt Jena sei zu einer antikommunistischen Propaganda-Tribüne verkommen, ich betone verkommen und das von Kollegen Professoren an der Universität in Jena. Ich nenne jetzt nicht die Namen.

Das zeigt in etwa auch das Klima in dem wir uns dort in der Stadt befinden, mit was für Problemen wir uns auseinander zu setzen haben, um das Thema der Aufarbeitung dort im lokalen Raum aber eben auch darüber hinaus voranzubringen. Das hält uns natürlich nicht ab. Eine unserer wichtigsten Aufgaben die wir in den letzten 3 Jahren verfolgt haben, ist die Frage der Vermittlungsarbeit – wie es immer so schön heißt – wir versuchen stark Kontakte zu den Schulen zu knüpfen und u. a. damit werde ich dann auch abschließen möchte ich Ihnen einen kleinen Geschmack darüber geben, wie scharf die Auseinandersetzung auch in Thüringen nach wie vor geführt wird um das Thema und wie notwendig es ist, dass wir weiterhin möglichst zahlreich Ihre Geschichten präsentieren können. Kleine Vorgeschichte dazu, wir machen seit drei Jahren einen Schülerwettbewerb, im Rahmen des Schülerwettbewerbs haben wir zwei Schulklassen einladen können mit uns in das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth zu fahren, dort eine Führung zu genießen und Einblicke zu bekommen in das Grenzregime der DDR.

Das Ganze ist dann in der lokalen Presse von einem uns positiv gestimmten Journalisten aufgegriffen worden, er hat also eine ganze Seite, was fast schon eine Besonderheit in der Region ist, über diesen Ausflug mit den beiden Schulklassen berichtet und natürlich die Geschichtswerkstatt als Organisator. Das Ganze war im April diesen Jahres. Wir haben darauf eine Reaktion bekommen, was selten genug passiert – aber ich denke das ist nur die Spitze des Eisberges und zeigt wie festgefahren es ist, insbesondere bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern, die kein vermeintliches Leid erlitten haben wollen, keine Willkür an sich erfahren mussten. Ich lese das



einfach vor und lasse das so in dem Raum stehen und kann Sie darüber nur noch mal ermutigen, auch wie das schon gesagt worden ist, Ihre Geschichten weiterhin uns und auch allen anderen zu erzählen. Wir sind gern bereit die aufzunehmen und auch zu kopieren, sofern das im Rahmen der Möglichkeiten ist.

Das eigentliche kommt jetzt:

Absender:

Lehrerkollektiv einer Schule aus Thüringen
Erich-Honecker-Weg 101
Altenburg Thüringen

Ihr Artikel in der OTZ vom 7. April (das ist also der von dem Journalisten aus Jena was ich gerade erzählt habe) veranlasst uns einiges dazu zu schreiben. Wir alle, wir DDR-Bürger, können der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dankbar für die Mauer sein. Seit der Wende kamen die verblödeten Wessis in die DDR, kauften alles für einen Apfel und ein Ei, rissen historische Werke ab, zerstörten die Infrastruktur und nahmen alles mit, was nicht niet- und nagelfest war. Man hat uns total ausgeraubt, stellen Sie sich vor, die Mauer wäre nicht gebaut worden, wären wir seit dem Mauerbau schon damals ins heftigste Elend geraten. Hungernde Kinder, Mord und Totschlag, Frauenvergewaltigungen, Kindesmissbrauch und vieles mehr durch diese Kriegsverbrecher, Merkel und alle CDU Schweine. Da wir auch Lehrer der 9. und 10. Klasse sind bringen wir unseren Schülern bei, wie es wirklich war, Tod dem Kapitalismus, Tod der CDU und SPD und USA. Es lebe der Sozialismus.

Frau Pagels-Heineking:

Ja vielen Dank Herr Pitsch, Sie nehmen wahr, dass jetzt natürlich keiner klatschen kann, nachdem was Sie vorgelesen haben. Aber ich danke Ihnen sehr, dass Sie viele, viele Initiativen ergreifen um gerade jungen Leuten in Gedenkstätten genau das zu zeigen, was die Wahrheit ist. Ich finde das gar nicht so schlecht, wenn man ab und zu auch mal so einen Brief oder eine Aussage hört, weil uns genau das doch wieder dahin zurück bringt, dass wir was zu tun haben. Das wir genau diesen Menschen, die heute so ohne Weiteres ihre Ansicht sagen dürfen und in dem Fall ist es sogar noch ein Lehrer oder es ist sogar ein Lehrerkollektiv gewesen. Diese Stimmung ist in vielen Schulen heute noch erkennbar und deshalb sind Sie als Zeitzeugen so wichtig, erzählen Sie Ihre Geschichten und ich kann nur appellieren, dass Sie an Herrn Pitsch Ihre Geschichten auch weiterleiten. Vielen Dank noch mal für Ihren Beitrag und herzliche Genesungsgrüße an Herrn Wagner von uns allen. Vielen Dank!

Der nächste ist Manfred Buchta vom Bürgerkomitee Thüringen.



Herr Buchta

Herr Buchta:

Schönen guten Tag meine Damen und Herren, ich komme vom Bürgerkomitee Thüringen e.V. und arbeite dort seit kurzem in der Beratungsinitiative Thüringen. Die Beratungsinitiative Thüringen gibt es seit dem Jahr 2002, sie wurde notwendig mit der Verlängerung der Rehabilitierungsfristen und der Rehabilitierungsgesetze. Es ist wichtig, dass wir den Betroffenen Hilfestellung geben bei der Durchführung dieser Verfahren, sie sind oft sehr bürokratisch und hemmen von vornherein mit unter die Initiative dieser Betroffenen. Ganz wichtig ist, dass wir seit diesem Jahr in Thüringen zwei Vollzeitstellen haben, Dank der Unterstützung der Landesbehörde mit, und wir haben es folgendermaßen gemacht, diese 2 Vollzeitstellen sind aufgeteilt worden auf 4 Mitarbeiter und es ist uns gelungen in dem Zusammenhang in Thüringen eine flächendeckende Beratung zu garantieren. Wir haben die Büros in Erfurt, Suhl, Saalfeld und Gera, dort sind feste Zeiten angegeben wo man persönlich vorbeikommen oder auch mal anrufen kann und sich vorinformieren. Ein wichtiger Aspekt noch dabei ist, wir sind in der Lage mobil zu beraten, es gibt viele Leute die trauen sich ganz einfach auch nicht in unsere Büros, haben lieber so eine Beratung zu Hause in der gewohnten Umgebung. Sie sind ja psychisch schon ziemlich geschädigt zum Teil, haben Probleme, soziale Lage spielt noch mit eine große Rolle und da haben wir wie gesagt die mobile Beratung und das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Nun haben wir seit Dezember 2010 das 4. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und ich muss allerdings sagen, es sind wieder sehr viele damit nicht berücksichtigt worden, weder Zwangsausgesiedelte noch verfolgte Schüler oder Zersetzungsoffer werden hier mit berücksichtigt. Wir haben also nach wie vor nicht die Möglichkeit den Leuten im zustehenden Maße zu helfen. Das ist wirklich eine ganz schwierige Geschichte und wir hoffen, dass hier in Zukunft auch noch etwas getan wird, des Weiteren hat sich die Arbeit der Beratungsinitiative in den letzten Jahren auch dahingehend noch geändert, dass wir im zunehmenden Maße semi-psychologische Beratung machen müssen. Also die Leute fragen dann sehr oft an, wie kann ich mir helfen lassen, wie kann ich noch anderweitig

meine gesundheitlichen Probleme besser in den Griff kriegen und da haben wir jetzt angefangen in Thüringen auch ein sogenanntes Therapeutennetz zu erstellen. Wir haben uns also im Vorfeld kundig gemacht, welche Therapeuten sind in der Lage und vor allem auch willens. Wir hatten also auch schon Leute gehabt, also Therapeuten die dann gesagt haben: „Na ja zu dem Thema sag ich lieber nichts“ und dann brauch ich dort natürlich niemanden hinschicken. Das wäre so das Wesentliche was wir jetzt in Thüringen wie gesagt in der Beratungsinitiative haben. Es ist so, dass auch die Zahl der, sage ich mal Anfragen, in der letzten Zeit konstant geblieben ist aber unsere Beratung wird inhaltlich tiefgründiger, es ist auch schwieriger bei den Recherchen mitunter und man muss sich auf die Leute einstellen können, Sensibilität ist hier gefragt, es muss ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden, ansonsten bringt diese ganze Beratung nichts, wenn wir das nur formell machen den rein bürokratischen Akt, dann ist diesen Leuten auch nicht geholfen.

Dankeschön!

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Herr Buchta, vielen Dank auch dafür, dass Sie auch ganz persönlich Ansprechpartner für die Betroffenen sind und auch ein Dankeschön an Ihre Mitarbeiter. Ich glaube jetzt passt es ganz gut, dass Manfred May noch mal spricht, auch von der Bürgerinitiative Thüringen und er ist ja auch einer derjenigen, der sich ganz speziell um das Thema Heimkinder kümmert und ich bin auch ganz gespannt auf Ihren Redebeitrag.

Herr May:

Sehr geehrte Damen und Herren, in zwei Punkten sind die Angaben zur Person, mit dem von Manfred Buchta identisch. Ich gehöre ebenso von Anfang an dem Bürgerkomitee des Landes Thüringen an und arbeite seit jetzt knapp 8 Jahren innerhalb der Beratungsinitiative des Freistaates. Unter den Menschen die sich an die Beratungsinitiative gewandt haben sind seit Mai/Juni 2009 vermehrt ehemalige Heimkinder der DDR. Die Beratungsinitiative hat sich in den Jahren davor schon einen gewissen Ruf bundesweit erworben, sich in besondere Weise für Menschen mit Jugendwerkhofschicksalen eingesetzt zu haben und ist deshalb aufgesucht worden. Ich habe von Anfang an die Erfahrung gemacht – man sagt immer es gibt Themen die sucht man sich selber aus und es gibt Themen die suchen sich einen – und mir ging es nach den ersten Gesprächen mit ehemaligen Heimkindern so, dass ich die Gewissheit hatte das ist ein Thema das dich die nächsten



Herr May



Jahre auf keinen Fall loslassen wird, sondern das dich ganz tief hinein beschäftigen wird. Seit dem ist eine Menge passiert, Sie haben vielleicht in der zurückliegenden Woche verfolgt, dass die unabhängige Beauftragte des Bundes zur Aufklärung des sexuellen Kindesmissbrauchs ihren Bericht vorgestellt hat, dieser Bericht hat in den allerletzten Minuten oder lassen Sie es Wochen sein, eine Ergänzung erfahren die sich mit Heimschicksalen die in der DDR spielen beschäftigt. Da ist also noch gelungen dort eindringen zu können, nachdem es über die letzten Jahre über den 1. Runden Tisch des Bundestages über den 2. Runden Tisch nur schwer und jetzt eben doch gelungen ist und dass es im Moment große Hoffnungen geben darf, dass es keine zweigeteilten Möglichkeiten von Hilfen für ehemalige Heimkinder in Ost und West geben wird. Lassen Sie mich kurz in die Situation einsteigen die ich vor 2 Jahren vorfand, es waren also Bitten um Hausbesuche die mich erreichten, das ist so geblieben, 90% aller Gespräche die ich mit ehemaligen Heimkindern geführt habe, fanden in Form von Hausbesuchen statt.

Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass es seit Mai 2009 etwa 450 dieser Gespräche gegeben hat, können Sie ermessen, was dort auch an emotionalen Anmutungen gekommen ist, was sich natürlich auch an Wissen in dieser Zeit angesammelt hat, auch an Erschrecken über die Lücken, die wir als DDR-Bürger mit uns herumtragen über das was neben uns, unter uns, über uns stattgefunden hatte. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass vor wenigen Wochen Frau Margot Honecker als Staatsgast in Kuba neben Raúl Castro aufgetaucht ist und zur gleichen Zeit etwa 70–80% meiner Gesprächspartner von EU-Rente leben müssen, weil sie Schäden aus dieser geraubten Kindheit erlitten haben, Frau Puls hat vorhin schon einen ganzen Katalog der Dinge erwähnt, der diesen Kindern genommen worden ist über viele, viele Jahre. Der Extremfall den ich selbst betreut habe liegt bei 20 Jahren Heimerziehung einschließlich Berufsausbildung, wenn Sie sich diese Defizite gegenüber halten, dann wissen Sie auch, welche Kluft hier aufgetan ist und ich denke es wäre sogar annähernd eine Verhöhnung der Opfer, von Frau Honecker oder von der Volksbildung der DDR eine Entschuldigung zu erwarten oder davon eine glaubwürdige Geste zu erwarten, das ist es also nicht.

Ein Argument, die DDR Heimkinder anders zu behandeln als die Heimkinder der 50er und 60er Jahre in den Heimen der alten Bundesrepublik, war immer das Totschlagargument „Ihr habt doch die strafrechtliche Rehabilitierung. Den Leuten geht es doch danach richtig komfortabel und gut.“ Lassen Sie sich sagen dass die Möglichkeiten dieses strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes zweifellos auch im Blick auf Jugendwerkhof und Kinderheimbiografien sehr, sehr gering sind. Von meinen Gesprächspartner erwarte ich für deutlich unter 10% eine Lösung in diesem Rahmen, d. h. aber, wenn Sie sich das was den Kindern geschehen ist vergegenwärtigen, das deutlich über 90% von diesen Gesetzen überhaupt nicht erreicht werden und das es deshalb dringend angetan ist von den Folgen her zu denken und von dem was in diesen Menschen bis heute fortwirkt und nicht nur wie es das strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz zu denken aufgibt von den Anfängen, von den Einweisungsgründen her. Lassen Sie mich zum Ende einen Prominenten aus der Heimkinderszene zu Wort kommen, Ralf Weber, der die Lawine des Redens der Heimkinder ausgelöst hat mit seiner Verfassungsbeschwerde und der, wo die Medienberichte über



diese Entscheidung aus Karlsruhe die falschen Hoffnungen weckten, die letztendlich uns aber in die glückliche Lage versetzen, dass wir die Stimmen der Heimkinder endlich zu hören bekommen. Ralf Weber hat in einem Gespräch mit einer Arbeitsgruppe aus Thüringen gefragt, was sich die Heimkinder am Meisten und am vordringlichsten wünschen gesagt: „Sie möchten glaube ich von der Gesellschaft einfach nur mal in den Arm genommen werden“. Das klingt so verdammt einfach, diese Geste der genommenen elterlichen Zuwendung, der nie gestatteten Kompensation von vielleicht sogar schlimmen Zuständen zu Hause in einem Heim irgendwie zu kompensieren, diese Geste ist nie gekommen, sie heute nachzuholen ist unser aller Aufgabe und ich glaube das es in Kreisen wie diesen auch darum geht, Respekt vor der Leidensgeschichte des jeweils anderen zu beweisen. Ich habe bei der Frage, wer mich heute hierher begleitet, viele Absagen bekommen. Gründe sind, Sie werden das alles aus der eigenen Biografie eventuell kennen, ich kann keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, ich traue mich nicht unter so vielen Menschen zu sein, ich halte das nicht aus, ich müsste irgendwie eine Fluchtmöglichkeit eine Rückzugsmöglichkeit haben, das sind also die täglichen Umstände unter denen diese Menschen mit denen wir, die wir das gleiche tun, in den letzten Jahren gesprochen haben. Ich wünsche mir sehr, dass es gelingt Stimme um Stimme nach oben ins Gehör der Gesellschaft zu bringen. Ich denke in diesem Kreis ist es noch vergleichsweise einfach, dass wir einfach dazu kommen, diese Stimmen auch als Schatz zu begreifen und als ein ganz wichtiges Instrument die tatsächliche Dimension der SED-Diktatur in allen ihren Ausformungen, die immer noch fürchterliche Überraschungen für uns bereithält auch tatsächlich wahr zu nehmen. Ich danke Ihnen!

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Herr May, ich denke auch Sie haben am Beifall gemerkt das die Arbeit die Sie tun so ungeheuer wichtig ist, das es ganz viele gerade Heimkinder gibt die genau dieses sogenannte Stigma haben, sich nicht in die Gesellschaft zu trauen. Und jemanden in den Arm zu nehmen, ob man das von einem Staat verlangen kann, das müssen immer Menschen tun und ich hoffe das können ganz, ganz viele. Vielen Dank noch mal für Ihre Arbeit.

Rainer Schneider vom Freiheit e.V.

Herr Schneider:

Grüß Gott meine Damen und Herren, sehr geehrte Landesbeauftragte, liebe Vertreter der Verbände, lieber Bundesbeauftragte, meine Damen und Herren, jetzt darf ich Sie erstmal begrüßen im Namen des Freiheit e. V. in Erfurt. Wir sind ja schon bekannt dafür, dass wir ein recht streitbarer Verein sind aber nun war das nicht immer so, wir haben ja schon jahrelang erfolgreiche Gedenkstättenarbeit geleistet, nur schlägt man uns das jetzt aus der Hand. Wir mussten – im übertragenen Sinn – das Sektglas bei Seite stellen und unser eigenes Gefängnis besetzen um überhaupt Aufmerksamkeit zu erreichen. Das lag an der Regierung und das lag da natürlich auch an diesen bösen, bösen westdeutschen Professoren die dann nach Thüringen kamen, um uns jetzt hier zu erklären wie die DDR funktioniert. Das Thema ist jetzt aber so komplex



Herr Schneider

und es sind so viele Meinungen im Umlauf, dass Sie mir jetzt erlauben das ich mich ganz klar an die Aufzeichnungen hier halte, sonst verplaudere ich mich und dann sind wir heute Abend noch nicht hier draußen. Mitten in Erfurt steht ein Gefängnis, das letzte in Thüringen mit einem original erhaltenen Zellentrakt. Durch 5 Jahre Gedenkstättenarbeit der ehemaligen Gefangenen und auch durch Freiheit e.V. eben und gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen haben wir den Abriss nicht nur verhindert, sondern wir haben auch die Sanierung erzwungen.

Ohne uns hätte es dieses Gefängnis nicht mehr gegeben, um das man sich jetzt so streitet. Dies alles kostet den Steuerzahler fast nichts, gab es auch keine Neider, es gab keinen Streit, es gab auch keine Professoren die uns ihre Hilfe angeboten hätten, es gab ja auch nichts zu verdienen. Nun kam das Problem was wir in Thüringen haben, plötzlich tauchte ehemaliges SED-Vermögen auf, nun hielt es das Thüringer Finanzministerium für zu nötig, so schnell als möglich das gesamte Areal an einen Privatinvestor zu verkaufen. Eine damalige Expertenkommission, die Thüringer Landesbeauftragte und der Freiheit e.V. rieten dringend davon ab, so wurden die Voraussetzungen für eine Gedenkstätte gründlich, nachhaltig und im vollen Bewusstsein der Tragweite zerstört. Über 60%(?) der Gedenkstätte wurden sowieso erstmal abgerissen, die nun verbleibenden 2/3 der Gedenkstätte, in diesen 2/3 die uns dann noch genommen wurden, sind wir nicht mehr Herr, wir sind Mieter und wir werden es dort bleiben.

Die Trägerschaft soll eine Stiftung erhalten die sich bisher überhaupt nicht für das Gefängnis interessierte und bereits erklärt hat, dass die Mitsprache von Zeitzeugen nicht gewollt ist. Vorstandsmitglied der Stiftung und den werden einige kennen, Professor Knicker, beleidigte die Zeitzeugen vor einem Landtagsausschuss – dort war ich auch persönlich anwesend –, als Geschichtsklempner, denen man die Leitung der Gedenkstätte nicht anvertrauen konnte oder könne. Auf die Frage, ob die bisherige jahrelange erfolgreiche Gedenkstättenarbeit nicht überzeugend genug sei, erklärte der Staatssekretär Deufe: „Was bisher war interessiert mich nicht“, kein Wunder der Mann kommt auch aus Bayern. Nun ringen wir darum, dass erstens



das ehemalige Stasi-Gefängnis von Erfurt eine Gedenkstätte wird, in der die ganze Härte der kommunistischen Diktatur an Hand der Biografien von politischen Gefangenen und deren Angehörigen gezeigt wird, natürlich soll auch die Stasi-Besetzung erklärt und thematisiert werden und dass zweitens wir als diejenigen die dort gelitten haben, über die Arbeit der Gedenkstätte auch in Zukunft mitbestimmen können und nicht wie es jetzt momentan geschieht, wir einfach durch Lügen und durch Diskreditierung von der Bildfläche geschoben werden. Das Thüringer Kultusministerium will ein allgemeines Museum für die SED-Diktatur auf nunmehr nur diese paar verbleibenden Zellen von ca. 250 m² in dem das Leid von 6.000 politischen Häftlingen nur noch eine Nebenrolle spielt. Dieses geschichtliche Gemenge in zentralistischer Manier und in den Händen der genannten Professoren, die zum weitaus größten Teil überhaupt keinen DDR-Hintergrund besitzen, verliert an jeglicher Glaubwürdigkeit.

Das Konzept bietet nichts, was Menschen emotional berühren könnte um einen nachhaltigen Lerneffekt zu erreichen und ich weiß was das bedeutet, ich bin selbst in Bayern, wöchentlich schon fast in bayerischen Schulen unterwegs. Ich weiß was dann hängen bleibt, nicht das was die Professoren ausarbeiten und niederschreiben, sondern das was sie wirklich an einen Zeitzeugen an Fragen stellen können und an Antworten bekommen. All unser Widerspruch, unsere Vorschläge wurden ignoriert. Das von uns vorgelegte Konzept wurde nicht einmal zur Kenntnis genommen. Man kann auch sagen, nachdem wir fünf Jahre lang unter katastrophalen Zuständen und Bedingungen – wir haben uns dort die Knochen im Winter blaugefroren – eine gut angenommene Gedenkstätte dort geführt haben, werden nun die Opfer und bisherigen Träger der Gedenkstätte entmündigt. Thüringen wird, wenn es weiter so handelt, das erste Bundesland mit einer Gedenkstätte und einen authentischen Unrechtsort das gegen die Opfer errichtet wird. Dazu werden die bisherigen Betreiber der Gedenkstätten durch Lügen und Missachtung diskreditiert und falsche Behauptungen verbreitet. Der Staatssekretär versucht einzelne Personen gegeneinander auszuspielen, den Häftlingsvereinen wird die bereits versprochene Förderung für Projekte und Veranstaltungen versagt. Wir als bisherige, jahrelange und erfolgreiche Betreiber der Haftgedenkstätte, fordern eine führende Rolle bei der Konzeption und späteren Leitung der Gedenkstätte Andreasstraße. Und nun meine Damen und Herren, wir kämpfen mit dem Rücken zur Wand, bisherige erfolgreiche und überzeugende Arbeit, jeglicher Protest, selbst Besetzung und Hungerstreik – und da war ich nun wirklich selbst mit dabei – perlen an dieser Regierung und an ihren selbtherrlichen Beratern ab wie an Teflon. Heuchlerische Phrasen bis hin zur Lüge bestimmen die öffentlichen Auftritte dieser Wendegewinnler. Es ist die Arroganz der Macht und die kennen wir alle viel zu gut aus der DDR. Wir brauchen Ihre Unterstützungen des Bundes, denn eins gnade uns Gott, wenn wir aufhören da zu kämpfen werden die mit unserer Geschichte das machen, was die für richtig halten, deswegen bitten wir Sie, dass Sie bei Herrn Heise oder bei mir eine Resolution unterschreiben. Wir haben sie auch draußen mit liegen an unserem Tisch von der LStU Thüringen und uns dort mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Wir werden nicht aufhören zu kämpfen und ich auch nicht. Danke!



Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Herr Schneider, Sie haben eben aufgerufen und ich denke an den Stand der Landesbeauftragten in Thüringen liegt dieses Schreiben aus und ich bin sicher, das sich da ganz viele einschreiben werden. Ich hoffe es aber trotzdem, dass Sie als Zeitzeugen aber auch die Wissenschaftler die ja so notwendig sind um eine Gedenkstätte zu betreiben, dass sie gemeinsam mit der Politik an einen Tisch kommen und dann eine Lösung gefunden wird die für alle gut sein wird.
Jetzt ist Alexander Bauersfeld dran vom Arbeitskreis politische Häftlinge in der Evangelischen Kirche.

Herr Bauersfeld:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die AG ehemaliger politischer Häftlinge der Evangelischen Kirche beschäftigt sich seit längerer Zeit nicht nur mit den zwei deutschen Diktaturen, sondern auch mit Überlegungen wie wir den Menschen helfen können, die auch heute noch unterdrückt werden und vor allem in kommunistischen Diktaturen leben müssen. Dankenswerterweise haben die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in den letzten Jahren auch Oppositionelle aus solchen Ländern wie Kuba oder Weißrussland zu den Tagungen eingeladen und besonders in der „Volksrepublik“ China und in Nordkorea werden Menschenrechte brutal missachtet. Die Verhaftung von Ai Weiwei und dem Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo haben dies wieder auf grausame Weise gezeigt und wenn wir es ernst meinen mit der Aufarbeitung der Verbrechen des Sozialismus/Kommunismus, dürfen wir diese Unterdrückung nicht ignorieren. Es ist auch erstaunlich, dass sich fast niemand drüber aufregt, dass der Diktator Fidel Castro ohne je durch Wahlen legitimiert worden zu sein, einfach seinem Bruder die Macht auf Cuba übergeben kann. Während die öffentliche Meinung zu Recht die nordkoreanische Diktaturen-Familie von Kim Jong Il und Kim Il Sung ins politische Abseits stellt und verurteilt, wird Kritik an der kommunistischen Diktatur der Volksrepublik China aus wirtschaftlichen Interessen immer leiser. Dabei können wir auch deutlich sehen wie gefährlich diese Ideologie ist, hier ein Zitat des chinesischen Schriftstellers und PEN Mitglied Chen Maiping vom 10. Dezember 2010, den Tag der Menschenrechte



Herr Bauersfeld

„Aber die größte menschliche Katastrophe ist die Herrschaft der Kommunistischen Parteien in vielen Ländern, die in den Tod von Hunderten von Millionen Menschen führte, viele Male mehr Menschen, als von den deutschen Faschisten getötet wurden“.

Es wäre schon eine große Hilfe für diese unterdrückten Menschen, wenn wir auf Abgeordnete einwirken, auf Politiker sich immer wieder



gegenüber den Machthabern dieser Länder für Freiheit und Menschenrechte einzusetzen. Erst wenn es keine Diktaturen mehr auf dieser Welt gibt und wir wirklich in Frieden leben, dann werden die Menschen wirklich aus der Geschichte gelernt haben. Es ist eine unserer Aufgaben dies mit zu befördern. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders auf ein Buch hinweisen was gerade erschienen ist, das „Englische Tagebuch“ von Bärbel Bohley, ein sehr interessantes Buch das also die Machtstrukturen der damaligen DDR zeigt und für mich war eine Szene besonders interessant, als Bärbel Bohley versuchte Walter Jens zu sprechen, da sagte Walter Jens zu ihr: „Er hätte jetzt keine Zeit, er hätte Besuch aus der DDR, Steffen Hermlin wäre bei ihm“ und das ist natürlich ganz typisch für die damalige Zeit der linken intellektuellen im Westen, die natürlich für Dissidenten aus der DDR oft wenig Verständnis hatten und wenig Unterstützung. Wir sind solidarisch mit Roland Jahn und weisen alle Angriffe auf ihn zurück. Erstmal steht an der Spitze der BStU jemand der selbst in der SED-Diktatur politisch verfolgt und inhaftiert war und dadurch unsere Probleme besonders gut kennt und nachempfinden kann und deshalb sind wir dafür, dass von diesem Kongress der Landesbeauftragten ein Signal zur Unterstützung des Bundesbeauftragten Roland Jahn ausgeht. Wir denken ganz besonders an Dr. Klaus Dieter Müller und an Hans-Eberhard Zahn, die beide nicht hier sein können, die beide schwer erkrankt sind und ich denke wir grüßen diese beiden von hieraus auch ganz herzlich. Ein herzlicher Dank auch an die Arbeit der Landesbeauftragten und die Mitarbeiter der Landesbeauftragten, der Dank schließt auch Herrn Gerhard Ruden ein. Ich möchte sagen, wir hoffen, dass es diese Stellen noch lange gibt und dass diese Arbeit auch fortgesetzt wird und dass auch in Magdeburg die Stelle eines Landesbeauftragten endlich wieder besetzt wird. Lassen Sie mich bitte mit einem Zitat schließen von Alexander Soltschenizin

„Allein wegen seiner Denkfehler und Lügen ist der Marxismus-Leninismus zu dauerhaften Terror gezwungen, denn eine falsche Ideologie kann auf Widersprüche und Proteste nicht anders reagieren, als mit Waffen und Gittern“.

Ich danke Ihnen!

Frau Pagels-Heineking:

Auch Ihnen vielen Dank Herr Bauersfeld. Ich bitte jetzt Siegfried Jahnke vom VOS Schleswig-Holstein um seinen Redebeitrag.

Herr Jahnke:

Liebe Kameraden, verehrte Damen und Herren. Das Motto dieser Tagung heißt „Der lange Schatten der Mauer“ ich bin ganz einfacher Bauer aus der nord-westlichen Ecke Mecklenburgs und ich muss sagen, die Mauer das war nur der Korken auf der Flasche. Denn 1945 als die Russen kamen, wurden lange familiäre und wirtschaftliche Bindungen zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg oder auch Thüringen und Bayern brutal zerrissen. Was das für uns bedeutet will ich kurz schildern, meine Mutter hat zu Weihnachten ihre Gänse geschlachtet und hat die in Lübeck in einem Hotel ver-



kauft und ist dann zu Karstadt einkaufen gegangen und mein Vater hat seine Äpfel und Kartoffeln nach Travemünde zu den Leuten gebracht und hat die dort verkauft und das war mit einem Schlag vorbei. Damals war die Grenze noch etwas durchlässiger und man kriegte hin und wieder noch ein Pfund Kaffee oder ein Paket Zigaretten rüber von Lübeck aber das wurde 1952 mit der Errichtung des Sperrgebietes total unterbunden und deshalb war die Mauer nur der Korken auf der Flasche, da wo endgültig Schluss war. Als letztes möchte ich sagen, wem haben wir dies alles zu verdanken, dass das so gekommen ist? Das ist Adolf Hitler, der hat zugelassen, dass Stalin bis an die Elbe kam und 40 Jahre lang das halbe Europa ausplündern konnte und sich dadurch noch länger an der Macht halten konnte. So das wäre das!

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Herr Jahnke. Vielleicht noch in seiner eigenen Sache, er hat seine eigene Biografie gerade geschrieben, hat sie auch selber verlegt und wer Interesse hat – ich glaube das Buch liegt bei der Landesbeauftragten oder bei der Stiftung – also es kann jeder dieses Buch dann auch käuflich erwerben.

Ich bitte jetzt Katrin Behr vom UOKG e.V. um Ihren Redebeitrag.

Frau Behr:

Hallo! Mein Name ist Katrin Behr, einige kennen mich schon, einige nicht. Ich arbeite für die UOKG für den Fachbereich Zwangs-Adoption in Berlin und zwar seit 2010, vorher mit dem Projekt 2007 selber ehrenamtlich angefangen, weil mir das eine sehr große Herzensangelegenheit ist. Es betrifft nicht nur die betreffenden Kinder, sondern auch die leiblichen Eltern, die Großeltern, Tanten, Onkels, Geschwister also es ist nicht nur ein Familienmitglied, sondern oftmals eine ganz große Familie die von der Thematik betroffen ist. Die Begründung für die Kindeswegnahme war dann immer dieses hohe sozialistische Erziehungsziel gewesen, nämlich die Kinder zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen und damit



Frau Behr

das gemacht werden konnte, wurden die Kinder meistens in linientreue Familien vermittelt. Die Eine oder Andere kennt vielleicht selber, aus eigener Erfahrung dieses Geschehen. Ja, was ist bis heute? Bis heute ist die Strafe immer noch da, weil ganz viele Familien ihre vermissten Kinder immer noch gar nicht gefunden haben bzw. das die leiblichen Eltern bereits verstorben sind und somit keine Fragen mehr beantwortet werden können. In Adoptionsvermittlungsakten ist die Frage, ist da jetzt die richtige Wahrheit drin oder ist so dieses typische DDR-Deutsch formuliert, dann machen auch noch neue Mitarbeiter der Jugendhilfe Schwierigkeiten, so das sie oftmals gar kein Wissen über die DDR-Praktiken hatten bzw. wenn ältere Mitarbeiter immer noch dort sitzen, dann sind sie natürlich blind und taub und wollen von allem nichts hören. Adoptierte hören dann oftmals: „Seien Sie froh, dass Sie



in eine neue Familie gekommen sind“ aber das ist dann sehr, sehr hart wenn ich immer so was zu hören bekomme. Was auch sehr schwierig ist, ist eine kontrollierte Akteneinsicht, d. h. diese Mitarbeiterin kontrolliert vorher die Akte und kann dann schon mal ein bisschen sichten, ich als Adoptierter weiß ja nicht was vorher drin steht und kann das natürlich auch gar nicht so nachvollziehen bzw. man überblättert das dann sehr schnell, so dass man gar nicht sehen kann, was da denn wirklich drin steht. Begründung: „Datenschutz“. Schwierigkeit dabei ist auch, dass die Adoptierten gar keine Kopien und nur sehr selten welche bekommen, die leiblichen Eltern bekommen gar keine Auskünfte und dürfen auch gar nicht suchen, weil es ein Nachforschungsverbot in dem Adoptionsvermittlungsgesetz gibt – ja das gilt noch – deswegen greifen sie dann – sage ich mal so – auf unsere Beratungsstelle zurück. Wir haben ein Internetportal das heißt www.zwangsadoptierte-kinder.de da können sie dann natürlich komplett kostenfrei eine Suchanzeige machen und wir haben jetzt über 1.000 – ich weiß es nicht im Kopf genau – ich glaube über 1.050 Suchanzeigen insgesamt online, davon haben wir 260 bereits vermitteln können. Inwieweit das über den ersten Kontakt hinaus geht, krieg ich leider nicht so oft die Rückmeldung, bei vielen ist es nur einmalig, bei wenigen gibt es die Möglichkeit das es mehr ist, weil es muss ja auch ziemlich viel verarbeitet werden. Das Problem ist nur, was ist die wirkliche Wahrheit, ist es die die in den Akten steht, ist es die was die Adoptiv-eltern einem sagen oder ist es die wie die leiblichen Eltern das gesehen haben? Es ist halt sehr, sehr schwer als Adoptierter das nachzuvollziehen.

Was für mich auch sehr schwierig ist, wenn Adoptierte kommen und ich sag jetzt mal so, in keinen guten neuen Haushalt gekommen sind, sondern dann eben auch Missbrauch erlebt hatten, die dann sagten: „Wer war dafür verantwortlich“? und ich dann da stehen muss: „Kann ich ihnen nicht sagen“, weil wem sollen wir eigentlich verzeihen? Aus Datenschutzgründen bekommen wir keine Namen, wir wissen nicht wer damals verantwortlich war d. h. wir haben Personen ohne Gesichter und ohne Namen das kann man natürlich niemanden verzeihen, wenn ich gar keinen weiß den ich ansprechen kann. Interessanterweise habe ich auch noch nie eine Rückmeldung gehört von ehemaligen Jugendhilfemitarbeitern das denen irgendwas Leid tut, also man begründet das immer noch so nach dem Motto „Na ja gucken Sie doch mal die Mütter heute an, wie die leben, die Kinder sind doch wenigstens in gute Familienverhältnisse gekommen“ ja, aber warum die Mütter heute so leben, das steht natürlich nicht drin, dass sie hoch traumatisiert sind und einfach mit ihrem Leben ins Hadern gekommen sind.

Ich könnte über dieses Thema stundenlang weiter erzählen, dafür haben wir aber leider nicht die Zeit. Ich würde gern, wenn jemand Interesse hat, stehe ich natürlich gerne zur Verfügung, ob nun heute oder morgen oder wie auch immer. Sie finden mich im Internet. Sie werden sich vielleicht fragen warum bei mir soviel Herzblut dran hängt, ich bin selbst zwangsadoptiert worden. Ich erwähne das jetzt noch mal ganz kurz, meine Mutter wollte damals flüchten, weil 2 Schwestern im Westen lebten, das ist ihr nicht geglückt, stattdessen mussten wir als Kinder – ich war damals 4 mein Bruder fast 7 – bei der Verhaftung mit dabei sein und so wie bei Ihnen Frau Schönemann hieß es dann so: „Na, die Mutti kommt ja abends wieder“, ich habe sie nach 19 Jahren wieder-gesehen. Heute ist sie eine gebrochene Frau und mir tut das unendlich



Leid. Jedenfalls ich hab mein Buch geschrieben und wer da Interesse hat kann sich da gerne eintragen, ich hab hier eine Liste. Ich wollte eigentlich mit dem Buch zeigen, wie viel Seelenstriptease man macht und was es heißt adoptiert zu werden ohne zu wollen. Und vor allem, wenn man dann weiß, man kommt in eine Familie wo man umerzogen wird, obwohl man selbst eine Mutter hat die ein freies Denken und frei sein möchte und einfach nur ihre Gedanken frei äußern will und stattdessen musste ich lernen den Mund zu halten, Pionier ordentlich zu sein und immer mit der Angst zu pokern, wenn du nicht lieb und artig bist und dies nicht so machst, wie wir das wollen, dann gehst du wieder zurück ins Heim, nur zu deiner Mutter nicht. Ich bedanke mich!

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Frau Behr, Emotionen sind hier einfach zugelassen. Ich bitte jetzt als vorletzten Theodor Mittrup auch vom UOKG für sein kurzes Statement. Wir haben klar ein wenig überzogen, wir haben aber auch ein wenig später angefangen und ich hoffe Sie haben noch ein kleines bisschen Verständnis, das wir die Kaffeepause dann auch nur auf eine Viertelstunde verkürzen müssen.

Herr Mittrup:

Ja, Frau Pagels-Heineking hat schon gesagt, dass wir schon über die Zeit sind, ich will mich daher nur auf einige ganz wesentliche Punkte beschränken. Zum einen möchte ich jetzt über die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge berichten, diese Interessengemeinschaft ist erst seit diesem Jahr Mitglied in der UOKG und die Problematik – ich denke betrifft auch einige von Ihnen hier – es geht um die Rentenzahlungen. Flüchtlinge und Freigekaufte die in die Bundesrepublik kamen, denen wurde dort zugesichert, dass sie Rente bekommen, als hätten sie in der Bundesrepublik gearbeitet. Diese Zusicherung ist nach der Wiedervereinigung zurückgezogen worden und darum ist es jetzt das Anliegen dieser Interessengemeinschaft. Ich lese Ihnen mal einige Zeilen vor die mir Herr Jürgen Holdefleiß geschickt hat, er ist Vorsitzender der Interessengemeinschaft:



Herr Mittrup

„Sehr geehrte Damen und Herren,
die Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e. V. möchte Sie über die politische und soziale Diskriminierung von ehemaligen DDR-Flüchtlingen, aus DDR-Haft Freigekauften, Ausgereisten und Abgeschobenen informieren. Von rentenrechtlichen Benachteiligungen betroffen sind alle Geburtsjahrgänge nach 1936 – also für die vor 1936 gilt weiterhin das Fremdrentengesetz – ihre Altersvorsorgungen, die im Zuge der einstigen Eingliederung der Flüchtlinge in bundesdeutsches Recht gegossen worden waren, werden seit 1991 unter Berufung auf die Herstellung Deutsche Einheit gekappt. Die Rechtsstaatlichkeit dieser Maßnahme erscheint sehr fraglich. Die



Medien berichten daher zunehmend über diese Problematik“.

Ich habe hier einen größeren Artikel aus der Märkischen Oderzeitung, wer sich dafür interessiert, kann sich den gerne bei mir ansehen und auch die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde hat sich in einer Pressemitteilung für die Behebung dieser Ungerechtigkeit eingesetzt, wer sich diese ansehen möchte, kann sie ebenfalls von mir bekommen.

Weiter schreibt Herr Holdefleiß: „Auch die Anzahl der Bundestagsabgeordneten die eine Lösung des Konfliktes fordern, wird immer größer, die SPD-Bundestagsfraktion hat jüngst – also im April – einen konkreten Änderungsantrag vorgelegt, die Partei die Grünen hat Unterstützung dafür signalisiert, sowohl die Union als auch die FDP halten sich aber bislang bedeckt und lassen keine Bereitschaft zur Lösung des Problems erkennen“.

Soweit Herr Holdefleiß der heute eben nicht da sein konnte, deswegen habe ich für ihn diese Nachrichten übermittelt. Zum Schluss habe ich nur noch zwei Hinweise auf Publikationen der UOKG. Zum einen der Stand der juristischen Aufarbeitung des DDR-Unrechts, ist eine Tagung gewesen, die wir im letzten Jahr hatten, darin sind fundierte Beiträge von Christoph Schäffgen enthalten, er ist Generalstaatsanwalt a. D. und von Dr. Hans-Jürgen Grasmann, Oberstaatsanwalt. Und noch zum Thema was wir hier morgen auch noch besprechen werden, die Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, eine kritische Situationsbeschreibung und der Irrtum von Lösungsmöglichkeiten, das ist auch ein Kongress der UOKG vor zwei Jahren bereits gewesen. Diese Broschüre ist ebenfalls kostenlos bei mir zu bekommen und wer sich dafür interessiert, kann sich gern bei mir melden. Dankeschön!

Frau Pagels-Heineking:

Vielen Dank Herr Mittrup. Tom Sello von der Robert-Havemann-Gesellschaft steht schon, er ist der Letzte der jetzt seinen Redebeitrag Ihnen vortragen möchte.

Herr Sello:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte ein Thema ansprechen was in den letzten Wochen die Wogen hat hochgehen lassen, nämlich die Beschäftigung von MfS-Mitarbeitern bei der Behörde des Bundesbeauftragten. Das ist ja kein neues Thema, wir haben das ja von Anfang an aber es hat noch mal eine öffentliche Aufregung und Auseinandersetzung gegeben und ich finde diese öffentliche Diskussion auch gut, auch wenn nicht alle Äußerungen da sachlich und nachvollziehbar sind. Aber ich finde, um den Hinweis von Alexander Bauersfeld aufzugreifen, dass von unserer Runde hier ein Signal ausgehen sollte, indem wir Roland Jahn bei seinen Bemühungen unterstützen, dass die Mitarbeiter in dieser Behörde nicht weiterbeschäftigt werden. Ich habe dazu einen kleinen Text vorbereitet, den würde ich jetzt gerne noch vorlesen und dann vorschlagen, dass sich heute Nachmittag so eine Art kleine Redaktionsgruppe bilden könnte von 3 bis 4 Personen, in der man



dann diesen Text noch mal überarbeiten kann und das ihn dann vielleicht die einzelnen Vertreter für die einzelnen Initiativen und Verbände unterzeichnen könnten.

„Die Beschäftigung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ist nicht akzeptabel, dieser unhaltbare Zustand muss schnell beendet werden. Er wird nicht dadurch besser, dass er bereits seit den Gründungstagen der Behörde andauert. Die Beschäftigung von ehemaligen Stasi-Leuten belastet die Glaubwürdigkeit und gefährdet die Existenz der Behörde des Bundesbeauftragten, der wichtigsten Institution zur Aufklärung über die kommunistische Diktatur in der DDR. Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen begrüßen deshalb ausdrücklich, dass der Bundesbeauftragte Roland Jahn das Problem seit seinem Amtsantritt deutlich benannt hat und sich um eine Lösung bemüht. Bundestag und Bundesregierung sind in der Verantwortung und aufgefordert endlich andere Arbeitsbereiche für die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter zu finden und den gesetzlichen Rahmen dafür zu gewährleisten. Seit seinem Amtsantritt hat Roland Jahn das alte Problem deutlich benannt, er gibt dadurch dem Empfinden vieler Diktaturopfer eine Stimme. Die teils unsachlichen oder persönlichen Angriffe auf den Bundesbeauftragten zeigen, dass Aufarbeitung mit Schlusstrich gleichgesetzt wird, dass die Diktaturopfer immer noch keine Lobby haben, dass sie nicht ernst genommen werden. Gleichzeitig wird deutlich dass die Diskussion um die ehemals beim MfS beschäftigten Mitarbeiter kein Nebenschauplatz, sondern ein Kernstück der Auseinandersetzungen mit der Diktatur und ihren Folgen ist. Auch 20 Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktatur ist Aufklärung vonnöten. Wir werden Roland Jahn nach Kräften dabei unterstützen, erklären Vertreter der Verbände und Initiativen auf ihren 15. Bundeskongress vom 27. bis 29. Mai 2011 in Dessau“.

Als Adressaten dieser oder einer ähnlichen Erklärung ist aber nicht nur die Bundesregierung, sondern wir sollten dabei auch an andere Organisationen denken, ich sage mal Verbände oder Interessenvertretungen. Mitarbeiter der Behörde haben mir erzählt, das bei ihrer letzten Vollversammlung besonders der Betriebsrat, der Beamtenbund und die Gewerkschaft der Polizei sich nicht nur massiv für die Stasi-Leute eingesetzt haben das sie weiter bei der Behörde arbeiten, sondern das sie sozusagen auch noch unsachlich und unflätige Bemerkungen für die Bemühungen von Roland Jahn übrig hatten. Also ich denke auch solche Interessenvertretungen sollte man durchaus noch mal ansprechen und die Sicht der Diktaturopfer übermitteln. Mein Vorschlag wäre, dass wer Interesse hat, sich vielleicht 17 Uhr mit mir hier draußen im Vorraum trifft, dann könnten wir uns gemeinsam über den Text setzen und dann vielleicht morgen noch mal darüber sprechen.

Frau Pagels-Heineking:

Ich danke dir Tom! Die Landesbeauftragten haben sich ja auch schon zweimal in einer Pressemitteilung genau für das ausgesprochen, was Tom gerade vorgelesen hat und ich denke es wird eine breite Unterstützung geben. Herr Horst Krüger es tut mir schrecklich Leid, ich hab Sie wirklich nicht auf der Liste gehabt aber Sie haben sich angemeldet, also kriegen

Sie zwei Minuten nur Zeit. Vielen Dank!
Vielleicht kriegen Sie das wirklich in 3 Sätzen hin, ich weiß das nicht.

Herr Krüger:

Sehr geehrter Herr Koch, sehr geehrte Damen und Herren, ich spreche für den Arbeitskreis ehemaliger politischer Gefangener der früheren DDR. Wir haben uns 1956 gegründet. Warum? 1956 wurden von uns die letzten aus Bautzen entlassen, Bautzen ja bekannt als ein ganz schlimmes Zuchthaus, „gelbes Elend“ reicht nicht zur Erklärung aus. Wir treffen uns immer zum Tag der Deutschen Einheit, weil dort die Rechtsgrundlage für das neue deutsche Vaterland gelegt wurde. Wir haben untereinander einen guten Kontakt, auch mit den Landesbeauftragten für das Land Sachsen aus dem ich komme. Wir gehen nicht sehr in die Öffentlichkeit, wir treffen uns meistens mit unseren Ehepartnern für eine Woche im Jahr, da haben wir wunderbar mit dem Landesbeauftragten für das Land Sachsen zusammengearbeitet. Das war alles, im Übrigen halte ich es wie Dr. Martin Luther: „Tritt fest auf, reiß das Maul auf, hör bald auf.“



Herr Krüger

Frau Pagels-Heineking:

Vielen, vielen Dank Horst. Ja, also wer hätte gedacht, dass Sie das genau hinkriegen. Vielen, vielen Dank noch mal für Ihren Beitrag, Sie haben ein tolles Schlusswort gesprochen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und Sie sind jetzt in die Kaffeepause entlassen. Vielen Dank!

Frau Pagels-Heineking:

Ja, vielen Dank. Guten morgen meine Damen und Herren, bevor wir heute Morgen mit unserem Tagungsprogramm weitermachen, habe ich eine ganz angenehme Aufgabe zugesprochen bekommen, denn wir haben heute ein Geburtstagskind. Das Geburtstagskind wird 83 Jahre alt, es ist Benno Pries. Benno Pries ist, alle kennen ihn ja doch nicht, ich meine er ist zwar gerade in Ihrer Gruppe ganz besonders bekannt aber diejenigen die ihn nicht kennen vielleicht ganz kurz zu seiner Vita. Mit 17 Jahren wurde er wegen angeblicher Werwolf-Tätigkeit denunziert, war in vielen Zuchthäusern, es fing in Güstrow an, in Torgau, in Waldheim und in Bautzen. 1995 wurde er dann vom sowjetischen Militärstaatsanwalt in Moskau rehabilitiert. Er engagiert sich ganz besonders für Gedenkstätten, außerdem ist er auch ganz aktiv dabei Mahnmale zu errichten und das natürlich besonders in Mecklenburg-Vorpommern, weil er geborener Bützower ist und dieser Stadt auch bis heute treu geblieben ist, dafür danke ich Ihm. 1994 und 1995 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet. Ich denke das ist auch etwas ganz besonderes das zeigt, dass es gesehen wird, dass auch Betroffene sich mit der Vergangenheit auseinandersetzen.



von links: Herr Richter, Herr Planer-Friedrich, Herr Dr. Trobisch-Lütge, Herr Reckers

Herr Planer-Friedrich:

Meine Damen und Herren, bevor wir mit dem Thema beginnen, noch zwei kleine Ansagen. Frau Behr bittet darum, dass die Liste zu ihrem Buch bitte an sie zurückgegeben wird, die kursiert hier noch irgendwo, das ist das erste und das zweite, Frau Tröbs möchte kurz eine Resolution vorstellen.

Frau Tröbs:

Ich möchte mich erst noch mal ganz herzlich bei Ihnen für die Anteilnahme und für die Solidarität bedanken, die ich gestern nach dem Podium erfahren habe. Die Initiative des Herrn Krüger habe ich aufgegriffen und habe eine Resolution verfasst, da möchte ich Ihnen jetzt nur ganz kurz den Kern vortragen und ich würde mich freuen, wenn wir die dann auch rum geben, dass Sie die dann mit Ihrer Unterschrift unterstützen. Die Kongressteilnehmer haben sich durch Zeitzeugengespräche mit dem Schicksal politisch Verfolgter in der DDR beschäftigt, sowie die heutige Situation von Opfern der SED-Diktatur betrachtet. Inzwischen wurde auch wissenschaftlich belegt das Gewaltereignisse in jeglicher Form, bei den Opfern nicht strafrechtlicher Repressionen, psychische Erkrankungen sowie Beeinträchtigung der Lebensqualität, ähnlich wie bei Haftopfern verursachen. Eine öffentliche Würdigung und Anerkennung der individuellen Schicksale, gerade für die Zwangsausgesiedelten ist dringend notwendig, um ihre persönliche Würde wiederherzustellen. Deshalb appellieren wir an die Fraktion des Deutschen Bundestages, die Zwangsausgesiedelten bei der Zuzahlung einer Opferrente oder Ehrenpension zu berücksichtigen. Durch eine Relativierung des Unrechts gegenüber dieser Opfergruppe geht ansonsten die Wahrnehmung für die Verbrechen der 2. Diktatur in Deutschland verloren und trägt nicht zum Rechtsfrieden bei.

Danke!

Herr Planer-Friedrich:

„Anerkennung gesundheitlicher Schäden politischer Haft“ so heißt unser Thema heute Morgen. Schon wieder dieses leidige Thema, werden vielleicht einige von Ihnen denken, ist da nicht genügend in den letzten Jahren darüber gesprochen worden. Es gibt viele Veröffentlichungen dazu, es sind viele Vorschläge gemacht worden, wie es zur Verbesserung im Sinne der Betroffenen kommen könnte. Gesetzliche Regelungen gibt es, die sind aber in den letzten Jahren nicht geändert worden. Wir wollen heute Vormittag den Versuch unternehmen ein Stückchen weiterzukommen, auf diesem Weg noch einmal die Argumente zu hören, die zum Teil vielleicht schon bekannt sind und wir wollen uns ein bisschen intensiver mit der Situation hier in Sachsen-Anhalt beschäftigen, was die Anerkennung gesundheitlicher Verfolgungsschäden angeht. Wir haben hier auf dem Podium 3 Experten – so kann man wirklich sagen, zu diesem Thema sitzen. Ich darf sie Ihnen kurz vorstellen, zu meiner Rechten, von Ihnen aus ganz links, sitzt Hartmut Richter. Hartmut Richter ist 1948 in Glindow geboren, er weigerte sich schon in der 8. Klasse der FDJ beizutreten, 1966 versuchte er über die damalige Tschechoslowakei nach Österreich zu flüchten. Nach einer Verurteilung auf Bewährung unternahm er abermals einen Fluchtversuch, dieser Versuch – er schwamm durch den Teltowkanal – gelang. Seit Anfang der 70er Jahre verhalf Hartmut Richter 33 Menschen zur Flucht aus der DDR. Beim Versuch seine Schwester im eigenen Auto über die Grenze zu schmuggeln wurde er 1975 verhaftet und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Im Oktober 1980 kaufte ihn die Bundesrepublik frei, seither engagiert er sich z. B. bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und seit den 90er Jahren als Besucherreferent in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Bis Anfang dieses Jahres war Herr Richter auch als Berater in der Beratungsstelle der VOS in Berlin tätig.



Herr Planer-Friedrich

Auf der anderen Seite ganz außen Winfried Reckers, 1948 in Oberhausen geboren. Er ist Jurist, studierte Rechtswissenschaften in München und Bonn, arbeitete als Rechtsanwalt und ist seit 1977 zunächst im Niedersächsischen Sozialministerium und seit 1990 im Ministerium für Arbeit und Soziales in Sachsen-Anhalt tätig, seit 2003 als Abteilungsleiter für Soziales.

Und als weiteren Diskutanten Herrn Dr. Trobisch-Lütge, Jahrgang 61. Er studierte an der Freien Universität Berlin Psychologie und absolvierte anschließend eine Ausbildung zum psychologischen Psychotherapeuten und zum Psychoanalytiker und Traumatherapeuten. Seit 1995 leitet Herr Trobisch-Lütge die Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur in Berlin namens „Gegenwind.“ Er ist auch regelmäßig Gutachter in Verfahren zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, außerdem ist er niedergelassen in einer eigenen Praxis.



Ich möchte mit einer Frage an Herrn Richter beginnen. Sie waren selbst in der Beratung zu diesen Fragen, die wir hier diskutieren tätig aber Sie haben auch selbst einen Antrag auf Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden gestellt – das war glaube ich schon Anfang der 90er Jahre. Vielleicht können Sie kurz erzählen, damit wir ein Beispiel haben, wie das damals gelaufen ist, was ist Ihnen da widerfahren?

Herr Richter:

Na ja, es läuft ja so, das ist ja immerhin bekannt, man ist rehabilitiert und dann ist vom Gesetzgeber doch einiges zugestanden worden, wie die Reha-Gesetze und ich habe dann halt, wie jeder andere auch einen Antrag gestellt. Nach geraumer Zeit wurde ich zum Versorgungsamt bestellt, damals wurde noch untersucht und da wurden also keine haftbedingten Schäden festgestellt. Die Leiden die man hat, sind als Kind schon auffällig gewesen. Ich habe die Sache damals auch nicht weiterverfolgt, eigentlich habe ich ja selbst sozusagen auch miterlebt und merkte schnell, selbst der Gesetzgeber vielleicht da er es gut mit uns meinte, aber dann gab es eben die Anträge die gestellt werden müssen, dann gab es Sachbearbeiter nicht nur Böswillige, auch Unwissende usw. Man kann gegen die Entscheidungen Widerspruch einlegen, der wird auch abgelehnt, dann muss man zum Sozialgericht und spätestens da braucht man Rechtsbeistand, den viele von uns auch nicht mal haben bzw. die scheuen diesen Schritt. Ich habe die Beratung Anfang 2008 begonnen, da war Beratungsbedarf, der § 17a trat in Kraft, es gab Unklarheiten und das machte mir auch Spaß. Leichten Herzens – sage ich mal – habe ich jetzt Anfang dieses Jahres diese Beratertätigkeit beendet, weil mich jeder Fall mitunter ja auch belastet hat.

Mich haben auch Leute aufgesucht, die haben sehr schnell gemerkt, da sitzt jemand der hat es selbst erlebt und durchgemacht. Inzwischen ist es so, dass die Versorgungsämter doch mehr geneigt sind – das ist sozusagen auch unsere Aufklärungsarbeit –, dass die DDR eben keine kommode Diktatur war, das hat sich inzwischen also auch doch irgendwie verfestigt. Dr. Trobisch-Lütge der auch wesentlich dazu beigetragen hat und andere, die Arbeit in Hohenschönhausen, dass jetzt auch die Versorgungsämter – sage ich mal – mehr als vor 1990 oder auch vor 10 Jahren bereit sind gewisse Sachen anzuerkennen, dennoch muss jeder von uns Streiten.

Das ist die Erfahrung die ich gemacht habe. Ich selbst bin jetzt sozusagen auch im Streit, man hat mir den Grad der Behinderung – den hab ich seit 30 Jahren –, seit 30 Jahren habe ich einen Grad der Behinderung von 30% also Bandscheibe usw. und einen Grad der Schädigung von 10% zugestanden, also 10% waren immerhin 6 Jahre Gefängnis – 4 Jahre



Herr Richter



Einzelhaft weil ich den Erziehungsprozess meiner Mitgefangenen negativ beeinflusst hatte, wie die das genannt haben. Na ja, ich bin der Meinung, dass hat mich schon mehr als 10% überhaupt beeinträchtigt. Man muss einen langen Atem haben, man muss Kraft haben bei gewissen Sachen um die durchzusetzen und jeder Fall ist eigentlich ein Fall für sich. Auf jeden Fall sollten auch Berater – sind ja einige hier – die Menschen die da Rat suchen immer motivieren, die Sache dann auch durchzukämpfen, wenn es sein muss.

Herr Planer-Friedrich:

Ich wollte noch mal nachfragen, also Sie haben vor vielen Jahren einen Antrag gestellt und wenn ich es richtig verstanden habe, jetzt noch mal Verschlimmerungsantrag.

Herr Richter:

Ja das kam so, ich war auch wirklich krank, ich hatte nach einem Theaterspiel 40° C Fieber (ich habe mit 40° C Fieber Theater gespielt), wäre beinah erstickt und mein Hausarzt sagte: „Du bist ziemlich geschafft, also beantrage doch einfach mal eine Kur“, man kann ja eine Kur beantragen, das läuft dann gewöhnlich über den Rentenversicherer. Die Kur wurde abgelehnt auch der Widerspruch mit der Begründung „eine ambulante Behandlung reicht doch aus und eine Kur würde meine Arbeitskraft nicht so stabilisieren, das ich nur noch ein paar Jahre arbeiten könnte“, man riet mir indirekt – ich bin Ende Januar 63 geworden – doch mit 63 die Rente zu beantragen: also eine Kur ist nicht drin. Nur hatte ich allerdings schon diesen Verschlimmerungsantrag gestellt und unsere Personengruppe ist da schon bevorzugt, das Versorgungsamt ist da in Sachen Kur sehr großzügig und man hat mir eine Kur bewilligt, die ich in der Waldsiedlung verbracht habe. Ich hatte dort auch sehr viele Dispute mit den Psychologen und die haben mich da sozusagen auch noch mal begutachtet und dann war es so, dass die Auswertung des Gutachtens – ich war bis Ende November zur Kur –, die Untersuchungsergebnisse wurden erst meinem Hausarzt und zeitgleich – das weiß ich genau – auch dem Versorgungsamt Ende März dieses Jahres zugeschickt und das Versorgungsamt, also die Abteilung, da gibt es ja zwei Abteilungen, die die den Grad der Schädigung (GdS) und die die den Grad der Behinderung bearbeitet, ich habe also beide Sachen. Auch meine Bandscheibe ist nicht besser geworden usw., und die Abteilung die den Grad der Schädigung zu bewerten hat, hat nicht mal die Kurergebnisse abgewartet, die haben gleich den eingelegten Widerspruch abgelehnt. Die Sache wird jetzt sozusagen, entweder lenken die ein – inzwischen sind die Untersuchungsergebnisse da – oder man muss die Sache halt, wie jeder von uns, dann vorm Sozialgericht durchziehen.

Herr Planer-Friedrich:

Das ist jetzt ein ganz konkreter Fall gleich am Anfang gewesen, da werden wir gleich noch mal anknüpfen. Zunächst möchte ich gern Herrn Reckers fragen, Sie sind im gleichen Jahr wie Herr Richter geboren habe ich festgestellt, haben Sie sich schon mal überlegt was aus Ihnen geworden wäre, wenn Sie in der DDR aufgewachsen wären?



Herr Reckers:

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist natürlich eine sehr schwierig zu beantwortende Frage. Ich bestimme mein Leben ja nicht alleine, Sie haben Ihr Leben auch nicht ganz alleine bestimmt. Was wäre man geworden? Das hängt zum Teil sicherlich auch vom Elternhaus ab, wie hätten sich meine Eltern hier verhalten, wie hätten sie mich erzogen, in welche Richtung hätten sie mich geprägt?

Das hängt vom Umfeld ab. Von der Umwelt dann sicherlich auch, welche Auswirkungen hätte es da gegeben? Ich kann es nicht genau sagen, ich bin 1990 ziemlich unschuldig, wenn man so will auch blauäugig aus dem Niedersächsischen Sozialministerium hier hingekommen, weil sie gesagt haben: „Wir brauchen jemanden in Sachsen-Anhalt, dem neuen Land, der ein bisschen Verwaltungserfahrung hat.“ Ich war damals im Gesundheitsbereich tätig, habe dann die Gesundheitsabteilung hier übernommen und habe gedacht: „Also pass mal auf, mach mal ein bisschen, du zeigst mal wie man mit den neuen Gesetzen umgehen kann – die ja jedenfalls ab 1. Januar 1991 auch hier galten – und dann kannst du nach 3 Monaten wieder gehen“, das war sehr blauäugig.

Wir haben dann das ganze Ministerium aufbauen müssen und aufgebaut. Ich habe auch sehr intensiv versucht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier aus dem Lande, aus Sachsen-Anhalt zu gewinnen, was mir auch ganz gut gelungen ist – ich bin da sehr stolz drauf – und ich habe auch sehr gute Erfahrungen gemacht, relativ wenig Stasi die sich da also im Verborgenen gehalten und beworben haben. Also ich musste glaube ich 4 – die hatte ich alle selbst nicht eingestellt – sondern, die waren mir aufgedrückt worden, dann wieder entlassen, aber insgesamt bin ich hier ganz gut gelandet. Ich habe immer gesagt, auch bei diesen Stasi-Fällen, denen ich dann den Abschied geben musste „Ich weiß nicht“ – oder dabei habe ich mich selbst gefragt – „wie hättest du dich jetzt verhalten“, ich kann es nicht genau sagen – bitte um Verständnis dafür –, ich habe auch gesagt: „Ich bin nicht hier hingekommen um jetzt zu richten, das ist nicht meine Aufgabe. Ich bin hier hingekommen aus meiner Sicht, auch ohne Buschzulage, um das mal zu sagen, um zu helfen, um die ganze Gesichte aufzubauen und dann gehst du wieder weiter.“ Ich habe mir die Freiheit auch eine Zeit lang mal belassen nach Niedersachsen wieder zurück zu kehren aber es hat sich so ergeben, dass ich, wie Sie sehen, immer noch hier sitze und dass ich dann versucht habe die Sachen hier eben so gut wie möglich auf Vordermann zu bringen. Noch eins ganz kurz, weil ich eben fürs Ministerium für Arbeit und Soziales, wie wir auch im Augenblick seit ein paar Wochen wieder heißen, hier stehe, ich habe seit 1 ½ Jahren einen Minister der auch hier aus Sachsen-Anhalt kommt, der sich auch zur Wendezeit



Herr Reckers



– wie es heute so schön heißt – sehr aktiv betätigt hat, der auch hier eingeladen worden ist, wie Sie aus den ursprünglichen Einladungen entnehmen können und der auch gerne gekommen wäre. Er konnte aus verschiedenen Gründen nicht und hat dann gesagt: „Dann gehen Sie mal da hin.“ Und das ist dann so, auch wenn man Abteilungsleiter ist dann hört man „Machen Sie mal, gehen Sie mal“ und das habe ich dann auch getan. Dann habe ich gesehen, Sonntagmorgen um 9 Uhr sollte ich von Magdeburg hierherkommen, da habe ich gesagt: „Das ist etwas schwierig“, habe dann mit Herrn Koch gesprochen, er hat gesagt: „Kommen Sie doch einfach ein bisschen früher“, so bin ich am Freitagabend hierhin gekommen.

Ich habe es nicht bereut muss ich Ihnen sagen, ich habe hier eine ganze Menge gelernt auch gute Gespräche geführt und auch Einsichten gewonnen, die ich vielleicht generell hatte aber die dann vertieft worden sind durch die Gespräche, durch die Vorträge die wir hier zu hören bekommen haben und ich glaube, die vielleicht auch ein bisschen helfen ohne dass ich jetzt nun irgendwas sagen kann, aber sie wecken zumindest auch bei denjenigen die Verantwortung tragen Verständnis, ohne das ich jetzt nun wieder sagen will: „Ich habe nur die Verantwortung dafür, dass die Gesetze so oder so sind“, ich bin im gewissen Umfang für die Ausführung und für die Gewährleistung von ausführenden Gesetzen als Landesbeamter zuständig, für die Gesetze selbst die Sie hier und dort – wie ich ja auch schon gelernt habe – betroffen gemacht haben oder mit denen Sie unzufrieden sind, kann ich zunächst mal nichts. Ich kann Ihnen gerne noch nachher, wenn Sie wollen, was über die Möglichkeiten eines Landes sich an der Bundesgesetzgebung intensiv zu beteiligen erzählen. Aber auch das ist etwas eingeschränkt und deshalb, bei allem Verständnis, erwarten Sie nicht zu viel davon, wenn Sie jetzt einen Vertreter eines Ministeriums haben, dass sie mehr oder viel mehr können, als Ihre Wünsche, Forderungen rüberzubringen und dann zu hoffen dass sie das weiter transportieren. Ich werde Bericht erstatten und mein Minister ist dann sicher an den ganzen Angelegenheiten interessiert aber wir sind auch in unseren Möglichkeiten letztlich beschränkt.

Herr Planer-Friedrich:

Mir fällt immer wieder auf, dass viele die mit der Thematik – ich sage jetzt mal – als Spezialisten, als Gutachter, als Psychologen auch als Verwaltungsmenschen, damit beschäftigt sind, viele von denen kommen aus Westdeutschland. Sie Herr Reckers sind sozusagen 1990 ins kalte Wasser geworfen worden. Auch Sie Herr Trobisch-Lütge stammen aus dem Westen, wie war das bei Ihnen, wann waren Sie das erste Mal mit dieser Problematik konfrontiert und wie sehen Sie die Situation heute?

Herr Dr. Trobisch-Lütge:

Ja, also meinem Berufsstand bin ich natürlich geschuldet früh in die Kindheit zurück zu gehen bei Ihrer Anfrage. Die schönen Plakate die ich mir da vorhin angeguckt habe oder was heißt schön, die aussagekräftigen Plakate verweisen auf mein Geburtsjahr 1961, wer weiß, ob sich da das ein oder andere zum Thema Mauerbau schon früh bei mir niedergelegt hat. Ich bin also im März, einige Monate vor dem Mauerbau geboren. Es gibt einige andere Verbindungen, ich habe später einen Teil meiner Jugend in Gießen



verbracht, später habe ich erfahren, dass dann eben sehr viele politisch Verfolgte aus der DDR oder die politisch Verfolgten aus der DDR, in Gießen zunächst einmal Zwischenstation gemacht haben. Also es gibt so ein paar eigenartige Stationen in meinem Leben, bis hin dass ich dann in Berlin, wie Sie vorhin schon sagten, Psychologie studiert habe und dort noch sozusagen die Reste der Deutschen Teilung miterlebt habe, die Transitfahrten usw. Im Vorfeld während meiner Jugend gab es viele Diskussionen zum Thema DDR-Bundesrepublik Deutschland, in den 70er Jahren gerade von jüngeren Referendaren etwas linkslastig diskutiert worden, das war ein unglaublich interessantes Feld. Und als ich dann im Rahmen meiner Psychotherapieausbildung in Berlin gefragt wurde, ob ich Interesse hätte, eine Beratungsstelle für politisch Verfolgte aufzubauen, hat mich das sehr angesprochen. Seit 1993 bin ich jetzt in dieser Arbeit, habe mich dort eingearbeitet und bereue es ehrlich gesagt nicht, finde es wirklich ein sehr dankbares und sehr wichtiges Arbeitsfeld.

Herr Planer-Friedrich:

Ein Hauptproblem, vielleicht das Hauptproblem bei dieser ganzen Thematik ist ja immer noch die geringe Anerkennungsquote bei den Anträgen. Damit wir nicht so in luftleeren Raum diskutieren, habe ich mir 3 Bundesländer rausgesucht und mal geschaut, wie da die Anerkennung ist. Also wenn ich von Anerkennung spreche, geht das immer um einen Grad der Schädigung von mehr als 25%, da habe ich mir mal die Länder rausgesucht, die so im Mittelfeld sind 2010 in Sachsen eine Anerkennung nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz von 33,3%, in Sachsen-Anhalt von 21,4% und in Berlin – da habe ich allerdings nur die Zahl von 2009 – 27,6%. Herr Reckers woran liegt das Ihrer Meinung nach, dass doch ein Großteil der Anträge abgelehnt wird?

Herr Reckers:

Ich kann das nicht mal für Sachsen-Anhalt ganz genau sagen aber Sie wissen, wenn Sie einen Antrag stellen, muss der Antrag im Prinzip begründet sein, d. h. die Sachbearbeiter schauen dann nach, ob die Tatbestandsvoraussetzungen erfüllt sind und wenn das hier der Fall ist, dann kommen sie mit zu ihrer Wertung. Das mag in einzelnen Ländern etwas unterschiedlich sein, im Prinzip sind die Vorgaben durch den Gesetzgeber identisch aber die Gesetzesanwendung kann durchaus unterschiedlich sein, das ist nun mal so. Dann ist man in der Regel, gerade hier in diesem schwierigen Feld auf Gutachter angewiesen, die sind auch mehr oder minder qualifiziert oder können nur aus ihrer Sicht die Geschehnisse werten, die dann zur Begutachtung angestanden haben. Und die Auswirkungen auf die Betroffenen, auch das kann unterschiedlich sein und unterschiedliche Auswirkungen haben und was Herr Richter vorhin gesagt hat: „Man braucht einen langen Atem“, das ist nun mal leider so. Ich weiß und habe das gestern auch schon gehört, dass ja gelegentlich die Forderungen, auch einer Beweislastumkehr eine Rolle spielen, dass ist juristisch etwas problematisch, weil sich da Folgewirkungen auch auf andere Gesetzgebungsmaterien ergeben würden. Es ist sicher eine Möglichkeit aber vielleicht auch Beweislast erleichterungen, die sind aber zum Teil schon geschaffen worden. Ich glaube aber ein ganz



maßgebliches Problem, was angegangen worden ist, was aber vielleicht noch nicht überall so richtig durchgedrungen ist, ist das das Bundesversorgungsgesetz auf das ja in den verschiedenen gesetzlichen Regelungen nach dem Fall der Mauer dann Bezug genommen worden ist, an und für sich den ganzen psychiatrisch-psychologischen Bereich fast unberücksichtigt gelassen hat. Man kannte damals nach dem Krieg nur körperliche Schäden, wer einen Arm oder ein Bein verloren hat war dann vielleicht relativ einfach, wer aber traumatisiert worden ist, das war halt so, war jeder eigentlich aber spielte keine Rolle. Da musste man durch, dass spielte für das Wohlbefinden oder für den Gesetzgeber oder für die Versorgungsverwaltung keine Rolle. Ich glaube das ist heute noch immer in vielen Köpfen irgendwie so drin. Der Gesetzgeber hat das inzwischen erkannt und hat da auch gewisse Weichenstellungen vorgenommen aber die müssen auch durchdringen, und da muss man vielleicht auch noch die richtigen Gutachter finden. Wir haben das also bei uns auch versucht, dass wir relativ viel – viel ist übertrieben – aber wir haben spezialisierte Gutachter für Zweifelsfälle, wo da entsprechende Forderungen gestellt werden, wo die Notwendigkeit einer klaren Begutachtung unter Berücksichtigung auch der Gegebenheiten hier in der ehemaligen DDR dann einbezogen werden müssen und da hoffen wir, dass sich das insgesamt doch ganz positiv auswirkt. Aber ich glaube das ist durchaus ein längere Prozess und man muss auch einsehen, das wissen Sie vielleicht auch selber aus Erfahrung, wenn man jung ist steckt man manchmal etwas besser weg und nach einigen Jahren kommen auf einmal wieder Erlebnisse hoch, die man glaubte vergessen zu haben, die sich nicht so ausgewirkt haben und dann ist da natürlich wieder schwierig den Zusammenhang mit dem Wohlbefinden, mit dem körperlichen Wohlbefinden und den Schädigungen irgendwie herzustellen. Da ist sicher manches noch überzogen und man sagt: „Pass auf, beweis mal, dass du deine TBC schon mal im Gefängnis bekommen hast“ oder „Beweis mal, dass du schwere Schäden erlitten hast, weil du zu lange irgendwo in Einzelhaft warst, die sich inzwischen auf dein Wohlbefinden insgesamt heute auswirken“. Das sind so schwierige Fälle, da kann sicher der Psychologe und Psychotherapeut noch einiges mehr zu sagen, die aber sehr schwierig zu erfassen sind und wo man praktisch auf das Bundesversorgungsgesetz mit den auf dieses Gesetz verweisenden rechtlichen Vorschriften so als lernendes System noch begreifen muss. Wir sind noch dabei, wir sind aber sicher noch nicht am Ende, weil eben auch die Einwirkung auf das Wohlbefinden sich doch immer wieder neu einer Überprüfung stellt, und dass man eben da mal noch einiges lernen muss, rüberbringen muss, auch dies und jenes mal nachweisen muss. Ihre Tätigkeit, in Ihren verschiedenen Institutionen, Vereinen usw., die hilft glaube ich dabei. Der Bundesgesetzgeber sieht, wenn ich das richtig beurteile, im Augenblick keine Notwendigkeit irgendwelche Gesetze zu ändern. Vom Bundesverfassungsgericht sind da auch keine entsprechenden Aufforderungen ergangen. Die Frage liegt letztlich in der Umsetzung. Umsetzung kann man sagen, ist dann wieder Sache der Länder, weil die Bundesgesetze vom Land umgesetzt werden und da versuchen wir eben mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln – sprich also eine möglichst gute Begutachtung, eine möglichst gerechte – den tatsächlichen Gegebenheiten werden in Begutachtung auch den Forderungen zu entsprechen und den Ausgleich, so man überhaupt davon sprechen kann zu schaffen, der vom Gesetzgeber vorgesehen ist.



Herr Planer-Friedrich:

Ja, Sie haben es angesprochen, an den Gutachten und anvisierten Gutachtern die zur Verfügung stehen scheint relativ viel zu hängen. Herr Richter wie war das denn bei Ihnen bei der Begutachtung, hatten Sie den Eindruck Sie sind da an einen versierten Gutachter geraten?

Herr Richter:

Überhaupt nicht, hinzu kommt – da möchte ich noch ergänzen – das man sich für unsere Problematik auch erst nach der Wende interessiert hat. Ich bin also 1980 freigekauft worden und habe nicht mal meinen Arbeitskollegen da etwas erzählt, man wollte es im Westen ja auch nicht wissen. Dann war es jetzt 90, wenn ich mal daran zurück denke oder 91, die erste Untersuchung, also überhaupt nicht schon als Kind auffällig gewesen. Und jetzt ist es also auch inzwischen so, dass die Gutachter überhaupt nicht bereit sind, selbst wenn man mit den Stasi-Akten unter dem Arm dahin kommt. Meine Mitgefangenen sollten glauben, ich sei ein Spitzel und das belastet mich heute noch und die Arrestzeit, bis 77 der verschärfte Arrest, in Rummelsburg hörte man nachts die Ratten im Abfluss, das war ja auch nicht alles ohne. Man hat es verdrängt und das holt einen irgendwann, irgendwie ein und wenn man sich mit den Stasi-Akten befasst und ich habe das Gefühl, das ist jetzt hier von Gutachterseite in keiner Weise bisher ... – es gibt Ausnahmen wie Frau Dr. Ebbinghaus, Dr. Bomberg, Dr. Trobisch-Lütge der damit zu tun hat – aber wenn Gutachter vom Versorgungsamt bestellt werden, da habe ich bisher wenig Verständnis erfahren, die sind überhaupt nicht bereit mit dem was man da mitbringt sich überhaupt zu befassen, zu akzeptieren.

Herr Planer-Friedrich:

Herr Trobisch-Lütge, Sie sind ja nun selbst immer mal als Gutachter tätig – ohne Sie jetzt zu einer Kollegenschelte verleiten zu wollen, vielleicht doch aus Ihrer Sicht noch mal – wie sehen Sie die Situation was die Gutachter anbelangt, gibt es genügend Gutachter? Oder ich habe manchmal so den Eindruck, so ein Gutachten macht ja auch wirklich Arbeit und ein Gutachter kann eigentlich auf Grund seiner sonstigen Kapazitäten – nur weiß ich nicht wie viel – 2, 3, 4 im Jahr machen und dann kommt sozusagen die Flut der Anträge. Da müsste es aus meiner Sicht vielmehr Gutachter geben, die mit diesen Dingen versiert sind.

Herr Trobisch-Lütge:

Also, um Ihre Frage zu beantworten, grundsätzlich sind Kollegenschelten sicherlich nicht besonders sinnvoll. Zunächst muss man vielleicht einfach erstmal verstehen, dass es sich wirklich um ein relativ schwieriges



Herr Trobisch-Lütge



Feld der Begutachtung handelt, schwierig aus verschiedenen Gründen, Herr Richter hat sie eben schon angedeutet. Diejenigen die beispielsweise noch deutlich vor den beginnenden 80er Jahren nach Haft in der ehemaligen DDR in eine Begutachtung gekommen sind, hatten einen ganz entscheidenden Nachteil, nämlich den, dass es zu diesem Zeitpunkt in den Manuals der Weltgesundheitsorganisation noch gar keine Diagnostik oder gar keine Diagnosen für die psychoreaktiven Störungen gab, d. h. die Diagnoseform Posttraumatische Belastungsstörung, die viel zitierte und die Andauernde Persönlichkeitsänderung nach Extrembelastung, diese Diagnoseformen gibt es erst seit den 80er Jahren überhaupt, d. h. die, die vorher begutachtet worden, da hatten die Gutachter das Problem dass es im Grunde gar keine Diagnoseformel gab, da fängt es schon an. Das Zweite ist natürlich, das können wir alle, die wir jetzt in verschiedensten Institutionen mit dem Thema „DDR-Verfolgung“ zu tun haben leicht erkennen, dass wir jetzt alle über die Jahre eine Menge dazugelernt haben.

Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, dass für den einen oder anderen älteren Gutachter – sage ich jetzt mal, ich bin jetzt ganz vorsichtig – der möglicherweise selber noch Kriegserfahrung aus dem eigenen Leben hat, sehr schwierig gewesen sein könnte, zu erkennen, dass DDR-Haft oder Verfolgung der DDR ebenfalls stark traumatisierenden Charakter haben könnte. Also ich kann mir eine ganze Reihe von Bedingungen vorstellen, die es sicherlich dem ein oder anderen Gutachter schwer gemacht haben hier normal zu begutachten und angemessen zu begutachten. Das heißt aber nicht, dass man – nun sagen wir mal – jetzt 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sagen könnte, dass nun alles so bleiben müsste, es hat sich da glaube ich auch einiges verändert, d. h. es gibt mittlerweile eine ganze Reihe von Gutachtern die sich zum Thema „DDR-Traumatisierung in Haftanstalten der DDR“ umfassend informiert haben, die eine ganze Reihe von Erfahrungen gesammelt haben und die mit Sicherheit auch in der Lage sind, hier angemessen zu gutachten. Aber wie es immer so ist, das gilt sicherlich nicht für alle Personen, ich kann jetzt nur aus meiner eigenen Erfahrung sprechen und kann zum Beispiel sagen, dass in den Richtlinien für die sozialgerichtliche Gutachtertätigkeit die Belastung durch Haft in der DDR sozusagen ausdrücklich sogar schon erwähnt werden. Ich lese mal kurz vor:

„Durch psychische Traumen bedingte Störungen kommen sowohl nach lang dauernden psychischen Belastungen (z. B. in Kriegsgefangenschaft, in rechtsstaatswidriger Haft in der DDR) als auch nach relativ kurz dauernden Belastungen (z. B. bei Geiselnahme, Vergewaltigung) in Betracht, sofern die Belastungen ausgeprägt und mit dem Erleben von Angst und Ausgeliefertsein verbunden waren.“

Also das ist durchaus mittlerweile deutlich geworden, dass es hier auf jeden Fall starke Auswirkungen gibt und je mehr man jetzt auch über die Bedingungen in den DDR-Haftanstalten weiß, kann man sagen, dass die dort durchgeführten Behandlungen der Gefangenen auf jeden Fall den Charakter schwerer traumatischer Störung haben können. Das ist das Eine, das Andere ist, wenn ich es aus meiner heutigen Sicht beurteilen müsste, würde ich sagen: Auf jeden Fall ist es wichtig, dass man über das Leben in der ehemaligen DDR Bescheid wissen sollte, dass man sozusagen auch über den normalen



Alltag Bescheid wissen sollte, weil ja häufiger in Begutachtungen auch gerade die Frage zu klären ist, was war eigentlich vor der Haft und da muss man auch ein bisschen über die DDR-spezifischen Bedingungen wissen. Man muss wissen was Repressionen in der Schule bedeutete, man muss wissen welche Verbindungen es teilweise zwischen den Jugend- und Familienbehörden und den Schulen gab, dass teilweise von bestimmten Ämtern auch in die Familie hinein vorgegangen wurde usw., das muss man alles wissen.

Und dann kann man bestimmte Verläufe besser beurteilen. Des Weiteren sollte man über die Haftbedingungen informiert sein, was sich genau dort abgespielt hat und da haben wir über die letzten 20 Jahre sehr viel erfahren und immer wieder neue erschreckende Details kennengelernt. Und das Dritte ist, dass man im Grunde in dem Bereich Psychotraumatologie auch bewandert sein sollte und da ist der Forschungsstand rasant nach vorne gegangen, d. h. die letzten 10 Jahre ist dieses Feld Psychotraumatologie überhaupt erst wirklich entstanden, muss man auch sagen und natürlich ist es eine aus meiner Warte dringende Verpflichtung, sich in diesem Feld wirklich immer auf den neusten Forschungsstand zu versetzen. Und das ist mir tatsächlich bei Durchsicht oder bei Auseinandersetzungen mit dem ein oder anderen Vorgutachten, wenn ich selber als Gutachter aufgerufen war, schon aufgefallen, dass teilweise weder Kenntnisse zum Thema DDR, noch Kenntnisse zum Thema besondere Bedingungen in der Haft, noch Kenntnisse zum Thema Psychotraumatologie, also neuere Erkenntnisse – ich meine jetzt nicht Oppenheim oder so was 1820 – sondern schon ein bisschen neuere, aktuellere Ergebnisse nicht vorlagen oder einfach nicht verwendet worden. Und da muss ich dann schon sagen, das ist sträflich.

Herr Planer-Friedrich:

Wenn die Situation so ist, wie Sie sie beschrieben haben, dann gibt es aber doch seit längerem Überlegungen, ob man nicht die Gutachter, die es gibt, die versiert sind auf diesem Gebiet, zusammenfasst, das man eine zentrale Stelle findet, wo solche Begutachtungen vorgenommen werden. Herr Reckers also diese Überlegungen gab es, wie ist denn die Sicht Sachsen-Anhalts dazu, ist so etwas möglich oder welche Voraussetzungen müssen da sein, um so etwas zu installieren?

Herr Reckers:

Also, theoretisch ist natürlich vieles möglich, die Frage, ist das tatsächlich notwendig? Wir haben in Sachsen-Anhalt den Weg ergriffen, dass wir es glücklicherweise auch geschafft haben seit 2004 zwei spezialisierte Gutachter, sehr erfahrene Fachärzte für Psychiatrie im eigenen versorgungsärztlichen Dienst, einer ist in Halle, einer ist in Magdeburg stationiert, zu gewinnen. Und diese Persönlichkeiten kümmern sich dann eben speziell um die Fragen, die auch hier zur Diskussion anstehen. Es kann natürlich auch mal sein, dass diese auch mit Ihren Kenntnissen ein ausreichendes Urteil nicht abgeben können, in den Fällen versuchen wir dann weitere Hilfe zu erhalten, d. h. die Versorgungsverwaltung – um mal diesen Begriff jetzt nur zu nennen – wendet sich dann an weiter spezialisierte Persönlichkeiten



mit den entsprechenden Erfahrungen. Das ist auch vorgekommen, also mir wurde aufgeschrieben in 4 Fällen war es im Jahr 2010 noch einmal so, dass also zusätzlich zu diesem Gutachten der Spezialisten, die bei uns unmittelbar zur Verfügung stehen, noch weitere Gutachten eingefordert worden sind, um dann die entsprechenden letztlich Bescheide auch ergehen lassen zu können. Sie können ganz sicher sein, in den ersten beiden Tagen, also Freitag und Samstag war auch Herr Nickels hier anwesend, das ist der Referatsleiter im Landesverwaltungsamt, der auch hier in Dessau sogar seinen Sitz hat. Ich habe ihn auch sehr konkret gefragt wie das läuft und er sagte: „Wir schauen uns wirklich diese Akten sehr, sehr intensiv an, wir versuchen sozusagen das Beste, auch im Interesse der Antragsteller daraus zu machen“, dass man trotzdem immer wieder im Gesetz irgendwo an Grenzen stoßen kann, dass man nicht auf – ich will jetzt nicht sagen – Zurufe aber auf Antrag schlicht und einfach sagen kann: „Du hast ja recht“, das ist nun mal so, weil wir eben auch da immer wieder gerade die Ausführenden gehalten sind, sich an die vorgegebene Regelung zu halten.

Und das kann eben in Einzelfällen auch sehr erschwerend sein und das führt sicherlich auch nicht immer zu befriedigenden Ergebnissen, dann kann man eben auch nur, um noch mal Herrn Richter zu zitieren, sagen: „Sieh mal zu, du wirst einen langen Atem brauchen“, gehen Sie nicht davon aus das die Versorgungsverwaltung immer beleidigt ist, wenn man dann irgendwo zum Sozialgericht geht. Aber das ist natürlich belastend für alle und das ist eben kein so ganz idealer Zustand aber das ist nun mal das System, welches wir haben und welches im Ergebnis ja doch eine ganze Menge Möglichkeiten offen lässt und dann doch zu häufig richtigen Entscheidungen führt. Wir sind uns sicher einig, das was als Recht nachher gesprochen wird, ist nicht immer ganz Gerechtigkeit, das ist nun mal im menschlichen Leben so, damit muss man umgehen können aber man kann immer wieder versuchen sich dieser Gerechtigkeit – die ja zum Teil auch sehr subjektiv empfunden wird –, zu nähern und dann doch vielleicht Lösungen zu finden die insgesamt akzeptabel sind.

Herr Planer-Friedrich:

Das haben Sie jetzt nicht sehr konkret gesagt, wie das aussehen könnte. Ich bin jetzt eher daran interessiert, wie kann man tatsächlich konkret den Betroffenen helfen? Deshalb noch mal, also bei den Gutachtern ist es ja so, diesen Weg gehen glaube ich auch andere Länder, Thüringen usw., die haben mittlerweile Spezialisten die in solchen Fällen die Gutachten machen, soweit ich informiert bin hat das tatsächlich auch einiges Positive für die Betroffenen, für die Antragsteller gebracht, das ist das Eine. Das Andere sind natürlich diese Begutachtungen – ich will mich da jetzt mal ein bisschen dran festhalten – das Hauptproblem auch insofern sind also die von den Betroffenen als sehr belastend empfunden werden. Herr Richter, Frage an Sie aber auch an Sie Herr Trobisch-Lütge, begleiten Sie eigentlich diese Menschen sozusagen nicht zur Begutachtung aber vorher und hinterher, können Sie da so ein bisschen in Ihrer Beratung von diesem Druck abfangen, der da auf die Menschen kommt, wenn sie in solche Beratungen gehen?

**Herr Richter:**

Na ja, man hat ja viel gehört wie die Beratung geht, auch jetzt in den verschiedenen Ländern, inzwischen hat man allgemein nach 20 Jahren doch dazugelernt über das Posttraumatische Nacherleben, aber es sind eigentlich nur Zentimeter die wir uns da streiten können. Und wie gesagt, wenn man dann leider zum Sozialgericht muss, weil man sich da vom Versorgungsamt nicht recht eingestuft fühlt, dann sind ja auch die Wartezeiten, die Hartz IV Prozesse – also in Berlin glaube ich ca. 2 Jahre –, dann muss man wirklich Geduld haben und einen langen Atem. Ich habe auch während der Beratungszeit Menschen gehabt, die waren nach der Begutachtung traumatisiert, die fühlten sich da also ihrem Vernehmer gegenüber sehr unwohl, also der war völlig unsensibel, so dass die da wirklich traumatisiert waren und eben das ganze dann noch mal nacherlebt haben. Ich glaube ich spreche für uns alle, schon wenn man so einen Antrag stellt, wenn man etwas durchsetzen will, muss man einen Antrag stellen und dann holt man schon durch das Antragstellen, dass was man Jahre oder Jahrzehnte lang verdrängt hat alles wieder raus. Viele von uns geben nach der ersten Ablehnung auf und da liegt es dann an uns Beratern zu sagen: „Hör mal hier und jetzt ziehst du die Sache durch“ und so sieht es ja allgemein aus.

Herr Planer-Friedrich:

Psychosoziale Begleitung bei diesen Dingen, Herr Trobisch-Lütge ich glaube Sie haben es auch selbst immer wieder geschrieben, ist sehr wichtig gerade bei Menschen die so einen Antrag gestellt haben und die eben teilweise über Jahre in diesem Verfahren drin sind. Sie machen so was in Berlin mit „Gegenwind“, wie können Sie die Menschen auffangen, welche Möglichkeiten haben Sie da?

Herr Trobisch-Lütge:

Ich möchte es jetzt doch noch mal ein bisschen konkret auf die Frage der Begutachtung beziehen. Ich bin natürlich in so einer Art Doppelrolle aber das heißt nicht, dass Personen die bei mir zur Beratung oder in Behandlung sind auch von mir begutachtet werden dürfen, das widerspricht sich ja in gewisser Weise, weil damit der Charakter einer objektiven Begutachtung empfindlich gestört ist nach den Kriterien die vorliegen. Ich kann aber sozusagen aus dieser doppelten Basis auch ein bisschen beurteilen, wie aufregend und wie Nerven zehrend das für die Person letztlich ist, sich immer neuen Begutachtungen zu stellen und auch natürlich mit etwas dem Wohl und Wehe dem gegenüber sitzenden Gutachter da ausgeliefert zu sein. Was wir machen können, wenn Personen zu uns kommen die eine Begutachtung vor sich haben, dass wir versuchen diejenigen sozusagen ein bisschen auf die Begutachtungssituation vorzubereiten, also nicht im Sinne dass sie ihre Symptome schön auswendig lernen und möglichst in fachlich klaren Worten beschreiben was sie haben, das natürlich nicht, sondern vielmehr ein bisschen die Situation in die sie kommen werden zu beschreiben und dazugehört natürlich auch dass man sich gerade bei der Begutachtung von psychischen Haftfolgeschäden in einem sehr unsicheren Terrain befindet. Also alles was mit Psyche zu tun hat ist ganz strenggenommen nicht eindeutig



messbar, also sie haben immer einen sehr großen Spielraum, das fängt ja schon damit an, dass der Gutachter damit konfrontiert ist „Darf ich eigentlich das was mir der andere da erzählt überhaupt glauben? Kann ich das überhaupt glauben?“, da geht es schon los. Da ist natürlich sehr hilfreich, wenn man, wie ich vorhin schon sagte, viel über Inhaftierung in der ehemaligen DDR weiß, wenn man was über das DDR-Leben im Allgemeinen weiß usw. Das Zweite ist, was sich in Gutachten immer wieder durchzieht, dass eigentlich gerade auch bei der Begutachtung von psychischen Folgeschäden immer noch so ein gewisses – ich sage mal – mechanistisches Weltbild im Hintergrund vorhanden ist, d. h. dass eigentlich klare Nervenschädigungen, wie man es früher einmal angenommen hat, die ersten Beurteilungen psychischer Traumen stammen ja aus der Zeit der Industrialisierung, d. h. kurioserweise aus der Zeit von Eisenbahnunfällen im damaligen England und da stellte man ja fest, dass Leute, auch wenn sie keinen körperlichen Schaden davon getragen haben, doch irgendwie hinterher verstört wirkten, zitterten, sich seltsam verhielten usw. und man nahm ursprünglich damals an, dass es sich um Nervenschädigungen in irgendeiner Weise handeln müsste. Erst später ist man drauf gekommen, dass es tatsächlich so was wie ein psychisches Trauma gibt aber es schwingt noch immer ein bisschen dieser sagen wir mal innewohnende Zweifel mit, ob so was wirklich so stark sein kann, dass es über viele, viele Jahre Menschen derartig beeindrucken und beeinflussen kann. Dankenswerterweise hat sich Professor Merker diesem Thema zugewandt und hat in seiner sehr bekannten Dresdener Studie, wo jetzt auch der 2. Teil vorgelegt worden ist, wo im Grunde die Untersuchten von damals noch mal neu untersucht worden sind, noch mal ganz eindeutig klar gemacht und jetzt kehre ich zu Ihrer eigentlichen Frage zurück – natürlich spielt das Prostrauatische Feld, in dem sich die Menschen aufhalten auch eine ganz entscheidende Rolle dafür, ob traumatische Erfahrungen wirklich verarbeitet werden können oder ob sie sich möglicherweise sogar verschlimmern, weiter aufbauen. Man weiß mittlerweile dass, wenn Menschen älter werden, also bestimmte kompensatorische Faktoren wegfallen, wie z. B. die Kinder im Haus, die einem in besondere Weise vielleicht etwas abverlangt haben und man dadurch wenig Zeit hatte sich mit eigenen Problemen zu befassen, genauso wie die eigene Arbeit usw., wenn das weg fällt, ist man sozusagen wieder mehr auf sich selber zurückgeworfen. Von da gesehen ist es nicht verwunderlich, dass gerade bei älteren Menschen dann bestimmte Probleme, von denen man annahm, dass sie schon längst verarbeitet seien, dann auf einmal mit einer gewissen Härte wieder zurückkehren, das ist das eine, was subjektiv im Einzelnen nachzuweisen ist. Das zweite ist, dass Menschen, die in der ehemaligen DDR inhaftiert waren und die jetzt die Zeit der Nachwende sozusagen durchlebt haben, mit einer ganzen Reihe von anscheinend unvermeidbaren Ungerechtigkeiten konfrontiert worden sind, also sehr viel miterleben mussten, wie der Unrechtsstaat DDR aufgearbeitet wurde, das hat nicht immer alles zur psychischen Verbesserung beigetragen, bis hin dass natürlich das Thema Umgang mit den Inhaftierten, Würdigung der Leiden usw. auch eine ganz große Rolle spielt – das weiß man mittlerweile – um quasi auch in einen gewissen Genesungsprozess zu kommen. Deshalb bin ich auch froh, dass es solche Kongressveranstaltungen wie diese hier gibt, das führt sicherlich immer wieder für jeden Einzelnen dazu, dass man wieder mehr das Gefühl hat dass was getan wird, dass man wei-



terkommt aber und jetzt komm ich noch mal auf die Gutachten zurück, Gutachtersituationen sind an sich etwas sehr unangenehmes, der Gutachter muss es gar nicht böse meinen – muss ja nicht sein, wie ich es einmal in einem Fall gehört habe – der Psychiater, der den zu Begutachtenden empfing hat ihm nicht „Guten Tag Herr so und so“ entgegen gerufen, sondern „So, jetzt laufen Sie die Treppe gleich noch mal hoch, damit ich mal sehe ob der Gang in Ordnung ist“, so muss es ja nicht sein aber das ist jetzt auch ein etwas humoristisches Extrembeispiel. Oder eine andere Begutachtung die innerhalb einer Forensisch-psychiatrischen Anstalt stattfand, d. h. der ehemals Inhaftierte kehrte in eine Forensische Anstalt mit Vergitterung usw. zurück und wurde dort begutachtet, das sind Extrembeispiele. Aber es können auch viel harmlosere kleinere Bemerkungen, allein die Tatsache das einem jemand gegenüber sitzt der alles aufschreibt usw., allein das kann natürlich schon etwas auslösen bei demjenigen der begutachtet wird und das muss natürlich von dem Gutachter nun überhaupt nicht böse gemeint sein, sondern er muss natürlich Aufzeichnungen machen. Und die Situation der Begutachtung an sich hat natürlich was von Ausfragen, es hat was von Nachfragen, es hat was von der Wahrheit auf dem Grund kommen usw., das muss ein Gutachter strenggenommen auch machen, er kann ja nicht einfach sagen: „Ja ja gut, dies und jenes, ich frage jetzt gar nicht weiter nach“, damit würde er demjenigen der da vor ihm sitzt auch einen Bärendienst erweisen, denn der nächste Gutachter würde sagen: „Na, Sie haben ja toll untersucht, Sie haben ja so eine Art Persilschein ausgestellt“, also es muss genau nachgefragt werden. Aber natürlich gibt es Spielräume und man kann das natürlich emphatischer machen und man kann auch durchblicken lassen, dass man sozusagen die Situation desjenigen, der einem da gegenüber sitzt, auch ein bisschen versteht.

Herr Planer-Friedrich:

Meine Frage ging doch noch ein bisschen in eine andere Richtung, nämlich ich wollte das Stichwort psychosoziale Beratung noch mal ansprechen, denn letztlich geht es ja nicht nur darum, dass die Betroffenen eine Anerkennung ihres Gesundheitsschadens bekommen, sondern das sie möglichst gesundheitlich psychisch usw. aufgefangen werden. In Berlin gibt es die Beratungsstelle „Gegenwind“, wo Betroffene Einzelberatung bekommen können und wo es Gruppen gibt, in denen sie sich engagieren können, ich denke das hilft sehr die Situation in der sich die Betroffenen befinden zu stabilisieren. Herr Reckers, wie ist das denn in Sachsen-Anhalt, gibt es da ähnliche Angebote?

Herr Reckers:

Ja, ich habe keinen kompletten Überblick über die Möglichkeiten, ich weiß aber das es sehr konkrete Anfragen gibt, weil es wohl im Augenblick noch ein Angebot im Raum Magdeburg gibt aber das möglicherweise demnächst ausläuft, wo man sagen kann, das hat sich doch so bewährt, jetzt müsst ihr doch freundlicherweise mal diese Fortführung dieses Projektes dann sicherstellen. Das ist immer so bürokratisch ein sehr, sehr großes Problem, wenn man sagt, wir hatten ein Modellprojekt das hat sich bewährt aber Modelle laufen üblicherweise immer aus. So, und dann kommt



man vertrauensvoll an denjenigen der möglicherweise von der Zuständigkeit her am nächsten dran ist, das ist immer der Sozialminister, er ist immer gut für solche Sachen und man sagt, mach das mal, dann stellt der wieder fest, das ist bisher im Bereich des Justizministers gelaufen und wenn der Justizminister sagt, das läuft jetzt aus, ja dann läuft das aus, dann kann der Sozialminister nicht einfach sagen, ich übernehme das, abgesehen davon, das eben auch so was alles etatisiert sein muss, also im Haushalt vorgesehen sein muss. Und Möglichkeiten dies und jenes nun zu verschieben, Gelder dorthin zu schieben sind also gerade bei der Haushaltslage in Sachsen-Anhalt sehr wenig ausgeprägt und dann muss man sehen, kann man was machen. Und da haben wir natürlich insgesamt ein Problem in der bundesdeutschen Gesellschaft, wir haben unsere klaren Zuständigkeiten für alles mögliche, also in dem Moment, wo jemand behandelt wird, der geht zum Doktor und der kriegt dann also seine Behandlung, seine Spritze oder welche Art von Behandlung auch immer, das ist alles klare Sache der Krankenkasse und die bezahlt dann auch alles. Und vorher, ja gut da fühlt man sich halt unwohl, da braucht man üblicherweise – davon geht man aus – niemanden und dann geht man einfach dahin, dann fallen keine Unkosten an.

So, dann gibt es aber eben, wie das hier auch dargestellt worden ist, ja durchaus Fälle, wo man sagen kann, allein um den Betroffenen zu motivieren oder ihm zu helfen, den Mut zu geben auch mal seine Rechte wahrzunehmen, da brauchen wir einen An Schub, das ist auch oft so. Nur das ist im System wieder nicht so richtig vorgesehen und das sind dann oft Beratungsstellen die hier und dort für bestimmte Zwecke existieren, die sich zum Teil auch erstmal als Selbsthilfeeinrichtungen gegründet haben, sich dann vielleicht professionalisieren und dann dahin streben ständig gefördert zu werden – institutionell –, wie das dann so schön heißt und das schafft man heutzutage fast gar nicht mehr.

Die Krankenkassen sagen: „Da sind wir nicht zuständig“, das Land sagt: „Ja passt mal auf, können die Krankenkassen machen oder wir machen das Modell aber dann läuft das nach einer gewissen Zeit aus und dann sieh mal zu“, das ist nicht nur für Ihren Bereich so, sondern insgesamt vielleicht ein gewisses Manko – um es mal so auszudrücken –, was man hier und dort überbrücken kann, weil man Hilfe findet aber was eben sehr, sehr schwierig ist und wo wir dann eben auch nicht helfen können, wenn das Geld nicht da ist, was dann verlangt wird, dann ist eben die Möglichkeit da unmittelbar zu helfen auch nicht gegeben.

Ich wollte nur noch eins sagen, weil Sie vorhin gesagt haben, ich hätte mich hinsichtlich der einzelnen Hilfen nicht sehr konkret ausgedrückt, damit haben Sie ja Recht, man kann sich konkret hinsichtlich notwendiger Hilfen auch nur im Einzelfall wieder ausdrücken, das was also hier an Fragen auftaucht, an Problemen auftaucht, ist doch jeweils individuell, das ist nicht schlicht und einfach, jeder hat sein Schicksal zu vereinheitlichen und zu sagen: „Das und das muss so sein.“ Der eine braucht vielleicht eine spezielle Beratung im Vorfeld, der andere braucht sie nicht und da muss man eben sehen, wie man insgesamt vielleicht für mehr Verständnis wirbt, auch bei den Sachbearbeitern dass die merken, da ist eine Person mit einem – sagen wir mal – Leidensdruck, mit einem persönlichen Problem, mit einem Rechtsanspruch der auch wahrgenommen werden soll und da muss man dann einigermaßen sensibel



darauf eingehen und dann muss man den Leuten vielleicht auch verständlich machen, dass so eine bürokratische Aktivität im Vorfeld notwendig ist. Ich habe mir gestern einen Satz aufgeschrieben, da wurde gesagt: „Also den Leuten ist durch rein bürokratische Akte nicht geholfen“, das ist richtig, nur ohne die bürokratischen Akte die im Vorfeld fast überall gemacht werden müssen, kann den Leuten nicht geholfen werden, auch das muss eben verständlich sein und zum Verständnis gebracht werden und dann kann man eben auch mit sehr viel Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen den Einzelnen im Rahmen der Möglichkeiten die da sind helfen, die nicht immer befriedigend sind.

Herr Planer-Friedrich:

Herr Reckers Sie sagten, häufig fehlt das Geld um bestimmte Projekte weiter zu fördern. Herr Trobisch-Lütge Ihr Projekt „Gegenwind“ war auch gefährdet, wie haben Sie es denn geschafft, dass das sozusagen institutionalisiert mit 3 Mitarbeitern für Berlin und weit darüber hinaus psychosoziale Beratung sichert?

Herr Trobisch-Lütge:

Also, dass war schon eine sehr interessante Sache, weil es natürlich genau so ist, wie Herr Reckers auch sagte. Es gibt bestimmte Zuständigkeiten und im Grunde wird man von A zu B und von B zu C geschickt, so war es bei uns damals eigentlich auch, da hat erstmal nur der Landesbeauftragte in Berlin klar gesagt: „Also, wir geben so eine Anschubfinanzierung“ und das Problem, was wir sozusagen in unserer Überzeugungsarbeit, warum es so eine spezielle Beratungsstelle für politisch Verfolgte aus der ehemaligen DDR geben sollte, immer wieder eingebracht haben ist Folgendes, das wir eigentlich zwischen verschiedenen – ich sage jetzt mal Feldern –

hin- und herschwanken: Da ist also einmal der juristische Diskurs mit dem wir zu tun haben und auf der anderen Seite der medizinische Diskurs, und dann gibt es auch noch so was wie einen geschichtlichen oder einen gesellschafts-politischen Auftrag und genau in diesem Spannungsfeld stehen im Grunde ja auch viele Personen, die in der DDR verfolgt wurden also d. h., auf der einen Seite liegen bei vielen tatsächlich bestimmte seelische Störungen – ich sage jetzt mal für meinen Fachbereich – vor, trotz alledem empfinden sich die Meisten der Betroffenen aber nicht in erster Linie als psychisch krank oder deformiert in irgendeiner Weise, sondern in erster Linie als Opfer eines Unrechtsregimes und müssen sich sozusagen auch mit der juristischen Lage auseinandersetzen. In diesem Spannungsfeld befinden sich diese Personen, in diesem Spannungsfeld war es für uns auch wichtig immer wieder klar zu machen, dass es also nicht ausreicht, den ein oder anderen einfach in eine psychotherapeutische Praxis zu schicken, weil viele Psychotherapeuten ähnlich, wie übrigens auch Gutachter mit dem Thema DDR-Vergangenheit usw. nicht viel anfangen können und dann eher in der Kindheit rumwühlen und da irgendwelche Ursachen suchen aber sich teilweise nicht vorstellen können, was sich sozusagen spezifisch in diesen Lebensläufen niedergelegt hat. Und so hatten wir im Grunde das Problem, dass wir zwischen diesen Diskursen auch ein bisschen hin- und hergeschoben wurden,



also Gesundheit sagte: „Na ja, eigentlich haben wir in Berlin gerade so viele niedergelassene Psychotherapeuten, brauchen wir denn nun wirklich auch noch eine Beratungsstelle?“, und deshalb war es eben sehr wichtig deutlich zu machen, dass es hier im Grunde um ein niedrigschwelliges vorpsychotherapeutisches Angebot geht und dass viele die zu uns kommen – sind ja mittlerweile mehrere tausend Personen gewesen –, nicht gekommen sind um Psychotherapie im engen Sinne zu bekommen, sondern zunächst vielleicht mal Menschen die ein psychologisches Verständnis haben, die sich aber auch mit der Geschichte der DDR auskennen und diesen Menschen einfach nur mal grundsätzlich zu berichten was passiert ist und das Gefühl zu haben, das ist ein sicherer Ort, wo man wirklich über diese Dinge berichten kann usw. Und das haben wir natürlich auch immer wieder nach außen transportiert, hatten damals mit Jürgen Fuchs auch einen sehr starken Fürsprecher, der uns – sagen wir mal – wichtige Türen geöffnet hat und haben versucht das dann auch fortzuführen und so ist es dazugekommen, dass die Wichtigkeit dieses Projektes immer deutlicher wurde und damit dann eben auch bestimmte finanzielle Möglichkeiten deutlich wurden, weil man im Grunde auch relativ weit oben erkannt hat, dass man diese Gruppe von Betroffenen nicht einfach ignorieren kann.

Herr Planer-Friedrich:

Nach dem Herr Richter jetzt noch kurz was dazu sagen wollte, er hat sich zu Wort gemeldet, würde ich dann Ihnen das Wort geben aber zunächst Herr Richter.

Herr Richter:

Ja ich wollte noch die Opferverbände erwähnen, ich selbst saß ja in den Räumen der VOS. Mein Nachfolger Dr. Frieder Weiße, selbst Psychologe, kann das auch sagen. Wichtig ist ja auch die Selbsthilfe, jeder von uns hier, also ehemals Verfolgter, kann ja auch etwas sagen, wenn sich ein Betroffener an ihn wendet und die fühlen sich von diesen Gruppen, auch bei diesen Gesprächen sehr gut beraten. Man kann da durchaus weiter verweisen, wir haben das ja in der Beziehung, wo man dann selbst merkt, jetzt geht es nicht mehr, der braucht wirklich psychologische Behandlung. Dann gibt es die Beratungsstelle von „Gegenwind“ und andere und dann kann man entsprechend weiter entscheiden. Das wollte ich noch ergänzend sagen.

Herr Planer-Friedrich:

Ja ich glaube es sind zwei Damen unterwegs mit Mikrofon, ich habe ganz links eine Wortmeldung gesehen, dann Herr Diederich und Sie, vielleicht drei erstmal.

Herr Wenzel:

Ja, Jürgen Kurt Wenzel noch mal. Ich habe eine Anerkennung von 60% GdB und da das doch ein bisschen interessant ist, möchte ich einen Satz mehr dazu sagen. Als Beispiel zur Retraumatisierung, ich habe im letzten Jahr mit dem Kameraden Rostrowski in Hamburg einen Prozess mitgemacht, dass ist ein Kamerad der heute noch klagt, Manfred Springer, Sie finden ihn in dem Büchlein von Freya Klier, der einen Prozess verloren hat, weil



das Sozialgericht in Hamburg ein Gutachten von Rolf Pengerhaus abgelehnt hat, ein neues Gutachten bei einer Gutachterin erstellt hat, die bei der Begutachtung zu dem Kameraden sagte: „Herr Springer ich habe 68 die BRD bekämpft, ich soll jetzt gutachten.“ Ich habe den Prozess mitverfolgt, die Richterin war immer wieder auf der Seite etwas für den Kläger zu tun aber auf Nachfragen hat sich dann immer wieder herausgestellt, dass der Herr Springer nicht geschädigt ist, weil er berufstätig ist, weil er eine Familie gegründet hat und er hat den Prozess verloren und deswegen ist er auch heute nicht hier, weil er psychisch nicht fähig ist.

Ich persönlich bin wild gemacht worden, ich habe eigentlich ein glückliches Leben geführt nach dem ich 1974 durch die „Helfenden Hände“ Hamburg in den Westen gekommen bin. Ich bin eigentlich ein bisschen heiß gelaufen nachdem ich beim Versuch der Rehabilitierungsverfahren hier in Magdeburg auf einen Beamten gestoßen bin, der mir am Telefon sagte: „Was wollen Sie?“, ich habe gesagt: „Ich möchte meine Rehabilitation haben, ich habe das und das erlebt, ich bin der und der“ und da sagte der am Telefon: „Wenn Sie Gerechtigkeit haben wollen, müssen Sie erstmal die Unterkunft und Verpflegung in den Haftanstalten bezahlen.“ So, das hat mich uschig gemacht, da war ich natürlich und da mich einige ja so ein bisschen kennen, dass ich dann auch immer ein bisschen laut werde und ein bisschen kräftig erscheine, habe ich dann die nächsten 10 Jahre gekämpft.

War alles nicht so schlimm. Im Jahre 2000 habe ich mir mal das Handgelenk gebrochen und ich bin eigentlich ein guter Masseur in einer der größten Fachkliniken in Schleswig-Holstein, bin durch den ersten Direktor der 11 A irgendwo da reingekommen, dem ich aufgefallen bin, und hat gesagt: „Dich brauche ich hier“ und ich bin auch ein ganz Guter geworden. Habe dann viele, viele Jahre ein sehr erfolgreiches Berufsleben geführt und nachdem ich mir im Jahre 2000 das Handgelenk gebrochen habe, weil ich während der Arbeitszeit meinen Wein geschnitten habe – ich wohne auf dem Gelände der Fachklinik – bin ich ein halbes Jahr krank gewesen und nachdem ich wieder kam, hatte ich fremde Leute auf meinen Arbeitsplatz die alles umgedreht haben und plötzlich war ich ein Schlechter, d. h. ich habe zuviel gearbeitet. Ich habe dann, nach dem mein Chefarzt mir gesagt hat: „Das Sie sich nicht ändern können, liegt das an Ihrer Vergangenheit, an Ihrer Traumatisierung in der SED-Diktatur, sonst würden Sie sich hier an den neuen Zeitgeist anpassen können“, darauf habe ich gesagt: „Das kann ich nicht“, da hat er gesagt: „Dann müssen Sie zum Gutachter gehen, dann müssen Sie in Rente gehen oder irgendwas.

Dann müssen Sie sich einen Psychologen suchen“, das habe ich dann getan. Ich habe einen gefunden und ich habe dann im Sinne der Verfahren die dann anlaufen meine Erwerbsunfähigkeitsrente im ersten Anlauf durchgebracht, dann habe ich geklagt, weil ich ja nun einen Schädigungsgrad von 30% hatte, psychologisch. Also die orthopädischen Geschichten die anerkannt sind bringen nachher keinen Pfennig irgendwo, so habe ich es dann im Laufe der nächsten Verfahren auf einen Schädigungsgrad von 60% gebracht. Ich möchte mich entschuldigen dass ich so ein bisschen aufgeregt bin, ich kann nichts dafür. 60% sind ja irgendwas aber ich bin durch die letzten 20 Jahre in diesem Land traumatisiert worden, d. h. meine Würde



ist verletzt worden, ich merke das man mich nach wissenschaftlichen Grundsätzen zersetzt hat, dass haben die Banditen nämlich seit den 20er Jahren nach Makarenko und so gemacht. Nur ich werde jetzt, wo ich auf die 70 zugehe immer kranker, weil ich merke, dass die Täter immer einen Schritt vorweg sind und dass man das, was wir gemacht haben, dass wir uns zur Freiheit bekannt haben nicht anerkannt wird, sondern das wir gedemütigt werden. Danke!

Herr Planer-Friedrich:

Okay, Dankeschön für das Statement. Herr Diederich wollte jetzt.

Herr Diederich:

Ja an dem Statement merkt man schon, wie die Retraumatisierung bei vielen von uns vorhanden ist. Es ist so und der Name den du anfangs erwähnt hast, Manfred Springer aus Magdeburg, das kann ich nur bestätigen. Ich hatte ihn schon des Öfteren auf einem Seminar mit in Friedrichroda, das ist ein altes FDGB Hotel, wo Harry Tisch schon mal war. Dort sind unwahrscheinlich lange Gänge und immer wenn eine Anmeldung da ist und die Anmeldung von Manfred Springer zurück kommt, steht drauf: „Lieber Hugo, bitte ein Zimmer ganz, ganz vorne im Flur, ich werde sonst verrückt, ich verblöde dabei.“

Aber ich wollte noch mal auf die Frage, die Sie Herr Planer-Friedrich vorhin wegen den Gutachtern gestellt haben zurück kommen, ob man das nicht konzentrieren und spezielle Leute nehmen kann. Wir haben vielleicht heute hier drin eins vergessen, wir haben uns nur auf die neuen Bundesländer konzentriert – ich erinnere mal daran, wie wir das in Baden-Württemberg und im Saarland gemacht haben. Aber wer von der DDR noch gar keine Ahnung hat, der kannte doch bloß den „Eisernen Vorhang“ und ansonsten Westeuropa, was wir da machen. Und einen Schritt den man vielleicht mal gehen könnte, den man schon mal im Bundestag gegangen ist, es gab in den 90er Jahren mal eine Arbeitsgruppe die wollte eine Zusammenfassung haben von wirklich Gutachtern die nur für unsere Leute da sind, die man mal zusammenfassen kann.

Soweit ich weiß war der federführende damals Markus Meckel, der ist zwar heute nicht mehr im Bundestag aber vielleicht könnte man da in der Richtung noch mal Verbindung aufnehmen und diese Arbeitsergebnisse von damals, wo das irgendwann auf der Strecke eingeschlafen ist, wieder aufnehmen und dort vielleicht Ergebnisse erzielen. Das vielleicht ganz kurz als Bemerkung dazu. Danke!

Frau Bennewitz:

Ich habe eine vermutlich schwierige Frage an Herrn Trobisch-Lütge, wir haben heute viel gehört über Traumafolgen bei Haftopfern, es wurden auch Vergewaltigungsoffer erwähnt. Als Frau Tröbs vorhin die Resolution vorgelesen hat wurden wissenschaftliche Untersuchungen erwähnt, dabei handelt es sich um eine Studie die die Uni Greifswald meiner Meinung nach 2006 gemacht hat von Professor Freudenberg und Spitzer, diese ist vermutlich nur im Norden gemacht worden, weil es in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten MV geschah. Aber es bestand auch wenig öffentliches Interesse daran das populärwissenschaftlich mal zu beschreiben. Wie er-



klären Sie sich das, dass Opfer nicht strafrechtlicher Repressionen aus diesem Feld irgendwie zu kurz kommen, also Zersetzungsoffer und Zwangsausgesiedelte?

Herr Planer-Friedrich:

Ja, vielleicht erstmal kurz zu diesen Fragen, es ist ja interessant was Sie grad angesprochen haben. Ich habe gerade noch mal in die Berliner Statistik geschaut, 2009 Anträge auf Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, also Zersetzungsoffer. Was schätzen Sie wie hoch die Anerkennungsquote ist? „0%“, ja genau, deshalb ist die Frage wirklich berechtigt und die andere Frage eben noch einmal, wie sieht es aus mit Gutachtern in den westlichen Teilen unseres Landes? Herr Trobisch-Lütge soweit ich weiß machen Sie Fortbildungen, Sie fahren auch in die anderen Bundesländer aber kommen Ihre Fortbildungen auch zu den Gutachtern?

Herr Trobisch-Lütge:

Wir sind in den vergangenen Jahren in verschiedene Bundesländer gefahren, nach Hessen und nach Bayern, das waren die beiden und haben dort für Versorgungsämter Weiterbildungen gemacht, wo die zuständigen Versorgungsamtsmitarbeiter, also auch die Versorgungsärzte sozusagen saßen. Und die Erfahrungen waren eigentlich sehr positiv muss ich sagen, ich hatte jetzt nicht das Gefühl dass da Blockadementalität herrschen würde, sondern ganz im Gegenteil, ich denke die hatten nicht sehr viele Fälle in dieser Richtung, das waren für die eher so ein bisschen Kuriositäten am Rande aber die waren sehr aufgeschlossen diesem Thema gegenüber und haben das durchaus ganz dankbar angenommen. Die Frage, die Sie gestellt haben, kann ich im Grunde nicht beantworten, nur insofern kann ich dazu was sagen, als das mir die Bedeutung von Zersetzungsmaßnahmen auch außerhalb von Haftanstalten und der stark schädigende Charakter der so was haben kann sehr, sehr bewusst ist. Ich weiß das aus einigen Fällen die mir selber bekannt sind, z. B. ein Beispiel ist die Inhaftierung beider Eltern und der fast volljährige Sohn verbleibt im elterlichen Haus und wird dort Abend für Abend von der Staatssicherheit besucht aber nicht im Sinne von Klingeln und Gespräch führen, sondern im Sinne von in die Scheiben leuchten, also starke Scheinwerfer die jeden Abend das Haus ausleuchten, den Jungen sozusagen auf Schritt und Tritt kontrollieren. Und das hat gravierende Folgen gehabt, auch als dieser Betroffene irgendwann mal zu mir gesagt hat, das er am Meisten darunter leidet, dass er nicht in Haft gekommen sei, weil er im Grunde immer mit dieser Anspannung gelebt hat – gleich passiert es, gleich passiert es, gleich geht's los –, es aber nie passierte. Er hat immer in dieser Anspannung gelebt, das war ganz furchtbar für ihn, denn eine der schlimmsten Situationen die man sich vorstellen kann, ist ja, das einem irgendetwas Grauenhaftes oder Erschreckendes oder Angst Einflößendes droht und dieser Zustand dieser Bedrohung aber nicht endet, dass ist ganz furchtbar. Können Sie sich so einen Horrorfilm angucken? Da hält man als Zuschauer vielleicht ein paar Minuten aus und denkt, wann passiert denn jetzt endlich mal was, dass es auch endlich mal vorbei ist, das ist das eine und das zweite ist, dass dann Personen die sozusagen



„nie inhaftiert worden“, die dann nie in gewisser Weise eine Entlastung dieser hohen Erregung erlebt haben – also kurzfristig natürlich nur – dass die dann im Nachhinein nach der Wiedervereinigung, die sozusagen doppelt Bestraften sind, dass sie auf der einen Seite keinerlei Anerkennung ihrer nicht Haftfolgeschäden, sondern Zersetzungsschäden bekommen und zum anderen als DDR-Opfer auch nicht ganz richtig voll genommen werden, wenn die dann in irgendeiner Opferkreise kommen, wird dann teilweise auch gesagt: „Du hast ja nicht mal gegessen.“ Das ist sehr, sehr schwierig, da gebe ich Ihnen Recht.

Herr Planer-Friedrich:

Da wir jetzt gar nicht mehr so viel Zeit haben und ich sehe noch sehr viele Wortmeldungen, würde ich Sie bitten wirklich kurze Fragen zu stellen und auch Sie auf dem Podium würde ich bitten, möglichst knapp zu antworten, damit noch viele zu Wort kommen. Sie in der zweiten Reihe, dann Herr Weiße und Herr Rathenow habe ich jetzt noch in Erinnerung.

Frau ...

Ich habe eine Frage an Herrn Reckers und zwar Sie haben vorhin die Formulierung gebracht, irgendwie die Summe der Anträge beim Sozialgericht wären weniger geworden. Jedenfalls wollte ich erstmal sagen, aus der Summe der Klagen beim Sozialgericht kann man ja nicht unbedingt auf die Summe der Ablehnungen schließen, die es vorher gegeben hat, wo Leute dann eben nicht mehr die Kraft hatten so einen Antrag zu stellen. Mich würde mal interessieren, ob es da irgendwelche statistischen Angaben drüber gibt, wie viel Anträge es gibt, wie viel abgelehnt wurden, wie viele sind zum Sozialgericht gegangen, ob es das bei allen Ländern gibt oder hier in ihrem Land jetzt? Und wenn jetzt jemand diese Kraft beim Sozialgericht zu klagen nicht gehabt hat, gegen den Widerspruch der abgelehnt worden ist, hat der dann die Möglichkeit das 2 Jahre später zu machen oder ist es damit, wenn er es nicht gleich macht, verjährt, weil es kann ja manchmal sein, dass man 2 Jahre später sagt: „Jetzt habe ich die Kraft, ich will damit noch vor das Sozialgericht gehen“.

Herr Planer-Friedrich:

Das war eine ziemlich umfassende Frage, können Sie da knapp gleich drauf antworten?

Herr Reckers:

Ja, ich habe nicht von irgendwelchen Zahlen beim Sozialgericht gesprochen, das kann ich nämlich gar nicht, die kenne ich auch nicht. Ich kann Ihnen allgemeine Zahlen über die Entwicklung der Bearbeitung von Anträgen, die mir zugearbeitet worden sind, geben. Bei dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz haben wir 8 unerledigte Anträge, wir haben insgesamt in Sachsen-Anhalt 1.325 Anträge seit 92 gehabt und 1.317 sind dann erledigt, auf welchem Weg auch immer und da gab es eben 73 Bewilligungen von Rente und über Anerkennung bei der MdE unter 25% 187, d. h. ich kann Sie jetzt mit anderen Zahlen auch noch da erfreuen, Häftlingshilfegesetz sind 24% der Anträge, also von 747 sind 180 in der Rentenbewilligung abgeschlossen worden. Außer



zum Zeitpunkt einer verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, da hatten wir 74 Anträge, nach dem was mir hier aufgeschrieben worden ist, 73 davon erledigt, 2 mit Rente und 7 mit Anerkennungen. Beim strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz hatten wir in Sachsen-Anhalt 33.839 Anträge insgesamt und davon sind dann nachher letztlich positiv beschieden 28.782, 124 sind im Augenblick noch in der Bearbeitung, d. h. also der Bearbeitungsstand ist immerhin ganz gut. Aus welchen Gründen die Anträge die nicht positiv bewertet worden sind, also nicht zum Erfolg geführt haben, zum Teil sind sie zurückgezogen worden, zum Teil ist jemand verstorben oder ich weiß nicht was es alles für Möglichkeiten gibt, kann ich Ihnen im Einzelnen nicht sagen. Und die Frage, wie dann bei den Gerichten nachher positiv entschieden worden ist, dann ist das nachher selbstverständlich auch umgesetzt worden und dann gehört das zu den positiv bewilligten. Nur ich kann jetzt aus den Zahlen die ich habe, nicht entnehmen welcher Weg, manchmal langer Weg sicherlich, da beschritten werden musste, um zu diesem positiven Ergebnis zu kommen.

Herr Planer-Friedrich:

Also, Sie haben natürlich immer die Möglichkeit dann einen sogenannten Verschlimmerungsantrag zu stellen, also Jahre später. Auch wenn alles abgelehnt ist, können Sie sozusagen einen neuen Antrag auf Verschlimmerung stellen und dann geht die ganze Geschichte noch mal von neuem los. Das ist natürlich möglich.

Herr Reckers:

Entschuldigung ich hatte das vergessen aber es war im Ergebnis das, Sie brauchen an und für sich einen neuen Tatbestand und müssen das Aufarbeiten.

Herr Planer-Friedrich:

Ich hatte jetzt noch 2 Wortmeldungen, Herr Rathenow und Frieder Weiße.

Herr Rathenow:

Ja, ganz kur nur. Nach 3 1/2 Wochen Tätigkeit als Landesbeauftragter muss ich sagen, dass ich den Bereich dieser Beratung als Teil meiner Aufgaben unterschätzt habe. Untz Rachowski reist ja durch das Land Sachsen und macht diese Beratung sehr gut, ich merke aber das der Beratungsbedarf offenbar auch wenn in der Öffentlichkeit das Thema wieder mal aufschäumt und da reicht schon die Berichterstattung über Roland Jahn und die Bereitschaft nicht, das ehemalige Staatssicherheitsmitarbeiter kein Verständnis dafür haben, dass sie nur an eine andere Stelle versetzt werden sollen, um ehemaligen Opfern einfach nicht wieder zu begegnen, reicht schon um die Zahl der Anrufe zu reaktivieren. Ich habe auch selbst einige durchgeführt, es beginnt schon bei dem Problem, dass es offenbar Menschen gibt – vorgestern erst so einen Anruf gehabt –, die trauen sich nicht bei der Außenstelle der Unterlagenbehörde einen Antrag auf Akteneinsicht zu stellen, sondern brauchen schon eine Beratung und ein Gespräch begleitend durch eine andere Behörde zu der sie mehr Vertrauen haben, sicher auch durch die gute Arbeit der Mitarbeiter



und auch meines Vorgängers. Und dann gibt es so etwas wie eine Traumatisierungsbeschleunigung in der verlaufenden Zeit und durch ständige Retraumatisierungsanlässe, die durch das Auftreten von ehemaligen IMs und anderen Leuten in der Öffentlichkeit vortreten und deren Folgen ich unmittelbar in den Briefen, in Erlebnisberichten und in anderen Sachen sehe, die ich so unterschätzt habe, also ich möchte z. B. die Gutachtertätigkeit intensivieren, da sind auch das Bereitstellen von gewissen Finanzmitteln durchaus möglich. Untz Rachowski wird jetzt solche Gutachten in bestimmten Fällen schon versuchen selbst zu erstellen. Auch meine Bürde, auch ich könnte mehr machen, wenn es gesetzlich mehr Möglichkeiten gäbe in einer ganz anderen Richtung und zwar im Rahmen des Tätigkeitsprofils, dass wir die Staatssicherheitsakten im Rahmen unserer Beratung einsehen dürfen und zwar nicht im Rahmen wissenschaftlicher Forschungsaufträge. Ich hätte mehrere konkrete Fälle, wo ich dies müsste, um zu prüfen ob jemand mit sehr verrückten und sehr schwierigen Geschichten, ob man das durch Aktenteile sachgemäß begleiten kann, denn natürlich müssen die Staatssicherheitsakten ernst genommen werden, es gibt Fälle wo beschrieben wird, wie jemand zu suizidalen Neigungen gebracht wird, da ist die Beschreibung so eindeutig dass eine Nichttraumatisierung faktisch ausgeschlossen ist. Derjenige kann aber an Hand seiner privaten Akteneinsicht das zum Teil gar nicht an den entsprechenden Stellen erkennen oder durch irgendeine verrückte Konstellation, dass da ein Außenstehender, ein Betroffener, ein Dritter rein kommt, wird gerade diese Stelle geschwärzt.

Herr Weiße:

Ich bin der Nachfolger von Herrn Richter. Ich muss aber sagen ich bin kein Psychologe, ich bin Kulturanthropologe, bin allerdings Betroffener. Sie können im Internet ein Manuskript von mir von 88 Seiten über psychische Folter beim MfS nachlesen, es ist meine eigene. Ich besitze also auch Betroffenenkompetenz und möchte mich darauf auch beziehen. Ein guter Freund der mich dazu gebracht hat dieses Manuskript auch zu schreiben, ein guter Therapeut und deshalb möchte ich das hier sagen, er hat gesagt: „Ein großes Hindernis für unsere Therapie ist die Straffreiheit der Täter“, ich möchte das einmal so hinstellen. „Ein anderes Hindernis für unsere Therapie ist – ich möchte es einmal in diesem Zusammenhang sagen – das Dilemma in dem wir uns befinden“, wir müssen um unsere Renten zu sichern immer beweisen, dass wir noch krank sind, dass wir traumatisiert sind, dass es keine Besserung gibt. Wenn wir gesund werden wollen, müssen wir uns um eine Besserung bemühen und das ist ein Konflikt den man nicht auflösen kann. Einen weiteren Konflikt den es gibt ist der, dass diejenigen, wenn sie von der Spitze her mit den Versorgungsämtern sprechen, mit den Leuten die dort sitzen, sagen die alle: „Es ist ja alles viel besser geworden und es ist ja alles sehr positiv“ und wenn sie es aus der betroffenen Perspektive sagen, sagen die: „Es ist so beschissen wie eh und je“, ich sage es mal so kurz. Ich möchte noch was



positives zum Schluss sagen, wir haben vor ein paar Tagen oder paar Wochen, weil es am Sozialgericht Neuruppin eine Stasi-Richterin gegeben hat, also eine Frau die früher bei der Stasi war, dort hin geschrieben, das Gericht hat sie von ihren Aufgaben für Rehabilitierungsfragen entbunden. Aber dieser Gerichtsdirektor hat eine tolle Idee zurück geschrieben, er hat nämlich gesagt: „Ich habe seit dem ich hier Direktor dieses Sozialgerichts bin, an die Landesbeauftragten von Brandenburg und von Berlin geschrieben und habe um eine Gutachterliste gebeten und die wenden wir jetzt an, wäre das nicht eine tolle Idee, dass allgemein so zu handhaben?“ Ich denke wenn wir da wären, wären wir ein ganzes Stück weiter. Danke!

Herr Planer-Friedrich:

Vielen Dank Herr Weiße, wir sehen wir sind bei diesem Thema noch lange nicht beim Ende. Das war sozusagen nur ein Zwischenstand den wir hier diskutieren konnten, möglicherweise im nächsten Jahr eine ähnliche Runde. Ich danke Ihnen für Ihre Fragen und ich danke Ihnen auf dem Podium für Ihre Mitwirkung.



Technikmuseum „Hugo Junkers“ Dessau e. V.



Theatervorstellung in der Marienkirche Dessau



von links: Herr Praschel, Herr Prof. Hoppe, Herr Dr. Hüttmann, Herr Cramer

29. Mai 2011

Herr Dr. Hüttmann:

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 15. Bundeskongresses, ich begrüße Sie sehr herzlich zu dem letzten Podium dieser Tagung, das den Titel trägt „Das Urteil über die Mauer – ist nach 20 Jahren schon alles aufgearbeitet“. Mein Name ist Jens Hüttmann, ich bin der Moderator dieses abschließenden Podiums und bin normalerweise Referent für schulische Bildungsarbeit bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und bevor wir jetzt hier vorne loslegen, möchte ich Uwe Richter das Wort geben, der noch ein paar Bemerkungen zur Resolution, zur Unterstützung Roland Jahn machen wird.

Herr Richter:

Schönen guten Morgen, mein Kollege Tom Sello hatte Ihnen ja gestern schon einen Entwurf zur Unterstützung von Roland Jahn vorgelegt, der ist gestern Nachmittag noch mal überarbeitet worden. Ich würde den jetzt kurz noch mal vorlesen und dann die Unterschriftenliste rumgehen lassen, wer also das unterstützen möchte, kann sich dann bitte eintragen.

Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen unterstützen den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Die Beschäftigung von ehemaligen Mitarbeitern des MfS in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ist nicht akzeptabel, dieser unhaltbare Zustand muss schnell beendet werden. Er wird nicht dadurch besser, dass er bereits seit den Gründungstagen der Behörde andauert. Die Beschäftigung von ehemaligen Stasi-Leuten belastet die Glaubwürdigkeit einer der wichtigsten Institutionen zur Aufklärung über die kommunistische Diktatur in der DDR. Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen begrü-



Ben deshalb ausdrücklich, dass der Bundesbeauftragte Roland Jahn das Problem seit seinem Amtsantritt deutlich benannt hat und sich um eine Lösung bemüht. Bundestag und Bundesregierung sind in der Verantwortung und aufgefordert endlich andere Arbeitsbereiche für die ehemaligen Stasi-Mitarbeiter zu finden und die gesetzlichen Möglichkeiten dafür auszuschöpfen, erklären Vertreter der Verbände und Initiativen auf dem 15. Bundeskongress vom 27. bis 29. Mai 2011 in Dessau.

Dessau, 29. Mai 2011

Wer also diesem Aufruf noch nicht zugestimmt hat und das noch gerne tun möchte, die Unterschriftenlisten liegen hier vorne und wir geben sie vielleicht am besten durch, wie das vorhin auch schon gemacht worden ist. Vielen Dank!

Herr Hüttmann:

Danke Uwe Richter. Ist nach 20 Jahren schon alles aufgearbeitet? Wer eben dem Podium zugehört hat kann diese Frage nur verneinen. Wir stellen diese Frage trotzdem noch mal, weil wir diese Frage in unterschiedlichen Bereichen jetzt noch einmal diskutieren wollen. Und zwar können wir diese Frage: Ist nach 20 Jahren schon alles aufgearbeitet, uns dieser Frage juristisch nähern, wir können uns fragen, welche Rolle mediale Formen von Aufarbeitung in den letzten 20 Jahren gespielt haben und zukünftig spielen werden? Wir können uns dieser Frage aus einer sozial-ethischen Perspektive, die auch grundsätzliche Fragen des Warum und Wie der Aufarbeitung berühren kann und wir können uns schließlich dieser Frage auch aus Europa und bildungspolitischer Frage nähern. Ich begrüße deswegen ganz herzlich hier auf dem Podium von links nach rechts Dr. Joachim Riedel, Michael Cramer, Prof. Thomas Hoppe und Gerald Praschl. Schön, dass Sie hier sind!

Herr Dr. Riedel, Sie sind 1941 in Münster geboren, sind Jurist. Sie haben 1978 in Tübingen promoviert, waren bis 1991 Strafrichter und Staatsanwalt im Land Baden-Württemberg. Wurden im Jahr 1991 nach Berlin zur Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft II abgeordnet. Sie waren dann u. a. zuständig bei den Mauerschützenverfahren, Sie haben mitgewirkt in den Verfahren gegen die Verantwortlichen des nationalen Verteidigungsrates und waren ab 1999 bei der zentralen Stellen der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg tätig. Sie sind neben Ihrer Berufsperspektive, neben Ihrer Erfahrungsperspektive auch jemand der zahlreiche Publikationen zu unterschiedlichen Fragen juristischer Formen der Vergangenheitsaufarbeitung vorgelegt hat, u. a. zum Schießbefehl und zu Fragen von Verjährung oder auch allgemein zur strafrechtlichen Aufarbeitung von Diktaturvergangenheit. Herr Riedel, Sie haben 1998 einen Vortrag gehalten, indem es um das Unbehagen mit der juristischen Aufarbeitung mit dem SED-Unrecht geht, Sie haben am Anfang Ihres Vortrages unterschiedliche Schlagworte zitiert, die dieses Unbehagen darstellen, dazu gehört z. B. der Begriff Siegerjustiz oder die Vorstellung dessen, dass das was bei der Aufarbeitung des NS-Unrechts versäumt wurde, nun in einem übertriebenen Maße am SED-Unrecht



exerziert werden sollte. Also unterschiedliche Schlagworte genannt, Sie haben Bärbel Bohley mit ihrem berühmten Ausspruch zitiert: „Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen.“ Welche Frage haben Sie im Bezug auf dieses Unbehagen einer juristischen Aufarbeitung 1998 in Ihrem Vortrag gegeben, wie beurteilen Sie die juristische Aufarbeitung aus heutiger Perspektive?

Herr Dr. Riedel:

Ich stehe im Wesentlichen noch zu dem, was ich damals kundgetan habe. Wichtig ist mir gerade das Stichwort Siegerjustiz, das ist vielen gar nicht mehr so bewusst, dass die strafrechtliche Aufarbeitung des SED-Unrechts DDR-intern vor dem Beitritt begonnen hat. Und ich will es nur ganz plakativ sagen, im Zeitpunkt des Beitritts war Herr Mielke bereits seit langem Untersuchungshäftling und er ist von der Bundesrepublik beim Eintritt als Untersuchungshäftling übernommen worden, er ist der Einzige der von den Oberen zum Zeitpunkt des Beitritts in Untersuchungshaft saß und das hat er ja bis zum Ende durchgehalten. Also das Schöne ist mir schon mal ganz wesentlich, die Bundesrepublik mit ihrer Justiz hat die Aufklärungs- und Ermittlungstätigkeit, Strafverfolgungstätigkeit die zu DDR-Zeiten begonnen hat übernommen, fortgeführt, allerdings in einer anderen Qualität und Quantität eben. Wenn ich bedenke, ich hatte nun ressortbedingt mit den Grenztoten zu tun, die Militärstaatsanwaltschaft der früheren DDR hat sich schwer getan mit der strafrechtlichen Ermittlung und die hat erst richtig losgelegt nach der Übernahme, nach dem Beitritt. Ganz wesentlich scheint mir, den einen ist zu mild verfolgt worden und von der anderen Seite wird Kritik geübt, dass überhaupt strafrechtlich verfolgt worden ist. Sie haben gewissermaßen den Mittelweg eingeschlagen und es sind milde Strafen verhängt worden, allerdings war das nicht von vornherein klar. Ich weiß in einem Fall, der nie und nimmer hätte passieren dürfen am Brandenburger Tor „Ein Wessi steigt im betrunkenen Zustand über die Mauer nach Ost und wird abgeknallt aus nächster Nähe“, das hätte nicht mal nach der Befehlslage im Osten passieren dürfen. Intern ist es auch gerügt worden von der Militärabwehr aber nach außen ist der Mann belobigt worden und auf Ostseite ist ihm nichts passiert. Wir haben als Weststaatsanwälte argumentiert „Das war ein Exzess, der hätte nicht passieren dürfen, da darf es nie und nimmer Strafaussetzung zur Bewährung geben.“ Das Landgericht hat Strafaussetzung gewährt und wir sind Sturm gelaufen, haben Revision eingelegt zum Bundesgerichtshof und waren betroffen – will ich mal bescheiden sagen – als der Bundesgerichtshof diese Entscheidung mit der Begründung gehalten hat – es war ihm nur ein paar Zeilen wert –: „Die Grenzer waren ideologisch so beeinflusst, die konnten gar nicht anders, die waren auf Schießen bei der Grenzverletzung eingestellt und indoktriniert“, stattdessen hat der Bundesgerichtshof diesen Fall zum Anlass genommen, sich seitenlang auszubreiten, ob die Verjährung geruht hat, ob die Tat überhaupt noch verfolgt werden dürfe. Aus der Rückschau heute und jetzt,



von links: Herr Prof. Hoppe, Herr Hüttmann, Herr Cramer, Herr Riedel

ist die Antwort, akzeptiere ich nicht nur diese Entscheidung des Bundesgerichtshofs, diese Tendenz zu geringer Strafe. „Mauerschützen“ haben ja, wenn sie verurteilt wurden nur Strafaussetzung mit Bewährung bekommen, obwohl es jeweils ein Totschlag war, es sind Menschen umgebracht worden. Ich akzeptiere das, wenn ich jetzt auch zurück schaue, nachdem ich 10 Jahre in Ludwigsburg verbracht und erfahren habe, wie milde die bundesrepublikanische Justiz mit NS-Tätern umgegangen ist. Wenn ich es mal ganz plakativ ausdrücke, Mauertote wurden in Markbeträgen abgegolten, NS-Tote in Pfennigbeträgen und es wäre hanebüchen gewesen, wenn die bundesrepublikanische Justiz die Fälle von Schusswaffengebrauch mit tödlichen Ausgang an der Grenze so geahndet hätte, wie bei einer normalen Tötung heutzutage in der Alltagskriminalität ahndet. Das stößt immer wieder auf Protest auf der Opferseite und bei denen, die sich solidarisch empfinden mit den Opfern aber ich bitte um Verständnis, zwei Diktaturen nacheinander, ich denke es war die salomonische Lösung, nachdem man vielleicht überproportional milde gewesen ist bei der NS-Vergangenheit, wenigstens in etwa ähnliche Maßstäbe anzulegen im Bezug auf das SED-Unrecht, jetzt speziell was die Toten betrifft. Abgearbeitet sind die Todesfälle sämtlich schon seit 10 Jahren, weil die Archive aus DDR-Zeiten zur Verfügung standen. Systematisch sind alle Archivmaterialien gesichtet und ausgewertet worden, ich glaube nicht das es einen „eigentlichen“ Todesfall mit Schusswaffengebrauch oder mit Mineneinsatz und Selbstschussautomaten noch gibt, der nicht erfasst worden ist – es sind vielleicht nicht alle erfasst worden – aber sind inzwischen in der absoluten Verjährung, da könnte nicht mehr angegangen werden. Es ließe sich jetzt noch lange drüber sprechen, das will ich Ihnen aber ersparen, wie unterschiedlich die Ermittlungsansätze waren, einmal im Bezug auf das 3. Reich und seine Verbrechen und im Bezug auf die DDR-Vergangenheit. Soviel im Augenblick.



Herr Hüttmann:

Vielen Dank Herr Riedel. Gerald Praschl ich begrüße Sie auch sehr herzlich, Chefredakteur der SUPERillu, geboren 1968 in Burglengenfeld, arbeitet seit vielen Jahren als Journalist in Berlin. Ist mit zahlreichen Veröffentlichungen zu zeithistorischen Themen, insbesondere immer wieder auch zur Vergangenheit der SED-Diktatur hervorgetreten, u. a. in der SUPERillu aber genauso auch in wichtigen interessanten Büchern, die sich häufig um Themen von Mut und Zivilcourage häufig in historischer Perspektive, z. B. zum Volksaufstand drehen. Herr Praschl ich wollte Sie anfangs fragen, auch als Überleitung zu dem, was wir eben von Herrn Riedel gehört haben, wie hat die SUPERillu die strafrechtliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verfolgt? Wie wurde darüber berichtet, was war Ihr persönliches Interesse als Reporter der SUPERillu bei diesem Thema?

Herr Praschl:

Insbesondere die Prozesse gegen die Mauerschützen haben uns damals sehr beschäftigt, die waren auch deswegen ein großes Politikum, denn da standen junge Leute vor Gericht, 20-Jährige, die ganz bestimmt nicht die Hauptschuld an der SED-Diktatur trugen, die aber auf Grund des Vorgehens der Justiz dummerweise die allerersten waren, die vor Gericht standen. Die standen vor Mielke und Honecker und vor den anderen Politbüromitgliedern vor Gericht und es konnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, dass die dran schuld wären und nicht die Anderen. Insofern hat uns dieser Prozess natürlich auch besonders interessiert, wir haben es damals für richtig erachtet, einem dieser 4 angeklagten jungen Leuten den Anwalt zu bezahlen und da auch ein Zeichen zu setzen für eine gerechte, faire Verurteilung natürlich der Verstrickung des Einzelnen. Natürlich haben sie auch Schuld auf sich geladen, das ergab sich ja auch im Laufe des Prozesses, keine Frage, aber auch ein Zeichen zu setzen, dass wir da auch für eine sachgerechte Aufarbeitung eintreten und nicht für eine pauschale Vorverurteilung, wie das diesen jungen Leuten damals auch passiert ist, sie hatten das Pech, sie waren die Ersten die vor Gericht standen. Es gab dann noch mehr Prozesse gegen Mauerschützen die dann nicht mehr so eine große Aufmerksamkeit genießen haben wie dieser erster, dieser sogenannte Gueffroy-Prozess, benannt nach einem der 4 Opfer, die dort zur Anklage standen. Der Politbüroprozess und zuletzt der, der 1999 am Tag vor dem 10. Jahrestag des Mauerfalls zu Ende ging, mit dem letztinstanzlichen Urteil in Leipzig, hat uns auch immer wieder beschäftigt. Heute steht die juristische Aufarbeitung sicherlich nicht mehr im Mittelpunkt und wenn, dann höchstens in der Form von Bilanzen, da muss man sagen – da möchte ich einen ehemaligen Kollegen von Herrn Riedel zitieren –, den damaligen Leiter der zentralen Ermittlungsgruppe Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), Manfred Kittlaus, der zum Ende seiner polizeilichen Karriere der Meinung war, dass diese juristische Aufarbeitung in weiten Teilen gescheitert ist und das die Gesetzeslage in unserem



Herr Praschl, Chefredakteur der Superillu



Land offensichtlich weder nach dem Dritten Reich noch heute geeignet waren Verbrechen, die von Staats wegen begangen wurden, angemessen zu ahnden oder zu verfolgen. Die Statistik spricht ja auch dafür, insgesamt 40 Leute, die überhaupt zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurden, die haben im Schnitt 2 Jahre und 3 Monate abgesessen. Die größte Ironie der Geschichte war sicherlich, dass einer der Hauptverbrecher, Erich Mielke, wegen einer Straftat verurteilt wird, die mit der SED-Diktatur überhaupt nichts zu tun hat und als er im Jahr 2000 starb galt er nicht mal mehr als vorbestraft, denn seine Vorstrafe wurde an seinem 90. Geburtstag gelöscht. Na ja, wenn man sich die Fakten anguckt die überhaupt zu Gefängnisstrafen führten, waren das eben in der Tat, wie Herr Riedel auch ausführt, einige Exzesstaten die wahrscheinlich, hätte es in der DDR eine anständige Justiz gegeben, auch dort strafbar gewesen wären. Wenn ein Stasi-Mann angetrunken vor der MfS-Kreiszielstelle zwei Leute über den Haufen schießt, war das auch in der DDR strafbar. Die eigentliche systematisch von Staats wegen begangene Kriminalität, die ist weder verfolgt noch angeklagt, noch verurteilt worden, das muss man 20 Jahre später einfach mal so sehen, insofern ist, wenn schon die juristische Aufarbeitung gescheitert ist, die gesellschaftliche umso wichtiger, denn da kann man in der Tat noch etwas tun, juristisch wird da nichts mehr nachkommen und da muss man einfach sagen, das war ein Fehlschlag.

Herr Hüttmann:

Danke Herr Praschl. Prof. Thomas Hoppe, ich möchte Sie kurz vorstellen. Sie sind Professor für katholische Theologie unter besonderer Berücksichtigung der Sozialwissenschaften und Sozialethik an der Universität der Bundeswehr, der Helmut-Schmidt Universität in Hamburg. Ihre Forschungsgebiete beziehen sich, so wie ich es gelesen habe, im groben Kontext auf Fragen von Menschenrechten, Menschenrechtserziehung, auf Fragen von politischer Bildung und wenn man es abstrakt formulieren würde, vielleicht so was wie ethischen Implikationen und Schlussfolgerungen aus Diktaturerfahrung – könnte man vielleicht sagen – aus ehemals diktatorischen Gesellschaften. Herr Hoppe ich wollte Sie eingangs fragen, wie würden Sie aus Ihrer Perspektive eigentlich den Sinn von Aufarbeitung beschreiben? Welche Kriterien sind es, wo man sagt, eine Aufarbeitung ist gelungen oder gescheitert, dass wäre die eine Frage? Was mich auch interessieren würde ist, wie Sie eigentlich persönlich als Forscher zu dem Thema DDR und DDR-Aufarbeitung gekommen sind, wann Ihre Initialzündung dafür war, sich mit dem Thema zu beschäftigen?

Herr Prof. Hoppe:

Vielen Dank, ich beginne mal mit der letzten Frage, weil ich dann bei der Antwort auf die erst gestellte Frage etwas ausführlicher sein kann. Also, wann hat mich diese Thematik zu interessieren begonnen? Eigentlich als ich noch ein Schüler war, aber aus ganz anderen Kontexten, die hatten nichts mit DDR zu tun, mir fiel einfach viel zu früh ein Buch – ein Bildband über NS-Verbrechen – in die Hände, da war ich 12 Jahre alt und das hat mich sehr bewegt. Diese Thematik, wie geht man mit einer solchen Erfahrung um die sehr eindrücklich ist, Bilder die man nicht mehr los wird, vor



allem wenn man eigentlich noch Kind ist, die hat mich auch deswegen beschäftigt, weil familiär diese Hintergründe von Verfolgungs- und Vertreibungserfahrungen eine Rolle spielten, die ja bei vielen, die sich mit dem Thema irgendwann mal beschäftigt haben, biografisch eine Bedeutung haben. Ich bin dann immer wieder mit dem Thema der NS-Vergangenheit in Berührung gekommen, während meines Studiums und auch danach und habe dann das große Glück gehabt – anders kann ich das eigentlich nicht sagen – in der Zeit als die friedliche Revolution stattfand, Kontakte zu kirchlichen Partnern, kirchlichen Kolleginnen und Kollegen aus der DDR zu haben und mit denen habe ich sehr intensive, zum Teil tage- und nächtelange Gespräche geführt und dadurch bin ich natürlich mit diesem Kontext in besonders enge Berührung gekommen und habe viele Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede zum Thema des Umgangs mit der NS-Vergangenheit angetroffen.

Klar war für mich die entscheidende Gemeinsamkeit, dass Lasten der Tat folgen – so möchte ich das mal sagen –, die Taten sind begangen, das Unrecht ist geschehen, die Folgen wirken fort und die entscheidende Frage die sich für mich als Sozialethiker stellte, ich bin der Auffassung, man kann einen solchen Befund nicht einfach auf sich beruhen lassen, sofern Menschen unter einer Vergangenheit leiden, in einer Form die tief in ihr Leben eingeschnitten hat und bis heute einschneidet, sie überschattet, sie trübt, Freude nicht mehr entstehen lässt, zu Rückzügen in aller Art aus dem sozialen Leben führt, weil der Leidensdruck irgendwann zu groß ist, solange das der Fall ist und nicht nur an einigen wenigen Stellen, ist es aus meiner Sicht eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, nicht nur der Menschen die in der DDR gelebt haben und nicht nur der Repräsentanten aus den 5 neuen Bundesländern – wie man es seinerzeit sagte –, sondern ganz Deutschland sich um diese Fragestellung zu kümmern, auch deswegen, weil ich der Meinung bin, dass die Tatsache das es eine DDR gab, mit der Politik die Deutschland zuvor als ganzes Land betrieben hat entscheidend zu tun hat, diese Abspaltung des ab 1945 oder einige Jahre später angeblich getrennte Wege gegangen werden, hält ja einer näheren historischen Überprüfung überhaupt nicht stand und es gibt vielfältige Beeinflussungen des Prozesses der zur Entstehung der DDR führt, der die Lebenswirklichkeit in der DDR letztlich auch mit prägt durch westliche Politik, also ich sehe die Zusammenhänge viel, viel stärker, als die getrennten Wege die gegangen wurden. Warum ist das wichtig, dass man aufarbeitet? Der erste Grund neben dem schon genannten Primärmotiv Verringerung, Linderung von Leid, ist für mich die Tatsache das man unterschiedliche Berichte, unterschiedliche Narrative – wie die Historiker sagen – antrifft. Unterschiedliche Leute erzählen unterschiedliche Geschichten, sie stehen unverbunden nebeneinander, die einen waren trotzig darauf, dass sie auf der richtigen Seite als Träger eines Systems gestanden haben, die anderen erinnern dass was ich beschrieben habe, die dadurch erwirkten, erzeugten Leiderfahrungen.

Es gibt keine gemeinsame Erinnerung und damit auch nicht so etwas wie ein authentisches Erinnern, jeder kann auf die Ablendungen des jeweils anderen mehr oder weniger zu Recht verweisen. Es führt dazu, dass sich eine Gesellschaft spaltet und das über wesentliche inhaltliche Punkte Differenz besteht, dadurch kommt es gerade nicht zu dem, was ich mir erhoffen würde, dass man aus Diktaturerfahrungen lernen zieht, solange Narra-



tive unverbunden gegeneinander stehen wird nicht gelernt. Und es ist auch nicht möglich, was wir meines Erachtens noch viel schwer wiegender zu veranschlagen haben, dass es zu einer Zäsur der Lebenswelten kommt die nicht überbrückt werden kann, die Lebenswelt der Opfer auf der einen Seite, die Lebenswelt der für das System-Unrecht Verantwortlichen und derer die weder Täter noch Opfer waren auf der anderen Seite, denn fatalerweise stehen diese beiden Gruppen, die Unbeteiligten oder Unbetroffenen und die Täter einander näher, als beide den Opfern gegenüber, das ist ganz fatal. Und das führt zu der Wahrnehmung, dass wenn man sich in dieser Opferrolle findet, man eigentlich ausgegrenzt ist, nicht nur von den Tätern, von denen ohnehin, sondern auch vom Rest der Gesellschaft und diese Spaltung ist überaus schmerzlich, sie wird typischerweise von Tätern und Unbetroffenen nicht wahrgenommen, von den Opfern sehr wohl und auch das ist eine Gemeinsamkeit die ich antreffe im Hinblick auf die Frage der vielen Jahrzehnte Bundesrepublik nach 1945, da hat es diese Erfahrungen nämlich auch gegeben, es gibt große Opfergruppen die nie in die Gesellschaft zurückgefunden haben, weil sie sich in ihr nicht angenommen fühlen, ihre Geschichten wollte niemand hören.

All das sind Dinge die Sie auch kennen. Ein dritter Gesichtspunkt scheint mir wichtig zu sein, wenn man authentisch erinnern will, also Genauigkeit gegenüber allen Beteiligten walten lassen will und dadurch dieses Gegeneinanderstehen der Narrative überwinden, dann muss man differenzieren, dann nützen Schwarz-Weiß-Zeichnungen nichts und das fordert allen Beteiligten eine Menge ab, dem Täter dass er sich mal in die Rolle des Opfers versetzt, was wäre wohl wenn er an der Stelle dessen wäre, den er vernommen hat z. B., aber umgekehrt ist die Kategorie Täter eine eindeutige Bezeichnung, gibt es nicht viele Profile von Täterschaft, gibt es nicht viele Formen der Verantwortlichkeit, Mitverantwortlichkeit, vielleicht auch Täter-Opfer-Biografien, das Problem der Verstrickung, wie weit haben wir das wirklich vor Augen, dass Leute auch verstrickt wurden im Kontext denen sie nicht aufhelfen wollten aber aufgeholfen haben. Wie oft beginnt ein Prozess der Anwerbung durch die Stasi schleichend und wenn man merkt wie weit man gekommen ist, kommt man nicht mehr raus.

All diese Dinge gibt es doch und d. h. das authentische Erinnern verlangt auch die Bereitschaft ab, diese sehr differenzierten Tätersituationen und Täterprofile auf sich wirken zu lassen und zu fragen, wie kann man den Menschen gerecht werden. Durch Ausgrenzung wird man es nicht erreichen, man wird immer eine kleine Gruppe von Leuten haben bei denen gar nichts mit Argumenten zu erreichen ist, dass war nach 1945 auch so aber man wird gerade im Kontext DDR viele antreffen, die zum Gespräch bereit sind, wenn es in der Bereitschaft geschieht, sie mit dem, was sie einzubringen haben, zunächst einmal auch anzuhören und zwar ohne Schuld zu verharmlosen aber eben auch ohne zu diabolisieren. Eine schwierige, eine zumutungsreiche Voraussetzung die ich hier mache. Und schließlich scheint mir wichtig, auch das ist für die Aufarbeitung von entscheidender Dimension, die Hilfe für die Opfer. Wie weit wird denen die unter den Folgen leiden die ich beschrieben habe wirklich geholfen? Wie weit bleiben sie allein? Ich denke es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufarbeitungsfrage wie weit wir Menschen die in einer solchen Lage



sind psychosoziale Hilfsangebote machen. Sie brauchen sie zahlreich und da wo sie gemacht werden, werden sie angenommen. Sie sind aber in viel zu geringer Zahl realisiert. Psychosoziale Hilfe ist etwas was man machen kann, es geht um den politischen Willen es umzusetzen, auch um den Willen von gesellschaftlichen Trägern, etwa den Kirchen, dazu die Bereitschaft aufzubringen, hier gibt es glücklicherweise – das finden sie draußen auf den Tischen – aber auch Projekte die Hoffnung spenden. Letzter Satz, ich bin wahrscheinlich schon viel zu lang aber es ist mir wichtig, dass noch mal zu sagen. Vorsicht mit der Rede von Versöhnung, die kommt mir im kirchlichen Sprachgebrauch zu früh vor, sie kommt mir auch völlig unreflektiert häufig vor, unreflektiert, weil sie auch die zahlreichen Voraussetzungen nicht reflektiert die für authentische Versöhnung notwendig sind. Es gibt viele Hindernisse für Versöhnung, für die Opfer, die den Tätern vertrauen müssen, dass es ihnen überhaupt um Versöhnung geht. Kann man das, wenn man einem Vernehmer gegenüber sitzt, wird man nicht sagen, wenn der anfängt von Versöhnung zu reden, dann hat er doch nur wieder die nächste Strategie geplant wie er mich über den Tisch ziehen soll, also wie soll ich vertrauen? Auf Seiten der Täter aber auch, was passiert wenn ich mich preisgebe, wenn ich Schuldanteile zugebe, vielleicht sogar öffentlich, was wird dann aus mir? Das heißt es könnte ein Dilemma sein, das gegenseitige Vertrauen fehlt vielleicht auf beiden Seiten, zusätzlich zu den Verhärtungen die ohnehin da sind, Täter die sich trotzig vor sich selber rechtfertigen, weil sie anders vielleicht auch nicht mehr leben können. So ein Problem, wenn dem Täter klar wird in welcher Rolle er war und wenn die Rolle zentral war, wird er damit weiter leben können, mit dem Gewicht der Schuld? Braucht er nicht ein Stück weit Verdrängung, um das zu ertragen? Es könnte ihn aus dieser Situation vielleicht nur die Vergebungsbereitschaft des Opfers erlösen aber es kann selber diese Kraft in sich nicht aufbringen, dass ist ein Riesenproblem. Ich bin gegen jegliche Versöhnungsrhetorik und bin ganz dafür, dass wir sehr sorgfältig Voraussetzungen prüfen, die diese Dimension wenigstens nicht völlig verschließt und dann haben wir – ich glaub auch – einen Diskurs über diese Frage, wer Glaubwürdig ist.

Herr Hüttmann:

Vielen Dank Herr Hoppe. Last but not least, Michael Cramer, Mitglied des Europäischen Parlaments hier zu meiner Linken, Jahrgang 1949, in Westfalen geboren, dann aber sehr bald ein zugezogener Berliner nach dem Studium geworden. Sie waren am Neuköllner Albrecht-Dürer-Gymnasium Lehrer von 1977 bis 1995. Von 1989 bis 2004 Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin und sind seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie haben sich vielfältig in Fragen der Aufarbeitung engagiert, ich sage hier nur die Stichworte die wahrscheinlich allen Anwesenden bekannt sind, das ist einmal der Berliner Mauerradweg, der in einem zweiten Schritt auf die 9.000 km lange Grenze, den Europa-Radweg Eiserner Vorhang (Iron Curtain Trail) übertragen werden konnte. Herr Cramer, Sie sind seit vielen Jahren Beobachter des Umgangs mit der DDR-Erinnerung und auch mit der Mauer nach dem Mauerfall. Ich wollte Sie eingangs fragen, wie sehen Sie das heute, wenn Sie an die unmittelbare Zeit nach dem Mauerfall denken – ich sage jetzt mal das Jahr nach 1990 –, wie war da eigentlich der Umgang mit der Mauer in Berlin, welche Beobachtung haben Sie damals gemacht?



Herr Cramer:

Die Frage möchte ich gerne beantworten aber vorweg noch mal eine Ihrer Thesen bestätigen, man wollte es besser machen als die Aufarbeitung der Nazidiktatur, dass es besser geworden ist würde ich unterstreichen, dass es ausreicht glaube ich nicht. Warum ist es besser? Hans Globke, der Formulierer der Rassengesetze der Nazis, wurde unter Adenauer Staatssekretär an einflussreicher Position. Kiesinger, wir kennen alle seine Äußerungen zu den Todesurteilen als Marinerichter, wurde langjähriger Ministerpräsident in Baden-Württemberg, Ehrenvorsitzender der CDU und wurde bei seinem Tod von Oettinger noch als großer Nazigegner gewürdigt. Karl Carstens, Bundespräsident, Mitglieder der SA. Natürlich hätten die Mauerschützen in bestimmten Fällen auch von der DDR-Justiz anders behandelt werden müssen. Chris Gueffroy ist von vorne mit 10 Schüssen erschossen wurden, der hätte genauso festgenommen werden können wie sein Freund, den sie dann festgenommen haben. Aber der Karl-Heinz Kurras, der Benno Ohnesorg erschossen hatte, das war auch Totschlag, das war auch keine Notwehr und der wurde durch alle Instanzen freigesprochen und erst als raus kam, dass er Stasi-Spitzel war, da änderte sich plötzlich die öffentliche Meinung.



Herr Cramer, MdEP,
Projekt Iron Curtain Trail

Deshalb ganz vorsichtig, nicht nur immer auf andere zeigen hat Heinemann gesagt, die Hand mit dem Zeigefinger zeigt auch mit drei Fingern zurück. Diese Differenzierung möchte ich haben. Als damals die Mauer 1989 fiel, wie geht man damit um? Da hieß die Parole der Medien und der herrschenden Parteien bis auf wenige Ausnahmen: „Die Mauer muss weg“ und diejenigen, die bis zum 2. Oktober 1990 noch die Aufgabe hatten die Mauer zu entfernen, das waren die Grenztruppen der DDR, denen wurde gesagt: „Ihr habt die Mauer aufgebaut, Ihr müsst sie auch abbauen“ und das haben sie mit preußisch-sozialistischer Gründlichkeit auch getan.

Und nur da, wo sich Einzelpersonen, Initiativen oder auch Stadträte oder andere Leute, die über den Tag hinaus dachten, davor gestellt haben und gesagt haben: „Diesen Wachturm wollen wir erhalten oder diesen Streifen wollen wir erhalten“, dann ist etwas passiert, es gab aber zwei Ausnahmen, die möchte ich gerne namentlich nennen, die eine Ausnahme war Willy Brandt, der am 10. November, also ein Tag nach dem Fall der Mauer im Schöneberger Rathaus gesagt hat: „Und lasst uns von diesem Monstrum Teile für künftige Generationen bewahren, so wie wir das nach langen Diskussionen in Berlin mit den Ruinen der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche auch gemacht haben“ – die sollte abgerissen werden, da sollte eine Straße gebaut werden, das ist eine Ruine und das ist heute ein Monument des 2. Weltkrieges, das uns daran erinnert, niemals soll sich so was wiederholen. Und die zweite Persönlichkeit die ich nennen möchte war Michaela Schreier, sie war damals grüne Stadtentwicklungssenatorin in Berlin als die Mauer fiel, spätere EU-Kommissarin.



Sie hat die Mauer an der Niederkirchnerstraße unter Denkmalschutz gestellt, das war da wo die Gestapo-Zentrale war, gegenüber dem Haus der Ministerien, wo Ulbricht am 15. Juni 1961 gesagt hat: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“ und als sie das getan hat hieß es: „Die Grünen sind verrückt geworden, die wollen die Mauer wieder aufbauen.“ Wenn ich Frau Nooke sehe denke ich natürlich an die Bernauer Straße, das war ein elender Kampf, dass wir 200 m originaler Grenze in Berlin erhalten wollten, 70 Meter sind daraus geworden. Es gab eine Vorderlandmauer, eine Hinterlandmauer, den Todesstreifen, den Kolonnenweg, den Wachturm, da sind Künstler beauftragt worden, die sollten eine Gedenkstätte errichten. Ich fand die Mauerbauer waren Künstler genug und dass wir das in Berlin nicht geschafft haben, 200 m Original dort zu erhalten, halte ich für eine grandiose Fehlleistung und 20 Jahre später fängt man dann an.

Da wo die Mauer stand, sind jetzt diese Stahlstreben, dass mag ja alles im Nachhinein noch das Beste gewesen sein aber ich hätte gerne gehabt, dass die Mauer so wie sie war erhalten blieb, weil sich das Jugendliche kaum noch vorstellen können. Da möchte ich Ihnen eine Begegnung, die ich in Point Alpha hatte, erzählen: Point Alpha war der westlichste Punkt der Warschauer-Pakt-Staaten, da hatten die Sowjets ihr Camp, weil die NATO damit rechnete, wenn der Angriff kommt, dann wird er von Point Alpha kommen, weil sie am weitesten im Westen sind, dann über Frankfurt, Deutschland und Europa spalten, deshalb haben die Amerikaner auf der anderen Seite von Point Alpha ebenfalls ein Riesencamp gebaut. Das sollte alles niedergemacht werden, da gab es ebenfalls eine Initiative von Bürgerinnen und Bürgern die das gerettet haben, ist heute Nationales Museum. Dort finden Sie die beiden Wachtürme im Abstand von 50 m, den sowjetischen und den amerikanischen, Sie finden den Stacheldraht, die Panzersperren, die Hundelaufzonen, alles wunderbar aufgerichtet und der Zaun, der Eisernen Vorhang auf einer Länge von 1.500 m.

Ein Beamter der da 40 Jahre im Grenzschutz war, mit dem ich Kontakt aufgenommen hatte, der ist da jetzt Führer und führt die Schulklassen durch. Ich hatte dort mal eine Schulklasse aus Frankfurt begleitet, die sind 5 Tage lang in den Ferien den Eisernen Vorhang abgeradelt und einen Tag bin ich mitgefahren, da waren wir in Point Alpha, dann erzählte er vom Eisernen Vorhang, so und so hoch war er, man konnte nicht drumherum, da meldete sich ein Schüler ganz piffig und sagte: „Ja, man musste doch nicht über den Zaun springen, man konnte doch da vorne rumlaufen.“ Ich bin Lehrer von Beruf, so eine Frage muss man eigentlich bestellen, aber das zeigt doch wie weit wir – sagen wir – unsere Erfahrungen als allgemeingültig darstellen und die Jugendlichen, die sie eben nicht haben, die sehen den Zaun „Okay, dann laufe ich doch rum, ist doch klar“ und d. h. wir brauchen diese Aufarbeitung. Und der letzte Punkt, es gibt ja den Slogan „Nur derjenige kann die Zukunft meistern, der die Vergangenheit kennt“, wir alle wollen die Zukunft meistern und deshalb müssen wir uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen und zwar so wie sie war, mit allen Facetten, ob sie nun passen oder nicht. Wenn ich das im europäischen Vergleich sehe, weil Sie das ja angesprochen haben, muss ich sagen, sind wir in Deutschland sehr weit voran, also wir haben die Stasi-Unterlagenbehörde, was auch die Volkskammer entschieden hat – darf man auch nicht vergessen – die mit großen Schwierigkeiten dann vom Westen übernommen wurde aber immerhin haben sie es gemacht. Nach 10 bis 15 Jahren



fallen den Bulgaren und den Rumänen auch ein „So was bräuchten wir eigentlich auch“, da sind wir besser geworden wie wir mit der Vergangenheit umgehen, die guten und die schlechten Seiten, gerade der 9. November macht uns Deutschen immer bewusst es gibt keine Jubeltage – alleine Jubeltage –, sondern die haben immer ihre Schattenseiten. Der 9. November 1938, der 9. November 1989, ganz viel, das haben wir gelernt, allerdings auch mit wahnsinnigem Druck von außen – ich habe ja die Beispiele am Anfang genannt dass alles nicht selbstverständlich war –, deshalb sollten wir das immer im Hinterkopf haben, auch wenn wir sehen wie Serbien beispielsweise mit Mladi und Karadžić umgeht, sollten wir immer wissen, was haben wir gemacht. Wir können es kritisieren aber nicht mit der Haltung „Wir sind besser“, da mahne ich zur Vorsicht. Wir sind was die SED-Aufarbeitung angeht, besser geworden, aus der schlimmen Erfahrung vorher, ausreichend war das nicht, aber im europäischen Kontext sind wir einen ganzen Schritt vorangekommen.

Zum Schluss zur Ermutigung, also der Berliner Mauerradweg der erwähnt wurde, als wir den vor 10 Jahren initiiert haben und ich hatte im Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, dann sagte der Staatssekretär von der Regierungsfraktion, das war damals eine große Koalition „Herr Cramer haben Sie eigentlich nichts besseres zu tun, als am Wochenende die Mauer immer rauf und runter zu radeln?“, ein halbes Jahr später hat aber der selbe Senat dann beschlossen und das Parlament auch, dass der Mauerweg gemacht wird, in 5 Jahren ist er ausgeführt, fahrradfreundlich ausgebaut, ist mittlerweile touristisches Highlight. Man kann Geschichte, Politik und Kultur im wahrsten Sinne des Wortes auf eine andere Ebene erfahren und die Schüler die ich erwähnt habe – ohne die Lehrer jetzt zu diskriminieren – aber ich behaupte, in diesen 5 Tagen haben die mehr gelernt, als 10 Unterrichtseinheiten Deutsch-deutsche Geschichte, das finde ich ganz toll. In Europa ist der Mauerradweg jetzt ein Vorbild geworden, der geht ja durch 20 Länder, der Iron Curtain Trail, von der norwegisch-russischen Grenze an der Barentssee bis zum Schwarzen Meer. Ich war jetzt in vielen unterwegs, das wird unterstützt und als Grüner, als ich davor angefangen bin vor 3, 4 Jahren, da waren wir als Grüne ja Gegenwind gewohnt, das hat sich ein bisschen geändert. Aber auf jeden Fall war es für mich damals wunderbar dass ich nur Rückenwind für dieses Projekt hatte und das finde ich toll, das ist nämlich europäische Geschichte nicht nur Berlin und Deutschland, der ganze Kontinent wenn man so will, die Welt war gespalten und wer hätte vor mehr als 20 Jahren gedacht, dass das ohne großes Blutvergießen überwunden wird, deshalb ist auch dieses Datum Erinnerung an die schreckliche Zeit der Spaltung aber an die schöne Zeit der Überwindung durch die friedlichen Revolutionen in Osteuropa.

Herr Hüttmann:

Vielen Dank Michael Cramer. Herr Riedel, ich wollte Sie fragen, der Herr Praschl hat eben juristische Aufarbeitung für gescheitert erklärt. Sie haben in Ihren Publikationen, wenn ich recht sehe, immer darauf hingewiesen, dass die Funktionen und der Wert der strafrechtlichen Ermittlungsarbeit auch noch in einem anderen Punkt liegen. Können Sie uns das etwas näher erläutern, bitte!

Herr Riedel:

Die etwas messen an der Verurteilungsquote, weil sie davon ausgehen, gegenüberstellen: Zahl der mutmaßlichen Unrechtsfälle, Zahl der Anklagen, Zahl der Verurteilungen und am Ende der rechtskräftige Verurteilung, dann schwindet das von Punkt zu Punkt, von Stufe zu Stufe auf ein minimales Maß, das von vielen kritisiert wird, die müssen einmal bedenken, wenn ein Verfahren eingeleitet wird, steht ein Verdacht im Raum, der muss aber nachgewiesen werden und jetzt denken Sie doch nur an solche aktuelle Fälle wie „Kachelmann“ usw., wie schwierig es im Einzelfall nachzuweisen ist, dass gerade derjenige das gemacht hat, was ihm vorgeworfen wird. Nur so viel in Kürze dazu. Meßplatte für die Aufarbeitung war der Einigungsvertrag der zwischen der damaligen DDR und Bundesregierung ausgehandelt worden ist, das war für uns bindend was da festgelegt worden ist und das war bei Verjährung z. B. äußerst kompliziert – das war meine Spezialmaterie –. Zu dem Einwand von Herrn Praschl, es sei nicht nachvollziehbar, nicht verständlich, dass die Grenzer, die Untersten in der Hierarchie, dass die erst rangenommen worden sind und dann erst die Führungsspitze, das war ein ganz einfacher Grund, das Verfahren lief von vornherein auch gegen die Führungsspitze aber um der Führungsspitze nachweisen zu können, dass sie verantwortlich für den Fall Gueffroy z. B. sei, musste erstmal der Fall Gueffroy bis ins Detail aufgerollt werden und dann war er auch anklagereif – das nur als Gegeneinwand gegen Ihre Kritik und jetzt zu Ihrer Frage. Genauso haben wir es mit dem NS-Unrecht auch gehabt, die Verurteilungsquote, der Output gewissermaßen, war auch dort vergleichbar gering aber ganz wesentlich ist und das möchte ich doch als positiv hervorheben, der Unrechtscharakter beider Regime ist maßgeblich zu einem großen Teil im Anfang durch die juristische Ermittlungstätigkeit aufgeklärt worden und da darf ich Ihnen ein Beispiel bringen, was für mich so ein Erfolgserlebnis besonderer Art und Güte war, Paul Fechter. Der war archivmäßig kaum in den Griff zu kriegen, auf DDR-Seite war da gründlich aufgeräumt worden, nun fanden wir immerhin im Grenztruppenarchiv die Kopie eines Berichts indem moniert wurde, dass man den Fechter hat liegen lassen, verbluten lassen – nur eine Kopie, das Original war weg –, fotografische Aufnahmen von den Verhältnissen an der Mauer hatten wir zunächst nur von Westseite aus der Presse, so sind die Leute damals auf die Leiter gestiegen, haben ihm über die Mauer ein Verbandspäckchen zugeworfen damit er sich selber verbinden konnte. Ich stand in den Ermittlungen ziemlich arm da und dann kam ein Anruf aus der Gauck-Behörde: „Herr Riedel, ich glaube wir haben Fotos zum Fall Paul Peter Fechter gefunden, wie er geborgen worden ist“, in den vorvernichteten Material das waren nicht bloß die Schnipsel, diese kleinen Bandwürmer um die es jetzt immer geht, sondern das war eine Bildmappe die in der Mitte durchgerissen war aber kein Text dabei.



Herr Dr. Riedel, ehem. Zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität



Nun habe ich einen Tag gesessen und habe die Bilder geordnet und dann war klar, dass war der Fall Paul Peter Fechter. Dank der Langsamkeit der Schredder in der Gauck-Behörde, also damals noch im MfS, hatte diese Bildmappe überlebt. Und jetzt kommt's, die besondere Qualifikation zur Aufklärung die der Justiz eigen ist, wir haben Zwangsmaßnahmen in unserem Repertoire und komischerweise geisterte zunächst auch unter den Ermittlern bei ZERV bei der Polizei, die ja die Ermittlungen vor Ort gemacht hat, die Auskunft schwarz auf weiß in Fotokopie belegt aus dem gerichtsmedizinischen Institut der Charité „die Jahrgänge 1961 bis 1965 der Obduktionsprotokolle sind vernichtet“, komischerweise. Ich saß noch an dem Fall Paul Peter Fechter, es fand eine andere Hauptverhandlung statt und in der tauchte ein Sektionsprotokoll von 1962 auf, da dachte ich „Zum Kuckuck, das geht doch nicht, wenn es vernichtet ist, also gibt es das wohl noch“ aber in der Charité sagte man: „Nee wir haben nichts.“ Das glaubte ich nicht, habe einen Durchsuchungsbeschluss besorgt, die Kripo hingeschickt und nach Stunden kam ein Anruf: „Herr Riedel, wir sehen aus wie die Schornsteinfeger aber auf der Bühne (sagt man in Schwaben), auf dem Dachboden vom Sektionsinstitut haben wir die gesamten Bände die angeblich vernichtet sind gefunden“ und ich hatte das Sektionsprotokoll Paul Peter Fechter und konnte daraus rekonstruieren das Peter Fechter in einem Moment, als sein Kumpel schon drüben war, erschossen worden ist und als geschossen wurde, hatte er sich – die Mauer hatte alle paar Meter Versteifungen die gegengemauert waren, damit die nicht umfiel, die erste Mauer war ja recht instabil – da stand er im Winkel und bekam einen Schuss von vorne in den Unterleib, die Hauptschlagader wurde zerfetzt, er stand also und war nicht in Begriff zu fliehen, dass konnte daraus rekonstruiert werden. Im Grunde war das ein Exzessfall, die Schützen hätten nicht schießen dürfen, er hatte sich ja quasi ergeben. Ohne den Durchsuchungsbeschluss würden die Sektionsprotokolle heute noch auf der Bühne da oben liegen und Historiker hätten wahrscheinlich nicht den Zugang um das auszubuddeln. Das nur als ein Beispiel dafür, die Justiz kann durchsuchen und Dinge zu Tage bringen, die sonst den Historiker nicht zugänglich sind. Der Historiker hat wieder andere Möglichkeiten aber zu einem wichtigen Teil ist der Unrechtscharakter sowohl des einen, wie des anderen Regimes durch diese Ermittlungs- und Aufklärungstätigkeit, die Ermittlungsverfahren gefördert worden und es gibt ein Sprichwort von Prof. Dr. Peter Steinbach, der sich gerade mit NS-Aufarbeitung intensiv befasst „Es kommt nicht auf die Zahl der Urteile an, sondern darauf, dass ist der Verdienst der Justiz, bei aller Kritik ansonsten, dass sie wesentlich zu dieser Aufklärung beigetragen hat“, vielleicht das erstmal als Antwort.

Herr Hüttmann:

Herr Hoppe das würde ich gerne an Sie weiterleiten, den Punkt den Herr Riedel eben genannt hat und ich will dazu die Frage stellen, Sie haben in Ihrem Statement deutlich gemacht, dass Sie eine Versöhnung vor allem dann ablehnen, wenn überhaupt nicht die Voraussetzung für das, was man sich unter Versöhnung vorstellen kann, gegeben sind. Würden Sie denn sagen, dass bleibt trotzdem dann ein langfristiges Ziel, also jetzt nach 20 Jahren sind die Voraussetzungen noch nicht geschaffen, können Sie sich vorstellen dass das in nochmals 20 Jahren ganz anders aussieht oder

bleibt das sozusagen immer ein abstraktes Ziel in der Ferne, was Orientierung bietet aber nie Wirklichkeit wird?

Herr Hoppe:

Vielleicht noch mal kurz zurück zudem was Herr Riedel zuletzt gesagt hat, also ich sehe den Beitrag der justiziellen Aufarbeitung auch für sehr substanziell an. Ich bin der Meinung, dass insbesondere in Ludwigsburg wirklich Beeindruckendes geleistet wurde, was nie in dem Umfang gewürdigt wurde, wie es nötig gewesen wäre, um das auch mal klar zu sagen. Interessieren sollte uns auch die Tatsache, dass die ersten Jahre der Arbeit in Ludwigsburg für diejenigen die dort tätig waren, alles andere als ein Zuckerlecken waren, das war eine Aufarbeitung die gegen viele Widerstände in Politik und Gesellschaft durchgesetzt werden musste und wo man gar nicht beliebt war, wenn man sich als Jurist darum kümmerte. Vor dem Hintergrund ist es besonders bemerkenswert und bewundernswert, dass das soweit gelungen ist. Die andere Seite, der Versuch der Aufarbeitung zeigt immer auch die Grenzen dessen, was mit rechtsstaatlichen Mitteln überhaupt an Unrecht aufgearbeitet werden kann.

Es wurde schon von Herrn Riedel daraufhingewiesen, es gibt bestimmte Typen von Kriminalität, von Systemunrecht die sich den Strafnormen eines Rechtsstaats entziehen, eventuell auch durch die subtile Art wie man arbeitet, also etwa die Zersetzungsverfahren konnte man und hatte man auf eine Weise ins Werk gesetzt, die die Beteiligung unter Umständen sehr Vieler an einem solchen Operativvorgang – in dem eine andere Person zersetzt wurde – strafrechtlich kaum greifbar machten, also man wusste schon wie man sich einer solchen Strafverfolgung entziehen konnte und man hat sich ihr entzogen. Ein ähnliches Problem hatte man nach 1945 mit einer ganzen Reihe von Gesetzen die in der NS-Zeit gemacht worden waren, um des Zwecks willen, die Strafverfolgung von Taten die objektiv schweres Unrecht waren, schwer zu machen oder zu vereiteln und das hat der Justiz in der Nachkriegszeit große Probleme gemacht und sie hat einige Entscheidungen sogar treffen müssen, es waren eigentlich rechtspolitische Entscheidungen zu sagen „Bestimmte Legalisierungen von Handlungen sind nicht beachtlich für spätere Strafverfolgung, weil ansonsten ganze Verbrechenskomplexe gar nicht aufgearbeitet werden könnten“, das war eine durchaus umstrittene Entscheidung.

Das zu Recht berühmte Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 10 hat Schluss gemacht mit dieser Vorstellung, wenn sich ein Staat legalisierende Normen für schwerste Verbrechen schafft, dann kann man nachher diejenigen die darunter Handeln nicht zur Rechenschaft ziehen, dass war dann vom Tisch. Das war aber eine umstrittene Entscheidung, die in Teilen der deutschen Justiz keinen geringen Teil der deutschen Justiz auch nie wirklich an-



Herr Prof. Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg



erkannt wurde, insoweit ist die Aufarbeitung von Systemunrecht mit justiziellen Mitteln immer schwierig, dennoch stehen wir heute sehr viel besser da, zumindest wenn es um monströse Formen von Unrecht geht die in DDR-Kontext überwiegend nicht vorliegen. Wir haben es nicht mit Massenmord zu tun, wir haben es nicht mit Völkermord zu tun, für solche Verbrechen gilt heute Völkerstrafrecht in einer Form wie es 1945 überhaupt nicht zu Gebote stand, das wäre heute für jeden Juristen sehr viel leichter mit diesen Verbrechen auch juristisch korrekt umzugehen, als es in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg möglich war, vor dem Hintergrund gibt es auch Entwicklungen die aus meiner Sicht sehr positiv zu berichten sind. Jetzt zu der anderen Frage nach der Versöhnung. Also, Sie merken meine Befangenheit bei diesem Thema, weil ich einfach nicht sehe, wo so etwas wirklich schon mal aus meiner Sicht überzeugend gelungen wäre, ich sehe es nicht. Wie viele Menschen in Altersheimen treffen wir heute an – Entschuldigung das ich das so offen sage –, bei denen sich doch eine verklärende Erinnerung an ihre eigene Rolle und ihre eigene Verstrickung in der NS-Zeit wieder zeigt, das deutet für mich eben auch an, dass unter Umständen über Jahrzehnte eine solche wirklich kritische Rückschau auf eine eigene Rolle unter Umständen blockiert sein kann und am Ende dann auch objektiv vielleicht nicht mehr möglich ist, das halte ich für denkbar. Wenn man sehr alt ist kann man das vielleicht auch irgendwann nicht mehr und bis dahin tut man es nicht.

Solange solche Blockaden da sind – der Selbstrechtfertigung aus unterschiedlichen Gründen –, ist eine entscheidende Voraussetzung für Versöhnung nicht gegeben und ich denke deswegen schon seit langem eigentlich von der anderen Richtung her. Ich würde sagen, Versöhnung ist für mich ein Ziel, das ich nicht preisgeben möchte aber von dem ich nichts aber auch gar nichts abhängig machen würde. Das Bemühen um Gerechtigkeit würde ich nicht von Versöhnung abhängig machen, Gerechtigkeit zu schaffen ein Stück mehr an Gerechtigkeit, vollständiger geht sowieso nicht, hat einen sozialemischen Eigenwert auch dann, wenn Versöhnung aussteht. Hilfe für die Opfer – ich kann Menschen helfen mit den Beschädigungen zu leben die in ihnen angerichtet wurden, auch wenn es nicht möglich ist sich mit denen zu versöhnen, die sie angerichtet haben, ich kann dafür etwas tun und da ich es tun kann, muss ich es auch tun. Auch hier darf nicht die Vorstellung herrschen, das was wir an psychosozialen Hilfen etwa realisieren, steht unter dem Vorzeichen der gelingenden Versöhnung und wenn das nicht gelingt, dann ist dieses Bemühen sozusagen relativiert, ich sehe es nicht.

Für mich ist ein entscheidender Satz den ein Psychologe, Norbert Gurrus, vor einiger Zeit mir geschrieben hat, den finde ich ganz aussagefähig „Die Menschen die unter diesem Unrecht gelitten haben, sollen zu der Wahrnehmung gelangen, ja, ich war ein Opfer aber letztlich haben mich die Verfolger nicht besiegt. Es ist Vergangenheit, ich habe noch ein Leben danach“, das ist aus meiner Sicht das Entscheidende, das genau dieser Standpunkt eingenommen werden kann, dass man auch aus der inneren Gefangenheit in diesen belastenden Erinnerungen ein Stück weit rauskommt und das ist für mich ehrlich gesagt sehr viel wichtiger, als ob danach dann in Einzelfällen auch noch gelegentlich Versöhnung stattfindet.



Herr Hüttmann:

Direkt dazu Gerald Praschl, ich will Ihnen aber noch eine zusätzliche Frage stellen Herr Praschl. Sie haben sich ja in den letzten Jahren auch in internationaler Perspektive mit dem Thema Aufarbeitung, auch anderer kommunistischer Diktaturen beschäftigt, nebenbei gesprochen Sie waren zwischen 1992 und 94 Reporter im ehemaligen Jugoslawien und beim Dritten Jugoslawienkrieg und haben sozusagen auch andere Diktatur- und Kriegsaufarbeitungsbemühungen verfolgt. Da Sie vorhin die juristische Aufarbeitung auch als gescheitert bewertet haben, wie sehen Sie sozusagen die Aufarbeitung insgesamt, gerade auch mit diesem internationalen Blick?

Herr Praschl:

Ja, die ist bei uns natürlich durch diese Besonderheit der Wiedervereinigung überschattet, d. h. eigentlich kann man die dringende Notwendigkeit dieser Aufarbeitung und die katastrophalen Folgen für die Gesellschaft die sie 40 Jahre Gehirnwäsche unter den Kommunisten, die sie Verfolgung Andersdenkender, die sie Gewaltherrschaft in der Gesellschaft hinterlassen haben in den anderen osteuropäischen Staaten natürlich besser ablesen, weil sie dort nicht übertüncht ist, durch die Tatsache, dass die Eliten die seit 1990 dieses Land bestimmen überwiegend aus dem Westen kommen und man ja auch den Vorteil hat, dass man ein funktionierendes pluralistisch-demokratisches System hier übernehmen konnte. Dinge, mit dem die anderen wahrscheinlich noch Jahrzehnte ringen werden und was von Land zu Land mal besser, mal schlechter gelungen ist. Also, da kann man auf jeden Fall, wenn man für die Aufarbeitung werben will und auch für die Notwendigkeit, dann fahren Sie nach Budapest und fragen Sie mal die Leute über die kommunistische Vergangenheit, da werden Sie eine Gesellschaft erleben die in tiefen Hass aufeinander und tief traumatisiert von diesen 40 Jahren ist und von diesem Ringen zwischen den einen und den anderen – ist heute also noch nicht mal in Ansätzen abgeschlossen – und ein tiefer Riss der da durch die Gesellschaft geht, den man hier, wenn man genau hinguckt, auch erleben kann. Deswegen halte ich diese Versöhnungsdebatte für sehr wichtig und ich finde das Herr Prof. Hoppe da auf einer falschen Fährte ist. Versöhnung heißt nicht nur, dass die Opfer, von denen sicherlich auch viele hier im Raum sitzen – jetzt unbedingt dieser kleinen Minderheit von Stasi-Tätern oder SED-Tätern verzeihen müssen, die Täter waren eine ganz kleine Minderheit und wenn Sie keine Reue wollen, dann geht es Ihnen wie dem Nazi-Opfer im Altersheim. Wichtiger ist das die Masse der Angepassten, die nun eine breite Mehrheit in der DDR-Bevölkerung gestellt haben, ihre damalige Rolle reflektiert darüber, sie aufarbeitet, sich bewusst wird was damals mit ihnen eigentlich passiert ist, mit der Zielrichtung, dass sie sich eben nicht mehr mit den Tätern identifizieren, sondern mit den Opfern. Da gibt es die Parallelität, die Herr Riedel im Laufe seines Berufslebens sicherlich auch erlebt hat, Menschen die sich für eine konsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit eingesetzt haben in den 50er oder 60er Jahren, auch die Juristen wie z. B. der Frankfurter Generalstaatsanwalt Bauer, der die Auschwitz Prozesse angeleiert hat, die wurden damals angefeindet von der breiten Maße in der Gesellschaft als Nestbeschmutzer und auch die Mitläufer im NS-Regime haben sich mit den Tätern identifiziert und das hat sich doch nach 20, 30 Jahren



umgedreht, auch wenn ganz bestimmt nur eine ganz kleine Schicht von Menschen im NS-Regime Widerstandskämpfer gewesen sind, identifiziert sich heute doch die ganze Masse der Enkel der damals Angepassten mit den Widerständlern und nicht mit den Angepassten und auch nicht mit den Tätern. Und das ist eine Situation die wir hier auch erreichen müssen und dazu müssen wir mit so einer Versöhnungsdebatte vor allem die Masse der Angepassten ansprechen und sie dazu bringen zu reflektieren, was eigentlich mit ihnen passiert ist, dass sie selber, auch wenn sie nicht im Gefängnis saßen oder direkt der Verfolgung ausgesetzt waren, alleine dadurch das sie in 40 Jahren organisierter Gehirnwäsche ausgesetzt wurden, dass sie 40 Jahre eingesperrt waren, auch sich berechtigterweise mit den Opfern identifizieren sollen und nicht mit irgendwelchen Stasi-Generälen und auch sonstigen Unbelehrbaren.

Herr Hüttmann:

Danke Herr Praschl. Bevor wir die Diskussionen ins Publikum öffnen, es gibt nämlich schon ein paar Wortmeldungen und die Zeit ist schon fortgeschritten, will ich Michael Cramer noch mal das Wort geben und auch kurz Herrn Hoppe, der direkt von Herrn Praschl angesprochen wurde.

Herr Cramer:

Ja, also einmal hat es in der Bundesrepublik ja lange gedauert bis sich dieses Bewusstsein nach 30, 40 Jahren dargestellt hat; das liegt natürlich auch an dem demokratischen System, weil natürlich die Regierung der Nachkriegszeit Rücksicht genommen haben auf die Masse der Wähler die kein Unrechtsbewusstsein über die NS-Diktatur hatte und die wollten sie einfangen und dann gab es auch „Okay, wir verfolgen euch nicht weiter aber ihr bildet auch keine neue NSDAP.“ Das ist durchgezogen, da gab es natürlich die Eruptionen der 68er Bewegung die das kritisiert hat, zum Teil mit Recht, zum Teil überzogen aber das hat die bundesrepublikanische Gesellschaft enorm verändert. Im Osten wird es nicht so der Fall sein, weil von vornherein immer Ost und West zusammen war, was auch uns von den anderen osteuropäischen Staaten unterscheidet, die Oppositionsbewegungen bis auf Polen waren ja alle sehr klein und wer sollte den Staat aufbauen, auch da gibt es Unterschiede selbst auch in Ostdeutschland, in Sachsen wurden – ich glaube – nur 40% der Lehrer übernommen, in Berlin – ich glaube – 97%, das war auch immer ein Unterschied, wer prägt dann jetzt die Jugend weiter, das ist ein längerer Prozess, das ist völlig klar. Aber zu Versöhnung wollte ich nur einen Satz sagen, es ist ja jetzt das Buch vom Sohn von Veit Harlan durch die Presse gegangen, Veit Harlan war der übelste antisemitische Filmregisseur der Nazizeit der mit Goebbels zusammen „Jud Süß“ gedreht hat oder er hat den gedreht aber Goebbels hat die Anweisungen gegeben zum Teil hat er „Kolberg“ noch 44 gedreht usw. Der ist 46 entnazifiziert worden. Dann gab es ein Urteil gegen ihn, dann ist er von einem Richter der schon in der Nazizeit Richter war, freigesprochen worden. In der Berufungsverhandlung ist er dann angeklagt worden, dann wurde die wieder zurückgenommen, ebenfalls von dem gleichen Richter der in der Nazizeit schon Urteile gesprochen hat. Wir sind besser, habe ich ja gesagt, aber alles ist nicht gut. Ich will nur



daran erinnern und da ist Thema „Versöhnung“, warum ich das an diesem Beispiel bringe, sein Sohn litt darunter, dass er von den Rechtsradikalen immer gelobt wurde „Du bist doch der Sohn von unserem berühmten Freund“. Der ist dann aus Deutschland weggegangen, der zum Teil die deutsche Sprache verleugnet, der ist damit nicht klar-gekommen. Sein Vater hat ihn enterbt, der Vater hat es noch nicht mal geschafft sich mit seinem Sohn zu versöhnen, weil er es nicht zugeben konnte, was er gemacht hat, bis zum Sterbebett, da hat er ihn dann geholt und gesagt: „Ja, vielleicht könntest du ja doch Recht gehabt haben“. Soweit ging das in der Familie, wie schwierig das ist aber eins ist auch klar, wenn überhaupt Versöhnung – das Wort ist umstritten – aber wenn überhaupt so was in Gang kommt, dann müssen die Täter zunächst mal das sagen, was sie gemacht haben und das ist ja die Schwierigkeit, die dürfen nicht geschützt werden und das ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir auf einen anderen Weg kommen. Letzter Punkt zu den Urteilen. Ich habe mit vielen gesprochen, z. B. mit der Karin Gueffroy nach dem Urteil, wie sie das empfinden und oft gab es auch die Aussagen nach dem Prozess „Die sind zu milde verurteilt worden“ aber das der Prozess stattfand, dass die Täter sich vor Gericht rechtfertigen mussten, dass sie die Fragen beantworten mussten, dass sie Stellung nehmen mussten, sich mit sich selbst auseinandersetzen mussten, das war für die Betroffenen immer das Wichtigste, Ausnahmen bestätigen die Regel aber so war das. Dass die Prozesse stattfanden das war wichtig, auch ganz, ganz wichtig für die weitere Aufarbeitung.

Herr Hüttmann:

Dankeschön Michael Cramer und jetzt Herr Hoppe mit der Bitte um ein kurzes Statement.

Herr Hoppe:

Es wird ganz kurz, ich will nämlich nur ein Missverständnis vermeiden. Herr Praschl was Sie beschrieben haben, den Prozess sich nicht mit den falschen Kräften zu solidarisieren, sondern sich genau zu erinnern und damit aus der schönfärberischen Legendenbildung entgegenzuwirken, dass nenne ich authentisches Erinnern und das ist für mich was anderes als Versöhnung. Denn Versöhnung behauptet die Möglichkeit der Wiederherstellung zerstörter sozialer Beziehungen und diese Möglichkeit ist substanziell weitergehend, als die genaue Erinnerung an diese Zerstörung und an die Folgen die diese Zerstörung bewirkt hat und ich behaupte, dass das Erstere, dass authentische Erinnern schon schwer genug ist aber das Zweite so anspruchsvoll, dass man es kaum verlangen kann, sondern es eher das Ereignis von Gnade ist, wenn es stattfindet.

Herr Hüttmann:

Ich danke Ihnen bis hierhin meine Herren. Ich habe jetzt schon zahlreiche Wortmeldungen.

Frau Neubert:

Zum Herrn Staatsanwalt Riedel, ich denke diese unselige Tradition der Nachkriegszeit vor allem als dann die bundesdeutsche Justiz zuständig wurde, die mit den Urteilen aus Nürnberg sehr problematisch umgegangen ist, gehört es eben letztlich die Täter zu schonen und über die Opfer hinweg



zu sehen und auch die völlige Abwesenheit der Radbruchschen Formel dann, die ja wirklich nur in den Mauerschützenprozessen dann zum tragen kam, ist eine durchaus deutsche Tradition und ich denke das dieses doch – da würde ich Herrn Praschl zustimmen – eher Versagen in der justiziellen Aufarbeitung dem auch zuzuschreiben ist, das es eben diese Tradition der Auseinandersetzung mit staatlichen Unrecht in Deutschland in dieser Form nicht gegeben hat. Das ist eine Meinungsäußerung. Ich habe aber eine Frage an Herrn Cramer und an Herrn Hoppe zu der Initiative aus dem Europäischen Parlament, den 23. August, den Tag des Hitler-Stalin-Paktes, den Tag an dem eigentlich die Teilung Europas begonnen hat, zum Gedenktag zu erklären und ich würde gerade Sie beide fragen, was Sie davon halten?

Herr Hüttmann:

Okay, danke. Jetzt hatten Sie sich gemeldet, um das abzukürzen komme ich mal zu Ihnen.

Herr Wenzel:

Ja, Jürgen Kurt Wenzel. Speziell an Herrn Cramer oder Herrn Riedel, an die Historiker. Die Schlagworte sind gefallen, ich würde Sie als Historiker fragen, warum Sie nicht begreifen, dass die Verbrechen des 20. Jahrhunderts unter einer Farbe begangen wurden sind und die war rot [Anm. der Red.: die Fahne; in einem Fall mit Hakenkreuz in der Mitte]. Was wäre passiert, wenn Stalin und Hitler weiter im Bett geblieben wären? Was wäre, wenn die Geschehnisse um Brest-Litovsk weitergetrieben worden wären? Denn diese beiden Ideologien, die im Prinzip das gleiche Menschenbild hatten, d. h. der Mensch ist nichts, sondern die Gemeinschaft ist alles, weitergetrieben worden wären und wenn Sie dann sagen, dass es einen Unterschied gegeben hat zwischen der Bundesrepublik Deutschland, einem freien Teil, welches auf der Grundlage des westlichen Wertedenkens entstanden ist, wenn Sie diesen Staat gleichsetzen indem die alten Täter, die Schmitts und die Globkes und wie sie alle waren, nehmen wir sie alle mit dazu, diese Gutmenschen mit dem gehäuteten Ziel, wenn der Krieg nur ein bisschen anders ausgegangen wäre, wenn die in einem Land gelebt haben, in dem man nicht mehr politischen oder sich zur Freiheit bekannten Menschen den Kopf abgehackt hat, wie in diesem Staat, in der sowjetischen Besatzungszone, wo die alten Nazis und die Kommunisten mit dem gleichen Fallbeil von vorher weiter Menschen die Köpfe abgehackt haben und 17 Millionen zu Sklaven gemacht haben und ein ganzes Weltimperium mit unter als Sklaven gemacht haben, dann verstehe ich die Welt nicht mehr, wenn Sie so etwas reden und uns, die wir jetzt Opfer von beiden Systemen sind oder des Totalitarismus, demütigen, weil wir uns bekannt haben, weil ich den Wehrdienst verweigert habe, weil ich die Geschichte meines Großvaters trage der in Buchenwald war, der in Sibirien war und der kein Soldat gewesen ist wie Grass und Konsorten, dem sie die Knochen zerschlagen haben. Es ist eklig.

Herr Hüttmann:

Vielen Dank. Herr Bauernsfeld.

**Herr Bauernsfeld:**

Also, ich erinnere mich an Dr. Kittlaus und an eine Äußerung die er mal sagte „Meine Beamten kommen sehr motiviert zur Behörde zur Arbeit und sind dann sehr schnell demotiviert“ und die Mitarbeiter die mich zu meinen Erlebnissen im DDR-Gefängnis verhört haben, die sagten zum Teil zu mir „Wir arbeiten für die Schublade.“ Das hat mich damals sehr erschüttert und die Kittlaus-Mitarbeiter sagten oft, wenn sie nach Brandenburg rüber fahren „Jetzt fahren wir in das Stasi-Land“, die haben ja damals schon gewusst, welche Verstrickungen es in Brandenburg gab. Das ist das Erste. Das Zweite ist – ich muss Sie da mal ein bisschen nerven mit diesem KMK-Beschluss, weil mir der auf der Seele liegt –, es gab in der alten Bundesrepublik die Erkenntnis, dass die deutsche Frage in irgendeiner Form offen ist und da gab es einen KMK-Beschluss der Länder, in denen beschlossen wurde, dass Schüler in die DDR reisen, das wurde bezuschusst. Und die haben Klassenreisen gemacht und vielen von uns hier – Siegmund Faust und ich haben da auch mitgearbeitet – und das wäre eine Geschichte die die Politik mal wieder aufnehmen sollte, denn es passiert folgendes Problem, Zeitzeugen sind da, die Zeitzeugen wollen auch was machen und dann kommt der Augenblick des Fahrgeldes, z. B. bei dieser Tagung haben alle Teilnehmer ihr Fahrgeld selbst bezahlen müssen, das ist für viele wirklich ein großes Opfer. Sie werden in Schulen eingeladen und die Schulen sagen: „Wir haben kein Geld, wir können euch kein Fahrgeld geben“, sie wollen ja oft gar kein Honorar aber das ist eine Frage, dass müsste die Politik mal aufnehmen das es dazukommt, dass wenigstens mal das Fahrgeld für die Zeitzeugen bereitgestellt wird. Und das Letzte, die DDR hatte diesen Vertrag über zivile und politische Rechte unterzeichnet und da stand da auch die Freiheit des Wohnortwechsels drin, ich frage mich, warum ist das nicht eigentlich herangezogen worden und zu sagen „Ihr habt eure eigenen Verträge verletzt“?

Herr Hüttmann:

Dankeschön! Frau Nooke, herzliche Bitte um ein kurzes Statement oder eine Frage.

Frau Nooke:

Ja, es soll wirklich ein Statement sein. Die Zwiespältigkeit der Ergebnisse der strafrechtlichen Aufarbeitung sind hier schon weitgehend beschrieben worden, ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, dass was Michael Cramer sagte, so wie das Frau Gueffroy zum Beispiel aufgenommen hat, dass der Prozess stattgefunden hat und das Urteil gesprochen wurde für sie ein wesentlicher Punkt ist, dass ist eben bei vielen Angehörigen von Mauertoten aus unsere Erfahrung nicht ganz so gegeben, insofern halte ich es für wichtig, das neben der strafrechtlichen Aufarbeitung eben auch viele andere Formen des Gedenkens und der politischen Bildungsarbeit weitergehen, deswegen ist es auch toll dass Michael Cramer den Mauerweg durchgesetzt hat. Das wollte ich nur zur Information an alle hier, auch an die Vertreter der Opferverbände geben, dass wir jetzt dabei sind, entlang des Mauerwegs an den Stellen wo Menschen zu Tode gekommen sind Stelen aufzustellen, wo an die erinnert wird. Also, das ist ein weiterer Schritt der auch für die Angehörigen der Toten unheimlich wichtig ist und das ist – ich sage jetzt mal – eine Opfergruppe die überhaupt nicht im Fokus ist, weil sie eben nur indirekt



betroffen ist aber wenn sie sich das Buch zu den Mauertoten angucken, dann werden Sie sehen, in welcher Art und Weise gerade auch mit den Angehörigen umgegangen wurde und wie perfide dieses System funktioniert hat, um eben diese Gewalttaten an der Grenze möglichst aus der Öffentlichkeit wegzuschieben. Das ist ein sehr großes Problem, deswegen bin ich auch Professor Hoppe sehr dankbar, dass Sie diese differenzierte Haltung zum Thema Versöhnung noch mal deutlich gemacht haben, ich habe das in der Weise noch nie so gehört und finde das ganz toll.

Herr Hüttmann:

Vielen Dank! Wir sind jetzt zeitlich schon soweit fortgeschritten, dass wir im Prinzip nur noch die Möglichkeit haben, dass alle vier die hier vorne angesprochen wurden noch einmal kurz reagieren können. Herr Riedel Sie fangen an.

Herr Riedel:

Danke! Ganz zum letzten, Verschweigen der Mauertoten, das habe ich hautnah miterlebt im Fall Michael Bittner, da weiß die Mutter bis heute nicht, wo der Sohn abgeblieben ist und das haben auch wir nicht mit Zwangsmitteln und dergleichen rauskriegen können. Da wurden Sektionsprotokolle vom MfS kastriert, weil zwei Tage vorher schon ein Mauerdurchbruch verhindert worden war, da durfte der zweite Fall nicht passieren aber ich will es nicht vertiefen. Zum internationalen Pakt, der ist durchaus berücksichtigt worden in den beiden grundlegenden Mauerschützen-Urteilen vom Bundesgerichtshof, bloß das muss unterschieden werden, es gibt Pakte in denen der Staat als solcher beitrifft ohne dass er sich das verpflichtet umzusetzen in innerstaatliches Recht, das müsste vertieft werden, kann ich jetzt nicht machen. Dritter Punkt, dass die Verurteilungsquote so gering ist, da gibt es ein Ungleichgewicht, die unmittelbar Handelnden sind größtenteils belangt worden aber die Vorgesetzten nicht – im Fall Peter Fechter ist es mir nicht gelungen –, und militärische Vorgesetzte bis in die Führungsspitze hinein, die Luft wird immer dünner, der Befehlsweg, deswegen dieses Ungleichgewicht. Und das Letzte, dass Ungenügen konzentriert sich eigentlich auf den Fall des Justizunrechts, jetzt beschmutze ich mein eigenes Haus aber ich mache es mit Vorsatz.

Der Bundesgerichtshof hat 1995 in einem Grundsatzurteil zur Rechtsbeugung usw. zum Justizunrecht in der DDR entschieden, die Verfolgung des NS-Justizunrechts ist gescheitert. Und was ist bei der Aufarbeitung des Justizunrechts der DDR passiert? Da sind glaube ich 5 Richter verurteilt worden, die anderen sind alle mit gewissen Persilscheinen, Einstellung des Verfahrens, nach Hause geschickt worden aber das liegt in der Materie begründet, das ist nicht nur eine Krähe tut der anderen Krähe nichts. Weisen Sie mal einen Richter der schweigt nach, dass er in einem Kollegium für das Todesurteil gesprochen hat und das unter Beratungsgeheimnis. Das wäre sehr zu vertiefen aber ich wollte es nur ansprechen, ich bin mir durchaus des Ungenügens beim Justizunrecht bewusst.

Herr Hüttmann:

Danke Herr Riedel.



Herr Cramer:

Also, einmal bin ich nicht der Meinung, dass die Farbe der Diktatur im letzten Jahrhundert rot war, die war auch braun und wer das nicht artikuliert, der verharmlost die brutalen Übergriffe der Nazi-Diktatur und das geht nicht. Und wer das macht, der kann nicht ernst genommen werden in der Aufarbeitung der SED-Diktatur, das muss uns Deutschen ganz klar sein. Gehen Sie mal ins Ausland und erzählen so was, wenn Sie in Europa rum gehen, überall waren die deutschen Truppen, überall haben sie andere umgebracht, das geht doch nicht, das kann man nicht verleugnen. Beides gehört zusammen, das müssen gerade wir Deutschen immer im Hinterkopf haben, sonst sind wir total unglaubwürdig, dann glaubt uns keiner die moralische Erregung die wir zu Recht haben aber bitte mit zwei Augen, nicht einäugig, nie. Doch, tut mir Leid, da lasse ich mich nicht belehren, ich tue den Zeigefinger weg, ich bin Lehrer von Beruf aber an dem Punkt muss ich deutliche Worte wählen. Zweiter Punkt Hitler-Stalin-Pakt, ich habe die Resolution unterschrieben, deshalb unterstütze ich sie auch auf europäischer Ebene, natürlich das war – vielleicht auch schon früher – aber das Datum war mindestens so wichtig wie der 1. September, das war eine Woche vorher und die baltischen Staaten am 23. August 1989 haben uns in ihrer singenden Revolution und der Menschenkette daran erinnert, das war ihr Untergang damit begann es, als die beiden Diktaturen sich geeinigt haben wie sie Europa aufteilen. Das war alles furchtbar und ich bin froh dass das nicht realisiert wurde, das ist meine Meinung dazu und ich bin froh oder ich hoffe dass das ein Europäischer Gedenktag wird, das ist ganz wichtig. Als ich in Riga im Okkupationsmuseum, in diesem schwarzen Kasten war, da habe ich zum ersten Mal die geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes gesehen mit Maschinenschrift war alles da, die habe ich vorher in Deutschland nie gesehen. Da frage ich mich, warum muss ich nach Riga fahren um sie mir da anzugucken! Und das ist ganz wichtig und diese Okkupationsmuseen zeigen eben die Geschichte die eben nicht komplizierter ist aber da war sie eindeutig und das finde ich ganz wichtig, dass wir uns daran immer wieder erinnern. Und den dritten Punkt vielleicht noch, es gibt deutsche Schicksale – ich nenne mal Heinz Brandt – wir haben demnächst den 16. Juli, da jährt sich zum 50sten Mal das Heinz Brandt am 16. Juli 1961 entführt wurde, von West- nach Ost-Berlin. Heinz Brandt ist 34 der KPD beigetreten, ist dann schon kurz drauf ins KZ Buchenwald und nach Auschwitz deportiert worden, hat es überlebt, hat sich nachher nach dem Motto „Die Feinde meiner Feinde müssten eigentlich meine Freunde sein“ der SED angeschlossen, war Bezirkssekretär der SED in Ostberlin. 53 beim Aufstand hat er sich den Aufständischen angeschlossen, ist aller Parteiämter enthoben worden, hat dann mitbekommen dass seine Schwester, auch als Kommunistin verfolgt wurde, im Arbeitslager umgekommen ist, ist dann nach West-Berlin gegangen – ging ja damals noch relativ einfach – und ist dann entführt worden und war auf internationalen Druck der erste Häftling in der DDR oder der erste Entführte in der DDR, der nicht in die DDR entlassen wurde, sondern in den Westen, weil er sich geweigert hatte zu sagen „Ich habe mich getäuscht, im Osten ist alles besser“. Dieser Charakter, der war Mitglied der KPD, der war Mitglied der SED, der hat die Anti-Atom-Bewegungen im DGB mitbegründet, wie will man den einordnen, bitte ganz differenziert – für mich ist Heinz Brandt ein Vorbild.



Herr Hüttmann:

Dankeschön! Professor Hoppe.

Herr Prof. Hoppe:

Ja, vielleicht zwei Gedanken die ich noch nachtragen möchte. Wir sprachen nicht mehr drüber, weil die Zeit dafür nicht gereicht hat, deswegen wirklich nur skizziert. Ich denke wir müssen heute auch bedenken, es gibt eine ganze Reihe von Menschen, nämlich Menschen die jünger sind als wir, die sich mit diesen Themen auch beschäftigen müssen, es aber häufig nicht tun oder sehr verzerrt tun. Verzerrungen liegen da vor, wo man nicht weiß um den Charakter von Systemunrecht, weil man es nicht erlebt hat, weil es die eigene Familie nicht kennengelernt hat, dann neigt man zu einer beschönigenden Erinnerung, eine nostalgische Wendung nach rückwärts auch manchmal verständlich durch Dinge die man in der Gegenwart erlebt und ich meine, man muss mit großer Behutsamkeit aber auch Entschiedenheit gegen diese Perspektive angehen. Mir scheint, dass die politische Bildungsarbeit über diese Thematik auch fragen müsste, wie kriegen wir eine authentische Erinnerung an die DDR-Zeit in die Köpfe der jüngeren Leute hinein, die häufig sehr, sehr weit davon weg sind? Mir scheint das wichtig, weil wir zugleich erleben, dass es einen Kampf um die Deutungshoheit über diese Vergangenheit gibt. Sie wissen, dass es durchaus auch Leute gibt, die damals hohe Funktionen in der SED hatten oder auch im MfS, die das mit Entschiedenheit probieren eine Rückdeutung der Erinnerung an die Vergangenheit in ihrem Sinne und wir werden diese Auseinandersetzung nur bestehen können, wenn wir uns selber auch offensiv an ihr beteiligen.

Ich will das jetzt gar nicht personalisieren, mir geht es einfach um den Grundgedanken das es uns nicht genügen kann, dass diejenigen die direkt mit dieser Vergangenheit zu tun haben, auf die ein oder andere Weise sich darüber klar sind, sondern es muss an die nächste Generation weitergegeben werden, sonst wiederholen sich die Dinge, das kann ganz schnell gehen. Das Zweite: der Hitler-Stalin-Pakt, ich kenne diese Initiative nicht näher, ich würde jetzt so argumentieren, mir ist alles sehr willkommen, was zum authentischen Erinnern beiträgt, ich habe vor allem große Reserve was dazu neigt, die Erinnerung an die NS-Herrschaft durch die Erinnerung an Gewaltherrschaft unter sowjetischen Vorzeichen zu relativieren, das gibt es auch, sofern das nicht der Fall ist, bin ich ganz dafür das man solche Projekte macht aber ich bin gegen jede Gleichsetzung – so ähnlich wie Herr Cramer das formuliert hat – von NS-Herrschaft und DDR-Vergangenheit und ich muss auch häufig in Diskursen, die ich in anderen Kontexten erlebe, sehr darauf achten, dass nicht unter der Hand ganz schnell so eine relativierende Diktion hineinkommt und das schadet eigentlich dem Anliegen aller Beteiligten. Relativierung im Sinne der Aufhebung des einen Unrechts gegen das andere darf es nicht geben und das wäre für mich das Kriterium solche Initiativen zu bemessen.

Herr Praschl:

Ich würde gerne noch mal an die Überschrift und diese Diskussion erinnern „20 Jahre nach dem Mauerfall – ist denn schon alles aufgearbeitet“: ganz bestimmt nicht. Ich glaube aber dass zumindest die Vor-



aussetzungen für eine ehrliche Aufarbeitung besser geworden sind, auch durch die Arbeit vieler Menschen die hier versammelt sind, in den letzten 20 Jahren. Wenn ich die Reaktionen betrachte die ich z. B. auch als Journalist immer wieder bekomme auf Geschichten die sich mit der DDR-Vergangenheit, der SED-Diktatur auseinandersetzen, dann habe ich den Eindruck, dass weder die Masse der Westdeutschen noch der Ostdeutschen die Dimension des Verbrechens der SED-Diktatur auch nur in Ansätzen realisiert haben bis heute. Insbesondere wenn wir hier von Ostdeutschland sprechen, natürlich auch die Masse der damals Angepassten nicht und ich will mich nicht wiederholen. Ich finde das ist die wesentliche Zielgruppe von politischer Arbeit, dass sind nicht die ehemaligen Täter, es ist auch nicht Heinz Kessler – Friede seiner Asche. In 20 Jahren als Journalist musste ich mich immer wieder bemühen, ehemalige Täter, Stasi-Spitzel MfS-Offiziere, SED-Funktionäre zu finden, die sich vor die Kamera stellen und ihr Bedauern ausdrücken und ihr Bekenntnis nach Reue, die Leute können Sie an einer Hand abzählen. Man kann sich alles Mögliche wünschen, dass die jetzt in Massen kommen, wenn wir sie zur Versöhnung aufrufen, die werden nicht kommen.

Und die sind gar nicht der Ansprechpartner, wenn es den einen oder anderen gibt, schön, dieses Angebot Reue gegen Versöhnung, dieses gibt es schon seit 20 Jahren, das muss man heute nicht neu ausrufen, es kam trotzdem keiner. Wichtiger sind diese Angepassten und da glaube ich, ist bei vielen Menschen heute die Bereitschaft sich kritisch auch mit seiner eigenen Verstrickung in die Diktatur auseinanderzusetzen und doch seine Meinung noch mal zu überdenken, wesentlich größer, als das vor 15, 20 Jahren der Fall war, als der Alltag der Menschen hier geprägt war von einem Kampf um eine neue Existenz, von einer zusammenbrechenden Wirtschaft, einer Gesellschaft die in jedem Sinne nicht nur im Aufbruch sondern auch im Chaos war. Da hat sich doch vieles 20 Jahre später gesetzt, auch im Leben vieler Einzelner, da ist neues Selbstbewusstsein zurückgekehrt und die Reisefreiheit ist auch was ganz Selbstverständliches geworden, trägt vielleicht auch alles dazu bei sich kritisch zu fragen, was die damals eigentlich mit einem gemacht haben und wo man auch vielleicht selber Teil dieses Unterdrückungsapparates geworden ist, freiwillig oder unfreiwillig und das muss die große Ansprache sein, nicht so wie die Landesbischöfin die wir glaube ich gleich auch noch mal treffen, die meinte: „Die Täter und die Opfer mögen sich versöhnen“. Die Täter und die Opfer werden sich nicht versöhnen und sie können auch nicht, um diesen unzulässigen Vergleich wieder mal zu bringen, wer will von einem KZ-Häftling erwarten, dass er sich mit dem SS-Mann auf dem Wachturm versöhnt, also das ist total absurd, darum geht es überhaupt nicht.

Herr Hüttmann:

Noch mal herzlichen Dank für Ihre Beiträge, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und jetzt hat Ulrike Poppe das Wort.

Frau Poppe:

Meine Damen und Herren ich möchte den Konferenzteil dieses 15. Bundeskongresses hiermit abschließen, wir gehen danach noch zu einer Gedenkveranstaltung, zu der alle sehr herzlich eingeladen sind. Ich hoffe Sie alle nehmen ein paar Anregungen wieder mit nach Hause, hatten gute



Gespräche miteinander und fanden vielleicht auch ein Stück Ermutigung das wir alle gemeinsam entschlossen auf unserem Weg der Aufarbeitung weitergehen. Dieser Bundeskongress wurde inhaltlich getragen von allen Landesbeauftragten aber die organisatorische Hauptlast lag auf dem sachsen-anhaltinischen Landesbeauftragten und trotz der außerordentlich prekären personellen Situation hat, wie ich finde, alles wirklich hervorragend geklappt und ich denke ich spreche im Namen aller Teilnehmer und auch der Landesbeauftragten, dass wir Herrn Koch und seinem Team und allen die mitgewirkt haben an dem Gelingen dieser Konferenz herzlich danken.

Der 16. Bundeskongress wird stattfinden und vielleicht können Sie sich das Datum vom 11. bis 13. Mai 2012 schon mal notieren. Diesmal haben wir Brandenburger die Ehre diesen Bundeskongress organisatorisch auszurichten, inhaltlich machen wir das ja immer alle gemeinsam. Wo findet er statt? Wir haben den Ort in Beziehung gesetzt mit dem Thema das wir uns ausgedacht haben, der Arbeitstitel lautet „Arbeit als Herrschaftsinstrument“, es geht um Arbeit und deshalb haben wir als Ort Rüdersdorf ausgewählt, wo es ein Arbeitserziehungslager gab und wo auch im großen Umfang Häftlingsarbeit im Kalkwerk stattgefunden hat. Das nächste große Hotel gibt es in Erkner, also Ort Erkner Ortsteil Rüdersdorf. Die Einladungen werden voraussichtlich im März nächsten Jahres an alle wieder verschickt und ich hoffe, dass wir Sie alle in guter Gesundheit dort wieder begrüßen können und dass das insgesamt auch ein ebenso erfolgreicher Kongress wird, wie dieser hier.

Nun noch ein paar organisatorische Ansagen wie es weiter geht, die Länderbusse stehen seit 12.00 Uhr vor dem Hotel wieder bereit und die Shuttle-Busse für die Teilnehmer die mit dem eigenen Pkw gekommen sind oder mit der Bahn stehen ab 12.30 Uhr, also in einer Viertelstunde zur Verfügung und fahren uns alle dann zur Friedensglocke und diese Busse fahren ab 14 Uhr auch wieder zurück zum Hotel.

Ich wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg.
Alles Gute, vielen Dank für Ihre Teilnahme auch an die Referenten.
Vielen Dank!

29. Mai 2012, Gedenkveranstaltung an der Friedensglocke

Oberbürgermeister Koschig:

Sehr geehrte Frau Bischöfin, sehr geehrter Herr Kirchenpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Trumpet Tune von Henry Purcell heißen wir Sie alle recht herzlich zur Andacht, zum Abschluss des 15. Bundeskongresses hier an der Friedensglocke am Dessauer Marktplatz willkommen.

Es war ein Schock für die Regierenden dieser 17. Juli 1953, wo den Regierenden empfohlen wurde, sich doch ein anderes Volk zu wählen und in Auswertung dieses Arbeiteraufstandes der auch hier in unserer Stadt groß war, im Roßlauer Stadtteil gegenüber gingen 4.000 Arbeiter



und Bürger und Bürgerinnen auf die Straße, befreiten die Großbauern die im Gefängnis saßen, weil sie ihr Soll nicht erfüllt hatten und weitere politische Gefangene. Nach diesem Ereignis das eben mit sowjetischen Panzern niedergeschlagen werden konnte, kam dieses System auf eine besonders perfide Idee, die Arbeiter in den Betrieben zu bewaffnen das es nie wieder einen solchen Aufstand geben kann, weil der Kollege wird ja wohl nicht gegen den eigenen Kollegen rebellieren. Diese Kampfgruppen waren ein Teil dieses Spinnennetzes von dem ich sprach zu Beginn des 15. Bundeskongresses, der wie ich denke recht erfolgreich hier in unserer Stadt verlaufen ist und wir haben uns heute hier an einem besonderen Ort in unserer Stadt versammelt, an der Friedensglocke, der Platz der zur 20. Wiederkehr der Wiederver-

einigung unseres deutschen Vaterlandes seitdem den Namen Platz der Deutschen Einheit trägt. Als am 9. Oktober 1990 in der Heldenstadt Zehntausende Bürger und Bürgerinnen friedlich demonstrierten und im Grunde genommen dort friedlich die Gewalt des Staates gebrochen war, weil eben russische Panzer nicht mehr bereit waren einen Aufstand niederzuschlagen, wurde in Halle noch geknüppelt und der ganze Marktplatz war voller Zivilisten mit Konsumbeuteln in den Händen die unten ausgesteift waren – das waren Gummiknüppel die da unten drin waren –, d. h. der letzte große Einsatz der Kampfgruppen zumindest hier im ehemaligen Bezirk Halle fand dort auf dem Marktplatz statt, alle die damals aus der Marienkirche raus kamen wurden inhaftiert oder zugeführt, wie



Kranzniederlegung an der Friedensglocke



es damals hieß. Kampfgruppen, ein Teil des Unterdrückungssystems der Diktatur des Proletariats. Auch hier in Dessau und in Roßlau gingen Leute auf die Straße, aus der Johanniskirche heraus, aus den Andachten für Frieden, erst einige wenige Hundert zum Schluss Tausende, man schätz zwischen 50 und 70 Tausend waren zum Höhepunkt hier auf dem Markplatz in der Zerbster Straße vor dem Rathaus versammelt. Keine Gewalt und die Forderung nach Demokratie, freien Wahlen, der Reisefreiheit wurden auch hier laut seit dem 20. Oktober 1989 und dies hier in Dessau Freitag für Freitag und in Roßlau jeden Dienstag, denn montags fuhr man ja nach Leipzig. Am 6. Dezember 1989 wurden in der Dessauer Magnetbandfabrik nach einer Betriebsversammlung die Waffen der dort stationierten Kampfgruppen eingesammelt und durch die Volkspolizei abtransportiert. Zu keiner Gewalt gehören eben auch keine Waffen und am 30. Januar 1990 beschloss der Runde Tisch in Dessau die eingesammelten Waffen (1.250 Sturmgewehre AK-47, 174 leichte Maschinengewehre, 87 Panzerbüchsen und 171 Pistolen) diese unbrauchbar zu machen. Dies geschah am darauffolgenden Tag mit Hilfe eines Panzers des hier in Dessau-Alten stationierten Pionierregiments, indem die Panzer über die Waffen rollten, anschließend wurde der Waffenschrott in einer Dessauer Eisengießerei eingeschmolzen. Das 1997 gegründete Kuratorium Friedensglocke Dessau e. V., dessen Vorsitzenden wir heute hier unter uns begrüßen können, herzlich willkommen Herr Lothar Ehm, sammelte Spenden um aus den ehemaligen Waffen nicht Flugscheiben, sondern eine Friedensglocke entstehen zu lassen, außerdem fand ein Realisierungswettbewerb zur Gestaltung des Glockenstuhles statt. Nach langer Lagerung des etwa 4,2 Tonnen schweren Stahlbrockens des eingeschmolzenen Waffenschrotts auf dem Hof der katholischen Propsteikirche St. Peter und Paul hier in Dessau konnte dann Ende September 2000 diese Glocke hier aus dem Waffenstahl gegossen werden. Sie ist heute Treffpunkt für Friedensgebete, für die Feier der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober, für das Treffen am 9. November, wenn wir zunächst an der Stelle der ehemaligen Synagoge



Frau Landesbischöfin Ilse Junkermann an der Friedensglocke



der Pogromnacht gedenken, dann hier dem 9. November 1989. Die Glocke trägt die Aufschrift „Keine Gewalt“, „Ich läute für Frieden und Freiheit, ohne Freiheit kein Frieden, ohne Frieden keine Freiheit.“ Möge dies uns immerfort beschert sein.

Landesbischöfin (EKM) Junkermann:

Gnade sei mit euch und Friede von dem der da war, der da ist und der da kommt. Amen.
Ein altes Hoffungsgebet Psalm 146

Hallelujah! Lobe den Herrn, meine Seele! Ich will den Herrn loben, solange ich lebe, und meinem Gott lobsingen, solange ich bin! Verlasset euch nicht auf Fürsten, sie sind Menschen, die können ja nicht helfen! Denn des Menschen Geist muss davon und er muss wieder zur Erde werden, dann sind verloren alle seine Pläne! Wohl dem, dessen Hilfe der Gott Jakobs ist, der seine Hoffnung setzt auf den Herrn, seinen Gott! Der Himmel und Erde gemacht hat, das Meer und alles, was drinnen ist; der Treue hält ewiglich; der Recht schafft denen die Gewalt leiden; der die Hungrigen speiset! Der Herr macht die Gefangenen frei; der Herr macht die Blinden sehend; der Herr richtet auf die Niedergeschlagen sind; der Herr liebt die Gerechten. Der Herr behütet die Fremdlinge; und er erhält Waisen und Witwen; aber die Gottlosen führt er in die Irre. Der Herr ist König ewiglich, dein Gott, o Zion, für und für! Hallelujah!

Amen.

Liebe zur Andacht versammelte. Immer ein Bibelwort soll für ein ganzes Jahr die Losung sein, so der Herrnhuter Brauch, und die Losung für dieses Jahr ist die Aufforderung „Lass dich nicht vom Bösen überwinden sondern überwinde das Böse mit Gutem.“ Wie geht das, dass ein Jahr lang zu bedenken zu den unterschiedlichen Gelegenheiten macht es konkret? Wie geht es, dass Böse mit Gutem überwinden, wenn es vergangen ist und vergangen erscheint? Viele sagen zieht doch endlich einen Schlußstrich, lasst es doch ruhen es ist jetzt so lange her, schon 20 Jahre das das böse Unrecht, unterdrückerische, Angst machende zu Ende ist. In der Bibel gibt es keine Schlußstriche, keine Geschichte die vorbei ist, das Geschichtsverständnis der Bibel heißt die Geschichte liegt immer vor uns, nie hinter uns. Wir können keine Geschichte hinter uns bringen oder gar einen Schlußstrich ziehen oder gar sagen „Was geht mich das an, was gestern gewesen ist oder was die erlebt haben.“ Am abenteuerlichsten können wir sehen wie Geschichte vor uns liegt, wie das Passahfest gefeiert wird. Vor über Zweieinhalbtausend Jahren war dieses erste Fest, die Geschichte der Abend bevor das Volk Israel aus Ägypten befreit wurde und das wird jedes Jahr gefeiert. Und alle, auch die die längst natürlich nicht mehr dabei waren sollen an diesem Abend diese Geschichte so feiern, als sei es ihre Geschichte.

Sie sollen ihr Haus so richten, als würden sie in der Nacht noch ausziehen und sie sollen das essen, was in dieser Nacht gegessen wurde damit sie hineingehen in diese Geschichte, damit sie verstehen wie Unterdrückung drücken kann und das sie die Sehnsucht der Freiheit wach halten. Und zu diesem Passahmahl, zu diesem Fest gehört die Geschichte zu erzäh-



Teilnehmer der Gedenkveranstaltung mit Andacht, u. a. Herr Oberbürgermeister Koschig, Herr Liebig, Frau Neubert, Herr Koch, Herr Dr. Grünbaum

len, immer der Jüngste am Tisch fragt „Warum ist dieser Abend anders, als die anderen Abende“ und dann wird die Geschichte erzählt, so das sie präsent ist, das sie gegenwärtig ist. Jeder soll in die vergangene Geschichte so hineingehen, als erlebe er sie jetzt, das bedeutet auch, die Geschichte ist gemeinsame Geschichte. Keiner kann sagen: „Na das sind die im Osten, was geht uns das im Westen an“, es ist gemeinsame Geschichte, Geschichte wirkt. Sie waren zusammen unter dem Thema „Der lange Schatten der Mauer“, Geschichte wirft ihre Schatten und droht Menschen im Dunkeln stehen zu lassen, allein zu lassen, deshalb dieses gemeinsame Gedenken, es ist gemeinsame Geschichte, gemeinsam zu tragen.

Ich glaube das wir in der Aufarbeitung der DDR-Diktatur noch viel mehr solches gemeinsam in die Geschichte gehen und gemeinsam tragen in der Gesellschaft auch in der Kirche brauchen. Das wir nicht trennen in Opfer die eben sehen müssen wie sie zu Recht kommen, die streiten müssen um Entschädigung, um Unterstützungen, dass wir zu einem Verständnis kommen was war geht alle an. Alle sind beteiligt und betroffen, wenn auch in ganz unterschiedlichem Maß. Im Passahfest heißt das, diese Geschichte wird so gegenwärtig, dass sich keine Generation an Unterdrückung gewöhnt, dass jede Generation zum Auszug bereit ist. Wenn wir das Abendmahl feiern lehnen wir uns, wie Jesus an, der ja dieses letzte Mahl als Passahfest gefeiert hat, auch als gemeinsame Geschichte und wir feiern diese alte Geschichte des letzten Mahl wie Jesus deshalb, dass sich keine Gesellschaft oder Gruppe mit dem Tod abfindet oder damit, das der Tod herrscht und Menschen mit dem Tod bedroht und verängstigt werden können. Geschichte liegt vor uns und so in Geschichte hinein gehen das ist eine wichtige Quelle, das Böse mit Gutem zu überwinden. Noch ein weiteres gehört dazu, die Erfahrung dass die Geschichte, auch die schlimmste Geschichte gut ausgeht. Die tiefe Überzeugung das Gott nicht zulässt das seine Menschen und sei-



ne Schöpfung untergehen, wie wir im Psalm gehört haben, er ist auf der Seite derer die Unrecht leiden, die zu kurz kommen, die keine Perspektive in der Gesellschaft haben. Er sorgt dafür, so unsere Hoffnungen, dass aus Unglücksgeschichten Glücksgeschichten werden können und dafür braucht er uns. Und dessen, all dieser Geschichten die glücklich ausgegangen sind, dessen sollen wir gedenken, dass tun wir auch, heute besonders an dieser Friedensglocke und die Geschichten die Sie erzählt haben, dass ist eine Geschichte die uns stärkt gemeinsam auch das Schwere anzuschauen und ich bin überzeugt nur so kann Geschichte aufgearbeitet werden. Erinnern, durcharbeiten, verstehen was ist geschehen, wie konnte das geschehen, was hat die Menschen verführt bei Unrecht mitzutun, was hat den Widerstand gegen Unrecht gestärkt, was hat geholfen sich nicht vom Bösen überwinden zu lassen, vielmehr das Böse mit Gutem zu überwinden? Reinzugehen in diese Geschichte, um sie sich selbst anzueignen. So möge uns diese Andacht stärken für den weiteren Weg, das wir uns nicht vom Bösen überwinden lassen sondern das Böse mit Gutem überwinden können. Amen.



Impressum:

Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hrsg.)

Der lange Schatten der Mauer

15. Bundesweiter Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 27. bis 29. Mai in Dessau-Roßlau

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeber dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren und Referenten die Verantwortung.

Texte: Abschnitt des Audiomitschnitts.

Bilder: Mitarbeiter/innen des Landesbeauftragten Sachsen-Anhalt

Druck: eindruck Magdeburg, Inh. Mathias Garloff
Magdeburg 2011

Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik in Sachsen-Anhalt
Klewitzstraße 4
D-39112 Magdeburg